ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 7 (83) Juli 2021/ Tammus-Aw 5781 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Terrormorde von Würzburg

Die ebenso klar erkennbare wie uneingestandene Schuld der Politik

SEITE 11

Die grüne Doppelmoral

Selbst ihnen gewogene Journalisten rücken ab: Die Grünen im steilen Sinkflug.

SEITE 15

„Meine Stimme ist ernst und voller Schlaglöcher“

Neil Diamond, der jüdische Elvis

SEITE 32

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

das Jahr 2021 geht in seine zweite Runde. Auch trennen uns nur noch knapp zwei Monate von dem Beginn des neuen jüdischen Jahres 5782 und dem Zyklus der weiteren unmittelbar folgenden hohen jüdischen Feiertage.

Folgt man den Aussagen unserer Politik, so schwebt trotz des zwischenzeitlich fortgeschrittenen Impfstatus für den Herbst und den Winter neben dem nach den Bundestagswahlen abzusehenden Graus einer grünen Regierungsbeteiligung bereits jetzt das Damoklesschwert einer vierten Infektionswelle mit diversen Virusmutanten über uns. Trotz gegenwärtiger Corona-Lockerungen will sich auch in diesem zweiten Pandemiejahr keine wirkliche Verschnaufpause einstellen. Weder von Corona, noch von Islam-motivierter Gewalt, und schon gar nicht von den täglich mehr Raum einnehmenden Auswirkungen des Pseudo-Bessermensch-Irrsinns und eklatanten Versagens unserer Politik.

Eine zur unduldsamen, geradezu inquisitorischen Klima-Religion aufgestiegene dogmatische Klima-Hysterie, die Übergriffigkeit der sich immer mehr – wenn auch von keinen paritätischen Wahlen legitimiert und von kaum jemandem gewollt – als supranationaler Bundesstaat gerierenden ehemaligen europäischen Wirtschaftsunion gegen einzelne dem EU-Brainwash nicht folgende Mitgliedsstaaten und Völker, die wachsende Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens ohne allgegenwärtige Schutzbarrikaden und unwürdiges Identitäts-Mimikry sowie die Islam-generierte Messergewalt gegen alle und jeden auf den Straßen und Plätzen unserer hiesigen und westeuropäischen Städte machen eben keine Sommerferien.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

Danke, Herr Ministerpräsident Benjamin Netanjahu!

AFP

Von Danny Danon

Während meiner Tätigkeit bei den Vereinten Nationen als Israels Botschafter erlebte ich Netanjahus Entschlossenheit und Tatkraft. Seine Rolle als Außenminister und auch als Premierminister bedeutete, dass unsere Zusammenarbeit enger war als je zuvor und ich erlebte kontinuierlich seine außergewöhnliche Arbeitsethik. Er gab niemals auf. Das bedeutete sogar, mich mitten in der Nacht anzurufen oder meinen Sicherheitsdienst zu bitten, mich zu wecken, was ich zunächst nicht sonderlich schätzte, was ich aber zu schätzen lernte.

Eine meiner wichtigsten Erfolge während meiner Rolle als Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen und eine der letzten weltweit gefeierten diplomatischen Verdienste Netanjahus, war das Zustandekommen des Abraham-Abkommens, das viele für unmöglich hielten. Ich durfte hinter den Kulissen intensiv daran mitarbeiten, die vertraulichen Beziehungen zu arabischen Ländern in öffentliche Freundschaften umzuwandeln, wobei es viele spannende Besuche in diesen Staaten gab. Die Welt hat hier Netanjahus Diplomatie von ihrer besten Seite erlebt und dieses Lob ist durchaus verdient. Israel und gemäßigte arabische Länder schlossen zum ersten Mal seit über einem Vierteljahrhundert einen Friedensvertrag ab. Es war ein Schritt in Richtung eines starken und stabilen Nahen Ostens, und die Menschen unserer Länder freuten sich über die warme Freundschaft, welche die bisherige Feindschaft ersetzte.

Diplomatische Erfolge

Netanjahus diplomatische Erfolge betrafen nicht nur die gemäßigten arabischen Länder. Er stärkte Israels Beziehungen zu China, Indien, Japan und Russland und machte bedeutende Fortschritte in Osteuropa, Südamerika und Afrika. Er verwandelte Israel in einen bedeutenden und hoch angesehenen Akteur auf der Weltbühne. Ich habe den Respekt gesehen, der ihm in den Hallen der Generalversammlung entgegengebracht wurde und die höflichen, aber – was noch wichtiger ist – fruchtbaren Gespräche, die zu echten Veränderungen führten – wie die Verlegung der US-Botschaft und der guatemaltekischen Botschaft nach Jerusalem. Besonders stolz bin ich darauf, dass mein guter Freund, Präsident Hernández von Honduras, sein Versprechen an uns einhalten und sehr bald auch die honduranische Botschaft in Israels Hauptstadt eröffnen wird. Dies alles ist zusätzlich zu den derzeit noch nicht kommunizierten Errungenschaften, die erst in der Zukunft realisiert werden und deren Früchte die neue Regierung genießen darf.

Neben den diplomatischen und wirtschaftlichen Erfolgen musste sich Netanjahu auch mit einer unaufhörlichen Kaskade von äußeren Herausforderungen auseinandersetzen. Die Drohungen von Israels Feinden, darunter die Hisbollah, die Hamas und der Iran, manifestierten sich regelmäßig in Form von verbalen Aggressionen, Raketen oder sonstigen Angriffen. Netanjahu vertrat zu Recht eine harte Linie gegenüber dem iranischen Terrorregime und sprach sich gegen das JCPOA-Abkommen aus. Ein Abkommen auch bekannt als das Iran-Atomabkommen, das ein Großteil der westlichen Welt unbedingt abschließen wollte. Damit positionierte er sich als unerschütterlicher Verteidiger der Sicherheit des jüdischen Volkes sowohl in Israel als auch in der Welt. Es ist ihm so gelungen, dem Bösen furchtlos die Stirn zu bieten, wo immer es sein hässliches Haupt erhebt, und damit zweifellos auch das nukleare Wettrüsten des extremistischen iranischen Regimes zu verzögern.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Danke, Herr Ministerpräsident Benjamin Netanjahu!

Benjamin Netanjahu wurde nach 12 Jahren als Premierminister durch eine unheilige Allianz nicht zusammenpassender Koalitionsparteien mit Unterstützung der Moslembrüderschaft in Israel aus dem Amt gedrängt. Kaum ein Kommentar wird seinen Verdiensten als Soldat, Politiker und Staatsführer auch nur annähernd gerecht. Sein Ausscheiden aus dem Amt hinterlässt in Israel eine kaum zu füllende politische Lücke.

Seine Hingabe, manche würden sagen Besessenheit, Dinge zu erledigen, wurde während der Corona-Pandemie deutlich, als er rund um die Uhr arbeitete, um Impfungen für Israel und seine Bürger zu sichern. Infolgedessen war Israel die weltweit schnellste Nation, die den Impfstoff landesweit verteilte und damit begann, die Bedrohung durch COVID zu beseitigen. Unter weltweitem Interesse erhielt Netanjahu selbst als erster Israeli und einer der ersten Menschen weltweit im Dezember 2019 eine Impfung gegen COVID. Nicht lange danach war Israel auch eines der ersten Länder, das aus der Krise herauskam.

Während seiner Amtszeit führten Netanjahus umsichtige Politik und seine fundierte Herangehensweise zu einer Transformation von Israels Wirtschaft. Obwohl wir in Israel kürzlich einen wirtschaftlichen Abschwung aufgrund von COVID erlebten, fanden wir uns im Vergleich zu vielen anderen Ländern besser vorbereitet und gerüstet, um mit der wirtschaftlichen Situation umzugehen. Netanjahu hat den Fokus des Landes auf liberalere Märkte verlagert, die Steuern drastisch gesenkt und den Wettbewerb in einem Markt erhöht, der größtenteils von Monopolen beherrscht wurde. Die Stabilität und das Wachstum, die wir heute sehen, sind ein direktes Ergebnis von Netanjahus Ansatz zur wirtschaftlichen Förderung.

Wirtschaftlicher Aufschwung

Eines der deutlichsten Ergebnisse seiner Wachstumspläne war das wundersame Phänomen, dass sich Israel in die Position eines globalen Hightech-Powerhouses katapultierte. Mit der größten Anzahl von Startups pro Kopf in der Welt, das ist etwa ein Startup pro 1.400 Menschen, ist es schwer vorstellbar, wie unsere winzige Nation, die sich seit ihrer Gründung im ständigen Krieg befindet und nur über begrenzte natürliche Ressourcen verfügt, solche Größenordnungen erreichen konnte. Netanjahu war maßgeblich daran beteiligt, Exportkanäle in die ganze Welt für Israels Hightech-Innovatoren zu etablieren und die Technologieriesen der Welt zu ermutigen, Milliarden in Israels Forschungs- und Entwicklungszentren zu investieren. So entstand einer der am stärksten konzentrierten High-Tech-Sektoren der Welt, lediglich übertroffen vom Silicon Valley. In Sprüche 29:18 heißt es sinngemäß: „Wo keine Vision ist, geht das Volk zugrunde." Netanjahu hatte eine Vision, und im letzten Jahrzehnt haben wir miterlebt, wie sie zur Realität wurde.

Trotz all der beeindruckenden Errungenschaften Netanjahus, ist es in einer starken und lebendigen Demokratie nur natürlich, dass es neben seinen glühenden Anhängern auch viele Gegner gibt. Während es immer solche geben wird, die seine Führung kritisieren und mit seiner Politik nicht einverstanden sind, wird die Mehrheit darin übereinstimmen, dass er ein herausragender und visionärer Staatsführer war, dessen Brillanz und strategische Vision die politische Landschaft und den Weg unserer Nation verändert hat. Heute sind wir militärisch, technologisch, wirtschaftlich und diplomatisch stärker.

Präsident Teddy Roosevelt sagte einmal: „Der weitaus beste Lohn, den das Leben zu bieten hat, ist die Chance, hart an einer Aufgabe zu arbeiten, die es wert ist, getan zu werden." Netanjahu hat bereits ein Leben lang hart gearbeitet und ich bin sicher, er wird bestätigen, dass jede Minute für ihn wertvoll war. Sein Einfluss wird noch Jahrzehnte lang zu spüren sein. Wir wissen nicht, was die Zukunft für ihn bereithält, aber ich kann mit Sicherheit sagen, dass Israel ewig dankbar für seinen Dienst als unser Premierminister ist.

Botschafter Danny Danon diente als Israels 17. ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen. Derzeit ist er Vorsitzender des Welt-Likud. Auf Englisch erschienen bei „The Algemeiner". Übersetzung Audiatur-Online.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Auch das Aggressionspotential des von unseren Steinmeiers und Maaßen hofierten und nunmehr nach dem Weggang Donald Trumps unter dem neuen US-Präsidenten und seiner Democrats-Entourage zu Recht Morgenluft witternden, offen auf die Vernichtung des jüdischen Staates und seiner Menschen sinnenden Schurkenstaates Iran hat mit klarer Unterstützung der hiesigen und westeuropäischen Israel-Delegitimierer deutlich zugenommen. Dies belegt auch die kürzliche Wahlfarce im Regime der Mord-Mullahs, mit der ganz im Sinne des obersten iranischen Islam-Wächters und Diktators Chamenei der ihm genehme linientreue Hardliner Raisi zum Präsidenten unter seiner Führung bestimmt wurde.

Auch sonst gibt es in diesem Sommer 2021 nur wenig Gutes aus diesem Land und aus Westeuropa zu berichten. In Würzburg und in Wien wurden kürzlich wieder unschuldige Menschen von zugewanderten islamischen „Schutzsuchenden" bestialisch ermordet. In Wien sollen nun überfälligerweise die Asylbestimmungen verschärft und die Abschiebung derartiger Täter erleichtert werden. In Deutschland ist man davon meilenweit entfernt.

Ein weiterer der von Grün, Rot und auch von nicht geringen Teilen der CDU besonders nach dem engagierten Einsatz der Kanzlerin des Jahres 2015 sehr gern willkommen geheißenen Gäste hat dieses Mal bevorzugt Frauen bestialisch mit einem Messer ermordet und dabei vernehmlich Allah gehuldigt. Er wollte nach seinen eigenen Worten einfach mal den Dschihad gegen sein Gastland verwirklichen.

Und während die hinterbliebenen Angehörigen unsägliches Leid ertragen müssen, rätseln unsere Politik und ihre Medien seit Wochen über das Motiv des Täters von Würzburg, was sie allerdings nicht daran hinderte schon Minuten nach dem unaussprechlichen Verbrechen Ferndiagnosen über eine psychische Erkrankung des ruchlosen Mörders zu stellen und zu verbreiten.

Nicht das Mitgefühl mit den Toten und Verletzten der zahlreichen entmenschten Mordtaten der Islam-motivierten Tätergruppe, sondern die Sorge, dass die brutalen Verbrechen gegen die vermeintliche „Religion des Friedens", die doch so sehr zu Deutschland und Westeuropa gehört, instrumentalisiert werden könnten, scheint unsere Politik und ihre Medien umzutreiben. Psychisch gesunde und straffähige Gewalttäter und Mörder scheint es jedenfalls – wie uns unsere Politik zu suggerieren versucht – nur außerhalb der islamischen Tätergruppe zu geben.

Solange aber unsere für ihre eigene Person Bodyguard-geschützten, Limousinenchauffierten und zu Höherem – wie etwa unser aller Rettung vor dem sicheren Klimatod – berufene Politik aus ideologischer Verblendung die Straffähigkeit einschlägig Islam-motivierter Gewaltexzesse vorschnell mit der nahezu generellen Exkulpationskeule einer psychischen Auffälligkeit zur Entlastung dieses Täterkreises bemüht oder gar herbeifabuliert, werden die Gewalttaten dieser Täter in unserem Lande nicht nur nicht adäquat geahndet werden, sondern werden eher noch zunehmend weitere grauenvolle Tiefpunkte des Erduldbaren erreichen.

Und um bei unserer offensichtlich von jedem selbsterhaltenden gesunden Menschenverstand verlassenen Politik und den bevorstehenden Wahlen zu bleiben. Wem der Umbau unseres Staates zum Dorado für importierte Messerstecher und Allahu-Akbar-grölende „Tod den Juden"-Krakeeler noch zu lange dauert – mit dem entsprechenden Kreuz auf dem Wahlzettel wird es ganz sicher noch schneller gehen – das wäre doch gelacht.

„Kollateralschäden" unserer Bessermensch-Werdung

Das kleine, von einer Sekunde zur anderen durch Verschulden unserer ihre Hände wie stets in Unschuld waschenden politischen Führung zur Halbwaise gewordene und verletzte Mädchen aus Würzburg, ist halt eben nur ein weiterer kleiner Kollateralschaden auf dem Weg zu unserer von Lichtgestalten wie Frau Baerbock geleiteten Bessermensch-Werdung.

Jedenfalls dürfen wir, falls wir nicht alle von einer der nächsten Corona-Wellen dahingerafft werden, davon ausgehen, dass – unserem mit politischer Weisheit so überreichlich gesegneten Wahlvolk sei es gedankt – die künftigen, leider aber ganz gewiss wiederkommenden importierten Messermorde in wundervoll klimaneutraler Umgebung vollzogen werden. Dafür werden schon unsere politischen Bäumeumarmer auch nach den Wahlen Sorge tragen, wenn sie uns Schutzgebende schon nicht vor der perpetuierenden Gewalt der bei uns vermeintlich Schutz Suchenden schützen wollen.

Zwischenzeitlich erscheint dieser Schutz aber immer dringlicher erforderlich zu werden:

Unsere Fußballmannschaft kniet wegen seiner Hautfarbe für einen bei einem Polizeieinsatz unglücklich zu Tode gekommenen vielfach vorbestraften Intensiv-Straftäter aus Minnesota, aber bekommt keine Geste des Mitgefühls und der Verurteilung der Frauenmorde von Würzburg zustande.

In Schweden lösen sich bereits die ersten jüdischen Gemeinden wegen der physischen Bedrohung durch Abwanderung jüdischer Menschen auf.

Die spanische TV-Kommentatorin Clara Basiana verunglimpft die Teilnahme israelischer Sportlerinnen an internationalen Wettbewerben als „Weißwaschung" des vermeintlichen israelischen „Völkermords" an den sogenannten „Palästinensern".

In Frankreich berichteten Lehrer immer häufiger – was auch vielfach unausgesprochen für Deutschland und andere westeuropäische Länder gilt –, dass es besonders in immer häufiger Islam-dominierten Schulen bei Unterrichtseinheiten zum Holocaust und der Verurteilung der Nazi-Morde nicht selten zu Verhöhnung der jüdischen Nazi-Opfer und antijüdischen Aggressionen von Seiten der muslimischen Schüler kommt. Auch ist in Frankreich der Islam-bedingte Exodus jüdischen Lebens bereits in vollem Gange – eine Entwicklung, die sich auch in Deutschland abzeichnet.

Und ein brandneuer Bericht über den auch in Deutschland fest vor allem in Zuwandererhand liegenden Drogenhandel, über Gebrauchtwagenschiebereien und über Geldwäsche offenbart allem voran weitere Wege der auch von Iran gesteuerten Terrorfinanzierung und die nahezu unverhohlene überaus einträgliche Rechtsverachtung der nahezu ungeahndeten Hisbollah-Machenschaften in Frankreich und weiteren Teilen Westeuropas.

Zu häufig wird die Israel-feindliche und judenausgrenzende Haltung nicht nur in unserer Politik, sondern vor allem auch in den vielfach 68er-sozialisierten Medien offenbar:

Statt islamische Übergriffe auf Juden angemessen zu kritisieren, formulieren ideologisierte Medienleute wie etwa der „Tagesspiegel"-Journalist Malte Lehming übergriffige Verhaltensregeln für Juden in diesem Lande und legen ihnen (nicht etwa den Muslimen) nachdrücklich den Verzicht auf ihre Identitätsmerkmale wie Davidsstern und Kippa in der Gegenwart von moslemischen Demonstranten nahe, womit sie implizit No-Go-Areas und islamische Aggression gegen Juden legitimieren.

Wie stark die islamische Zuwanderung den neu importierten Antisemitismus in Zuwanderungsländern beflügelt, versteht man, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Schulbücher in islamischen Ländern und in den arabischen Autonomiegebieten blanken Judenhass enthalten und die dortigen Texte bereits die Schulkinder zu tiefgehender Judenfeindschaft erziehen. Dies enthüllt sehr zum Unbehagen der EU-Spitze der kürzlich bekanntgewordene eigene Bericht, auf dessen Veröffentlichung man bisher vergebens wartet und dies wohl auch noch lange tun wird.

Mit falschen Ursachen-Angaben wird man Antisemitismus niemals wirksam bekämpfen

In diesem Sinne ist auch nicht verwunderlich, dass die veröffentlichten Antisemitismus-Statistiken, die nur allzu gern von den angepassten jüdischen Offiziellen des Zentralrats geglaubt und vermittelt werden, ganz offensichtlich nicht die Wirklichkeit abbilden. Nun sind die Ministerpräsidenten der Länder gezwungen, diese skandalösen Statistiken wohl oder übel zu berichtigen, oder wie sie es euphemistisch nennen, zu „präzisieren". Die Statistiken enthalten aus durchsichtigem Grunde die falsche Behauptung, dass

▶▶ Fortsetzung auf Seite 8

Biden macht den Trump – und keiner will es merken

Mindestens außenpolitisch folgt die Biden-Regierung kleinlaut dem alternativlos richtigen Weg Donald Trumps – natürlich ohne dies jemals einzugestehen und ohne Trumps konstruktive Verdienste anzuerkennen. Die mit Biden verbündeten Journalisten schweigen dazu, um ihre eigene Hetze gegen Trump nicht im Nachhinein selbst zu diskreditieren.

Von Roger Letsch

Sehr regelmäßig bekomme ich Hinweise von Lesern, versehen mit der dringenden Bitte, doch über dies und jenes zu schreiben. Nur möge ich doch bitte davon absehen, weiter über die Vorgänge in den USA zu berichten. Die Sache mit Trump sei doch ausgestanden, der Friede wiederhergestellt und der Donald, dieser Spalter des Landes und Geißel der Welt, sei durch den integren Biden ersetzt, mit dem Amerika endlich wieder im Kreis der Nationen mitspielen könne. Das Thema sei durch, und wenn ich diese Aussage mit der Anzahl der Klicks zu US-Themen unter meinen Artikeln in Beziehung setze, muss ich meinen fordernden Lesern recht geben. Ich recherchiere zwar trotzdem weiter, verrate es aber niemandem. Heute mache ich mal eine Ausnahme.

Ob Biden denn so viel besser sei als Trump, fragte ich bei einem von US-Themen ermüdeten Leser nach. „Tausendmal besser!“, war die prompte Antwort. Jetzt wollte ich es genauer wissen und bohrte nach, was sich denn seit dem Amtsantritt von Joe Biden verändert habe. Das wie aus der Pistole geschossene „Alles!“ war mir dann doch etwas zu pauschal, um nicht unterkomplex zu sagen. Denn verändert hat sich vielleicht die innenpolitische Agenda – die rassistische „Critical Race Theory“ gewinnt jetzt, anders als unter Trump, immer mehr Freunde in der Regierung, das Gründungsdatum der USA wurde zumindest informell von 1776 auf 1619 zurückdatiert, die Gründung selbst erfolgte nach Aussage der Aktivisten ausschließlich zur Förderung der Sklaverei, und die FED druckt das Geld unter Biden schneller, als Trump „Fake News“ sagen konnte – und Sie wissen ja, wie schnell das schon ging!

Aber sonst? Außenpolitisch hat sich mittlerweile ein geradezu verblüffender Pragmatismus bei der US-Regierung eingestellt, wo man Trumps Politik fast 1:1 fortsetzt oder sogar noch in einer Weise verschärft, für die man Orangeman noch medial geröstet hätte. Gewiss, der Geruch von karamellisiertem Trump zog vier Jahre lang als penetrante Kopfnote durch die Redaktionen von NYT, Spiegel, Guardian und SZ, aber seit dem Amtsantritt von Joe Biden ist die mediale Küche plötzlich so kalt, dass man glatt an politischen Opportunismus glauben könnte, wenn man nicht sicher wüsste, was für unabhängige und unvoreingenommene Journalisten dort arbeiten. Heiß her geht es höchstens noch, wenn man gelegentlich Trump-Bites aufwärmen kann. Ja, CNN geht sogar so weit, sich von Bidens Pressesprecherin Tipps zu holen, was sie bei der Berichterstattung über Bidens Politik falsch gemacht habe. Es ging nie darum, was Trump wirklich tat oder unterließ, es ging darum, dass er da war. Nun ist er weg, und selbst wenn die Politik in vielen unter Trump kritisierten Punkten dieselbe bleibt, schaltet die Presse die Scheinwerfer aus. Auf beiden Seiten des Atlantiks.

Dasselbe, nur anders

Angetreten mit dem Anspruch, alles besser zu machen als Trump – was ja nicht so schwer sein kann, schließlich habe Trump einfach alles falsch gemacht –, stolperten Biden/Harris zunächst in das Problem an der Grenze zu Mexiko. Wir erinnern uns: Der Migrationsdruck von Süden ist seit Jahren hoch, schon unter Obama/Biden musste man Einrichtungen an der Grenze vorhalten, in denen man die illegalen Migranten und auch unbegleitete Kinder zunächst einmal unterbringen konnte. Unter Trump blies die Presse das Grenzregime schnell zu „Kindern in Käfigen“ auf, obwohl er Obamas Einrichtungen rasch schließen lassen konnte. Grund dafür war der nachlassende Ansturm auf die Grenze wegen Trumps „Stay in Mexico“-Order, derzufolge die Asylsuchenden solange außerhalb der USA bleiben mussten, bis ihr Antrag bearbeitet und entschieden wurde. Die Migration ging zurück, der Aufschrei in der Presse war groß. How dare you, Trump!

Während der „rechte“ Trump Zuwanderer noch zur legalen Einwanderung aufforderte, rief Bidens „linke“ Vizepräsidentin Kamala Harris Zuwanderer dazu auf, gar nicht in die USA zu kommen.

Kevin Dietsch / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Bidens Ankündigung, diese „unmenschliche Praxis“ nicht fortzusetzen, ließ viele Menschen in Lateinamerika ihre Trecks nach Norden so timen, dass sie rechtzeitig zur Amtseinführung Bidens an die Tür zur USA klopfen konnten und die Ankündigung, großzügig bei Familienzusammenführungen zu sein, ließ bei den Schleppern das Geschäftsmodell aufleben, vermehrt Kinder allein auf die Reise durch die Wüste zu schicken. Na, das war vielleicht eine Überraschung! Wer konnte denn mit so was rechnen? Wie die Geschichte weiterging, ist nur jenen bekannt, die nie aufgehört haben, sich über die Vorgänge in den USA zu informieren. Ab März waren die Zustände, die wir von den deutschen Grenzen im Jahr 2015 kennen, ein Kindergeburtstag gegen das, was dann durch die US-Countys an der Grenze zu Mexiko rollte. Statt „Kindern in Käfigen“ hat man heute natürlich „Einrichtungen“, die sich um die Bedürfnisse der Kids kümmern. Das ist natürlich ganz was anderes! Nur gut, dass man wegen Covid den Journalisten den Zutritt zu diesen Einrichtungen verweigern konnte!

Wurde Trump noch medial geröstet für seine Aussage „Come here legally, not illegally!“ war Bidens „Come not now“ der medial überhörte Startschuss und Auftakt zum aktuellen Grenzdrama. Das „Do not come, we will send you back“ von Kamala Harris bei ihrer Rede in Guatemala Anfang Juni lässt man ihr schon wieder einfach so durchgehen. Aber sie kann ja auch giggelnd lachen, wo Trump schon ein Grinsen als teuflische Unverschämtheit ausgelegt wurde.

Es scheint, als könne die US-Regierung seit dem Amtsantritt Bidens einfach nichts mehr falsch machen. Selbst dann, wenn sie sich hartherziger und kompromissloser zeigt, als Trump es je getan hat. Der sah noch einen legalen Weg in die USA und hieß legale Einwanderung willkommen. Kamala Harris steht nun für eine sehr viel „härtere Tür“, und die Presse zuckt nicht mal mit der moralischen Augenbraue. Die schlimmsten Bilder von der Grenze Mexikos zur USA stammen aus März/April 2021, doch das interessiert weder die Presse in den USA noch Leser in Deutschland besonders stark. Ganz einfach deshalb, weil man Trump nicht mehr dafür verantwortlich machen konnte – die Rolle des bösen Buben muss nun der Klimawandel spielen, denn der ist laut Harris für das Chaos an der Südgrenze verantwortlich.

Handelsstreit und Klimarettung

Ein ähnliches Erwachen in der Realität erlebt derzeit die EU. Auch dazu eine kleine Zeitreise: Wir schreiben das Jahr 2018 und Trump bekrittelt unfaire Handelsbeziehungen mit China, setzt sich für Neuverhandlungen des NAFTA-Abkommens mit Kanada und Mexiko ein und geht der EU mit der Androhung von Strafzöllen auf Aluminium und Stahl auf den protektionistischen Keks. Seine Idee vom „better Deal for America“, das disruptive Element seiner gesamten Politik, erwischte die EU kalt. Er mag ja mit China hart ins Gericht gehen, davon profitierte die EU recht gern, aber doch bitte nicht mit derselben Vehemenz gegen die EU losschlagen, wir sind doch die Guten!

Die Strafzölle gegen die EU kamen, wenn auch insgesamt nicht so hart wie gegen China. Die Gegenmaßnahmen starteten in der Presse. Trump setze eine „gefährliche Spirale des Protektionismus in Gang“, schrieb Hendrik Kafsack am 31.5.2018 in der FAZ. Es war klar, dass nur Trump allein auf die Idee gekommen sein konnte, im lauteren Verhalten der EU Wettbewerbsverzerrung und Protektionismus zu wittern und Sanktionen zu verhängen. Mit Protektionismus kennt sich Herr Kafsack von der FAZ aus, schließlich ist er Wirtschaftskorrespondent in Brüssel. Wie Kinder das letzte Türchen im Adventskalender sehnte die EU deshalb das Ende der Trump-Präsidentschaft herbei, wenn die USA wieder „normal“ würden und nicht mehr durch fixe Ideen wie jener auffallen würden, zuerst an die eigenen Bürger, Steuerzahler und an die eigene politische Kaste zu denken.

Trumps Regeln behält Biden bei

Immerhin schickte die Biden-Administration nun ihren „Klimapapst“ John Kerry zu Verhandlungen nach Brüssel, wo sich Uschi von der Leyen schon so auf die „Normalisierung der Beziehungen“ gefreut hatte. Es gab aber auch viel zu feiern! Die USA sind „bei Paris wieder mit dabei“, will heißen, die Amerikaner haben die für lau zu habende Absichtserklärung zum Pariser Klimaabkommen wieder lieb und sind zurück am Tisch der Diplomatie, wo sie bekanntlich vier Jahre lang durch Abwesenheit glänzten und stattdessen überall auf der Welt Kriege… ach, vergessen wir das mal kurz: die USA sind zurück! Friends again! Ein einziges hugging und kissing und Zölle aufhebing… doch wartet, nicht so schnell! Wieder ist es Hendrik Kafsack, der in der FAZ die schlechten Nachrichten verkünden muss: „Die Rückmeldungen zu den Handelsstreitigkeiten seien enttäuschend gewesen.“ Kein Kohleausstieg, keine CO2-Bepreisung in den USA, und die Strafzölle gegen die EU sind auch noch da. „Danke, Orangeman – Dein Joe!“

Doch das alles ist natürlich nicht so wichtig, weil es sich einfach so viel besser anfühlt, von Joe Biden statt von Donald Trump in den Arsch getreten zu werden. Und darauf kommt es schließlich an, „among friends“, wie Barack Obama sagen würde, einem weiteren großen Arschtreter vor dem Herrn – aber eben einer mit Stil. Dass America great again werde, dagegen haben auch Obama und Biden nichts. Nur schreiben sie dies nicht auf Basecaps oder sagen es sogar dem Wähler oder den Freunden in Brüssel. Dort wünscht man sich nun vielleicht den Orangeman zurück. Den durfte man wenigstens bedingungslos hassen, ohne dass gleich Antiamerikanismus und protektionistische Doppelstandards aus dem demokratischen Futteral herausschauten. Die Welt war so viel einfacher bis zur Inauguration von Joe Biden!

Islam-Wächter und Diktator Chamenei hat entschieden, wer unter ihm iranischer Präsident sein darf

Die Stimme des obersten geistlichen Führers des Iran wiegt mehr als alle anderen zusammen. Auch deshalb ist klar, dass nicht das Volk den neuen Präsidenten Raisi gewählt hat.

Von Carmen Shamsianpur (Israelnetz)

ATTA KENARE / AFP

Der neue Präsident Raisi gilt auch als möglicher Nachfolger von Ali Chamenei als oberster Führer des Iran.

Bei der Präsidentschaftswahl im Iran am 18. Juni stand eines von vornherein fest: Ajatollah Ali Chameneis Wunschkandidat – Ibrahim Raisi – würde die „Wahl" für sich entscheiden. „Raisi gehört in den Knast, nicht an die Macht", titelt ein persisches, oppositionelles Nachrichtenportal mit Sitz in London.

Ali Chamenei, der „Oberste Führer" des Iran, vereint in sich seit 1989 die politische und geistliche Macht. Er ist nach seinem Vorgänger Ruholla Chomeini der zweite Mann in diesem Amt seit der islamischen Revolution 1979. Allerdings ist der Religionsführer, Revolutionsführer und Oberbefehlshaber der Streitkräfte bald 82 Jahre alt und auf der Suche nach einem Nachfolger.

Der nächste iranische Führer muss laut Gesetz aus der überschaubaren Liste der noch lebenden ehemaligen Präsidenten kommen: Mohammed Chatami, Mahmud Ahmadinedschad und der scheidende Präsident Hassan Rohani. Die Nachfolge Chameneis ist für den Iran eine dringende politische Angelegenheit. Der designierte Präsident Ibrahim Raisi hat momentan die größten Aussichten auf diesen Posten. Je nach Chameneis Gesundheitszustand ist es möglich, dass Raisi noch vor Ende seiner Amtszeit zum neuen Revolutionsführer aufsteigen wird.

Er ist nicht etwa deswegen für das höchste Amt geeignet, weil er beim Volk beliebt wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Er hatte zwar im Wahlkampf Armut und Korruption den Kampf angesagt. Aber die Leute glauben zu Recht nicht daran, dass jemand, der als Chef der Justiz nicht gegen Korruption vorgegangen ist, nun als Präsident Reformen einleiten wird. Vielmehr hat Raisi als einer der Hauptverantwortlichen für Massenerschießungen politischer Gefangener bereits 1988 und später als hoher Richter bewiesen, dass er politischen Widerstand unterdrücken und Volksaufstände brutal niederschlagen kann. Auch 2009 war er als „Schreibtischtäter" maßgeblich an der gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen und der Hinrichtung Gefangener beteiligt. Raisi hat also genau die Qualitäten, die ein iranischer Revolutionsführer braucht.

Schwerverbrecher als neuer Verhandlungspartner in Wien

Wegen Menschenrechtsverletzungen steht Raisi auf den Sanktionslisten von USA und EU, was seine Reisefreiheit erheblich einschränkt. Auch deswegen wäre er im Amt des Revolutionsführers „besser" aufgehoben, da dieser keine Reden vor den Vereinten Nationen halten muss. Rhetorisch kann Ibrahim Raisi sich allerdings gut verkaufen. Da er Formulierungen wählt, die auf Verhandlungsbereitschaft und Vernunft hoffen lassen, wird er von vielen allzu bereitwillig als „moderat" eingestuft.

Es wäre denkbar, dass er die Atomverhandlungen in Wien weiterlaufen lassen wird. Entweder gelingt es ihm, einen weiteren wässrigen Deal auszuhandeln, der dem Iran den Bau seiner Bombe mehr erleichtert als erschwert. Oder er kann sich als williger Verhandlungspartner präsentieren, der nur leider den Hardlinern in seiner Regierung nachgeben muss. Zu einem Vertrag, der die Bombe verhindert, wird es nicht kommen – nicht nur unter Raisi, sondern solange die Mullahs an der Macht sind.

Wahlmanipulation

Obwohl Raisi keine Sympathien beim iranischen Volk hat und Chamenei ihm schon vor der Abstimmung zu seinem Sieg gratulierte, spricht bislang kaum jemand von Wahlbetrug. Lediglich ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte, dass den Menschen im Iran „ein freier und fairer Wahlprozess verwehrt" worden sei. Denn von den fast 600 ursprünglichen Kandidaten standen am Ende nur vier Hardliner zur „Wahl". Raisi wurde von Anfang an als Sieger gehandelt und hat mit 72,38 Prozent der gültigen Stimmen seine „Kontrahenten" weit hinter sich gelassen.

Wahrscheinlich wurde auch darüber hinaus viel manipuliert. Selbst laut offiziellen Zahlen gab es nur eine Wahlbeteiligung von 48,8 Prozent, obwohl das Regime alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um die Leute zu den Wahlurnen zu bewegen – darunter Urlaub, finanzielle Anreize und Druck. Denn ob ein Bürger gewählt hat oder nicht, wird mit einem Stempel im iranischen Familienbuch, dem Schenasnameh, vermerkt. Somit kann ein Wahlboykott negative Folgen haben, zum Beispiel am Arbeitsplatz in den vielen staatseigenen Firmen.

Von den 48,8 Prozent wiederum sind fast 13 Prozent ungültige Stimmen gewesen, was als Protest derjenigen zu verstehen ist, die sich zur Wahl gezwungen sahen. Zum Vergleich: Bei den deutschen Bundestagswahlen liegt der Anteil ungültiger Erst- und Zweitstimmen normalerweise bei rund 1 Prozent. Persische Oppositionsmedien, die alle ihren Sitz im Ausland haben, veröffentlichten Beispiele von ungültigen Stimmzetteln. Die Wähler sind dazu angehalten, den Namen ihres Favoriten auf den Zettel zu schreiben. Dabei müssen sich Millionen wahlberechtigter Analphabeten im Iran auf „Wahlhelfer" verlassen, die bereitstehen, um den Zettel für sie auszufüllen.

Die anderen können auch Namen von „Kandidaten" eintragen, die nicht zu Wahl stehen. Ein „Protestwähler" schrieb zum Beispiel „Neda Agha-Soltan" auf seinen Bogen – den Namen jener jungen Frau, die bei den Protesten gegen Wahlbetrug 2009 bei einer Demonstration erschossen wurde. Das Video ging damals um die Welt. Weiter präsentieren die Oppositionsmedien Bilder mit langen Schlangen von Wählern vor den Wahllokalen, mit denen die Regierung die „hohe" Beteiligung feierte. Wartezeiten gab es aber lediglich an einigen wenigen Orten in Großstädten. Die Bilder und Videos zeigten trotz sommerlicher Temperaturen teils Männer mit Mützen und dicken Jacken, teils wurde ein und dasselbe Bild für Nachrichten aus verschiedenen Teilen des Iran verwendet.

Ungewisse Zukunft

Unabhängig davon, wie viel an den Zahlen manipuliert wurde, hat das Regime offensichtlich keinen Rückhalt mehr im Volk. Proteste sind zu erwarten, aber das Ausmaß ist fraglich. Der Widerstand wurde immer wieder gebrochen. Nicht nur von der Brutalität der Revolutionsgarden, sondern auch von der Gleichgültigkeit des demokratischen Westens.

Es bleibt zu hoffen, dass ein Massenmörder als Präsident, mit dem man nicht verhandeln kann, die USA und die EU von ihrem Kuschelkurs abbringt und die iranische Opposition stärkt. Oder sie werden Raisi von der Sanktionsliste streichen, ihm zur gewonnenen Wahl gratulieren und alles geht weiter wie gehabt. Es ist verständlich und nahezu verantwortungsbewusst, dass der Westen eine Konfrontation mit dem Iran vermeiden will. Aber wenn diese Konfrontation nur immer weiter aufgeschoben wird, könnte das am Ende schlimmere Folgen haben. Schon seit Jahrzehnten zahlen iranische Oppositionelle und Israel einen hohen Preis für diese Politik.

Sogar Parteikollegen der zunehmend Israel-aversen US-Democrats kritisieren öffentlich den ausufernden Antisemitismus der Terror-Verharmloserin Ilhan Omar

Immerhin zwölf jüdische Abgeordnete der Demokraten kritisieren zähneknirschend die islamische US-Politikerin Omar für hasserfüllte Äußerungen, in denen sie Israel und die USA mit den Terroristen der Hamas und den Gotteskriegern der Taliban gleichsetzt.

Von Sean Savage (JNS)

Stehen auf gegen den Antisemitismus ihrer Partei-Kollegin: Brad Sherman (Kalifornien), Dean Phillips (Minnesota), Debbie Wasserman Schultz (Florida) und Brad Schneider (Illinois)

Zwölf jüdische Abgeordnete der US-Demokraten haben eine Erklärung herausgegeben, in der sie die jüngsten Äußerungen der Abgeordneten Ilhan Omar scharf verurteilen, in denen Omar israelische und US-amerikanische Aktionen mit terroristischen Gruppen wie der Hamas und den Taliban gleichgesetzt hatte. In einem Tweet am Montag schrieb Omar:

„Wir müssen den gleichen Maßstab an Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit für alle Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit anlegen. Wir haben unvorstellbare Gräueltaten gesehen, die von den USA, der Hamas, Israel, Afghanistan und den Taliban begangen wurden."

Ihr Tweet enthielt auch den Link zu einem Video, in dem sie US-Außenminister Antony Blinken zu Amerikas Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs befragte.

In Reaktion darauf veröffentlichte zwölf demokratische Abgeordnete – Brad Schneider (Illinois), Jake Auchincloss (Massachusetts), Ted Deutch (Florida), Lois Frankel (Florida), Josh Gottheimer (New Jersey), Elaine Luria (Virginia), Kathy Manning (North Carolina), Jerry Nadler (New York), Dean Phillips (Minnesota), Kim Schrier (Washington), Brad Sherman (Kalifornien), Debbie Wasserman Schultz (Florida) – am Mittwochabend eine gemeinsame Erklärung, in der sie Omars Äußerungen scharf kritisierten.

Während Amerika und Israel zwar „unvollkommen sind, wie alle Demokratien", gewähre die Verwendung „falscher Gleichsetzungen den terroristischen Gruppierungen Deckung", heißt es in der Erklärung und weiter:

„Die Vereinigten Staaten und Israel mit der Hamas und den Taliban gleichzusetzen, ist ebenso beleidigend wie töricht. Wer die Unterschiede zwischen rechtsstaatlichen Demokratien und verachtenswerten terroristischen Organisationen einfach ignoriert, diskreditiert bestenfalls sein Argument und spiegelt schlimmstenfalls tiefsitzende Vorurteile wider."

Omar schlägt zurück

Die Abgeordneten forderten Omar auf, ihre Äußerungen klarzustellen. Stattdessen schlug Omar am Donnerstagmorgen jedoch zurück und beschuldigte ihre demokratischen Kollegen, „islamophobe Stereotype" zu verwenden. „Die ständige Belästigung & das Mundtotmachen durch die Unterzeichner dieses Briefes ist unerträglich", schrieb sie auf Twitter.

Allerdings veröffentlichte Omar später eine Erklärung, in der sie behauptete, das Gespräch mit Blinken habe sich „um die Rechenschaftspflicht für bestimmte Vorfälle vor dem Internationalen Gerichtshof (ICC)" gedreht und sei „kein moralischer Vergleich zwischen Hamas und Taliban sowie den USA und Israel" gewesen. „Ich habe in keiner Weise terroristische Organisationen mit demokratischen Ländern mit fest etablierten Rechtssystemen gleichgesetzt."

Die Erklärung der Gruppe der pro-israelischen Demokraten erfolgte, nachdem etwa zwei Dutzend demokratische Abgeordnete am Mittwoch darüber debattiert hatten, wie sie Omar für ihre Aussage rügen und ob sie sie dabei namentlich nennen sollten.

Jeff Mendelsohn, Geschäftsführer von „Pro-Israel America", sagte, dass Omars Kommentare „unfassbar gefährlich" seien. Wieder einmal, fuhr er fort,

„ermutigt sie terroristische Organisationen wie die Hamas, die ausdrücklich zur völligen Vernichtung Israels und zum Völkermord an allen Juden aufgerufen hat. Dieser Hass gegen Israel züchtet Hass gegen Juden, und wir haben in letzter Zeit gesehen, wie der Antisemitismus in ganz Amerika anstieg – eindeutig geschürt durch die hasserfüllte Rhetorik, die benutzt wird, um Israel zu dämonisieren, Amerikas engsten Verbündeten im Nahen Osten."

Forderung nach Abberufung

Die Äußerungen Omars sind Teil eines zunehmend harschen Tons, den progressive Mitglieder der Demokratischen Partei in den letzten Wochen gegenüber dem jüdischen Staat angeschlagen haben.

Während des 11-tägigen Konflikts zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen, sprachen sich „Progressive" energisch gegen Israel aus und beschuldigten den jüdischen Staat, Menschenrechtsverletzungen und möglicherweise Kriegsverbrechen zu begehen. Sie riefen auch dazu auf, die US-Hilfe für Israel an Bedingungen zu knüpfen und bemühte sich darum, ein Abkommen über den Verkauf von Waffen an Israel zu blockieren.

Kollegen im Kongress, darunter auch Demokraten, warfen ihnen vor, durch ihre Aussagen und Aktionen den Antisemitismus zu schüren, der während des Gaza-Konflikts und danach einen starken Anstieg verzeichnete.

Omars Aussage ließ auch die Forderung der Republikaner wieder laut werden, sie aus dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses abzuberufen. Viele Republikaner hatten sich gegen ihre Mitgliedschaft in dem Ausschuss ausgesprochen, als sie 2019 von der demokratischen Sprecherin des Kongresses, Nancy Pelosi, ausgewählt wurde.

„Ilhan Omar muss aus dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Hauses ausgeschlossen werden", schrieb der jüdische republikanische Abgeordnete Lee Zeldin (New York). „Sie hätte gar nicht erst in dieses Komitee berufen werden dürfen."

„Der Unterschied sollte jedem klar sein"

Omar kann auf eine lange Geschichte von antisemitischer Rhetorik und Aktivität zurückblicken. Im Jahr 2019 unterstellte sie, dass Unterstützer Israels bestochen seien, als sie tweetete: „It's all about the Benjamins, baby" – und dabei auf Benjamin Franklin anspielte, dessen Porträt die Hundert-Dollar-Note ziert.

Auf Twitter fragte Israels Botschafter in den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, wie

„ein Mitglied des Kongresses Israel und die Vereinigten Staaten – beides lebendige Demokratien mit robusten Rechtssystemen und Militärs, die sich bemühen, zivile Opfer zu vermeiden – mit dschihadistischen Terroristen vergleichen kann, die absichtlich Zivilisten ermorden? Der Unterschied sollte für jeden klar sein."

Der CEO des „American Jewish Committee", David Harris, nannte Omars Bemerkungen „jenseits von schockierend und verwerflich" und forderte mehr Demokraten auf, sich öffentlich zu äußern.

(Der Artikel „Jewish Democrats slam Omar for remarks equating Israel and US to Hamas and Taliban" ist zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung von Alexander Gruber.)

Die Malmöisierung Amerikas: Hört nach Europa auch Amerika auf ein sicherer Hafen für Juden zu sein?

In Amerika steigt durch islamische Einwanderung die Zahl der antisemitischen Ausschreitungen. Die selbstmörderische Zuwanderung islamischer Gewalt wird von den regierenden Democrats nachdrücklich propagiert und findet sinnwidrigerweise auch bei christlichen Kirchen und einigen jüdischen Organisationen Unterstützung.

Anti-israelische Demo in Amerika von der linken jüdischen Organisation „If not now"

Von Daniel Greenfield

Im Jahr 2015 brachte „The Atlantic" eine Titelgeschichte mit dem Titel „Ist es Zeit für die Juden, Europa zu verlassen?". 2021 stellt sich die Frage, ob es für die Juden an der Zeit ist, New York und Los Angeles zu verlassen.

In der Titelgeschichte des Magazins wurde Malmö erwähnt. Die meisten Geschichten über Antisemitismus in Europa beziehen sich auf die schwedische Stadt, deren jüdische Bevölkerung von 3.000 auf knapp 800 gesunken ist. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass Malmö bis zum Ende des Jahrzehnts keine Juden mehr haben wird, da seine jüdische Bevölkerung vor muslimischer Mobgewalt, Brandbomben und willkürlichen Übergriffen flieht: darunter 100 auf seinen einzigen Rabbiner.

„Ich höre, wie Schüler im Flur ‚Juden töten' schreien", erzählte ein Lehrer einer öffentlichen Schule. Auf jüdische Einrichtungen werden routinemäßig Brandbomben geworfen. Mobs haben Tore niedergerissen, und versucht in die Gebäude einzudringen. Ein schwedischer Journalist, der mit versteckter Kamera recherchierte, was dort mit sichtbar jüdischen Menschen passiert, wurde innerhalb weniger Augenblicke, nachdem er sich zum Essen hingesetzt hatte, belästigt.

Amerikaner, die sich gefragt haben, wie das in Europa passieren konnte, sehen es jetzt bei sich zu Hause. Da ist nichts Verwirrendes am „Wie" oder „Warum". Oder wie es ein Artikel über Malmö vorsichtig formulierte: „Antisemitismus in Malmö deckt Mängel im schwedischen Einwanderungssystem auf". Es gibt ebenso große Mängel in unserem amerikanischen Einwanderungssystem und zu viele jüdische Gruppen haben ihre Zeit mit Öffentlichkeitsarbeit verschwendet, anstatt auf eine Einwanderungsreform hinzuarbeiten, um die „Malmöisierung" von New York und LA zu stoppen.

Schätzungen über die Größe der muslimischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten haben sich seit 9/11 verdoppelt. Islamisten sagen, dass es in New York City über 750.000 muslimische Einwohner gibt, die etwa 9 % der Bevölkerung ausmachen und Hunderte von Moscheen in den fünf Bezirken betreiben. Diese Zahlen mögen übertrieben sein, aber es ist nicht zu leugnen, dass es jetzt viel mehr Muslime gibt als früher.

Die viralen Videos von antisemitischen Angriffen durch Mobs junger muslimischer Männer sind das Ergebnis. Wie in vielen europäischen Städten gibt es auch in New York City eine große, wütende Bevölkerung junger muslimischer Männer, die darauf aus sind, auszuteilen. Und Juden sind ein leichtes Ziel. Als Waseem Awawdeh wegen eines brutalen Angriffs auf einen jüdischen Buchhalter festgenommen wurde, erklärte er: „Wenn ich es noch einmal tun könnte, würde ich es noch einmal tun", und wurde bei seiner Freilassung wie ein Held begrüßt.

New York City beherbergt heute die größte muslimische Bevölkerung des Landes. Los Angeles, Schauplatz antisemitischer Mob-Angriffe, beherbergt eine weitere der größten muslimischen Bevölkerungsgruppen des Landes. Vor 9/11 gab es in Los Angeles County weniger als 100.000 Muslime. Selbst wenn man übertriebene islamistische Schätzungen berücksichtigt, ist die Zahl deutlich gestiegen.

Wie NYC wird LA „malmöisiert"

In beiden Städten gibt es noch genug Juden, dass die demokratischen Politiker symbolische Verurteilungen aussprechen und die örtliche Polizei um einige Verhaftungen bitten. Da sich die Demografie aber weiter weg von Juden und hin zu mehr Muslimen verschiebt, werden sie so reagieren wie Ilmar Reepalu, Malmös ehemaliger Bürgermeister, als er Israel für die antisemitischen Angriffe auf Juden durch Muslime verantwortlich machte.

Die Anhänger von Alexandria Ocasio-Cortez wiederholen diese Rhetorik bereits in den sozialen Medien. Und George Soros, der einen Großteil der amerikanischen Linken finanziert, hatte genau dieses Argument bereits vor zwei Jahrzehnten gebracht: „Die Haltung gegenüber der jüdischen Gemeinde wird durch den Erfolg der pro-israelischen Lobby beeinflusst, unterschiedliche Ansichten zu unterdrücken", hatte der ehemalige Nazi-Kollaborateur argumentiert.

Aber das ist natürlich von einer antisemitischen Bewegung zu erwarten. Amerikanische Juden haben jedoch eine Generation damit verbracht, zuzusehen, wie europäische Juden vertrieben wurden, und taten in dieser Zeit wenig. Nach all den Jahren, in denen sie Artikel über das Schicksal der Juden von Paris, Berlin und Malmö konsumierten, unterstützten sie weiterhin die muslimische Massenmigration, weil ihnen gesagt wurde, das sei das Richtige.

Als Präsident Trump versuchte, ein Reiseverbot aus muslimischen Terrorstaaten durchzusetzen, war die ZOA die einzige jüdische Organisation, die einen Antrag beim Obersten Gerichtshof zur Verteidigung dieses Schrittes einreichte.

Die Anti-Defamation League unterzeichnete jeden Vorstoß der „Hebrew Immigrant Aid Society" (HIAS) gegen den Versuch, die Amerikaner vor islamischem Terror zu schützen, zusammen mit anti-israelischen Gruppen wie „J Street", Soros' „Bend the Arc" und T'ruah. HIAS, T'ruah und Avodah, eine von Steven Spielberg finanzierte anti-israelische Gruppe, tauchten bei einer Demo von Linda Sarsour auf. Für ungehinderte muslimische Migration

zu demonstrieren, war wichtiger als Antisemitismus.

Während orthodoxe Juden sich aus den Protesten heraushielten, abgesehen von Uri L'Tzedek, einem Bestandteil der ketzerischen linken Yeshivat Chovevei Tora-Gruppe, verbreitete Nathan Diament von der Orthodox Union eine beschämende Erklärung, in der syrische Migranten mit Juden verglichen wurden, die vor dem Nazi-Holocaust fliehen.

Glücklicherweise bezog der Nationalrat von „Young Israel" Stellung und nannte die obszöne Analogie „sehr beleidigend für die Juden, die die Nazi-Verfolgung überlebten".

Wie ich damals schrieb: „Wenn einer von Diaments Migranten Juden attackiert, können sie nicht sagen: ‚Unsere Hände haben dieses Blut nicht vergossen und unsere Augen haben es nicht gesehen.'" Jetzt wird das Blut vergossen und die Orthodox Union unterschreibt Briefe, in denen ein Antisemitismus-Monitor gefordert wird, als ob das Problem eher in einer mangelnden Überwachung als in der unvermeidlichen Krise der islamistischen Einwanderung und Demografie liegt.

Amerikanische Juden haben dieselbe gescheiterte Strategie verfolgt wie europäische Juden.

„Nachdem zwei muslimische Teenager im vergangenen März versucht hatten, Malmös Synagoge anzuzünden, riefen HaCohen und Barakat ihren Schulleiter an und besuchten dann am nächsten Tag die Klasse, um den Vorfall zu besprechen. ‚Wir haben die Kinder nicht darauf hingewiesen', erklärt Barakat, und erklärt, sie hätten die Zeit genutzt, um eine Lektion über Antisemitismus zu erteilen, anstatt sie zu bestrafen", heißt es in einem Artikel im „Time Magazine" fröhlich. Das selbstmörderische Hobby, Synagogenanzündern Unterricht über Antisemitismus zu geben, geht weiter.

Im verrückten Intersektionalismus kommen Juden nicht als Opfer vor

Die Integration des Kampfes gegen Antisemitismus in breitere linke Bewegungen gegen Bigotterie ist kläglich gescheitert, weil die zentrale Prämisse von Intersektionalität und Antirassismus darin besteht, dass einige Menschen, privilegierte Weiße im Allgemeinen und Juden im Besonderen, es verdienen, gehasst zu werden.

Der Zusammenbruch einer liberalen Mittelklasse in duellierende marxistische und faschistische Jugendmobs führt dazu, dass der Antisemitismus in Amerika so verbreitet wird, wie er es bereits in Europa ist. Aber die „grobe Arbeit" wird immer noch von jungen Männern übernommen, deren Eltern aus dem Irak, Pakistan oder Gaza hierherkamen, und die in New York und Los Angeles zufällige jüdische Menschen attackieren.

Die Schreie „Töte Juden, befreie Palästina" sind keine schreckliche Verirrung: Sie sind die neue Normalität.

Das Einzige, was dies hätte stoppen können und vielleicht noch immer täte, wäre, dass amerikanische Juden bereit wären, das Unaussprechliche zu sagen: dass einige Menschen in dieses Land gehören und andere nicht.

Die Vorstellung, dass Einwanderung ein gegenseitiger Gesellschaftsvertrag sein sollte und kein Selbstmordpakt, ist all dem, was Millionen von Amerikanern, Juden und Christen im Laufe der Jahre verinnerlicht haben, zutiefst fremd. Abgesehen von den christlichen Kirchen und HIAS, die sich dafür einsetzen, mehr Islamisten in Amerika anzusiedeln, ist sich außerdem ein Großteil des Landes einig, dass wir jeden nehmen müssen, der kommt.

Aber wenn wir jeden nehmen, der kommt, dann sind wir diejenigen, mit denen man Schlitten fährt.

Selbstmörderische Propaganda der Religionsgemeinschaften

Während unsere Straßen mit Obdachlosen gefüllt sind und arbeitslose Amerikaner in Rekordrate an einer Überdosis Drogen sterben, belehren Kirchen und Tempel ihre Gemeindemitglieder über ihre moralische Pflicht, mehr Iraker, Syrer und Pakistaner nach Amerika zu bringen. Aber 9/11 und gelegentliche Terroranschläge in einer Großstadt sind nur die Anfänge der islamistischen demografischen Kolonisierung.

Die nächste Stufe, die Mob-Gewalt durch das, was die europäische Presse vorsichtig „wütende Jugendliche" nennt, ist jetzt in New York und Los Angeles im Gange. Es wird nicht aufhören. Die Ära des „einsamer Wolf"-Dschihadisten ist noch nicht zu Ende, aber die Zukunft des islamischen Terrors in Amerika werden Gruppenangriffe sein, wie die im Bataclan in Paris, und routinemäßigere Unruhen und Massenangriffe, die von ihren linken Verbündeten unterstützt werden.

Juden in New York City sind die leichtesten Ziele, aber wie die Schweden oder Franzosen Ihnen sagen könnten, oder die Polen und die Tschechen, hört es selten dort auf.

Muslimische Gewalt ist keine Reaktion auf Unterdrückung oder Verfolgung. Es ist eine theologische Mission der Vorherrschaft, Nicht-Muslime zu kolonisieren und zu unterwerfen, wie uns zahlreiche Dschihadisten bei ihren Prozessen erklärt haben.

Wir haben uns entschieden, sie nicht beim Wort zu nehmen.

Israel ist nicht das Thema. Genauso wenig wie Mohammed-Karikaturen, ein Teddybär mit falschem Namen oder falsche Berichte über einen geschändeten Koran. Wenn Schläger und Terroristen Menschen prügeln und töten wollen, finden sie immer eine Ausrede.

Auf ihre Ausreden zu hören und sie ernstzunehmen, ist fast so dumm, wie ihre Länder zu besuchen oder sie lange genug in deinem Land zu lassen, bis sie dich töten. Wenn wir überleben wollen, müssen wir aufhören, dumm zu sein. Sonst lernen wir zu leben und zu sterben wie in Malmö. Es geschah in Europa. Jetzt passiert es hier.

Wenn amerikanische Juden den Antisemitismus stoppen wollen, müssen sie aufhören, ihn aus den antisemitischen Hauptstädten der Welt zu importieren. Antisemitismus wirklich zu bekämpfen bedeutet, antisemitische Einwanderung zu bekämpfen.

Oder in kugelsichere Fenster zu investieren und gleichzeitig Synagogenanzünder über Antisemitismus aufzuklären.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist zuerst erschienen im Front Page Magazine des Centers.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Islamisierung: Wissen über den Holocaust an französischen Schulen immer schwerer zu vermitteln

Lehrer berichteten immer häufiger, dass es besonders in islam-dominierten Schulen bei Unterrichtseinheiten zum Holocaust und der Verurteilung der Nazi-Morde nicht selten zu Protest und Aggressionen von Seiten der Schüler kommt.

Von Redaktion Audiatur

Der Vizepräsident des Dachverbandes der jüdischen Organisationen in Frankreich, Yonathan Arfi, hat sich gegen einen Wettstreit des Gedenkens ausgesprochen. Es sei nicht einfach, an französischen Schulen derzeit Wissen über den Holocaust zu vermitteln, sagte Arfi kürzlich bei einer Online-Diskussion zum Thema „Religiösem Hass entgegenwirken: Die Rolle von Schule und Bildung".

Lehrer berichteten vielfach, dass sie bei Unterrichtseinheiten zum Holocaust auf Protest von Schülern stießen, erläuterte Arfi. So hätten viele Schüler den Eindruck, es sei genug mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen. „Aber es braucht den Austausch, auch über das Gedenken an historische Ereignisse", mahnte der Experte. Zudem würden Juden häufig nur als Opfer behandelt; ihre positiven Beiträge zur französischen und europäischen Kultur seien an Schulen selten Thema.

Schulen spielten im Kampf gegen religiösen Hass eine zentrale Rolle, betonte Arfi. In den vergangenen Jahren seien in Frankreich jedoch viele jüdische Schüler auf private Schulen gewechselt. Hintergrund seien Stigmatisierung und Angriffe. Arfi erinnerte auch an das Attentat von Mohammed Merah, der 2021 in Toulouse drei jüdische Kinder, ihren Lehrer sowie drei Soldaten getötet hatte.

REMY GABALDA / AFP

Unterricht in der südfranzösischen Stadt Toulouse

Das wichtigste Ziel von Schulunterricht müsse es sein, ein Gespür für Komplexität zu vermitteln, sagte er weiter. Dies gelte auch für aktuelle Themen wie den Nahost-Konflikt.

Der Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER), Moskaus Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, sprach von einem großen Schatten, den der religiöse Hass auf Europa werfe. Bildung sei ein entscheidender Schlüssel, denn alles im Leben sei davon geprägt, welche Eindrücke und Erfahrungen man als Kind sammle. Zugleich müsse sichergestellt sein, dass religiöse Erziehung kein Kind verletze, sondern andere Glaubensrichtungen berücksichtige.

Die Veranstaltung war vom „Institute for Freedom of Faith and Security in Europe" (IFFSE) organisiert worden. Das IFFSE wurde von der Konferenz Europäischer Rabbiner initiiert.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

nur ca. 10 Prozent aller judenfeindlichen Straftaten – trotz anderweitiger Erfahrungen der Betroffenen – von islamischer Seite begangen wurden. Allerdings sind diese Statistiken, die den überwältigenden islamischen Hauptanteil an antisemitischen Straftaten minimieren, keinesfalls unpräzise, sondern schlichtweg falsch.

Ohnehin scheint es unsere Politik, besonders die der Wasser predigenden und selbst Wein trinkenden Grünen, mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen. Ihre politische Hoffnungsträgerin und Lichtgestalt, die Kanzlerkandidatin Baerbock wird nahezu im Wochentakt neuer Lügen überführt. Vom Verschweigen von Sonderbezügen in zweistelliger Tausender-Höhe bis zur falsifizierenden Schönung ihres Lebenslaufs, vom Buchplagiat bis zur unerwähnt gelassenen zigtausende Euro konsumierenden vergeblichen Doktoratsförderung durch die parteinahe Böllstiftung, und nahezu täglich scheinen neue Enthüllungen hinzuzukommen. Soviel, dass selbst die grün-affine „taz“ Kritik geäußert hat, was aber nicht etwa zur Einsicht der Grünen, sondern zur massiven Beschimpfung der die Kanzlerkandidatin kritisierenden Journalistin durch andere ebenfalls der Lüge und Inkorrektheit überführte Parteigenossen der grünen Volks-Bevormundungspartei geführt hat.

Zuviel des Ganzen für eine Wahlpolitikerin und Kanzlerkandidatin sollte man meinen. Nur der deutsche Wähler scheint all dem nicht hinreichend Rechnung zu tragen. Jedenfalls weisen die bereits etwas gefallenen Umfragewerte die Grünen immer noch als zweitstärkste Partei aus. Bleibt nur die Hoffnung, dass Frau Baerbock da bis September noch einiges im Petto hat, und den deutschen Wähler vor dem Fehlgriff sie und ihre Partei zu wählen bewahren wird.

Kippen die USA unter Biden?

Mit großer Sorge muss auch wahrgenommen werden, dass nach der Amtsübernahme durch Präsident Biden und seine Democrats selbst Teile der USA nicht mehr als wirklich sicherer Zufluchtsort für Juden gesehen werden können. Zu sehr hat die antisemitische und rassistische BLM-Bewegung und die durch verstärkte Islam-Einwanderung zunehmende Malmöisierung Amerikas vor allem in den Metropolen die dortigen Anfeindungen gegen jüdische Menschen anwachsen lassen.

Der neue Antisemitismus von linker, islamischer und BLM-Seite geht in einigen Fällen auch in der etablierten Politik so weit, dass sogar Parteikollegen der zunehmend israel-aversen US-Democrats sich gezwungen sehen, öffentlich den ausufernden Antisemitismus der Terror-Verharmloserin Ilhan Omar zu verurteilen. Immerhin zwölf jüdische Abgeordnete der Demokraten kritisieren, wenn auch zähneknirschend, die islamische US-Democrats-Vertreterin Omar für hasserfüllte Äußerungen, in denen sie Israel und die USA mit den Terroristen der Hamas und den Gotteskriegern der Taliban gleichsetzt.

Nicht wirklich erfreuliche Nachrichten kommen dieses Mal leider auch aus Israel.

John MACDOUGALL / POOL / AFP

Einige Grüne bedauern mittlerweile, dass sie mit der in eine Plagiats-Affäre verwickelten Annalena Baerbock in den Wahlkampf 2021 gegangen sind. Ihr Rivale Robert Habeck, der ihr nach grüner Sitte als Frau den Vortritt lassen musste, übt sich in beredtem Schweigen.

Zwar eröffnet nun auch Honduras dank der überaus erfolgreichen gemeinsamen Politik Donald Trumps und Benjamin Netanjahus als weiteres Land seine Botschaft in Jerusalem, und Israel zeigt politische Präsenz in den Vereinigten Emiraten. Aber Benjamin Netanjahu wurde nach zwölf erfolgreichen Jahren als Premierminister durch eine unheilige Allianz nicht zusammenpassender Koalitionsparteien und dazu auch mit teuer erkaufter Unterstützung der Moslembrüderschaft in Israel aus dem Amt gedrängt. Die zwischenzeitlich nach dieser unseligen Koalitionsbildung gegen ihren Drahtzieher Naftali Bennett bekanntgewordenen wirtschaftlichen Vorwürfe könnten den linken Kräften um Yair Lapid und den Muslimbrüdern hinter Mansour Abbas bei der Demontage der großen Leistungen des bisherigen Ministerpräsidenten Netanjahu und der Schwächung des israelischen Sicherheitsinteresses Auftrieb verschaffen.

Der uneingeschränkte Dank des Verfassers gilt der großartigen Politik Benjamin Netanjahus für den Staat Israel und seine Menschen. Der auch gegen die hiesigen und westeuropäischen Feinde seiner Politik erzielte historische Durchbruch zur wachsenden internationalen Anerkennung und zum Ausbruch aus der Isolation in der Region ist nur eines seiner großen Verdienste, die ihm gemeinsam mit dem vormaligen US-Präsidenten Donald Trump zustehen.

Israel und das jüdische Volk werden wie bereits viele vormalige Krisen auch die kommenden schwierigen Jahre der Wahlverlierer ohne Schaden überstehen und ein sicherer Hort für jüdische Menschen in und außerhalb Israels bleiben. – Am Israel Chai!

Kommen Sie bitte alle gesund und erholt über diesen Sommer!

Alles erdenklich Beste

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

i.A. S. Akstinat (Chefredakteur)

JUDISCHE RUNDSCHAU
Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(030) 23 32 88 60** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Zurückgehaltener EU-Bericht: „Palästinensische“ Schulbücher enthalten Antisemitismus und Judenhass

Sehr zum Unbehagen der EU belegt ein bekanntgewordener eigener Bericht, dass die Texte „palästinensischer" Schulbücher nachweislich Kinder zu Judenhass und Antisemitismus erziehen. Auf die Veröffentlichung dieses Berichts wartet man bisher vergebens.

Von Redaktion Audiatur

HAZEM BADER / AFP

Die „Palästinenser" werden schon in jungen Jahren auf Kurs gegen Israel gebracht.

Die deutsche „Bild“-Zeitung veröffentlichte kürzlich Ergebnisse aus dem Bericht und stellte die Frage, warum sie nie veröffentlicht wurden. Laut „Bild“ wurde der Bericht 2019 von der damaligen EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini in Auftrag gegeben und überprüfte Unterrichtsanweisungen des „palästinensischen“ Bildungsministeriums aus den Jahren 2017 bis 2020.

Der Bericht, der vom deutschen Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung verfasst wurde, ist auch vom „Institute for Monitoring Peace and Cultural Tolerance in School Education“ (IMPACT-se) eingesehen worden, einer israelischen Nichtregierungsorganisation, die schon früher auf ähnliche hasserfüllte Inhalte in „palästinensischen“ Schulbüchern aufmerksam gemacht hat.

Laut IMPACT-se fand das Institut in Schulbüchern die „häufige Verwendung negativer Zuschreibungen in Bezug auf das jüdische Volk, z. B. in Schulbuchaufgaben, die eine bewusste Aufrechterhaltung antijüdischer Vorurteile nahelegen.“ Es wurde sogar ein Schulbuchkapitel entdeckt, welches „die Botschaft vermittelt, dass die Juden als Kollektiv gefährlich und trügerisch sind, und sie dämonisiert. Es erzeugt Gefühle des Hasses gegenüber Juden.“

ABBAS MOMANI / AFP

„Palästinensische" Verherrlichung einer Terroristin in Ramallah: Die Fatah-Angehörige Dalal Mughrabi führte 1978 einen Angriff auf einen israelischen Bus bei Tel Aviv aus, bei dem 36 Menschen getötet wurden.

Das untersuchte Material enthielt auch Darstellungen in Bezug auf israelische Kriegsführung, die „dazu tendieren, den israelischen Gegner zu entmenschlichen; gelegentlich mit dem Vorwurf der Bosheit oder Vertuschung.“ Wenn es um gewalttätige Aktionen von „Palästinensern“ gegen Israel geht, werden diese in den Schulbüchern als Teil eines „heroischen Kampfes“ gegen den jüdischen Staat bezeichnet; im Allgemeinen werden die israelischen Protagonisten in den Darstellungen der Gewalt als „eine homogene Einheit, die meist als „(zionistische) Besatzung“ oder ähnlichen Zuschreibungen, dargestellt.

„Dieser noch unveröffentlichte EU-Bericht über palästinensische Schulbücher ist eine vernichtende Anklage gegen die Palästinensische Autonomiebehörde, die systematisch und zielgerichtet Antisemitismus, Hass und Aufstachelung zur Gewalt in ihre Schulbücher einbaut“, sagte Marcus Sheff, Geschäftsführer von IMPACT-se, gegenüber der Nachrichtenagentur „Jewish News Syndicate“ (JNS).

Jörg Rensmann, Programmdirektor des „Mideast Freedom Forum Berlin“, erklärt dazu: „Diese gegen ein friedliches Miteinander gerichtete Erziehung steht einer demokratischen Pädagogik in der Palästinensischen Autonomiebehörde entgegen. Sie spielt eine wichtige Rolle für das palästinensische nationale Narrativ und ist im Zusammenhang mit den finanziellen Anreizen für Terror seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde ein entscheidendes Hindernis für jeden Ausgleich mit Israel.“

Die Ergebnisse der Studie weisen einen eindeutigen Befund auf. Seit langem werden „palästinensische“ Kinder und Jugendliche systematisch indoktriniert und in Schulen der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) und der UNRWA, der für „Palästinenser“ zuständigen UN-Flüchtlingsorganisation, zu Hass und Gewalt gegen Juden erzogen. Terroristen werden zu Rollenvorbildern stilisiert, so das „Mideast Freedom Forum Berlin“.

Wann die EU-Kommission den Bericht veröffentlichen wird, ist laut dem Bericht der „Bild“-Zeitung noch unklar.

Spanische TV-Moderatorin hetzt gegen israelische Sportlerinnen

Die spanische TV-Kommentatorin Clara Basiana verunglimpft die Teilnahme israelischer Sportlerinnen an internationalen Wettbewerben als „Weißwaschung" des vermeintlichen israelischen „Völkermords an den Palästinensern".

(JNS) Das „Combat Antisemitism Movement" (CAM) fordert disziplinarische Maßnahmen gegen die Reporterin eines spanischen Fernsehsenders, die sich während einer Liveübertragung antisemitisch über israelische Sportlerinnen geäußert hat.

Die TV3-Kommentatorin Clara Basiana machte die beleidigenden Bemerkungen, als sie am 10. Juni live über die israelischen Synchronschwimmerinnen Eden Blecher und Shelly Bobritzky berichtete, nachdem die beiden bei einem olympischen Qualifikationswettkampf in Barcelona aufgetreten waren und auf die Ergebnisse der Jury warteten. Laut einer Übersetzung von CAM sagte Basiana den Zuschauern auf Spanisch:

„Abgesehen von den technischen Aspekten möchte ich darauf hinweisen, dass Israels internationale Präsenz bei Sport- und Kulturveranstaltungen eine weitere Strategie ist, um den Völkermord und die Menschenrechtsverletzungen weißzuwaschen, die das Land am palästinensischen Volk begeht.

Wir haben es hier in Barcelona bei der Qualifikation für die Olympischen Spiele gesehen, wir haben es mehrmals beim Eurovision Songcontest gesehen. Es scheint, dass im Zuge dieser Veranstaltungen die Kriegsverbrechen des israelischen Staates verschwinden. Wir müssen uns dessen als Zuschauer bewusst sein und diese Situation sichtbar machen, damit sie nicht zur Normalität wird."

Clara Basiana (fünfte von links) war früher selbst Sportlerin. Heute kommentiert sie Wettkämpfe für den Rundfunk - und agitiert dabei gegen Israel.

In einem Brief an Jaume Peral, CEO von Catalyunya Comunicacio, zu dem auch TV3 gehört, forderte die CAM eine Abmahnung Basianas, warf TV3 vor, nicht sachlich und objektiv über die Ereignisse zu berichten und bestand darauf, dass der Sender Präventivmaßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass sich ein ähnlicher Vorfall nicht wiederholt.

Der Brief wurde im Namen der 330 Partnerorganisationen und 340.000 Einzelmitglieder des „Combat Antisemitism Movement" verschickt, zu denen auch der ehemalige US-Senator Joe Lieberman und der Menschenrechtsaktivist Natan Sharansky gehören. CAM hat zudem in der vergangenen Woche eine öffentliche Petition gestartet, die disziplinarische Maßnahmen gegen Basiana fordert.

(Der Artikel „Anti-Semitism watchdog calls for disciplinary action against Spanish TV host over anti-Semitic comments" ist zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung von Alexander Gruber.)

Der Neue Lehming: Übergriffige Verhaltensregeln für Juden in der Öffentlichkeit

Statt arabische Übergriffe angemessen zu kritisieren, legt der umstrittene „Tagesspiegel"-Journalist Malte Lehming Juden nachdrücklich den Verzicht auf den Davidstern in der Gegenwart von moslemischen Demonstranten nahe und legitimiert damit No-Go-Areas und islamische Aggression gegen Juden.

Von Gerd Buurmann

„Nicht alles, was erlaubt ist, ist auch klug."

Mit diesem Satz ist ein Artikel von Malte Lehming für den Berliner „Tagesspiegel" überschrieben. Der Artikel erschien am 1. Juni 2021, nachdem in Berlin drei junge Menschen von Demonstranten umringt, beschimpft, angegriffen und verletzt worden waren, weil zwei von ihnen einen Davidstern trugen. Nach dem Angriff erhielten sie von der Polizei den Ratschlag, künftig am „Tag der Nakba" bei einer Demonstration von „Palästinensern" auf jüdische Symbole zu verzichten.

Ratschläge sind auch Schläge.

Für Malte Lehming steht zwar fest, dass in einer idealen Welt Menschen jeglicher Religion überall sicher, friedlich und gewaltfrei leben können sollten, er gibt aber zu bedenken, dass der Rat der Polizei, durchaus begründet gewesen sei, denn die drei Männer hätten „common sense" und „Realitätsbewusstsein" besitzen sollen:

„Sie sollten eine Situation bewerten und verstehen können. Sie sollten unterscheiden können zwischen erlaubten und klugen Handlungen. Rechtmäßiges und Gebotenes sind nicht immer deckungsgleich."

Ja, manchmal ist es einfach nicht klug, Jude zu sein. Jedenfalls ist es nicht klug, stolz jüdische Symbole zu tragen.

Ich frage mich, ob der „Tagesspiegel" irgendwann den „Neuen Lehming für Gebotenes Verhalten in der Öffentlichkeit" herausgibt. Dort wird man dann erfahren, welche Dörfer in Deutschland ein kluger Mensch mit dunkler Hautfarbe nicht betreten sollte, welche Parkanlagen für Frauen tabu sind und in welchen Vierteln homosexuelle Männer besser nicht Händchen halten.

All diese No-Go-Areas gibt es. Es braucht keinen Malte Lehming, um die potentiellen Opfer daran zu erinnern. Sie wissen selber ganz genau um diese gefährlichen Orte. Dieses Wissen ist Teil ihrer alltäglichen Überlebensstrategie.

Es ist daher völlig daneben, wenn Malte Lehming schreibt, es sei vielleicht „keine gute Idee, im Antifa-T-Shirt auf eine Reichsbürger-Veranstaltung zu gehen. Oder einen AfD-Stand direkt vor dem besetzten Haus in der Rigaer Straße aufzubauen."

Ich möchte darauf mal mit dem „Neuen Buurmann für Freiheit und Verantwortung" antworten:

Das Tragen des Symbols der AntiFa darf und muss überall in Deutschland möglich sein. Ebenso muss die AfD überall sicher die Meinung äußern können. Das gilt für alle Menschen. Jede Frau darf ihr Aussehen in äußerst provokanter und rücksichtsloser Art und Weise zur Schau. Sie muss sich nicht unter einem Ganzkörperschleier verstecken. Sie kann tragen, was sie will. Niemand darf in Deutschland gezwungen werden, einen Stern zu tragen und jeder muss immer und überall die Möglichkeit haben, einen Stern zu tragen.

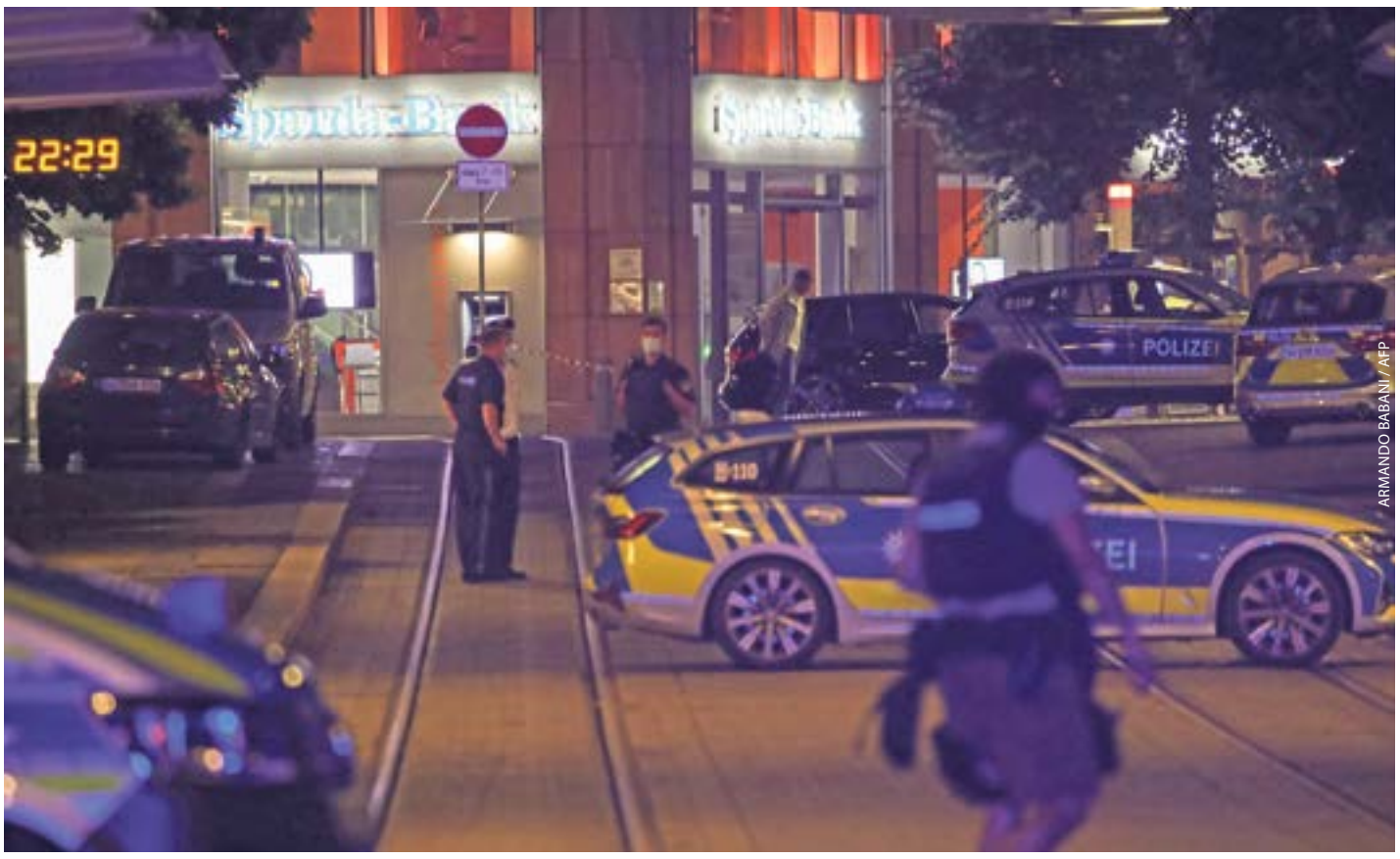
Sexisten fühlen sich durch Frauen provoziert. Frauen sind aber nicht das Problem, sondern die Sexisten. Schwarze erzeugen bei Rassisten erheblichen Unmut. Schwarze sind aber nicht das Problem, sondern die Rassisten. Judenhasser hassen Juden. Juden sind aber nicht das Problem, sondern die Judenhasser.

Ein Anschlag auf eine Moschee ist keine überzogene Kritik am Islam. Ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim ist keine überzogene Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik. Überall in Deutschland dürfen Einrichtungen dieser Art stehen. Angriffe auf jüdische Einrichtungen und jüdische Menschen sind immer zu verurteilen und überall dürfen sie stehen und leben. Es ist klug und geboten, diese Freiheit zu verteidigen.

Terrormorde von Würzburg: Die ebenso klar erkennbare wie uneingestandene Schuld der Politik

Das Messer-Massaker von Würzburg offenbart, dass Corona das Problem der importierten Islamisierung und der damit verbundenen zunehmenden Gewalt-Exzesse nur vorübergehend verdeckt hat.

Von Peter Grimm



Polizeiabsperrung im Zentrum von Würzburg, wo ein Somali am 25. Juni 2021 drei Frauen erstochen hat und sechs weitere Menschen verletzt hat.

Wenn sich das Corona-Regime lockert und die Innenstädte nicht mehr leer sind, weil nicht mehr alles zwangsweise geschlossen ist und Ausgangsbeschränkungen herrschen, dann wird es mancherorts problematisch. Nicht, weil plötzlich das Virus wieder zuschlägt, sondern weil auch wieder die alten, von Corona längere Zeit zugedeckten, aber ungelösten Probleme zum Vorschein kommen. Dazu gehören beispielsweise die Schattenseiten der von allerlei Fehlanreizen befeuerten ungesteuerten Zuwanderung. Eines davon ist die nach 2015 bemerkbare Konjunktur der Messerstechereien und Messerangriffe. Ein anderes sind – noch vergleichsweise seltene – islamistische Gewalttaten.

Von beidem hat man in den letzten Monaten wenig gehört oder gelesen. Von den meisten Messerangriffen nimmt die Öffentlichkeit nur lokal, höchstens regional, Notiz. Sie schaffen es nur selten in die überregionale Berichterstattung. Islamistische Gewalttaten genießen ein höheres Maß an öffentlichem Interesse, weshalb politisch Verantwortliche und etliche Medienwerktätige sich äußerst zaghaft und zögerlich dem islamistischen Hintergrund einer Mordtat nähern, denn das passt nicht in das schöne Bild von der eigenen Zuwanderungspolitik.

Der bis gestern Abend letzte Fall, der für überregionales Aufsehen sorgte, war der Mordanschlag eines 21-jährigen syrischen Asylbewerbers auf ein schwules Paar in Dresden am 4. Oktober des letzten Jahres, also vor der letzten Lockdown-Saison. Nur einer der beiden angegriffenen Männer überlebte diesen Messerangriff. Dass diese Bluttat islamistisch motiviert war, erfuhr die Öffentlichkeit seinerzeit auch mit etwas Verzögerung, obwohl es sich bei dem Täter um einen islamistischen Gefährder handelte. Am 21. Mai ist er zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Man kann nur hoffen, dass die Justizbehörden in der Lage sind, ihn daran zu hindern, in seiner langen Haftzeit an der Radikalisierung anderer muslimischer Häftlinge mitzuwirken.

Doch die vielen Monate des Corona-Ausnahmezustands und jetzt die Freude über die kleinen Lockerungen kleinlicher Gängeleien ließen die teilentmündigten Bürger viele Probleme vergessen, die vor der Angst vor dem Corona-Virus offenkundig waren. An die einst eskalierende Zuwanderungs-Debatte der Zeit nach 2015 erinnerten sich manche Deutsche allenfalls, als ihnen Grenzübertritte untersagt wurden, obwohl sie doch seinerzeit immer hörten, dass sich Landesgrenzen nicht schließen ließen.

Ein Fünftel seines Lebens

Jetzt, drei Monate vor der Bundestagswahl, während viele Politiker und Meinungsbildner um die wohlklingendste Bilanz der Merkel-Ära wetteifern, kommen plötzlich wieder die Folgen einer vielleicht wohlmeinenden, aber nicht wohldurchdachten Zuwanderungspolitik zum Vorschein.

Drei Menschen sind am Freitagnachmittag in der Würzburger Innenstadt getötet worden, weitere wurden schwer verletzt. Mutige Menschen, die sich dem Messerangreifer nach den vorliegenden Berichten wehrhaft entgegenstellten, haben womöglich weitere Bluttaten verhindert. Der Täter wird als 24-jähriger Somalier beschrieben, der – ausgerechnet – seit 2015 in Deutschland lebt. Damit hat er immerhin mehr als ein Fünftel seines Lebens hierzulande verbracht und ist in dieser Zeit der Polizei auch als Gewalttäter aufgefallen.

Warum konnte der Täter hier in Würzburg sein? Was hatte er hier zu suchen? Das sind diese bösen Fragen, die einst die AfD stark gemacht hatten, vom Corona-Ausnahmezustand gnädig zugedeckt wurden und nun wieder auftauchen, wie ein längst vergessener Schuldschein. Natürlich werden diese Fragen von den Verantwortungsträgern nicht beantwortet, denn dazu müssten sie sich sehr selbstkritisch und differenziert mit ihrem eigenen Handeln auseinandersetzen. Manche derer, die diese Fragen in klarer politischer Absicht stellen, glänzen dann mit eher unterkomplexen Antworten, und die schweigende Mehrheit wagt es nicht, solche Fragen auszusprechen, denn die gelten als höchst unanständig. Dabei sind sie nur logisch.

Die Antwortvermeider folgen, wenn eine Bluttat, wie jetzt in Würzburg, diese Fragen produziert, einem eingeübten Muster. Sie nähern sich langsam und zaudernd dem Motiv des Täters und seinem weltanschaulichen und kulturellen Hintergrund. Bekanntermaßen sind die gleichen Akteure ungleich urteilsschneller und urteilsstärker, wenn es um andere Tätergruppen geht.

Irgendwie scheinen die Verantwortungsträger darauf zu hoffen, dass das öffentliche Interesse nicht übermäßig wächst und ansonsten schnell wieder schwindet. Nur erledigen sich die offenen Fragen damit nicht.

Die leicht zu beseitigende Ursache will niemand sehen

Natürlich wird in solchen Fällen auch gern gefragt, ob man einen Mann, der schon als Gewalttäter aufgefallen ist, nicht längst hätte abschieben müssen? So legitim die Frage in etlichen Fällen sein mag, gerade bei dem Würzburger Täter hätte das kaum geholfen. Wohin sollte man einen Somalier abschieben? Nach Somalia? In ein Land, in dem es nicht einmal ein hinreichend funktionierendes Staatswesen gibt, das seinen Bürger zurücknehmen könnte? Letztlich ist die Frage, die jede solcher Taten aufwirft, die nach den Ursachen, die zu dieser Migration führen. Zwar arbeiten auch die politischen Verantwortungsträger gern mit dem Textbaustein „Fluchtursachen beseitigen", doch über eine wichtige Ursache wollen sie dennoch nie reden. Dabei könnten sie diese vergleichsweise schnell beseitigen. Es sind die Anreize.

Wer jedem illegalen Einwanderer Kost, Logis, Taschengeld und kostenfreie Gesundheitsversorgung verspricht, wer verheißt, dass man nur im Ausnahmefall diese Versorgungsquelle wieder verlassen muss, wer zeigt, dass er kaum kulturelle Anpassung verlangt – der lädt jeden ein, in dessen Land die Lebensbedingungen spürbar schlechter sind als hierzulande. Und es ist niemandem zu verdenken, dass er diese Chance nutzt. Leider sorgen solche Fehlanreize zum Teil auch für eine Negativauslese. Denn Glücksritter mit kriminellen Neigungen werden geradezu angezogen durch den Umstand, dass sich die eigene Identität zumindest zeitweise gut verschleiern lässt und dass – im Falle eines Falles – die Justiz human ist.

Lassen sich alle diese Anreize beseitigen? Mit Sicherheit nicht. Wer würde auf eine humane Justiz verzichten wollen? Aber ein Anreiz lässt sich schnell beseitigen: Die Vollversorgung sofort nach Abgabe eines Asylantrags. Hier könnte man sehr schnell beschließen, dass Sozialleistungen des Staates erst nach einem positiven Asylbescheid fließen und auch dann nur bei Bedürftigkeit. Das wäre keine Ungleichbehandlung zu Deutschen, denn auch die bekommen nur Leistungen vom Staat, nachdem ein Antrag bewilligt wurde. Und da liegt es auch in der die Verantwortung des Antragstellers, seine Berechtigung nachzuweisen. Die weit verbreitete Grundannahme, jeder Asylbewerber wäre arm und könne kein eigenes Geld auftreiben, stimmt nun einmal nicht in jedem Fall. Und natürlich muss man sich endlich konsequent von denen trennen, die hier kein Bleiberecht aber ein existierendes Heimatland haben.

Es sind diese Debatten, die geführt werden müssten, aber nicht geführt werden. Aufsehenerregende Bluttaten sind ja nur die Spitze eines Problemeisberges, den uns Wohlmeinende und solche, die so tun, gern schönreden möchten.

Die jüngsten Morde von Würzburg könnten eine überfällige Debatte wieder hervorholen. Den Satz würde ich mit mehr Hoffnung schreiben können, wenn er zu solchen Anlässen nicht schon so oft geschrieben worden wäre. Aber man soll und möchte die Hoffnung nie aufgeben. Das mutmaßliche Ende der Merkel-Kanzlerschaft wäre schließlich ein geeigneter Zeitpunkt für einen Kassensturz, auch in Sachen Zuwanderungspolitik. Daran haben die Morde von Würzburg wieder erinnert.

Zum Schluss zur Vermeidung von Missverständnissen, falls manche Leser unter dem pawlowschen Reflex leiden, hinter jedem Kritiker der gegenwärtigen Zuwanderungspolitik einen Apostel völkischer Reinheit zu vermuten: Ich weiß, dass dieses Land – wie fast alle westlichen Gesellschaften – Zuwanderung braucht. In Gesellschaften mit Geburtenraten von einskommairgendwas Kindern ist das folgerichtig. Ich finde auch, dass Verfolgten Schutz gewährt werden muss. Allerdings sollte man vermeiden, dass ihnen ihre Verfolger hierher folgen. Ansonsten sollte Zuwanderung vor allem den Interessen der Aufnahmegesellschaft folgen, denn nur so bietet sie auch den Zuwanderern die meisten Chancen, in eine Gesellschaft aufgenommen zu werden.

Doch bevor dieser Text vollends zu einem Exkurs über Zuwanderungspolitik wird: Über alldem sollten die Opfer der Bluttat von Würzburg nicht vergessen werden.

Der Judenhass auf Deutschlands Straßen kam doch nicht über Nacht!

Es wird von Politik und Medien weitestgehend ausgeblendet, dass die politische Linke Deutschlands seit Jahrzehnten Juden unter dem Deckmantel der Israel-Kritik anfeindet und antisemitische Zuwanderung massiv fördert.

AFP

Von Michal Kornblum (Tichys Einblick)

Als es im Mai 2021 zu anti-israelischen Demos in Westeuropa (in Osteuropa so gut wie gar nicht) kam, hatten die hiesigen Politiker die anti-israelischen Demos von 2014 offenbar schon wieder vergessen.

Die Synagoge in Gelsenkirchen ist für mich ein ganz besonderer Ort. Dort hatte ich im Oktober 2008 meine Bat Mizwa – in der jüdischen Tradition ist dies die Feier zur religiösen Mündigkeit, die Mädchen mit zwölf Jahren erreichen. Ich erinnere mich gut an diesen Tag und an meine Aufregung: Das Outfit war seit Wochen geplant, es waren sehr Viele aus der Gemeinde gekommen, ich habe einige Gebete gesprochen und eine kleine Rede vor der Gemeinde gehalten. Es war ein sehr schöner, sehr freudiger Tag, an dem ich zur „Tochter des Gebots“ und damit in den Kreis der im religiösen Sinne Erwachsenen aufgenommen wurde. Umso trauriger war ich kürzlich, die Aufnahmen des Hassmobs aus Gelsenkirchen zu sehen.

Deutschland wird aktuell von einer Welle des Antisemitismus – durch mehrheitlich junge Muslime und deutsche Linke – überrollt. Was ich als Jüdin dazu denke? Dadurch, dass mein Vater über zehn Jahre in Gelsenkirchen als Rabbiner gearbeitet hat, kenne ich viele Juden aus der Gemeinde in Gelsenkirchen und wir sind als Familie mit einigen Familien dort befreundet. Ich war sehr besorgt um sie und erschüttert – aber überrascht war ich nicht. Solche Gewaltexzesse, wie wir sie zur Zeit auf deutschen Straßen in Gelsenkirchen, Berlin, Köln, Bochum und vielen weiteren Städten erleben, sind selbstredend abscheulich, beschämend, aber sie kommen nicht überraschend. Wer glaubt, diese aggressiven Horden seien plötzlich vom Himmel gefallen, hat die Entwicklungen der letzten Jahre verschlafen. Bereits 2014 hatten wir während der Gaza-Operation Eskalationen auf deutschen Straßen. Auch in Gelsenkirchen, wo damals ein Gullydeckel in einer Fensterscheibe der Synagoge landete und Sprechchöre „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ schrien.

> Mit grandioser Attitüde wird weiterhin weltweit Geld verstreut, als gäbe es im eigenen Land keine Not.

Überrascht bin ich jedoch von einer meiner subjektiven Wahrnehmung nach größeren Solidarität mit Israel und den hier lebenden Juden in der deutschen Durchschnittsbevölkerung als noch 2014. Man muss positiv erwähnen, dass sich wenigstens einige Politiker deutlich mit Israel solidarisieren, ihr jahrelanges Schweigen zum islamischen Antisemitismus in Deutschland nun im Zugzwang brechen und einige Städte Israelflaggen an Verwaltungsgebäuden oder Rathäusern hissten, was vielerorts aber von antisemitischem Vandalismus konterkariert wurde. Auch dies verwundert mich nicht. Sich in Deutschland öffentlich zu Israel zu bekennen, ist gefährlich.

Ein Funktionär eines jüdischen Verbandes begrüßte den Massenzustrom junger arabischer Männer nach Europa vor einigen Jahren noch und nannte ihn „ein sehr spannendes Experiment“, während er sicherheitshalber trotzdem lieber die israelische Staatsbürgerschaft in der Hinterhand hatte. Nun ernten wir die Früchte dieses Experiments. Ein Großteil dieses Mobs besteht aus Leuten, die als Flüchtlinge hierherkamen und ihren Judenhass gleich mitbrachten und hier weiterhin ausbauten. Es ist kein Geheimnis, dass viele Moscheen und auch linke deutsche Verbände dafür den Nährboden bieten. Im Antisemitismus und Israelhass konfluieren in Deutschland die verschiedensten Strömungen. Ein weiteres Indiz für das Versagen von Politik und Justiz ist, dass viele junge Moslems, die bereits in zweiter oder dritter Generation hier leben, radikaler und antisemitischer sind als ihre Eltern und Großeltern, die häufig ein westlicheres Weltbild pflegen. Wenn der anerzogene Judenhass „made in Germany“ auf den importierten Antisemitismus aus arabischen Ländern trifft, kommt es zu jener explosiven Stimmung auf deutschen Straßen, die wir gerade Zeit erleben.

Was hilft gegen Antisemitismus?

Es gibt bei solchen Ausschreitungen immer einen Sündenbock: die Polizei. Als Juden in Deutschland haben wir bereits als Kinder die Polizisten und ihre Arbeit für die Sicherheit der Synagogen und aller jüdischen Einrichtungen schätzen gelernt. Auch bei diesen Ausschreitungen stand die Polizei wieder an vorderster Front, um Unbeteiligte oder Journalisten zu schützen und Aggressoren festzunehmen, sowie die theoretische Auflösung der Demo in Berlin auch tatsächlich durchzusetzen. Die Polizei steht dabei immer im Kreuzfeuer: Die Politik sieht die Polizei in der Verantwortung für Recht und Ordnung auf den Straßen zu sorgen, tatsächlich konsequentes Durchgreifen ist

dann aber wiederum ein Akt unangemessener Polizeigewalt. Die Justiz gibt der Polizei auch nicht die notwendige Rückendeckung, denn fast jeder der „Demonstranten“ hatte einen diskriminierungsfähigen Hintergrund und mit Sicherheit auch eine schwere Kindheit. Und selbstverständlich ist die Arbeit der Polizisten bei solchen Demos per se schon enorm gefährlich – 93 Polizisten wurden allein in Berlin verletzt.

Ich bin dankbar, dass die Polizei trotz aller Widrigkeiten täglich jüdische Einrichtungen schützt und gegen solche Ausschreitungen vorgeht, obwohl sie von Politik und Gesellschaft zu oft alleine im Regen stehen gelassen werden. Meiner Meinung nach wird auch nur die Härte des Rechtsstaats in der Lage sein, etwas an diesen Zuständen zu ändern. Viele Politiker pochen zur Zeit auf mehr Bildungsarbeit und Diskussionen mit Muslimen in Deutschland. Diskussionen sind ein Mittel unserer westlichen Zivilisation. Ich habe bei den Bildern dieser Gewaltexzesse allerdings nicht den Eindruck, dass dort Diskussionspartner stehen. Vielleicht ist meine Sicht zu pessimistisch, aber die arabisch-islamische Sozialisierung und Kultur ist nicht bekannt für ihre Arbeitskreise, Podiumsdiskussionen und Friedenszirkel. Eine Strategie, die an der Mentalität der Zielgruppe vorbeigeht, ist zum Scheitern verurteilt.

Bildung ist selbstverständlich wichtig, nicht selten enden Versuche, Antisemitismus so vorzubeugen im Desaster – Konzentrationslagerbesuche etwa stoßen gerade bei jungen Moslems immer wieder auf Euphorie. Mir ist persönlich ein Fall bekannt, als eine Schulklasse eine Synagoge besucht hat und einige muslimische Schüler auf der Herrentoilette Hakenkreuze an die Wände geschmiert haben. Während ihre deutsche Lehrerin weinte, zeigten die Schüler eher weniger Reue. Bildung braucht natürlich gute Bildungsangebote, aber genauso sehr auch einen bildungswilligen Empfänger.

Auch die zahllosen Projekte gegen Antisemitismus nützen eher nicht. Es werden Steuergelder ver(sch)wendet, Arbeitsplätze für die x-te Kampagne geschaffen, Antisemitismusbeauftragte ernannt, aber der Erfolg ist angesichts steigender Zahlen antisemitischer Gewalt sehr überschaubar. Im besten Fall sind diese Projekte ein typischer Fall von „gut gemeint“, im schlimmsten Fall wie beispielsweise die Woche der CDU „Von Schabbat zu Schabbat“ reine Selbstinszenierung. Projekte wie diese gleichen in Sachen Selbstdarstellung dem Tag der offenen Tür im Tierheim – manche lassen sich mit Tieren fotografieren, andere mit Juden.

Lieber bei Hans-Georg Maaßen als bei Araber-Gruppen nach Antisemitismus suchen

In der Realität bewegen wir uns in der Antisemitismusdebatte immer noch von Floskel zu Floskel. Der vielbemühte Spruch „kein Platz für Antisemitismus“ erweist sich als eine der größten Lügen, da Antisemitismus offensichtlich viel Platz in Deutschland einnimmt. Das gebetsmühlenartige Wiederholen einer Phrase ändert nichts an den Wirklichkeiten. Genauso scheint „wer hier lebt, muss das Grundgesetz und das Existenzrecht Israels akzeptieren“ tendenziell auch nur so daher gesagt zu sein. Mir sind keine Fälle von Ausweisungen oder Abschiebungen aus diesen Gründen bekannt. Dabei wäre die Abschiebung aller antisemitischen Krawallmacher dieser Hetzdemos, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ein konsequenter Schritt.

Es ist kein gutes Omen für Deutschland, wenn diese Kundgebungen offensichtlich viele Anhänger haben und die restliche Gesellschaft machtlos dabei zusehen muss, wie der aggressive Mob die Straße an sich reißt. Es ist keine Außenseiterposition, die dort Antisemitismus auf deutsche Straßen trägt, sondern eine ganze Bevölkerungsgruppe. Selbstredend ist dies ein Problem für die deutsche Gesellschaft, weil Antisemitismus in Deutschland schon längst salonfähig ist. Es wirft auch viele Fragen für die Zukunft der Juden in Deutschland auf, die weitestgehend unbeantwortet bleiben. Die gesellschaftlichen Akteure sezieren lieber die Tweets von Hans-Georg Maaßen und suchen mit der Pinzette nach Antisemitismus, stellen völlig halt- und belanglose, verleumderische Anschuldigungen auf, aber verschließen ihre Augen vor dem offenen Antisemitismus auf deutschen Straßen. Weil er eben nicht von rechts kommt. Keiner mag über ihn reden, es könnte womöglich einen Zacken aus der Krone der Toleranz brechen. Wer aber immer nur nach rechts schaut, wird den Bus aus anderen Richtungen nicht kommen sehen, der einen überrollt.

Überfälliges Verbot: Die islamische angebliche „Hilfsorganisation“ Ansaar International muss endlich ihre Tätigkeit einstellen

Als die Gruppe „Ansaar International“, die bei den Behörden jahrelang unter dem Verdacht stand islamische Terroristen in Syrien zu unterstützen, Anfang Mai verboten wurde, betraf dies auch ein schwer durchschaubares Geflecht familiärer Verwebungen und angegliederter Vereine. Unsere Autorin hat dieses Netzwerk einmal genauer betrachtet.

Von Sigrid Herrmann-Marschall

Der Verein Ansaar International hatte seinen Sitz in Düsseldorf. Bereits kurz nach der Gründung 2012 geriet er ins Visier des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes und wurde in den folgenden Jahren immer wieder in dessen Berichten der Salafisten-Szene zugeordnet. Trotzdem konnte der Verein mit seinen Aktivitäten und nach außen getragenen Haltungen, die über den Anschein einer Hilfsorganisation anschlussfähig waren, viele Fürsprecher gewinnen. Darunter waren auch Prominente wie der Fußballer Änis Ben-Hatira. Weniger im Licht der Öffentlichkeit aber standen jene, die um Ansaar International herum ein ganzes Netzwerk aufgebaut hatten.

Öffentlich wahrgenommen wird in der Regel nur Ansaar-Chef Joel Kayser, der unter verschiedenen Namen auftritt. Als Vornamen werden geführt Joel Nicolas Abdurrahman und als Nachnamen Araya, Ayaya, Güzelsoy, Kayser (alles in wechselnder Zusammensetzung) alias Abu Rahma. Kayser war auch von 2017 bis 2019 stellvertretender Vorsitzender des Änis Ben Hatira Help e.V., bis er von einem anderen Düsseldorfer Souhali oder Souhail Kahla abgelöst wurde. Kahla ist im Rahmen einer Handelstätigkeit, die auf Haider Kahla, wohl einen Verwandten, registriert ist, viel unterwegs. Unter dem Namen Nabali, so heißt der Handel, werden „faire“ Produkte vertrieben, oftmals aus „Palästina“.

Auf Kahlas Facebook-Seite kann man vor allem Reisen dorthin nachvollziehen. Das Geschäft selber scheint trotz eines „Showrooms“ an der Kontaktadresse überwiegend im Internet stattzufinden. Erstaunlicherweise werden auf der Internet-Seite von Nabali das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Partner geführt. Worauf sich diese Partnerschaft bei einem einfachen Händler beziehen soll, ist nicht bekannt. Auch nicht, ob die Angabe überhaupt zutrifft. Souhail Kahla fiel schon 2011 im Umfeld der als antisemitisch geltenden BDS-Bewegung auf.

Fünf verschiedene Personen

Bei vielen der nunmehr verbotenen Vereine, die sogar als „Teilorganisationen“ bezeichnet werden, taucht jedoch noch vielfach ein anderer Nachname auf: Rajouh. Fünf verschiedene Personen mit diesem Namen tauchen an verschiedenen Stellen in diesem Geflecht auf. Und natürlich auch bei Ansaar International selber. Etwa Waffaa Rajouh, nach eigenen Angaben die Gattin von Joel Kayser. Rajouhs Aliasname ist Umm Khatab, unter dem sie auch eine Facebook-Seite betreibt. Sie war von 2013 bis 2016 stellvertretende Vorsitzende von Ansaar International, bis sie von Thera Aldiabat abgelöst wurde. Aldiabat wiederum hieß vor ihrer Heirat Thera Rajouh.

Ebenfalls als stellvertretende Vorsitzende fällt Aldiabat bei dem Frauenrechte ANS.Justice e.V. auf, zusammen mit der Vorsitzenden Hannah Mohammad aus Aachen, der Schriftführerin Miriam Mohammad aus Arnsberg und der Schatzmeisterin („Finanzverwalterin“) Chaymae Sahbi aus Düsseldorf.

Bei dem schon länger auffällig gewordenen Neusser Verein WorldWide Resistance-Help e. V. war seit 2016 Norah Rajouh aus Düsseldorf als Vorstandsmitglied aktiv. Bei diesem Verein ist zusätzlich interessant, dass seit 2019 zwei ältere Briten als Vorstände aufgeführt werden. Das weist auf Verflechtungen nach Großbritannien hin.

Der Warendorfer Verein Aktion Ansar Deutschland e.V. ist zwar auch verboten worden. Der Düsseldorfer Mohamed Rachid Chaghouani, der in diesem Verein als Schriftführer fungierte, hat unter seinem Facebook-Auftritt, der den Beinamen „Ansaar Versteigerung“ trägt, jedoch neuerdings eine Art Verlautbarungsseite für einige der Protagonisten, die vom Ansaar-Verbot betroffen sind.

Ein weiterer Düsseldorfer namens Mourad Rajouh betrieb den ebenfalls verbotenen Helpstore Second UG, der seinen Sitz in Duisburg hatte. Rajouh sammelte auf seinem Dortmunder Konto unter seinem Namen Spenden für Ansaar International.

Schwer durchschaubare Verknüpfungen

Er fungierte auch bei dem ebenfalls verbotenen Düsseldorfer Verein Better World Appeal e.V. als stellvertretender Vorsitzender. Und auch andere Rajouhs waren dort in Verantwortung: die bis zum Verbot stellvertretende Vorsitzende Thera Aldiabat und Fouad Rajouh. Auch die Vorsitzende des Frauenvereins Hannah Mohammad ist hier als Stellvertreterin in Funktion.

Die bereits bei der Blckstone gGmbH, einer Ende 2019 aufgelösten Firma aus diesem Geflecht, als Geschäftsführerin aktiven Krefelderin Lamia Akaouch-Menzer hatte 2016 bis 2018 den Vorsitz inne. Seit Ende 2018 sind ein Marlon Schröder und eine Anna Ebner aus Ratingen bei Düsseldorf als Vorsitzender beziehungsweise Schriftführerin eingetragen. Schröder fiel schon einmal im Zusammenhang mit der WHIPSO gUG als deren Ansprechpartner auf. Über die WHIPSO war im Beitrag „Die Halal-Checker“ berichtet worden.

Ansaar International konnte man verbieten, wobei das wohl noch Gegenstand einer verwaltungsrechtlichen Überprüfung sein wird. Die Aktiven allerdings bleiben unabhängig von einer konkreten Organisationsstruktur nicht nur da, wo sie sind. Vielmehr dürften auch ihr Antrieb und ihre Motivation ungebrochen sein. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis sich aus diesem Aktionsgeflecht heraus neue Strukturen bilden, um die ursprünglichen Aktivitäten weiter fortzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit sollte hier der besonders aktiven Düsseldorfer Szene und den direkt mit ihr verbundenen Personen gelten. Dabei fällt insbesondere die Familie rund um die Gattin von Joel Kayser in verschiedenen Vereinen dieses Netzwerks auf. Neuen Vereinen wird meist Gemeinnützigkeit gewährt, was im Falle von Neugründungen aus diesem Geflecht beachtet werden sollte. Auch wird in der Aufarbeitung des Verbots der Vereine zu klären sein, wohin die eingeworbenen Spenden über die beschlagnahmten Mittel hinaus gingen.

Nun ist es amtlich: Deutschlands Antisemitismus-Statistiken sind offenbar falsch

Jetzt wollen die Ministerpräsidenten plötzlich jene Statistiken „präzisieren“, die fälschlich behaupten, dass neunzig Prozent aller judenfeindlichen Straftaten – trotz anderweitiger Erfahrungen der Betroffenen – von „rechts“ begangen wurden. Doch die Statistiken, die die islamische Täterschaft minimieren, waren keinesfalls nur unpräzise – sie waren schlichtweg falsch.

Von Gerd Buurmann

Ahmad GHARABLI / AFP

Wer Antisemitismus bekämpfen will, muss wissen, von wem er kommt.

Meinen ersten Artikel dazu veröffentlichte ich im November 2017 unter dem Titel „Fakten zu den Statistiken antisemitischer Straftaten“. Dort konnte ich zeigen, dass der größte Teil judenfeindlicher Straftaten nicht dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen ist, sondern schlicht dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet wird und zwar immer dann, wenn keine andere Motivation deutlich erkennbar ist.

„Fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten werden grundsätzlich immer dann dem Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität von Rechts zugeordnet, wenn keine weiteren Spezifika erkennbar sind (z. B. nur der Schriftzug ‚Juden raus‘) und zu denen keine Tatverdächtigen bekannt geworden sind.“

Damals wurde ich für meinen Artikel massiv angegriffen und einige Hetzer hielten es sogar für nötig, mich als „Naziapologeten“ zu bezeichnen.

Im Mai 2021 nahm ich das Thema in dem Artikel „Kommen in Deutschland antisemitische Straftaten zu 90 Prozent von rechts?“ erneut auf, da in einem aktuellen und unabhängigen Bericht des Jahres 2021 über Antisemitismus gezeigt wurde, dass meine Kritik mehr als berechtigt war. In dem Bericht heißt es:

„So werden antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik meistens dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet. Die Problembeschreibung zeigt auf, dass die Zuordnung erfolgt, sobald Bezüge zum Nationalsozialismus oder keine weiteren Spezifika erkennbar sind oder keine Täterinnen und Täter bekannt geworden sind. Die Interviews ergaben, dass Straftaten auch von Täterinnen und Tätern mit muslimischem und/oder islamistischem Hintergrund verübt und in dieser Rubrik erfasst wurden. Das wird nach Auffassung der Betroffenen nicht ausreichend deutlich.“

Die Innenministerkonferenz räumt Ungenauigkeit ein

Dieser Bericht sorgte dafür, dass die Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg das Problem endlich erkannten. Auf der Innenministerkonferenz im Juni 2021 unternahmen sie daher den Vorstoß, die Kriminalitätsstatistik bundesweit zu präzisieren: Wenn keine Tatsachen zur Tätermotivation vorliegen, sollen antisemitische und rassistische Straftaten künftig in der Kategorie „nicht zuzuordnen“ eingeordnet werden.

Ich hoffe, dass sie auch beachten, dass selbst das Hakenkreuz und die Rufe „Juden ins Gas“ nicht mehr pauschal der rechtsextremen Gewalt zugeordnet werden können, da diese Taten in den letzten Jahren weniger von Menschen mit Springerstiefeln und Naziglatzen begangen wurden, sondern mehr von Menschen mit Kopftuch und Prophetenbart.

Was immer aber auch die Konsequenzen der Innenminister sein werden, eine Sache ist erstmal amtlich: Meine Kritik an der Statistik war keine Sympathie mit und keine Apologie von rechter Gewalt. Dennoch wurde ich von einigen übelmeinenden Leuten aufgrund meiner Kritik lange Zeit dieser Gewalt zugeordnet.

Diese Zuordnung hat mich immer sehr verletzt, nicht nur, weil ich ein klarer Gegner von rechter Gewalt bin, sondern auch, weil ich gerade aus dem rechtsextremen Spektrum Hassmails und Morddrohungen erhalte. Nun wurde endlich von offizieller Stelle meine Kritik als berechtigt rehabilitiert. Leider bedeutet dies nicht, dass auch der Dreck, der über mir ausgekübelt wurde, verschwindet.

Immer wieder werden diese Dreckkübel über mir ausgeleert. Am 17. Juni 2017 zum Beispiel fand auf dem Kölner Heumarkt die Demonstration „Nicht mit uns! Muslime und Freunde gegen Gewalt und Terror“ statt. Über diese Demonstration schrieb ich einen Artikel unter dem Titel „Ohne Worte“, in dem stand:

„Heute fand in Köln die Demonstration der Muslime gegen islamischen Terror statt. Erwartet wurden 10.000 Menschen. Es kamen weniger als 1.000!“

Die Zahl hatte ich ermittelt, da ich vor Ort selbst gezählt hatte. Die „Tagesschau“ aber sprach von über 2.000 Menschen und der WDR sah sogar über 3.000 Menschen. Ich kritisierte daraufhin die falschen Behauptungen der öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen in meinem Artikel „Handwerkliche Mängel“. Daraufhin erhielt ich einige Mails, die mir vorwarfen, ein Hetzer zu sein.

„Herr B., die AfD hat bestimmt noch einige Mitarbeiterposten für Sie frei – oder auch die Neonazi-Vereinigung „Identitäre Bewegung“ für Marktschreier wie Sie. Na, Interesse?“

„Polizeiangaben sind um 3.500. Du hättest auch ordentlich recherchieren können. Aber offenbar ist Dir Propaganda wichtiger.“

Die Polizei hatte eine solche Angabe nie gemacht. Die Veranstalter hatten lediglich behauptet, die Polizei hätte das gesagt. Als ich daher erwiderte, ich sei vor Ort gewesen und könne belegen, dass die Zahl falsch sei, kam die Antwort:

„Tja, ich wohne ein paar hundert Kilometer weg und muss mich auf offizielle Zahlen verlassen.“

Die Zahlen von WDR und „Tagesschau“ waren falsch

Die offiziellen Zahlen kamen vom WDR und von der „Tagesschau“. Sie waren falsch, sorgten aber dafür, dass meine Aussagen als Lügen, Propaganda und Neonazigerede bezeichnet wurden.

Im Mai 2021 nahm ich auf die Demonstration aus dem Jahr 2017 Bezug und zwar in dem Bericht „Geschichte zweier Demos“.

Ich muss nicht erwähnen, dass mir dieser Bericht wieder einige Kübel Dreck eingebracht hat.

Was geht bloß in den Leuten vor, die mich immer wieder in sinistre Ecken stecken wollen? Warum müssen sie in Anbetracht der vielen rassistischen, sexistischen, antisemitischen und homofeindlichen Gewalt ausgerechnet jene diffamieren, die ebenfalls gegen diese gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten kämpfen, nur eben nicht auf ihre Art und Weise? Gibt es nur ihren Weg? Ist ihnen der Kampf gegen diesen Hass in Wirklichkeit egal? Kämpfen sie viel mehr um ihren eigenen Ruf, ihr eigenes Ansehen und ihre eigene Macht? Geht es ihnen vielleicht nur um sich selbst? Sind sie dafür vielleicht sogar bereit, andere Menschen vor den Bus zu werfen? Es wirkt so.

Um andere Menschen zu diffamieren, ordnen sie sie dem Bösen zu und behaupten dann, sie seien böse. So kreieren sie sich ihre eigene Statistik zur Diffamierung von Menschen. Es ist eine widerliche Taktik und in der langen Geschichte Europas als „Hexenjagd“ bekannt.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die grüne Doppelmoral

Die Partei, die der in großen Teilen antisemitischen Zuwanderung das Wort redet wie keine zweite, reagiert zunehmend gereizt darauf, dass im Wahlkampf 2021 auch ihnen gewogene Journalisten die Heuchelei der „Weltverbesserer" nicht länger decken können und wollen. Als Vorbilder taugen weder Claudia Roth, die wenig umweltschonend nach Fidschi fliegt, noch Annalena Baerbock, die mittlerweile selbst vom grünen Hausblatt „taz" wegen ihrer alle eigenen Regeln brechenden Hochstapelei fallengelassen wurde.

Von Vera Lengsfeld

Wo viel Moral ist, ist auch viel Doppelmoral: Die Grünen.

Kaum war Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock gezwungen, ihren geschönten Lebenslauf zu berichtigen, was ihre akademischen Abschlüsse betrifft, musste sie ein „Versehen" einräumen. Anlässlich einer Bundestagsdebatte über mehr Transparenz in Bezug auf die Abgeordneteneinkünfte fiel ihr ein, dass sie Nebeneinkünfte dreier Jahre dem Bundestag nicht gemeldet hatte. In ihrer Presserklärung betonten die Grünen, dass Baerbock dies freiwillig getan hätte, ohne von der Bundestagsverwaltung dazu aufgefordert worden zu sein. Es handelt sich um „Sonderzahlungen", die Baerbock von der Partei erhalten hat, u.a. „Weihnachtsgeld" von mehr als 7000 Euro, eine Corona-Zulage und Belohnungen für erfolgreiche Wahlkämpfe. Erhalten die Wahlkämpfer der grünen Basis auch solche Belohnungen? Kaum.

Solche Sonderzahlungen wären üblich, sagt die grüne Spitze. Seit wann? Baerbock würde für ihren Parteivorsitz nicht entlohnt werden, weil sie Abgeordnet sei. Warum also „Sonderzahlungen?"

Merkwürdig auch, dass dieser Geldsegen dem Bundestagspräsidium so lange verschwiegen wurde. War man sich nicht sicher, wie solche Zahlungen bewertet werden? Ein Geschmäckle hat das schon. Doppelmoral ist bei den Grünen, die gern moralisierend mit dem Finger auf die Verfehlungen anderer zeigen, wie wir bei der Diskussion über Nebeneinkünfte von Unions-Bundestagsabgeordneten gerade wieder erlebt haben, keine Seltenheit.

Anton Hofreiter war jahrelang entgangen, dass man in Berlin Zweitwohnungssteuer zu entrichten hat. Als ihn „Bild" damit konfrontierte, meldete er sich beim Amt und holte diese Anmeldung nach. Er beglich auch die angelaufenen Steuern in Höhe von 2.475 Euro. Es waren die Grünen, die im Wahlkampf 2013 ein härteres Vorgehen gegen Steuerhinterzieher gefordert hatten, denn das Problem sei gigantisch. Nun kann man einwenden, dass 2.475 Euro keine gigantische Summe seien, aber ausgerechnet ein Mann, der schon bei der Anmeldung seiner Zweitwohnung scheitert, traut sich zu, ein Billionen-Projekt wie die Energiewende zu managen? Nachdem Hofreiter aufflog, gab die Partei bekannt, dass auch andere grüne Bundestagsabgeordnete keine Zweitwohnungssteuer bezahlt hatten. Dafür bekamen sie dann Lob von den Altmedien, denn andere Parteien hätten das nicht getan.

Ein zentrales Anliegen der Grünen ist seit Jahren ein Tempolimit von 130 auf deutschen Autobahnen. Die Einführung einer allgemeinen Höchstgeschwindigkeit sei eine der schnellsten und kostengünstigen Maßnahmen, um Treibhausgas-Emissionen zu verringern und die Verkehrssicherheit enorm zu erhöhen. So weit, so gut. Allerdings halten sich grüne Minister selbst nicht an das von ihnen propagierte Ziel. So wurde in Baden-Württemberg der grüne Umweltminister Franz Untersteller mit 177 Stundenkilometer auf einer Autobahn erwischt, auf der nur Tempo 120 erlaubt ist. Wer für die Klimarettung unterwegs ist, kann es offensichtlich nicht eilig genug haben.

Claudia Roths Flug in die Südsee

Apropos Klimarettung: Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth reiste im Februar 2019 nach Bangladesch, Kiribati und auf die Fidschi-Inseln, weil diese Länder besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Insgesamt flog Roth 43.000 Kilometer, um das Klima zu retten. In der Partei stieß das auf keinen Widerspruch, denn obwohl die Grünen den Flugverkehr verteufeln, gehören sie selbst zu den Vielfliegern und jetten zum Jahreswechsel z.B. gern nach Chile, wie Cem Özdemir, „um Energie für das neue Jahr" zu tanken oder wie die bayrische Grüne Katharina Schulze Eis mit Plastiklöffel in Kalifornien zu essen.

Die Altmedien finden es nicht problematisch, dass die Grünen Wasser für alle predigen, aber selbst Wein trinken. Sie regen sich eher über die Menschen in den sozialen Medien auf, die ein solches Verhalten nicht schätzen.

Die Flüchtlingspolitik ist den Grünen ein weiteres wichtiges Anliegen. Da reist man auch gern mal, wie Fraktionsvorsitzende Katrin Göring Eckardt, nach Griechenland, um medienwirksam einen Blick auf die überfüllten Flüchtlingslager zu werfen. Sie sei für die Regierung unterwegs, sagte sie einer freien Journalistin und gab damit zu erkennen, dass sie Opposition nicht von der Regierung unterscheiden kann, oder sich ihren Wunschtraum, der bei den letzten Koalitionsverhandlungen gescheitert ist, im Gedanken erfüllt. Mit der Wahrheit nimmt es KGE nicht so genau.

Hummer und Lobbyismus

Auch die Hamburger Justizsenatorin und Grünen-Landesvorsitzende Anna Gallina wollte einen Solidaritätsbesuch auf einem Flüchtlingsschiff abstatten. Da das Schiff wegen technischer Mängel aber umkehren musste, wurde ein Fischrestaurantbesuch auf Malta daraus, wo Hummer auf Staatskosten serviert wurde. Da die Rechnung von ihrem früheren Lebensgefährten beglichen und anschließend bei den Grünen eingereicht wurde, hat Gallina nicht gewusst, was vorging.

Die Unterschlagungsermittlungen, laufen lediglich gegen Gallinas Ex Michael Osterburg. Als Vorsitzender der Grünen-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte soll er jahrelang Fraktionsgelder für private Ausgaben verwendet und so veruntreut haben. Es soll sich um eine Summe von insgesamt knapp 70.000 Euro handeln. Gallina hat von allem nichts gemerkt und mag gar keinen Hummer.

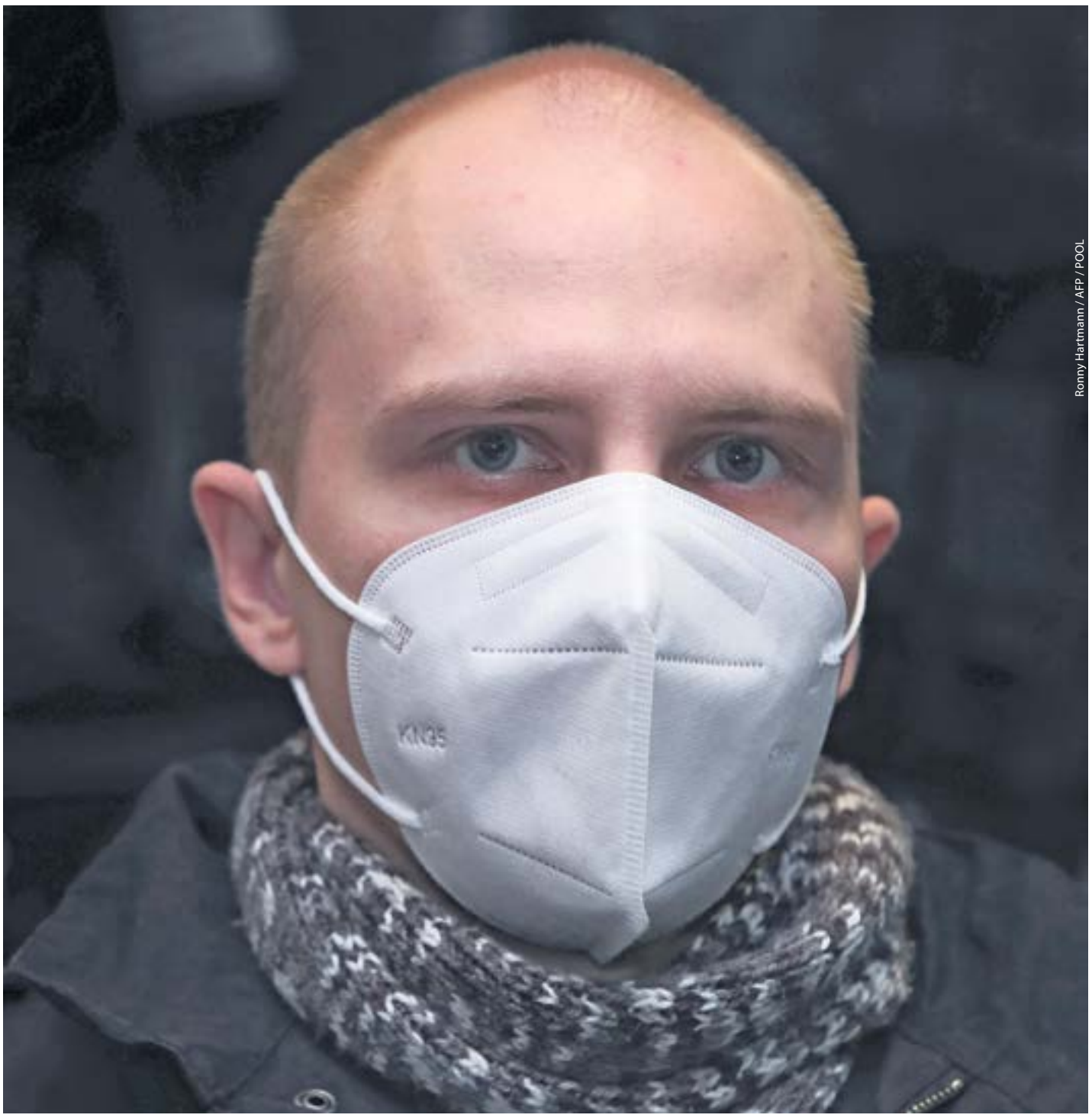
Bisher hat ihre Doppelmoral den Grünen nicht geschadet, denn die Altmedien stehen voll hinter ihnen. Wie keiner anderen Partei gelingt es den Grünen, sich medial zu inszenieren. Das jüngste Beispiel ist das Interview von Annalena Bearbock mit der „Bild am Sonntag". Sie erklärte dort, ihr Ehemann würde für den Fall, dass sie ein Regierungsamt annehme, sich voll um Kita, Schule, Pausenbrote und den Haushalt kümmern. Aktuell kümmert sich das grüne Parteimitglied Daniel Holefleisch als Lobbyist intensiv um die Interessen seines Arbeitgebers, der Deutschen Post/DHL.

Der Gatte der Kanzlerin ein Lobbyist? Das böte eine Angriffsfläche, gegen die eine angezweifelte Masterarbeit wie Makulatur wirkt. Also schließt die grüne Kanzlerkandidatin diese Flanke und verpackt es rhetorisch als Akt der Emanzipation und der Umdrehung von klassischen Geschlechterrollen. Wer will einem solchen Helden-Mann dann noch unangenehme Fragen stellen? Vergessen ist alles, was die Grünen je gegen Lobbyismus gesagt haben. Sie setzen auf die Nachsicht der Öffentlichkeit. Ob sie damit durchkommen, wird sich bei der Bundestagswahl zeigen.

Wo sind eigentlich die psychisch gesunden Terroristen?

Wahnsinn und Extremismus schließen sich nicht gegenseitig aus – weder beim islamischen Attentat von Würzburg noch beim rechtsextremen von Hanau. Psychische Auffälligkeiten aber werden als Exkulpationskeule nahezu ausschließlich für islamische Terroristen bemüht.

Von Gerd Buurmann



Der Neonazi Stephan Balliet wollte zu Jom Kippur 2019 die jüdische Gemeinde in Halle ermorden. Als er scheiterte, erschoss er stattdessen zwei nicht-jüdische Zufallsopfer.

Am 25. Juni 2021 gegen 17 Uhr ging ein 24-jähriger Somalier in ein Woolworth-Kaufhaus in Würzburg und fragte dort eine Frau, wo er die Messer finden könne. Die Frau führte ihn in die Haushaltswarenabteilung. Dort nahm er ein Messer und stach auf die Frau ein und attackierte weitere Frauen. Er tötete drei Frauen, darunter eine Mutter, die versuchte, das Leben ihrer Tochter zu retten. Die Tochter wurde vom Angreifer schwer verletzt. Anschließend beging er auf der Straße und in der gegenüberliegenden Filiale einer Sparkasse weitere Messerangriffe. Hier setzten sich mehrere Passanten mit Stühlen, Regenschirmen, Rucksäcken und Besen gegen den Mann zur Wehr. Die alarmierte Polizei stoppte den Mörder schließlich mit einem gezielten Oberschenkelschuss.

Laut einem internen Vermerk der Ermittlungsbehörden sagte der Täter nach seiner Festnahme aus, er habe mit seiner Tat einen „Dschihad“ verwirklicht. Ein Kaufhausdetektiv gab an, der Täter habe bei der Tat „Allahu Akbar“ gerufen. Die Polizei teilte mit, in seiner Unterkunft hasserfüllte Botschaften gefunden zu haben. Mehrere Medien berichteten, darunter seien auch Materialien der Terrororganisation Islamischer Staat gewesen.

Seit der Tat fragen sich manche Medien, was das Motiv des Täters gewesen sein könnte. Der „Stern“ fragt: „Islamistischer Anschlag oder Tat eines psychischen Kranken?“ Die „Süddeutsche Zeitung“ fragt: „Terror oder Wahn?“

Was bitte soll die Frage? Gibt es etwa islamische Terroristen, die nicht psychisch krank sind? Wo bitte finde ich all jene psychisch normalen Leute, die Menschen abschlachten, weil es ihnen ihr Gott befohlen hat?

Jeder Terrorist ist ein Wahnsinniger.

Am 19. Februar 2020 erschoss ein 43-jähriger Deutscher an zwei Tatorten in Hanau innerhalb von zwölf Minuten neun Menschen mit Migrationshintergrund. Später tötete er im Elternhaus noch seine Mutter und sich selbst.

Der Wahn des Mörders von Hanau

Bei den Ermittlungen wurde die ganze Wahnvorstellung des Mörders offenbar. In einem YouTube-Video erklärte der Terrorist auf Englisch, die Vereinigen Staaten von Amerika seien „unter der Kontrolle unsichtbarer, geheimer Gesellschaften.“ Diese Gesellschaften, so behauptete er, nutzten „unbekannte, böse Methoden wie Gedankenkontrolle und halten eine moderne Form der Sklaverei aufrecht“. Er behauptete weiter, in den USA gäbe es „tiefe, unterirdische Militärbasen“ und fügte hinzu: „In einigen davon beten sie den Teufel selbst an. Sie missbrauchen, foltern und töten kleine Kinder in unglaublicher Menge.“

Noch deutlicher wurde er in einem Text, den er auf Deutsch auf seiner Webseite veröffentlicht hatte. Dort erklärte er, dass in Deutschland „das Beste und Schönste entsteht und herauswächst, was diese Welt zu bieten hat“ und verurteilt „das schlechte Verhalten bestimmter Volksgruppen.“

Er fragte sich, „warum solche Volksgruppen überhaupt in meinem Land sind“ und stellte fest, diese Menschen seien „äußerlich instinktiv abzulehnen und haben sich zudem in ihrer Historie nicht als leistungsfähig erwiesen“. Er behauptete: „Andere Rassen und Kulturen wiederum haben hierbei nicht nur keinen Beitrag geleistet, sondern sind destruktiv – vor allem der Islam.“

Er forderte, „dass folgende Völker komplett vernichtet werden müssen: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Israel, Syrien, Jordanien, Libanon, die komplette saudische Halbinsel, die Türkei, Irak, Iran, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Indien, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch, Vietnam, Laos, Kambodscha bis hin zu den Philippinen.“

Der Verfasser gab auch tiefe Einblicke in sein Privatleben. Er sei unfreiwillig zölibatär und führte aus, „dass ich ein Leben lang keine Frau/Freundin hatte, die letzten 18 Jahre ausschließlich deshalb nicht, da ich mir eben keine Frau nehme, wenn ich weiß, dass ich überwacht werde.“

Er erzählte von einem erfolglosen Date während des Studiums. Er war sich sicher, dass ein amerikanischer Geheimdienst an seiner Einsamkeit Schuld trage:

„Der Geheimdienst, der mich bereits ein Leben lang beobachte, wusste um diese ‚Achillesferse‘, zudem hatte ich offen eine Kriegserklärung an diese mir unsichtbaren und unbekannten Personen ausgesprochen. Im Oktober 2000 begann ich mein BWL-Studium in Bayreuth auch mit der Hoffnung dort endlich eine attraktive Frau kennenzulernen. Zunächst sollte ich nicht enttäuscht werden, da eine junge Studentin vom äußeren her meinen Vorstellungen entsprach. Allerdings war dieses Treffen, ebenso wie das Nicht-Zusammenkommen, von dieser ‚Geheimorganisation‘ gesteuert, was mir aber zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt war.”

Sein ganzer Wahn zeigt sich in seiner Überzeugung, dass amerikanische Geheimdienste ihn abgehört und dabei sogar Ideen für Filme bekommen hätten, die dann „Hollywood“ realisiert hätten:

„Die Geheimorganisation, die mich *überwacht, nimmt Einfluss darauf, welche Hollywoodfilme gedreht werden bzw. welche Inhalte verfilmt werden. Ein weiterer Gesprächsinhalt mit meinem Kollegen aus der Banklehre drehte sich auch um Filme und ich erwähnte einige Dinge, die ich gerne im Kino sehen würde.*“

Neben einigen Filmen mit Sharon Stone und Tom Cruise reklamierte er für sich, die Serie „Prison Break“ erfunden zu haben:

„Mit der Fernsehserie ‚Prison Break‘ ist dies entsprechend umgesetzt worden – sehr gut sogar wie ich finde. Ich habe somit rückblickend damals unwissentlich die Grundidee geliefert, aber natürlich weder das Drehbuch geschrieben, noch die Schauspieler ausgewählt, noch sonstige Dinge zur realen Umsetzung dieser Staffel beigetragen.“

Außerdem war er sich sicher, dass der Anschlag auf das World Trade Center

vom 11. September 2001 „von den USA selbst ausgeführt wurde“, allerdings aufgrund einer Inspiration durch ihn.

In seinen Schriften beschreibt der wahnsinnige Terrorist, wie er irgendwann anfing, in seiner Wohnung laut zu reden, um mit der Geheimorganisation zu kommunizieren. Erst sprach er nur über friedliche Dinge und erklärte zum Beispiel, Jürgen Klinsmann solle Bundestrainer der deutschen Fußballnationalmannschaft werden, aber irgendwann wurde er weniger friedlich:

„Während des Sommersemesters, als ich in der Wohnung mit den vermuteten Zuhörern sprach, sagte ich unter anderem, dass dieser Umstand, dass ich überwacht werde – ich deute bereits an, dass ich beabsichtige mich dagegen entsprechend zur Wehr zu setzen – zur Not würde ich mit einem Flugzeug in ein Gebäude fliegen, um die entsprechende Aufmerksamkeit zu erringen – in die Weltgeschichte eingehen wird und einmal Hollywood-Filme nach mir gedreht werden würden. Wie richtig ich damals beim Aussprechen dieser Worte lag, wurde mir erst später klar. Denn nicht nur nach dem 11. September 2001 wurden Filme aufgrund meiner Inspiration gedreht, sondern die Hollywood-Connection bestand bereits vorher.“

Irgendwann, so erklärte es der Verfasser dieser verrückten Geschichte, wurde ihm klar, dass er gar nicht laut sprechen müsse, um mit der Geheimorganisation Kontakt aufzunehmen, da sie die Fähigkeit besäße, „Gedanken zu lesen und sich in das Gehirn eines anderen Menschen einklinken zu können“. Diese Fähigkeit würde sogar „von der gleichen Organisation filmisch verarbeitet, die über diese Fähigkeit verfügt“. Als Beweis führte er den Film „Kuck mal wer da spricht“ an: „Im Film kann der Zuschauer die Gedanken der Kleinkinder mithören – in der Realität können diese Menschen von mir bzw. von jedem Menschen die Gedanken lesen.“

Der Terrorist von Hanau war ein wahnsinniger Rassist. Es wäre absolut unangemessen zu fragen, ob er im Wahn oder aus Terror gehandelt habe. Er war beides. Er war ein wahnsinniger Terrorist, ein psychisch kranker Rassist.

Was war der Wahn, der den Mörder in Würzburg zu seiner Tat trieb?

Es ist vollkommen uninteressant, welche Staatsangehörigkeit ein Täter hat. Es ist egal, dass der Täter aus Würzburg schwarz und Somalier ist, so egal wie die Tatsache, dass der Täter aus Hanau weiß und Deutscher war. Die Hautfarbe und die Sprache eines Täters sind irrelevant.

Alle Werte des deutschen Grundgesetzes sind in jeder Sprache der Welt zu verstehen. Die Würde des Menschen, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Schulpflicht, Versammlungsfreiheit und das Wahlrecht sind nicht nur auf Deutsch verstehbar. Deutsch eignet sich zur Aufklärung wie jede andere Sprache.

2016 ermordete der islamische Attentäter Anis Amri aus Tunesien elf Besucher eines Berliner Weihnachtsmarktes.

Es gibt Menschen, die leben seit zwanzig Jahren in Deutschland, essen fremde Speisen, sprechen fremde Sprachen, feiern fremde Feste und leben doch voll und ganz auf dem Boden des Grundgesetzes. Ihre Kultur ist ohne deutsch mit dem Grundgesetz kompatibel. Sie leben zwar in einer Parallelgesellschaft, aber an keiner Stelle durchkreuzt diese Parallelgesellschaft die Werte der deutschen Verfassung. Diese Menschen zahlen Steuern wie alle anderen auch.

Dann gibt es Menschen, die sprechen zwar fließend Deutsch, aber hauen in dieser Sprache die ekelhaftesten, fundamentalistischsten und verfassungsfeindlichsten Parolen raus. Das Problem ist somit nicht die Sprache, sondern die Ideologie.

Rassismus ist die Beurteilung eines Menschen aufgrund seiner Herkunft. Die Beurteilung eines Menschen aufgrund seiner Überzeugungen und Bekenntnisse ist jedoch Kritik. Kritik ist kein Rassismus. Kritik war und ist der Motor der Aufklärung. Daher sollten wir mit den rassistischen Beschreibungen von Tätern aufhören.

Viel wichtiger ist die Frage, in was für einem ideologischen Umfeld der Täter aufwuchs? Welche Überzeugungen prägten sein Weltbild? Hatte er religiöse Prinzipien und wenn ja, wer hat ihn in dieser Form der Religionsausübung geprägt und unterstützt?

Nicht selten sind religiöse und ideologische Verblendungen die Gründe für Gewalt. Wer Einigkeit und Recht und Freiheit nicht auf seiner Sprache versteht, der wird diese Werte auch nicht auf Deutsch verstehen, bevor er nicht seinen religiös und ideologisch geprägten Fanatismus ablegt.

Den Tätern kann man meist glauben, wenn sie selbst ihre Motive benennen

Warum tun sich immer noch so viele Menschen so schwer damit, den Tätern zu glauben, wenn sie die Motive ihrer Verbrechen offenlegen? Der Täter von Hanau und der Täter von Würzburg haben ihre Wahnvorstellungen offen und deutlich vernehmbar artikuliert.

Wenn ein Terrorist bei der Tat „Allahu Akbar“ ruft, dann muss man diesen Wahnsinn ernstnehmen. Stellen wir uns nur mal vor, ein Terrorist würde bei Tat laut „Heil Hitler“ brüllen und die „Tagesschau“ würde berichten: „Motiv bisher unklar“.

Ein Moslem, der den Koran wörtlich nimmt, sein eigenes Leben nach einem Feldherrn aus der Mitte des ersten Jahrtausends ausrichtet und Menschen auf offener Straße abschlachtet, während er dabei seinen Gott anbetet, ist so wahnsinnig wie ein Christ, der Scheiterhaufen baut und ein Rassist, der Flüchtlingsheime anzündet.

Kein Zeichen gegen den Islamismus beim DFB

Die Mannschaft kniet für den unglücklicherweise bei einem Polizeieinsatz zu Tode gekommenen mehrfach vorbestraften Intensivtäter George Floyd, aber findet kein Wort der Anteilnahme für die Opfer des islamisch motivierten Mehrfachmordes in Würzburg – Deutscher Fußball 2021.

Von Anabel Schunke

Vier Tage sind seit dem islamistischen Attentat eines somalischen Asylbewerbers in Würzburg vergangen. Drei Frauen verloren ihr Leben, als der 24-jährige Abdirahman J. „seinen Beitrag zum Dschihad“ leistete, wie er später gegenüber der Polizei seine Tat erklärte. Es war ein Femizid. Außer den drei getöteten Frauen – Christiane H. (49), Johanna H. (82) und Steffi W. – (24) verletzte er sechs weitere Frauen und einen Jungen zum Teil schwer. Dabei stach er seinen Opfern gezielt in den Hals- und Kopfbereich.

Bei der „Tagesschau“ gibt man sich derweil immer noch ahnungslos bezüglich des Motivs des Angreifers, in dessen Unterkunft in einem Obdachlosenheim man Material des IS fand. Feministische Stimmen, die den kulturell anerzogenen Frauenhass von Zuwanderern wie Abdirahman J. anprangern, sucht man vergebens in einem Land, in dem man und frau sich sonst schon gerne darüber empört, wenn „toxische Männer“ nicht korrekt gendern. Lediglich in Alice Schwarzers „Emma“ kommt das Thema zur Sprache, aber die gilt ja deshalb auch schon länger als „Nazi“.

Beim DFB ist Würzburg ohnehin kein Thema. Längst hat man sich für das Spiel gegen England auf das Thema „Antirassismus“ eingeschworen, das der deutschen Öffentlichkeit ohnehin mehr am Herzen liegt als jedes Opfer der „bunten, toleranten Gesellschaft“, die unter keinen Umständen infrage gestellt werden darf. Passender als der Kniefall für „Black Lives Matter“ wäre nur noch gewesen, wenn man sich direkt flach auf den Boden gelegt und im Staub gewälzt hätte, damit die internationale Gemeinschaft sieht, dass wir keine Nazis mehr sind und uns allen endlich die Liebe gibt, nach der wir Deutschen uns so sehr sehnen.

Insofern ist die DFB-Elf nichts anderes als ein Abbild einer Gesellschaft, die hysterisch jedem politischen Trend hinterherrennt, der die Möglichkeit bietet, sich selbst auf der „guten“ Seite zu positionieren – und das gerne bis zur völligen Selbstaufgabe. Wenn die einzige Möglichkeit, sich antirassistisch zu zeigen, darin bestünde, sich in Luft aufzulösen: Wir Deutschen würden es tun. Dagegen ist der Kniefall für eine linksradikale Bewegung, die alles andere als antirassistisch ist, eine Bagatelle.

Echte Helden

Folgerichtig wird auch dann kein Zeichen gegen Islamismus gesetzt, wenn dieser gerade einmal wieder drei deutsche Bürger das Leben gekostet hat. Dabei ist die Geschichte von Würzburg auch eine Geschichte über wahres Heldentum. Über eine Frau, die sich schützend über ihre 11-jährige Tochter warf, und eine Rentnerin, die ihren Tod ebenfalls in Kauf nahm, um den Attentäter von diesem Kind abzulenken, als seine Mutter schon tot war. Und über Männer, die den Angreifer anschließend auf der Straße mit Stühlen, Einkaufstaschen, Ästen und sogar Besenstielen in Schach hielten und damit vermutlich noch Schlimmeres verhinderten. Nicht wenige von ihnen haben selbst Migrationshintergrund. Was wäre in diesen Tagen ein größeres Zeichen gegen Hass und für die Liebe und den Zusammenhalt gewesen, als diese Menschen zu ehren?

Kaum eine Ideologie im 21. Jahrhundert weist mehr rassistische und faschistoide Züge auf als der Islamismus, der in Gläubige und Ungläubige unterteilt. Abdirahman J. hat gezielt Frauen getötet, weil Frauen für ihn Menschen zweiter Klasse sind. Was wäre ein stärkeres Zeichen gegen Rassismus gewesen, was hätte den Gedanken von Zivilcourage, Haltung und Einsatz füreinander besser wiedergegeben, als eine Verneigung vor den Opfern und den Helfern in Würzburg?

Wir reden immer so viel über Zusammenhalt in Deutschland. Aber was uns wirklich zusammenhält, das wollen weder Presse, noch Politik, noch der Fußball sehen. Wie bei so vielen Themen hat man sich auch hier völlig von der Bevölkerung entfernt. Wenn man sich die Leserkommentare zur DFB-Meldung heute ansieht, dann wird klar, dass sich ein großer Teil der Deutschen ein Zeichen für die Opfer von Würzburg gewünscht hätte. Ein Zeichen, dass deutsche Opfer eines Islamisten nicht weniger wert sind als Opfer von weißem Rassismus wie George Floyd in den USA. Dass es auch hier unter uns Zusammenhalt und Solidarität gibt.

Aber das wäre in einem Land, das seine eigene Identität überwiegend über den Selbsthass auslebt, wohl zu viel des Guten. Schade.

Schädliche Kooperation: Linker jüdischer Koscherstempel für die Moslembrüderschaft in Deutschland

Die Ideologie der Moslembrüderschaft gewinnt auch in Deutschland zunehmend an Einfluss. Ihr nahestehende Organisationen werden nicht nur staatlich gefördert, sondern finden sogar jüdische Kooperationspartner wie z.B. das jüdische Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk.

Von Rebecca Klein

Wie nahe stehen das Avicenna-Studienwerk und Kübra Gümüsay der Moslembrüderschaft?

Abdel-Hakim Ourghi, Abteilungsleiter der islamischen Theologie/Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, ist sich sicher: Wegen seiner liberalen Ansichten werde ihm die islamische Lehrbefugnis verweigert. Das Gremium, das über seine Lehrbefugnis entscheiden soll, ist die Schiedskommission der Stiftung „Sunnitischer Schulrat“. Diese Stiftung wurde vom Land Baden-Württemberg ins Leben gerufen, um zukünftig den staatlich organisierten Islamunterricht im Land zu regeln. Der „Sunnitische Schulrat“ hat den Ruf, von muslimisch-konservativen Kräften dominiert zu sein. Ein Blick auf die Schiedskommission, die den Fall Ourghi nun entscheiden wird, ist aufschlussreich. Mitglieder sind Dr. Tarek Badawia und Dr. Bülent Uçar, auch sie sind Religionspädagogen: Uçar leitet das islamische Theologieinstitut an der Universität Osnabrück und ist Vorsitzender von „Avicenna“, einem Begabtenförderungswerk für muslimische Studenten, Badawia ist Professor für islamische Religionslehre/-pädagogik in Erlangen und im wissenschaftlichen Beirat von Avicenna.

Sie sind beide auch über das erste staatliche „Islamkolleg Deutschland“ an der Ausbildung von Imamen und muslimischen Seelsorgern in Deutschland beteiligt.

Von einer konservativen Ausrichtung zu sprechen, führt allerdings in die Irre, denn auffällig sind bei den Akteuren die Verbindungen zu der Ideologie der Muslimbruderschaft nahestehenden Organisationen sowie ein besonderes „antizionistisches“ Engagement – keine Empfehlung, um die Ausbildung von Lehrern und Imamen in Deutschland im öffentlichen Auftrag zu leiten, sollte man meinen.

Haben die Verantwortlichen in Baden-Württemberg sich nicht mit Uçars und Badawias Texten und Verlautbarungen, auch in den Sozialen Medien, befasst? Ist ihnen nicht aufgefallen, wie viele der beteiligten Akteure an verschiedenen Stellen in Verbindung zur „Muslimischen Jugend in Deutschland“ standen und auch noch stehen? Die MJD ist nach Einschätzung von Verfassungsschutzämtern eine Kaderschmiede des von der Muslimbruderschaft beeinflussten politischen Islam. Der Geschäftsführer des Avicenna-Studienwerks, Hakan Tosuner, war dort lange Jahre aktiv. Bülent Uçar selbst war 2016 auf dem Jahrestreffen der MJD zu Gast. Ouassima Laabich ist Vorstand der MJD, Avicenna-Stipendiatin und Teil von „CLAIM“, einem „Bündnis gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus“. An „CLAIM“-Projekten ist auch Farid Hafez beteiligt, gegen den österreichische Sicherheitsbehörden zur Zeit wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft ermitteln. Einen Treueeid auf die Muslimbrüder geschworen zu haben, wie die Staatsanwaltschaft Graz anführt (Florian Markl berichtete), bestreitet Hafez, ebenso wie eine Verbindung der von ihm mit gegründeten „Muslimischen Jugend in Österreich“ (MJÖ) zur Muslimbruderschaft.

Ouassima Laabich tritt auch auf bei Ferda Atamans „neue deutsche organisationen“. Ataman selbst teilte schon einen Tweet von Khallad Swaid, einem der Mitgründer der MJD und Funktionär der „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“, DMG. Sanaa Laabich, die Schwester von Ouassima, hält Vorträge im „Islamischen Kulturverein Mainz“ (IKV Mainz), wo auch Tarek Badawia regelmäßig zu hören ist. Moussa Abuayoub vom IKV Mainz postet bei Facebook die sogenannte Rabia-Hand, ein Symbol, das zu lesen ist als Zeichen der Solidarität mit Mursi und auch als Erkennungszeichen der Muslimbruderschaft, sowie Holocaust-relativierende Illustrationen, die israelische Soldaten mit Nazis gleichsetzen.

Kaderschmiede „Muslimische Jugend in Deutschland“

Eine weitere Akteurin, die mit MJD, MJÖ, „CLAIM“ und Avicenna in Verbindung steht, ist Soufeina Hamed. Unter dem Namen „Tufx“ zeichnet sie propagandistische Illustrationen zu „antimuslimischem Rassismus“ und angeblichem „Kopftuchverbot“, damit wird angespielt auf das Neutralitätsgesetz, das z.B. in Berlin für Lehrer und Richter den Verzicht auf das Tragen religiöser Symbole und Kleidung im Dienst vorsieht, laut islamistischer Akteure ein „Berufsverbot für muslimische Frauen“. Interessanterweise liegt der Frauenanteil bei der Ausbildung im Islamkolleg bei 20 %. Werbeposter und Webauftritt des Islamkollegs zeigen prominent Frauen mit Hijab.

Soufeina Hamed ist auch Vorstand bei „Zahnräder“, einem Verein, der gegründet wurde von Ali Aslan Gümüşay, dem Ehemann von Kübra Gümüşay. Hameds Zeichnungen, darunter auch Zitate von Tariq Ramadan, findet man ebenfalls bei Publikationen, an denen Riem Spielhaus beteiligt ist.

Die Islamwissenschaftlerin ist im Beirat des Islamkollegs und außerdem am Georg-Eckert-Institut mit der Analyse „palästinensischer“ Schulbücher befasst. Diese letzte, „Skandalstudie“ genannte Analyse, „übersah“ Terrorverherrlichung und zum Hass aufstachelnde Darstellungen in den Schulbüchern, Tagesspiegel und BILD berichteten. Das Georg-Eckert-Institut ist nun übrigens auch mit der Analyse von Schulbüchern in NRW beauftragt.

Islamischer Kindergarten mit „wissenschaftlichem Beirat“

Eine weitere mit den Muslimbrüdern in Verbindung stehende Organisation, „Qatar Charity“, spielt auch eine Rolle beim Penzberger Imam Benjamin Idriz. Der als liberal geltende Imam verhandelte für die Finanzierung des Projekts „Münchner Forum für Islam“ (MFI) mehrfach mit „Qatar Charity“, wie Friedmann Eißler von der „Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen“ berichtete.

Idriz ist wie Badawia im wissenschaftlichen Beirat des Islamkollegs. Tarek Badawia selbst hatte auch indirekt mit „Qatar Charity“ zu tun: Als Mitglied im wissenschaftlichen Beirat eines Mainzer Kindergartens, dessen Vereinsvorsitzende dort ebenfalls Fördergelder beantragten. Der Al-Nur-Kindergarten wurde später wegen islamistischer und salafistischer Beeinflussung geschlossen.

Es ist schwer vorstellbar, dass diese Umtriebe von den Förderern des Islamkollegs und des Studienwerks Avicenna, jeweils mit Fördergeldern in Millionenhöhe bedacht, sowie von den für die Einrichtung des „Sunnitischen Schulrats“ Verantwortlichen übersehen wurden.

Nicht nachzuvollziehen ist auch die Entscheidung des jüdischen Studienwerks ELES, mit Avicenna zu kooperieren. Bei der Auftaktveranstaltung zu dieser Kooperation, das Thema war „Vielfalt, multiple und fluide Identitäten und Diversität“, „mit Adorno gesprochen ‚ohne Angst verschieden‘“ sein, wurde die Rednerin Kübra Gümüşay auffällig überschwänglich von Jo Frank (ELES) und Hakan Tosuner gefeiert, gewöhnungsbedürftig für jeden nicht direkt beteiligten Zuschauer. Auch eine Veranstaltung von ELES mit Karim Fereidooni überrascht, über Fereidooni und seine Verbindung zu Hafez berichtete die Jüdische Rundschau im Dezember 2020.

Mit den Gümüşays im Grünen Salon

Eine weitere Besonderheit ist die Beteiligung von und auch Vermittlung durch grüne und sozialdemokratische Politiker: So ist mit Lamya Kaddor eine Frau im Beirat des Islamkollegs, die als liberal gilt, es sich dabei aber nicht nehmen ließ, die religionskritische Frauenrechtlerin Necla Kelek jahrelang zu verleumden. Kaddor scheiterte schließlich vor Gericht. Sie trat erst kürzlich bei den Grünen ein und kandidiert nun für den Bundestag. Eine weitere Grüne, Filiz Polat, MdB, nahm teil an „CLAIM“-Kampagnen „gegen antimuslimischen Rassismus“ und lobt das Islamkolleg. Das Thema (Kinder-)Kopftuch verbindet Polat mit „Mehrfachdiskriminierung von Muslim*innen“, sie sprach sich aus gegen ein von der Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ angeregtes Verbot des Kinderkopftuchs an Schulen. Auch Tarek Badawia hat sich positioniert als Erstunterzeichner einer „migrationspädagogischen Stellungnahme“ gegen ein Kopftuchverbot für Minderjährige, initiiert vom „Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg“, beteiligt dabei die „Bildungsstätte Anne Frank“, unter den Unterzeichnern auch Lamya Kaddor, Fereshta Ludin, Karim Fereidooni und Atamans Freundin Meltem Kulacatan.

Das bei Avicenna aktive Ehepaar Gümüşay pflegt ebenfalls ein enges Verhältnis zu den Grünen, so plante Habeck

einen Aufritt mit Kübra Gümüşay, lobte Renate Künast ihr Buch, trat Gümüşay im Grünen Salon von Katharina Fegebank auf. Sie ist gern gesehener Gast der Böll-Stiftung, ihre Initiative „Eeden", „Kreativ Gesellschaft gestalten", erhält in Hamburg von der rot-grünen Regierung 102.000 Euro Förderung. Ihr Mann Ali Aslan Gümüşay „begleitet wissenschaftlich" die „AG Vielfalt", als grünes Parteireformprojekt für mehr „Vielfalt, Teilhabe und Inklusion" gedacht.

Reichsbürger of Color bei den Berliner Grünen – ohne Berührungsängste vor dem politischen Islam

Jeff Kwasi Klein, Kreisvorstand bei den Berliner Grünen, trat auch kürzlich bei der MJD auf, ausgerechnet an dem Wochenende, an dem auch der Todestag des Milli-Görüş-Gründers Necmettin Erbakan gefeiert wurde. Die Nichte Erbakans ist verheiratet mit Ibrahim el-Zayat, der als führender Kopf der Muslimbruderschaft in Deutschland gilt, seit er 2004 auf einer Yusuf al- Qaradawi zugeordneten Webseite als Vertreter der Muslimbrüder in Deutschland bezeichnet wurde. Jeff Kwasi Klein traf sich auch nach dieser Tagung zu Gesprächen mit Ouassima Laabich, der oben schon erwähnten Funktionärin der MJD.

Klein fiel im letzten Jahr auf, als er auf einer „Black Lives Matter"-Kundgebung schwarze „robuste Communities" mit schwarzen Geschäften forderte und „Riots und Plünderungen" als „organisierten Widerstand" bezeichnete. Auch sonst gebärdete sich der Sprecher der „LAG Bunt- Grün" eher wie ein schwarzer Reichsbürger: Den Nachfahren von „europäischen Barbar:innen", die vor 500 Jahren in aller Welt eingefallen seien, deutete er die Güte dieses „Widerstands" an: „selbst wenn dabei ein paar Dinge kaputt gehen: ihre Fenster, ihre Selbstgefälligkeit [...]und ihr Gefühl von Sicherheit". Sicher nicht zufällig wurde die Rede vor einer Wand mit „Free Palestine"-Graffiti gefilmt.

Klein ist aktiv im Migrationsrat und bei EOTO e.V., ein Verein befasst mit „strukturellem Rassismus" und „Empowerment". Der Verein erhielt in den Jahren 2020 und 2021 jeweils eine knappe halbe Million an Fördergeldern. (Über EOTO e.V. und die Kooperation zwischen Böll-Stiftung und „Center for Intersectional Justice" berichtete die JR ebenfalls in der Dezemberausgabe 2020.)

Ein weiteres Bindeglied zwischen der MJD und den Grünen sind Fereshta Ludin, die „Kopftuchaktivistin" und Lehrerin, langjährig aktiv bei der MJD, und ihr Partner Bernd Seemann von den Berliner Grünen. Ludin besuchte 2019 mit ihrer Freundin Nahla Osman das Jahrestreffen der MJD. Osman ist Anwältin für Migrationsrecht und vertritt Syrer in Asylfragen. Über Ludin und Partner berichtete die JR schon 2019 in „Der politische Islam zu Gast in der Jüdischen Gemeinde Berlin". Zu ergänzen ist nun der Ausgang des Gerichtsverfahrens, das Ludin angestrengt hatte gegen den Zwischenrufer, der sie bei der Diskussionsveranstaltung als Islamistin bezeichnet hatte: Fereshta Ludin verlor den Prozess.

„Frau Högl ist in der muslimischen Community in Berlin-Mitte ein gern und oft gesehener Gast.Eine gute Wahl!"

Helge Lindh, Abgeordneter von der SPD, war auch schon zu Gast bei der MJD. Er ist bereits bekannt für wenig Berührungsängste vor islamistischen Strukturen, er trat z.B. schon auf mit einem Vertreter der Milli Görüş und gab dem türkischen Sender TRT Auskunft über den angeblich starken „antimuslimischen Rassismus" in Deutschland. Lindhs Mitarbeiterin wirbt ebenfalls für die MJD und auch für das islamische Hilfswerk „Islamic Relief", laut Bundesinnenministerium habe „Islamic Relief Deutschland" personelle Verbindungen zu den Muslimbrüdern nahestehenden Organisationen. Sie verehrt Mohammed Mursi und Ahed Tamimi, den Spross aus der „palästinensischen" Familie Tamimi, für Terroraufrufe und auch Anschläge auf Israelis berüchtigt. Sie teilt auch entsprechende Beiträge von Jürgen Todenhöfer.

Eva Högl von der SPD stattete dem Islamkolleg Deutschland e.V. einen Besuch ab, sehr zur Freude von Bülent Uçar. Ein Kommentar unter dem entsprechenden Facebook-Beitrag lautete: „Frau Högl ist in der muslimischen Community in Berlin-Mitte ein gern und oft gesehener Gast. Für eine Kooperation eine gute Wahl!" Der Kommentator ist selbst gut eingebunden, hat Kontakt zu Riem Spielhaus (siehe oben) und Pinar Cetin (siehe weiter unten) und dem „Satire-Kollektiv" „Datteltäter", das schon mal bei der Ebert-Stiftung aufritt, aber hauptsächlich bei FUN, dem Kooperationsprojekt von ARD/ZDF, für Framing in Sachen „antimuslimischer Rassismus" zuständig ist. Eva Högl ist auch im Stiftungsrat der Leo Baeck Foundation, deren Projekt das oben erwähnte jüdische Studienwerk ELES ist – das mit Avicenna kooperiert. Dem Stiftungsrat gehören auch u.a. Volker Beck, Annalena Baerbock, Armin Laschet, Micha Brumlik, Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland und der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm an. Im Kuratorium von Avicenna sitzen Aydan Özoguz und Cem Özdemir.

Von „Israelischem Staatsterror" und „Werteorientierter Scharia"

Mit Tarek Badawia und Bülent Uçar finden sich damit zwei Avicenna-Funktionäre sowohl im „Islamkolleg Deutschland" als auch im „Sunnitischen Schulrat" und haben so maßgeblichen Einfluss auf die Ausbildung von Imamen und Lehrern für islamische Religionslehre in Deutschland.

Gleichzeitig ziehen sie über das muslimische Studienwerk den akademischen Nachwuchs heran. Schaut man sich neben ihrer Vernetzung auch ihre Beiträge und Veröffentlichungen an, beschleichen einen Zweifel, ob ihr Einfluss ein geeigneter sein kann für angehende Religionslehrer und Wissenschaftler in einer säkularen Gesellschaft. Da geht es um Religiöses, Koransuren oder historische Persönlichkeiten, naheliegend, was aber oft zum Anlass dient, über die Nachteile der Säkularisierung zu sinnen, auch über die Türkei, in der „Deisten und Atheisten" zunehmen würden, oder um anti-westliches Ressentiment zu transportieren oder gegen Constantin Schreiber zu sticheln. Es geht auch um Themen wie Antisemitismus: Mit den Worten „Bleiben wir mal bei den Fakten zum sog. ‚islamischen Antisemitismus', schreckliche Wortkonstruktion…" serviert Uçar die verzerrten Statistiken zu antisemitischen Straftaten. Einwände in den Kommentaren wischt er mit dem Hinweis auf Rechtsextremismus vom Tisch: Muslimischen Antisemitismus gebe es, ja, der sei aber in erster Linie hausgemacht und gehe auf Rechtsextremisten zurück. Wie sehr muss Uçar da ein Artikel von Abdel-Hakim Ourghi in der NZZ irritieren? Ourghi schreibt unter der Überschrift „Wie ich als Muslim zum Antisemiten erzogen wurde" über den importierten Antisemitismus, von dem nach judenfeindlichen Ausschreitungen die Rede sei, „Zu Recht, wie ich als in Algerien sozialisierter Muslim weiß", heißt es bei Ourghi weiter. Bülent Uçar ist übrigens in den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung „Haus der Geschichte der der Bundesrepublik Deutschland" berufen worden.

Badawia hat in der Vergangenheit schon Akteure mit Verbindungen zu Muslimbruderschaft und Islamic Relief wie Scheich Al-Ghazali, Khaled Hanafy, Issam El-Attar, Mohamed Zeraya, Ferid Heider oder den „European Council of Imams" auf Facebook oder Twitter zustimmend geteilt. Da geht es

mal um einen Boykottaufruf wegen Macrons angekündigten Kampfes gegen den politischen Islam – als dessen Ziel sich Badawia offenbar sieht –, oder um einen geteilten Aufruf von Khaled Hanafy zur „Aufnahme von Flüchtlingskindern in muslimische Familien", dem der Hinweis zugefügt ist, dass laut des Europäischen Fatwa-Rates in Anbetracht der Notlage kein Unterschied gemacht werden muss zwischen Jungen und Mädchen, zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen.

Da geht es um die „Nakba" der „Palästinenser", dazu sieht man irreführende Kartenserien, die suggerieren sollen, „Palästinensern" sei beinahe ihr gesamtes Territorium genommen wurden, oder um den „Betrug", der, mit einem Seitenhieb auf arabische Staaten wie die VAE, in der „Normalisation" der Beziehungen zu Israel angeblich liege.

Mehrfach ist der von ihm so genannte „israelische Staatsterror" Thema, hier formuliert Badawia es so:

„Nur der systematische Staatsterror erzwingt die Bildung von Antiterror-Gruppen. Seit über 60 Jahren systematische Enteignung und psychische Zerstörungen. Nun ist es Zeit, NEIN zu sagen. koste es was es wolle."

Bei diesem Eintrag handelt es sich um die Ankündigung eines Vortrags von Badawia im IKV Mainz e.V. im Jahr 2014, veranstaltet von der „Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland" (PGD), dazu ein Bild eines weinenden Mädchens. Die PGD wird von verschiedenen Seiten als Hamas-nah eingeordnet.

„Gaza blutet still, weil die Welt nicht sehen will..."

„Ein Vortrag in deutscher Sprache über den Zionistischen Krieg gegen Gaza und das Volk"

Angeblich von Israel getötete Kinder deutet auch das von Badawia geteilte Foto einer antiisraelischen Kundgebung 2014 in Berlin an, es zeigt große und kleine Särge vor dem Brandenburger Tor aufgestellt, dazu ein Transparent: „Stop the Massacre in Gaza". Zustimmend geteilt wird dieses Foto auch von Muhammad Sameer Murtaza. Er tritt an Badawias Osnabrücker Institut zu Vorträgen auf, ist tätig für die von Steinmeier unterstützte „Stiftung Weltethos" und schreibt über „werteorientierte Scharia".

Badawia teilte auch einen Beitrag von Mohamed Zeraya, der sich u.a. für Islamic Relief engagiert:

„Für alle, die auf ‚Islam ist Terror' aus sind! Hier ein kurzer Einblick in den staatlich geschützten israelischen Terror im palästinensischen Land…

Aber bitte das verwöhnte Kind des Westens bloß nicht stören."

Außerdem einen Beitrag von Zaher Birawi, einem „palästinensischen" Aktivisten, von dem es heißt, er habe Verbindungen zu Hamas und Muslimbruderschaft und der die „Gaza Flotillas" organisierte, für die auch Kübra Gümüsay in London demonstrierte, die entsprechenden Tweets löschte sie später.

„Das Dilemma der Mohammed-Karikaturen" – Meinungsfreiheit und religiöse Gefühle

Badawia und Uçar beschäftigen sich beide auch mit dem Thema Karikaturen, etwa den Karikaturen von Charlie Hebdo. Ihr Verhältnis zur Meinungsfreiheit scheint dabei ambivalent zu sein: Meinungsfreiheit sei „kein Fetisch", sagt Uçar.

„Wie jede Freiheit hat auch diese ihre Grenzen, wo Rechte Dritter tangiert werden. Entwürdigung, Diffamie und Beleidigungen dürfen auch nicht im Gewand der Pressefreiheit legitimiert werden. Ich wünsche mir einen viel sensibleren und verantwortungsvolleren Umgang allgemein mit religiösen Gefühlen Dritter auch in unserer säkularisierten Gesellschaft."

Nach dem islamistischen Mord an dem Lehrer Samuel Paty schreibt Uçar diesen Beitrag:

„Durch die Herabwürdigung religiöser Gefühle oder anderer Minderheiten wird nicht die Fahne der Aufklärung hochgehalten, sondern lediglich die Polarisierung vorangetrieben und dem Populismus Vorschub geleistet." Er wendete sich dann noch gegen jede Form von Gewalt, die sei „nicht nur strikt abzulehnen und zu verurteilen, sondern auch schlicht kontraproduktiv": Badawia formuliert in einer von ihm initiierten Petition mit dem Titel „Das Dilemma der Mohammed-Karikaturen – ein Pflichtthema an deutschen Schulen" auch doppeldeutig.

Es wird gefordert, „in großer Sorge um die wechselseitige Achtung von Meinungs- und Religionsfreiheit", „die sogenannten Mohammed-Karikaturen an allen deutschen Schulen pluralitäts- und religionssensibel zu thematisieren", die Betrachtung der Karikaturen soll dabei optional sein. Der Punkt „Kritik ist ein Grundrecht, Pietät eine Tugend" rangiert dabei noch vor Punkt 4: „Einschüchterung, Drohung und Gewalt sind aufs Schärfste zu verurteilen".

Ein besonderer Absolvent des Islamkollegs

Ender Cetin wird zu den ersten Absolventen des Islamkollegs gehören. Ehemals mit seiner Frau für eine Berliner DITIB-Moschee aktiv, gründete er mit ihr die „Deutsche Islam-Akademie". Zu einer Veranstaltung, die sie als Partnerin der Berliner Landeszentrale ausrichten durfte, lud Pinar Cetin ausgerechnet Farid Hafez ein. Sie agitierte auch schon gegen türkischstämmige Abgeordnete, die den Genozid an den Armeniern anerkannten. An ihrer „Islam-Akademie" ist auch Ertan Öztürk beteiligt, ein islamischer Theologe, der online türkische Anti-Israel-Propaganda und den Rabia-Gruß teilt und nun Jura studiert. Ender Cetin ist schon als Laien-Imam in Berliner Gefängnissen tätig, der grüne Justizsenator Behrendt, der sich auch von Fereshta Ludin beraten lässt, macht es möglich, Pinar Cetin sitzt im Kuratorium zum Wiederaufbau der Berliner Synagoge am Fraenkelufer…

Sollte das also die Zukunft sein? Was bis jetzt als Fortschritt gefeiert wird, nämlich die Ausbildung von Imamen in Deutschland, um unabhängig zu werden von Imamen, denen Sprache und Kultur fremd sind, die vom Ausland entsendet und u.U. auch gesteuert werden, könnte sich unter diesen Voraussetzungen als ein Rückschritt entpuppen – für die Mehrheitsgesellschaft.

Eine unangepasste Perle im Pro-Merkel-Gleichklang des deutschen Medienbetriebes

Das bekannte und vielgelesene Internetportal „Deutsche WirtschaftsNachrichten" (DWN) thematisiert regelmäßig als eine der ganz wenigen Medien-Plattformen die Mitschuld der Bundeskanzlerin am Anstieg des Antisemitismus in Deutschland.

Kennen Sie den schwedischen Medienkonzern Bonnier? Er zählt zu den größten Verlagshäusern weltweit und wurde von einer aus Dresden stammenden jüdischen Familie gegründet. Dem bis heute familiengeführten Konzern gehören in Schweden Fernsehkanäle, Buchverlage, Filmstudios und die großen überregionalen Tageszeitungen „Dagens Nyheter" und „Expressen". In Deutschland, der alten Heimat seiner Besitzerfamilie, hat Bonnier mittlerweile die Buchverlage Carlsen, Piper, Econ, Ullstein, Riva und viele weitere übernommen. Bonnier wurde so zum zweitgrößten Akteur auf dem deutschen Buchverlagsmarkt – gleich nach der Bertelsmann-Tochterfirma Random House. Zu den hiesigen Beteiligungen von Bonnier gehört auch das vielgelesene Berliner Internetportal und Magazin „Deutsche Wirtschafts-Nachrichten" (DWN). Die JR-Redaktion traf Hauke Rudolph, den Chefredakteur der Nachrichtenseite mit dazugehöriger Zeitschrift, zum Interview.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie kam es dazu, dass der Dresdner Jude Gutkind Hirschel den Grundstein für den heutigen Weltkonzern „Bonnier" legte? Und warum heißt der Konzern heute nicht „Hirschel"?

Rudolph: Gutkind Hirschel (1778–1862) war unternehmerisch und sprachlich sehr begabt. Geboren in Dresden, studierte er in Prag und wanderte im Alter von 17 nach Kopenhagen aus. Dort gründete er zunächst eine Leihbibliothek – Bücher waren damals sehr teuer – und unterrichtete Französisch, was er sehr gut beherrschte, da seine Mutter aus dem französischen Ort Bonnet in Lothringen stammte. Anschließend begann er eine Karriere als Buch- und Zeitungsverleger.

Gleich nach seiner Ankunft in Kopenhagen änderte der Neuankömmling seinen Namen in Gerhard Bonnier. Was ihn dazu bewog? Heute würde man seine Beweggründe Marketing-Überlegungen nennen. Es waren die Jahre, in denen sich Frankreich unter Napoleon Bonaparte zur führenden Nation erhob, und da klang „Bonnier" einfach lässiger als „Hirschel". Wie er auf „Bonnier" kam, wissen wir nicht mehr. Vielleicht ließ er sich vom Herkunftsort seiner Mutter inspirieren, vielleicht aber auch von der traditionellen französischen Mütze (Bonnet). Es könnte sich aber auch um eine freie Übersetzung seines Vornamens „Gutkind" handeln (gut = bon/Kind = enfant). Im Endeffekt kann man darüber nur spekulieren.

Gerhard Bonnier hatte elf Kinder. Sein ältester Sohn Adolf wanderte nach Stockholm aus, weil er dort für seine unternehmerischen Ambitionen bessere Perspektiven sah – der schwedische Markt war größer als der dänische, und unterversorgt. Darüber hinaus befand sich Dänemark damals im Krieg, und dementsprechend wenig locker saß das Geld. Adolf gründete Buchhandlungen in Göteborg, Uppsala und schließlich in der Altstadt von Stockholm. Die Geschäfte, vor allem in Stockholm, liefen ausgezeichnet, und so holte Adolf seinen Bruder Albert in die Firma. Dieser war geborener Unternehmer, machte sich nach einiger Zeit selbständig und gründete einen Buchverlag. Etwas später startete Felix, Adolfs Sohn, in Göteborg mit der Herausgabe einer Zeitung. Aus Alberts Buch- und Felix' Zeitungsverlag entstand das heutige Unternehmen „Bonnier", ein global operierender Großverlag mit insgesamt 175 Einzelunternehmen in 15 Ländern.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Durch die selbst veranlasste Namensänderung des Gründervaters sind die jüdischen und deutschen Wurzeln des Bonnier-Konzerns nicht mehr sofort erkennbar. Gibt es denn noch „jüdische Spuren" im Unternehmen, die an die Gründer erinnern?

Nicht wirklich. Natürlich hat das Unternehmen einen jüdischen Ursprung, aber heute bekennt sich kein Mitglied der Familie mehr aktiv zum Judentum. Die Familie gehört formell der Lutherischen Kirche an, wobei die Religion in der Familie keine große Rolle spielt. Aber selbstverständlich pflegt sie Beziehungen zu jüdischen Familien, vor allem mit solchen, die sich in derselben Zeit wie die Bonniers in Schweden niedergelassen haben. Die Freundschaften reichen also rund zwei Jahrhunderte zurück. Ab und zu zeigt man seine geschichtliche Verbundenheit mit dem Judentum auch in Form von Sponsoring.

Die „Deutschen WirtschaftsNachrichten" gehören zu Bonnier, das einst als kleine Buchhandlung begann. Oben rechts der Gründer Gerhard Bonnier.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der frühere Herausgeber der „DWN" und heutige Herausgeber der „Berliner Zeitung", der Österreicher Michael Maier, befasste sich unter anderem für die Jerusalemer Universität wissenschaftlich mit Antisemitismus in den Medien der DDR. Hat er aufgrund seines Interesses häufiger über Israel berichtet?

Die „DWN" haben der Berichterstattung über Israel stets einen angemessenen Raum eingeräumt. Berichtet wurde und wird über politische Ereignisse sowie recht häufig über Wirtschaft mit Hinblick auf Spitzentechnologie, gerade im Bereich Software und Telekommunikation. Israel verfügt ja über eine sehr dynamische Start-up-Szene, die äußerst erfindungsreich ist. Innovationen aus israelischen Tech-Schmieden waren und sind immer wieder Gegenstand der Berichterstattung. Mit den jüngsten Raketen-Angriffen auf Israel durch die Hamas hat sich vor allem unser Kolumnist Ronald Barazon mit Analysen und Kommentaren gründlich befasst.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was ist Ihre Meinung zur Israel-Berichterstattung der deutschen Medien im Allgemeinen?

Über Israel wird oft und viel berichtet – selbstverständlich haben alle größeren Zeitungen, Zeitschriften sowie Fernseh- und Rundfunksender eigene Korrespondenten im Land. Deren Artikel, Meldungen und Reportagen sind in der Regel angemessen und ausgewogen. Sie leben ja auch dort, können die Verhältnisse beurteilen, haben Zugang zu wichtigen Akteuren, kennen die Menschen, sind in der Lage, wertvolle Quellen aufzutun. Sowie es zu größeren Ereignissen kommt – in der Regel kriegerischer-terroristischer Natur – nimmt die Qualität der Berichterstattung manchmal ab. Dann müssen nämlich auch Journalisten, die sich nicht vor Ort befinden, also hier in Deutschland sind, ihren Teil zur Berichterstattung beitragen. Demensprechend oberflächlicher wird das Gesagte und Geschriebene, was aber ganz natürlich ist – nicht jeder kann Spezialist für jedes Thema sein. Das ist aber kein Israel-spezifisches Phänomen; nicht jeder Kommentar, der zur amerikanischen Politik veröffentlicht wird, stammt von einem Auslandskorrespondenten, nicht jede Analyse zur Politik Russlands von jemandem, der seinen Schreibtisch in Moskau hat. Dass die Israel-Berichterstattung nicht immer ausgewogen ist, hat aber nicht ausschließlich mit fehlendem vertieftem Wissen zu tun. Gerade bei eher dem links-liberalen Spektrum angehörigen Medien findet sich immer wieder eine gewisse Distanz zu Israel. Und auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kann man gewiss nicht vorwerfen, eine pro-israelische Haltung einzunehmen. Die Semantik ist da manchmal sehr vielsagend.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Die „DWN" bringen wie die JÜDISCHE RUNDSCHAU viele Nachrichten, die andere Medien weglassen. Welche Nachrichten findet man vor allem nur bei Ihnen? Werden die „DWN" dafür gelegentlich angegriffen?

Die „DWN" sind ein relativ kleines Medium, das in seiner Berichterstattung naturgemäß selektiv sein muss. Beispielsweise dokumentieren wir Parteipolitik nur in geringem Maße. Darüber hinaus schreiben wir primär über tatsächliche Geschehnisse – Verlautbarungen, Ankündigungen oder Absichtserklärungen schenken wir in der Regel keine Beachtung. Unser Bestreben ist es, die Leser mit Informationen zu versorgen, die sie bei anderen Medien nicht finden. In einigen Bereichen verfügen wir über eine besondere Expertise und Zugang zu äußerst vielen Quellen – beispielsweise Geopolitik, Rohstoffe, das internationale Finanzsystem sowie Kryptowährungen. Wichtig ist uns darüber hinaus, Ereignisse von allen Seiten zu beleuchten. Dabei gehen wir selbstverständlich nicht dogmatisch vor – wenn wir mit der Mehrheit der anderen, auch der großen Medien übereinstimmen, dann ist das eben so, wir vertreten nicht aus Prinzip eine andere Meinung. Aber unser Ziel, man kann sagen, unsere Daseinsberechtigung als kritisches Medium ist es, Zusammenhänge zu analysieren und aufzuzeigen, die andere nicht erkennen, manchmal auch absichtlich übersehen. Natürlich werden wir immer mal wieder kritisiert, auch mal scharf angegangen – das geschieht fast allen Medien so. Als Journalist sollte man so etwas als Bestätigung seiner Arbeit ansehen – zeigt es doch, dass man einen Nerv getroffen hat.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Der zur Bonnier-Gruppe gehörende Carlsen-Buchverlag in Hamburg war im März das Ziel einer chinesischen Kampagne, um die Veröffentlichung eines Kinderbuchs zu verhindern, in dem China als Ursprungsland der Corona-Epidemie genannt wurde. Der Carlsen-Verlag hat nachgegeben und änderte den Buch-Text. Wie ist es Ihrer Ansicht nach um die Medien- und Meinungsfreiheit in Deutschland bestellt?

Hierzulande herrscht keine Zensur. Allerdings macht sich in Deutschland die Unsitte breit, mit juristischen Mitteln die Pressefreiheit einschränken zu wollen. Die Chance, nach einem kritischen Artikel eine Unterlassungserklärung von einem Medienanwalt zu erhalten, ist heute viel größer als noch vor ein paar Jahren. Darüber hinaus üben bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen im Namen der „Political Correctness" Druck aus. Damit wollen sie nur erreichen, dass Journalisten die berühmte „Schere im Kopf" haben und über Geschehnisse und Zusammenhänge, deren Thematisierung von eben diesen Gruppierungen nicht gewünscht wird, nicht mehr berichten. Davon muss man sich als Journalist frei machen, sonst verliert man seine Fähigkeit, Missstände kritisch und offen zu benennen und anzuprangern.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Warum hat sich Bonnier am Nachrichtenportal „DWN" beteiligt und welche Investitionsfelder sehen Sie für die Zukunft?

Die „Deutsche Wirtschafts-Nachrichten" waren und sind eine hervorragende Geschäftsmöglichkeit. Bei Bonnier ist man daran interessiert, die Aktivitäten auf dem deutschen Medienmarkt auszubauen. Deutschland ist ein sehr großer und attraktiver Markt, der wohl wichtigste Europas. Das Buch- und das Zeitungsgeschäft – digital wie gedruckt – werden laut Bonnier in Stockholm auf absehbare Zeit das Kerngeschäft bleiben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Steinmeier in Israel – die diplomatische Blamage

Der ehemalige Mitarbeiter des DDR-finanzierten und verfassungsschutzbeobachteten Pahl-Rugenstein-Verlages, der jetzige Bundespräsident Steinmeier ließ auch bei seinem aktuellen Staatsbesuch in Israel keinen Zweifel an seinen politischen Präferenzen. Das belegt nicht zuletzt die einseitige Auswahl seiner israelkritischen Begleiter und der nicht minder israel-aversen Journalisten, denen er bevorzugt Interviews gewährte.

Von Ulrich W. Sahm

Steinmeiers Konvoi auf dem Weg durch Jerusalem

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier ist auf Staatsbesuch in Israel, um sich von seinem Amtskollegen Reuven Rivlin zu verabschieden. „Mit der Reise bekräftigt und würdigt er die engen und einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel“, wie es so schön auf der offiziellen Seite des Bundespräsidenten heißt.

Nicht presseöffentlich

In seiner handverlesenen Delegation von 10 Persönlichkeiten befindet sich zu diesem Zweck der „Philosoph“ Omri Boehm, der das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat abstreitet und die Boykottbewegung BDS offen unterstützt. In Steinmeiers offiziellen Programm steht für den heutigen Freitag auch ein „Gespräch zu den Herausforderungen des jüdisch-arabischen Zusammenlebens“ im deutschen Hospiz St. Charles in Jerusalem. Als Journalisten interessierte uns das besonders. Doch vor dem Eingang des Hospizes stand nicht nur wie sonst eine freundliche Nonne, die uns kannte, und freundlich einladen wollte, sondern auch ein Vertreter des Bundeskriminalamtes mit dem Auftrag, allen im Vorfeld nicht ausdrücklich eingeladenen deutschen Journalisten den Zutritt zu verwehren und ihnen zu befehlen, sich etwa einen Kilometer weit von dem Gelände zu entfernen.

Rausschmiss mit Ansage

Am Tag davor hatte die Pressesprecherin der deutschen Botschaft, Margarete Jakob, auf Anfrage erklärt, dass die israelischen Gastgeber für den Einlass der Journalisten zuständig seien. Doch die israelische Seite wusste von nichts und ein Anruf im Hospiz machte klar, dass nur Presseleute eingelassen würden, die zuvor von der Botschaft eine Erlaubnis erhalten hatten. Da sich die Pressesprecherin der Botschaft strikt weigerte, den Termin im Hospiz zu bestätigen und diesen voll akkreditierten Journalisten auf die Liste zu setzen, gab es also auch keine Möglichkeit, den offiziellen Termin des Bundespräsidenten wahrzunehmen. Zusammen mit der Kollegin, die als akkreditierte Korrespondentin für die Jüdische Rundschau arbeitet, stand ich also nach knapp 6 Minuten auf der Straße und ein deutscher Kriminalbeamter sorgte dafür, dass die Pressefreiheit erfolgreich behindert wurde.

Nach wenigen Minuten tauchte eine kleine Kolonne schwarzer Autos auf. Ein israelischer Security-Mann schob uns im Auftrag des Deutschen noch 500 Meter weiter, so dass wir gerade noch ein Foto von der Limousine mit Begleitung machen konnten. Mehr Journalismus war nicht drin.

Früher war mehr Journalismus

Viele Jahrzehnte lang war es üblich, dass der Presseattaché der deutschen Botschaft die akkreditierten Journalisten über bedeutsame Ereignisse, darunter offizielle Besuche und Veranstaltungen der Botschaft im Voraus informierte. Man konnte sich dazu auf eine entsprechende Liste setzen lassen. Die so verschickten Programme erhielten auch vertrauliche Informationen wie Hintergrundgespräche mit Uhrzeit und Ortsangabe. Das alles fällt heutzutage flach. In den letzten beiden Jahren wurde zudem jegliche Bitte, doch wieder „auf die Liste“ zu kommen, im Vorfeld informiert zu werden, genaue Zeiten zu erfahren etc. abschlägig beschieden. Auch andere freie Journalisten berichten uns, dass sie von den Deutschen keinerlei Informationen mehr bekommen. Bei Anrufen in der Botschaft wird man dann nicht nur abgewimmelt, sondern bekommt auch ohne Ende zynische „Empfehlungen“, die eine Beleidigung jeglicher Intelligenz darstellen. Auf Empfehlung der Botschaft soll man sich z.B. heute die Twitter-Meldungen der Botschafterin Susanne Wasum-Rainer zu Gemüte führen, wo Termine jedoch stets nur im Nachhinein vermeldet werden, also auch wieder ohne Möglichkeit, sich anzumelden und eventuell teilzunehmen. Da die Pressestelle der Botschaft offenbar davon ausgeht, dass man als langjähriger Korrespondent in Israel vernetzt ist, wird man von deutscher Seite zudem aufgefordert, sich im Falle von offiziellen Besuchen aus Deutschland doch mit den israelischen Gastgebern in Verbindung zu setzen: „Die wissen alles, die können Sie auch informieren.“ So als ob das Büro des israelischen Staatspräsidenten dafür zuständig wäre, den Deutschen die Arbeit abzunehmen, zu denen sie entweder nicht willens oder nicht fähig sind.

Unter den jetzigen Umständen könnte die Stelle des Presseattaché an der deutschen Botschaft in Tel Aviv auch abgeschafft werden. Das würde den deutschen Steuerzahlern Geld sparen.

Unfähig oder bewusst ignorant?

Ein Sprichwort besagt sinngemäß, man solle nie von Bosheit ausgehen, wenn Dummheit als Erklärung völlig ausreicht. Viel übler ist die Tatsache, dass hier zusammen mit Steinmeier auch Omri Boehm auftritt, der sich unter Deutschlands „Israelkritikern“ bekanntlich mit der Behauptung beliebt machte: „Zionismus (sei) nicht vereinbar mit humanistischen Werten“ und dem selbst Israels linkeste Linke nicht links genug sind. Ohne staatlichen deutschen Schirm würde sich ein Omri Boehm wohl kaum freiwillig nach Israel begeben, da ihn hier kein Mensch mehr ernstnimmt. Angesichts der Tatsache, dass viele würdigere Vertreter der Zivilgesellschaft nicht eingeladen waren, ist sein Auftritt ein diplomatischer Affront.

10 mal „Anschließend“ und der alternierende Präsident

Wer auf der Seite des deutschen Präsidialamtes konkrete Zeitangaben erwartet, überschätzt unsere Volksvertreter gewaltig. Wir sehen der Reihe nach: Mittwoch, 30. Juni 2021 „Abends, Anschließend, Anschließend.“ Dann: „Ansprache mit anschließendem Empfang.“ Donnerstag, 1. Juli 2021: „Vormittags, Anschließend.“ Dann erfolgt der einzige Termin des gesamten Besuches, der eine Zeitangabe enthält, zu dem es aber, wie geschildert, im Vorfeld keine Anmeldemöglichkeiten gab, „10.30 Uhr Gemeinsame Pressebegegnung.“ Dann geht es wieder weiter mit „Anschließend, Anschließend, Mittags, Anschließend, Anschließend, Nachmittags, Abends.“ Freitag, 2. Juli 2021 steht: „Vormittags, Jerusalem, Deutsches Hospiz St. Charles Jerusalem. Gespräch zu den Herausforderungen des jüdisch-arabischen Zusammenlebens.“ Dann geht es wieder weiter mit „Anschließend, Anschließend, Mittags, „Anschließend Rückflug nach Berlin.“

Aber damit nicht genug. Am Donnerstagnachmittag war „Anschließend“ ein Treffen mit dem „alternierenden Präsidenten des Staates Israel, Naftali Bennet“ angesagt. Diesen Titel gibt es nicht. Der scheidende Staatspräsident Rivlin hat einen ordentlich in der Knesset gewählten Nachfolger namens Jitzchak Herzog. Der im Programm genannte Naftali Bennett ist der alternierende Ministerpräsident, also Regierungschef und nicht „Präsident“. Das ist, als würde man Frau Merkel als alternierende Bundespräsident (*in) Deutschlands bezeichnen.

Ins schiefe Bild passt auch, dass Steinmeier anlässlich seines Staatsbesuches ausgerechnet der linken regierungskritischen Zeitung „Haaretz“ ein Interview gewährt hat und dieser Text auch ausdrücklich auf Steinmeiers offiziellen Seite verlinkt und empfohlen wird. Das ist, als würde ein Staatsgast in Deutschland bei seinem Besuch nur der TAZ ein Interview gewähren, um so seine „Nähe“ zu Deutschlands Mitte zu demonstrieren.

Das Post-Corona-Geschenk der El Al an die Kinder

Nach Monaten des Lockdowns will die israelische Fluglinie besonders den Kindern eine Freude machen und bietet ihren jüngsten Passagieren nahezu kostenlose Tickets an.

(Israelnetz) Der Sommer naht und verspricht zudem wieder mehr Reisemöglichkeiten. Die israelische Fluggesellschaft El Al möchte diesen Umstand nutzen und hat jungen Fluggästen daher ein verlockendes Angebot gemacht: Kinder im Alter von null bis zwölf Jahren dürfen nahezu kostenlos fliegen. Nur die Flughafensteuer muss bezahlt werden, berichtet die Tageszeitung „Jerusalem Post".

Das Angebot gilt unter anderem für Reisen auf die thailändische Insel Phuket. Auch Flüge in europäische Städte wie Amsterdam, Madrid, Paris oder Rom sind integriert. Als deutsche Ziele werden Frankfurt, Berlin und München angeflogen. Ebenfalls im Angebot enthalten sind Flüge auf die Seychellen und nach Dubai. Der Verkauf der Tickets hat bereits am 6. Juni begonnen. Je nach Region konnten die Flüge maximal bis zum 17. Juni gebucht werden.

El Al fliegt weltweit etwa 180 Ziele an. Die 1948 gegründete Airline ist die größte Israels. Ihren Sitz hat sie in Lod, einer Stadt etwa 20 Kilometer östlich von Tel Aviv. Dort befindet sich auch der Heimatflughafen „Ben-Gurion-Airport". Derzeit sind 44 Flugzeuge für El Al im Einsatz.

YEHUDA RAIZNER / AFP

Kinder im Alter von null bis zwölf dürfen nahezu kostenlos fliegen.

John Hagee und Nikki Haley auf Solidaritätsmission in Israel

Gerade in den schweren Zeiten des Regierungswechsels und der in ihren Konsequenzen noch nicht absehbaren Ablösung des langjährigen und verdienten Ministerpräsidenten Netanjahu zeigen Trumps ehemalige UNO-Botschafterin und der Chef der pro-israelischen Christen wie nur wenige andere Solidarität mit dem jüdischen Staat.

Von Ryan Jones (Israel Heute)

Während Mike Evans, der selbsternannte „größte evangelikale Pastor der Welt", damit beschäftigt war, Brücken zu Israels neuer Regierung zu schlagen, flog Mega-Kirchenpastor John Hagee kürzlich in den jüdischen Staat, um die Beziehungen zwischen seinen „Christians United for Israel" (CUFI), und der „Regierung des Wandels" des jüdischen Staates zu festigen.

Der scheidende Premierminister Benjamin Netanjahu schätzte lange Zeit die Unterstützung evangelikaler Christen für Israel, besonders in den Vereinigten Staaten, und wusste diese effektiv zu nutzen. Im Laufe der Jahre knüpfte er enge persönliche Beziehungen zu einer Reihe von namhaften evangelikalen Leitern, darunter Evans und Hagee. Israelische Medienquellen nahmen zunächst an, dass Hagee zu Besuch war, um seinen Freund Netanjahu zu trösten, nachdem dieser sein Amt als Premierminister niederlegen musste.

Offiziell, nach CUFI's Facebook-Seite, war Hagee auf einer Solidaritätsmission nach dem Gaza-Krieg im letzten Monat hier.

In Israel sollte er sich auch mit dem neuen Premierminister Naftali Bennett und anderen hochrangigen Mitgliedern der neuen Regierung treffen. CUFI präsentiert sich als Hauptvertreter der pro-israelischen evangelikalen Gemeinschaft in Amerika. Um diese Rolle zu erfüllen, braucht sie einen direkten Draht zur israelischen Regierung. Daher ist es wahrscheinlich, dass der in Texas lebende Pastor auch zu Besuch war, um mit Bennett und dem neuen Außenminister Yair Lapid (der in zwei Jahren das Amt des Premierministers übernehmen wird) die Art von persönlicher Verbindung herzustellen, die er lange mit Bibi genossen hat.

Das steht in scharfem Kontrast zu der Herangehensweise von Evans, der Naftali Bennett sehr öffentlich anprangerte und schwor, eine evangelikale Opposition gegen die neue Regierung im Namen von Netanjahu anzuführen.

Zusammen mit Hagee in Israel war die ehemalige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, die sich selbst auch zu den evangelikalen christlichen Unterstützern Israels zählt. Aber es wird erwartet, dass Haleys letzter Besuch mehr mit ihrer möglichen US-Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2024 zu tun hat.

Nach dem Gaza-Krieg haben alle wichtigen potenziellen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Israel besucht – der ehemalige Außenminister Mike Pompeo, Senator Ted Cruz, Senator Lindsey Graham und nun Haley.

Angesichts der wachsenden Kluft innerhalb der Demokratischen Partei in Bezug auf die Unterstützung Israels, könnte der jüdische Staat eine noch größere Rolle spielen als bei vergangenen Wahlen, wenn die Amerikaner das nächste Mal den Präsidenten wählen. Top-Republikaner sind zweifellos sehr daran interessiert, ihre Pro-Israel-Bonität früh und oft zu demonstrieren.

YEHUDA RAIZNER / AFP

John Hagee, Chef einer der größten pro-israelischen Christen-Gruppen Amerikas

Honduras: Die Trump-Netanjahu-Initiative führt zu einer weiteren Botschaftseröffnung in Jerusalem

Honduras ist die vierte Nation, die die Arbeit der beiden ehemaligen Regierungschefs für die internationale Anerkennung der israelischen Hauptstadt krönt, und ihre Botschaft nach Jerusalem verlegt. Nun wurde die Landesvertretung feierlich eingeweiht. Die arabischen Landusurpatoren der Abbas'schen Terrorunterstützungs- und Autonomiebehörde und die EU-Spitze sehen den Erfolg Israels mit wachsendem Missfallen. Dazu hofft Abbas in dieser Sache auf die Anti-Trump-Politik Bidens.

(Israelnetz) Honduras hat seine Botschaft in Jerusalem eingeweiht. Im Rahmen der feierlichen Zeremonie am Donnerstag bezeichnete Premierminister Naftali Bennett (Jamina) den Präsidenten des lateinamerikanischen Landes, Juan Orlando Hernández, als „wahren Freund Israels". Das jüdische Volk habe ein gutes Gedächtnis und werde diese „mutige und gerechte Tat" für den Staat Israel nicht vergessen. Honduras ist das vierte Land, das seine Botschaft nach Jerusalem verlegt hat. Zuvor hatten die USA, Guatemala und der Kosovo diesen Schritt unternommen.

Hernández betonte in seiner Rede das Eintreten seines Landes für Israel. Seit seinem Amtsantritt 2014 sei Honduras eines der Länder, das am häufigsten gegen antiisraelische Resolutionen bei den Vereinten Nationen stimme oder sich enthalte. Seine persönliche Haltung zu Israel erklärte der Präsident mit seiner ersten Israelreise vor 30 Jahren. Diese sei eine „lebensverändernde Erfahrung" für ihn gewesen. Bennett dankte Hernández für die Freundschaft der beiden Länder.

Vor der Einweihung hatten die beiden Regierungschefs bei einem Treffen mehrere Kooperationsabkommen unterzeichnet. Diese betreffen eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Innovation. Ziel sei es, sagte Bennett, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Abkommen wurden auch im Bereich der Sicherheit unterzeichnet.

„Ein Feiertag für Israel"

Oppositionsführer Benjamin Netanjahu (Likud) begrüßte die Verlegung der Botschaft. Er betonte zudem seine Rolle: Als damaliger Premier war er an den Plänen des Umzugs beteiligt. Auf Facebook schrieb er: „Ich hoffe, dass die Bemühungen, die ich begonnen habe, Botschaften nach Jerusalem zu verlegen, nicht enden werden und andere Länder ihre Botschaften nach Jerusalem, der ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes seit 3.000 Jahren, verlegen werden." Später traf sich Netanjahu, der bei der Einweihung nicht anwesend war, mit Hernández. Auf Twitter schrieb Netanjahu: „Ein Feiertag für Israel".

Zuvor besuchte Hernández die Grabeskirche und die Klagemauer. Bei einem Treffen mit Israels scheidendem Präsidenten Reuven Rivlin sagte dieser: „Im Namen aller Israelis danke ich Ihnen für Ihre tiefe Freundschaft und dafür, dass das Volk von Honduras zu Israel steht."

Kritik von der PA

Das Außenministerium der „Palästinensischen Autonomiebehörde" (PA) verurteilte am Donnerstag die Verlegung der Botschaft und bezeichnete den Schritt als „eklatante Verletzung des Völkerrechts". Außerdem verstoße er gegen UN-Beschlüsse bezüglich des rechtlichen und politischen Status von Jerusalem. In der Erklärung des Ministeriums wird die Botschaftsverlegung als „feindseliger Schritt gegen das palästinensische Volk" bezeichnet. Die „Organisation für Islamische Zusammenarbeit" (OIC) hat die Verlegung der Botschaft ebenfalls kritisiert. Sie bezeichnete den Vorgang als „illegale Aktion" und forderte Honduras auf, den Schritt rückgängig zu machen.

Im September hatten Hernández und der damalige Premier Netanjahu vereinbart, Botschaften in der Hauptstadt des jeweiligen andern Landes zu eröffnen. Israel hat bereits im August 2020 ein Kooperationsbüro in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa eröffnet.

Heidi Levine / AFP / POOL

Ernten die Früchte Netanjahus: Außenminister Lapid und Premierminister Bennett mit ihren honduranischen Pendants Lisandro und Hernandez.

Gründervater der israelischen Hightech-Industrie verstorben

Als rumänischer Flüchtling kam Usia Galil einst nach Israel. Dort wurde er in den 60er Jahren zum einflussreichen Unternehmer und hinterließ als sein Erbe den durchschlagenden Erfolg der israelischen Hightech-Industrie. Der verdiente Pionier verstarb nun im Alter von 96 Jahren.

(Israelnetz) Sein ganzes Leben hat Usia Galil dem Unternehmertum in der Hightech-Industrie gewidmet. Mit seiner international agierenden Holding-Gesellschaft gab er den entscheidenden Anstoß für die Entwicklung vieler israelischer Unternehmen. Am 9. Juni ist Galil im Alter von 96 Jahren verstorben.

Geboren wird Usia Galil 1925 in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. Im Alter von 16 Jahren muss er jedoch fliehen. Kurz zuvor, im November 1940, war Rumänien dem Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan beigetreten. Die Beziehung zum nationalistischen Deutschland ist besonders eng. Unter der Führung von Ion Antonescu wird das Land ab 1941 dann endgültig zu einer Militärdiktatur umgebaut, in der auch die Ermordung und Vertreibung von Juden zur Agenda gehört.

Flucht nach Israel

Über Istanbul, Aleppo und Beirut gelangt Galil schließlich in das Mandatsgebiet Palästina. Dort macht er 1947 seinen Abschluss in Elektrotechnik an der Technischen Universität in Haifa (Technion). Ab 1948 ist er dann für die israelische Marine tätig, wird dort sogar zum Leiter der elektronischen Forschung. Mittels finanzieller Unterstützung durch die Marine wird ihm ein Studium in den USA ermöglicht. 1953 macht er an der Purdue-Universität in West Lafayette (Indiana) seinen Master – ebenfalls in Elektrotechnik. Ebenso ein Absolvent dieser Universität ist der US-amerikanische Astronaut Neil Armstrong (1930–2012).

Ein Jahr nach seinem Abschluss kehrt Galil nach Israel zurück. Mit der Hilfe von Dan Tolkowsky, einem Offizier der israelischen Luftwaffe, gründet er 1962 die Holding-Gesellschaft „Eltron Electronic Industries". Schwerpunkte werden unter anderem die Bereiche Telekommunikation, Medizintechnik sowie und Luft- und Raumfahrt.

Mitgründer von „Elbit Systems"

Im Jahr 1966 gründet Galil in Zusammenarbeit mit dem israelischen Verteidigungsministerium das Unternehmen „Elbit Computer". Später wird daraus „Elbit Systems", heute einer der größten Rüstungskonzerne Israels. Weitere millionenschwere Firmen wie das Elektronikunternehmen „Orbotech" und das Medizintechnikunternehmen „Given Imaging" folgen.

Insgesamt baut Galils Holding-Gesellschaft über 30 Firmen und Start-ups mit auf. Bis 1999 ist er selbst Geschäftsführer. Im Anschluss an seine Zeit bei „Eltron" gründet er das Unternehmen „Usia Initiatives and Management", das sich auf die Förderung von Jungunternehmern spezialisiert.

Träger des Israel-Preises

Für seine Verdienste wird Usia Galil mehrfach ausgezeichnet. 1997 ehrt ihn das Land mit seiner höchsten Kultur-Auszeichnung, dem Israel-Preis. Zudem erhält Galil Ehrendoktortitel an mehreren Universitäten, darunter auch das Weizmann-Institut für Wissenschaft in Rechovot und die Polytechnische Universität in New York.

Bei einer Rede, die er 2016 an seiner ehemaligen Universität in den USA hält, erklärte er, was ihn antreibt: „Ich bin immer interessiert an den Dingen, die wir tun können und vor allem an denen, die wir tun sollten, aber nicht immer tun." Sein Leben in Israel habe ihn zudem gelehrt, sich immer zu fragen, was man anders machen und welcher entscheidende Vorteil sich daraus ergeben könne.

Als Reaktion auf seinen Tod erklärte „Eltron": „Er war ein Menschenfreund, der mit der Jugend verbunden war und alles mit Bescheidenheit und Menschlichkeit tat – eine Art, die heute nur noch selten zu finden ist." Mit seinen Visionen sei er seiner Zeit immer voraus gewesen. Sein Tod bedeute sowohl für Israel als auch für „Eltron" im Besonderen einen traurigen Tag, hieß es weiter. Die Technion-Universität in Haifa würdigte ihn mit einem Video auf YouTube.

In Israel genießt die Bildung der Jugend oberste Priorität

Israel gehört auch durch das große Engagement jüdischer Eltern zu einem der pädagogisch fortschrittlichsten Länder der Welt.

JACK GUEZ / AFP

Schulklasse in Israel

Von David Lazarus (Israel Heute)

Israel gehört zu den drei am besten ausbildenden Ländern. Nur Kanada und Japan verzeichnen prozentual mehr Hochschulabschlüsse als die jüdische Nation. Dennoch gehören die öffentlichen Investitionen pro Kind in Israel zu den niedrigsten in der Welt. Die Ausgaben für höhere Bildung rangieren am unteren Ende, knapp vor Ländern wie der Tschechischen Republik, Saudi-Arabien und Argentinien. Die niedrigen Investitionen pro Schüler in Israel sind teilweise eine Folge des hohen kindlichen Bevölkerungsanteils.

Aber mehr Kinder bedeuten auch überfüllte Klassenzimmer. Mehr als 30 Schüler sitzen im durchschnittlichen israelischen öffentlichen Grundschul-Klassenzimmer, oft sind es bis zu 40 (in Nicht-Corona-Zeit). Der Durchschnitt in den OECD-Ländern liegt bei 21, in Finnland sind es 19, in Griechenland 17 und in den USA 20 Kinder pro Klasse. In normalen Zeiten erhält das israelische Bildungsministerium täglich Beschwerden von Eltern wegen zu großer Klassen.

Mit den geringen Investitionen in die Bildung gehen niedrige Gehälter einher. Ein Lehrer in Israel verdient nur 70 Prozent des durchschnittlichen Gehalts eines Lehrers in anderen entwickelten OECD-Ländern. Die Lehrer streiken daher regelmäßig zu Beginn des Schuljahres.

Trotz aller Schwierigkeiten hat Israel eine sehr niedrige Abbrecherquote.

Bildung konnte den Juden niemand wegnehmen

Wie lassen sich Israels hervorragende Bildungsergebnisse erklären, trotz des gravierenden Mangels an Ressourcen, überfüllter Klassenzimmer, niedriger Lehrergehälter, regelmäßiger Streiks und nicht zu vergessen jahrzehntelanger Kriege, bewaffneter Wachposten vor jeder Schule und internationaler Boykotte israelischer Professoren?

Lernen und Bildung sind der Kern des jüdischen Lebens. Sogar während des größten Teils der Pandemie fanden die Israelis Wege, die Kinder im Unterricht zu halten oder zumindest für das Lernen zu Hause zu sorgen. Das jüdische Volk wird seit langem „das Volk des Buches“ genannt, und von biblischen Zeiten bis heute, im Exil und in ihrer Heimat, durch Feindseligkeiten und Hass hindurch, sind Juden dem Lernen verpflichtet geblieben. Bildung, so verstanden sie, war die eine Sache, die ihnen niemand wegnehmen konnte.

„Lernen – lernen – lernen: das ist das Geheimnis des jüdischen Überlebens“, schrieb Achad Ha-Am, einer der berühmtesten Essayisten des Zionismus. Juden verstanden, dass ohne die Weitergabe von Bildung an ihre Kinder das Glaubenserbe, das sie in die Welt brachten, verloren gehen würde.

Dies spiegelt sich auch im Talmud vielfach wider. „Wer seinen Schülern eine Lektion vorenthält, beraubt sie des Erbes ihres Vaters. Wer das Kind eines anderen die Thora lehrt, ist so, als hätte er es geboren“ (Sanhedrin 91b); „Die Welt existiert durch den Atem der Schulkinder“ (Schabbat 119b).

Ein moderner jüdischer Gelehrter, Raphael Werblowsky, fasste die Bedeutung der Bildung in Israel mit diesen Worten zusammen: „Jüdisches Lernen war immer die Wurzel und die Quelle jüdischen Lebens … ohne jüdisches Lernen können wir keine Juden sein.“

Es steht schon in der Bibel

„Halte fest an der Lehre, lass sie nicht fahren; hüte sie gut, denn sie ist dein Leben.“ (Sprüche 4,13)

Die Bedeutung der Erziehung in Israel reicht bis in biblische Zeiten zurück. Vätern und Müttern wird befohlen, ihre Kinder zu unterrichten, und seit den frühesten Tagen der Geschichte Israels war das Elternhaus Zentrum des Lernens.

Es sollte beachtet werden, dass das hebräische Wort für „Eltern“, horeh, direkt mit der Rolle des Lehrers verbunden ist. Das Substantiv horeh ist, wie Thora, von dem Verb jarah abgeleitet, das „werfen“, „schießen“, „lenken“ bedeutet. Thora bedeutet also, Richtung und Führung zu geben. Dementsprechend soll ein Horeh („Elternteil“) der Familie Thora („Unterweisung“) geben.

Der hohe Stellenwert von Bildung in der jüdischen Familie wurde von Generation zu Generation weitergegeben und ist so charakteristisch für Israels nationale Identität geworden, dass auch dadurch Kinder in der Schule gehalten werden. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Nation gibt Kindern und jungen Erwachsenen das Gefühl, Teil von etwas zu sein, das größer ist als sie selbst. Die Traditionen, als Gottes auserwähltes Volk Gottes Wort zu studieren und zu bewahren und „ein Licht für die Nationen“ zu sein, prägt israelische Kinder bis heute. Hierin liegt das Geheimnis all dieser jüdischen Mütter und ihrer hohen Erwartungen an „einen Arzt oder einen Anwalt“ als Schwiegersohn.

Dies wird in Israel auch durch das traditionelle Engagement der Familien in den öffentlichen Schulen weiter gefördert. Eltern streichen Klassenzimmerwände neu, führen Spendenaktionen durch, um Geräte anzuschaffen, und begleiten Klassen auf Ausflügen und bei anderen Aktivitäten.

Das ist eine Bildung, die man für Geld nicht kaufen kann.

Interessante Fakten über Bildung in Israel

- Israel gibt weniger als 4000 Euro pro Kind und Jahr für die kindliche Bildung aus. Zum Vergleich: Norwegen fast 12.000, die Schweiz etwa 15.000 für einen Gymnasiasten. Israel liegt knapp vor Chile, Mexiko und der Türkei.
- Anders als die privaten Internate in vielen entwickelten Ländern sind israelische Internate nicht für wohlhabende, privilegierte Schüler. Israelische Internate werden von der öffentlichen Hand finanziert und nehmen in der Regel Schüler aus Familien auf, die sich eine reguläre Ausbildung nicht leisten können, Jugendliche mit Schwierigkeiten oder Kinder aus dysfunktionalen Familienverhältnissen.
- Sobald jüdische Schüler die Schule abgeschlossen haben, leisten sie ihren obligatorischen Armeedienst. Wenn sie dann zur Universität kommen, haben sie die dafür nötige Reife.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

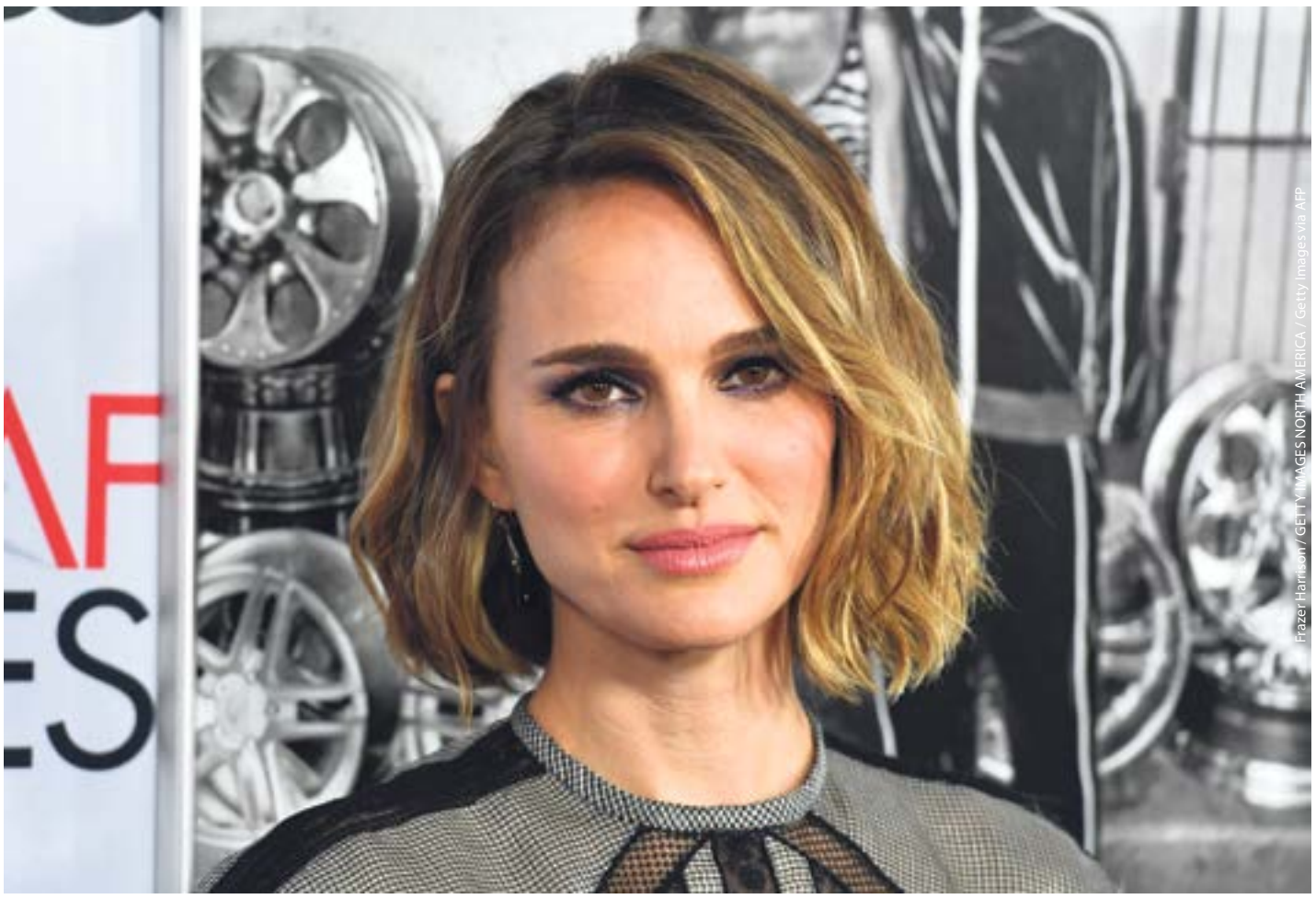
Degussa wünscht allen Lesern der Jüdischen Rundschau eine schöne Urlaubszeit!

Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Der ursprünglich jüdisch initiierte „Genesis- Preis“ trifft nicht die Richtigen und schadet der jüdischen Sache

Als der Genesis-Preis ins Leben gerufen wurde, sollte er einen „jüdischen Nobelpreis“ nicht auch zuletzt für Verdienste um das Judentum darstellen. Die Praxis aber, den Preis an Menschen zu vergeben, die sich mit dem Judentum und Israel kaum bis gar nicht identifizieren oder es gar bekämpfen, konnte nur in einer Pervertierung der Grundidee und einem Desaster enden.

Von Daniel Greenfield



Frazer Harrison/GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Natalie Portman bekam den Preis eigentlich nur, weil sie berühmt und jüdisch ist. Für Israel engagiert sie sich nicht - ganz im Gegenteil.

Selbst im Jahr der Pandemie geht der Genesis-Preis nicht an Wissenschaftler oder Ärzte, sondern an geistlose antiisraelische Prominente und wohlhabende Aktivisten, deren Jüdischsein ein genetischer Zufall ist und die den Preis in Höhe von 1 Million US-Dollar zur Finanzierung von linken und antiisraelischen Dingen einsetzen.

Es war also unvermeidlich, dass Steven Spielberg den Preis 2021 gewann und das Preisgeld umgehend an schwarze nationalistische und linke Gruppen weiterleitete, die Israel und Juden verabscheuen. Auf Spielbergs Spenden-Liste steht die Organisation „Avodah“ mit mehreren Mitarbeitern, die gleichzeitig Mitglieder der antiisraelischen Hassgruppe „IfNotNow“ sind. IfNotNow veranstaltet Proteste gegen jüdische Gemeindegruppen, um sie unter Druck zu setzen, damit diese ihre Unterstützung für Israel beenden und islamische Terroristen umarmen, die versuchen, den jüdischen Staat zu zerstören.

Avodah New Orleans outete sich sogar als BDS-Unterstützer.

Juden, die sich nicht von der Hamas distanzieren wollen

Becca Lubow von Avodah, war eine der Aktivisten von IfNotNow, die den demokratischen Präsidentschaftskandidaten bei ihrem Wahlkampffeldzügen folgte, um sie davon zu überzeugen, sich gegen Israel zu stellen, und posierte zusammen mit Senator Bernie Sanders mit einem Transparent mit der Aufschrift „Juden gegen die Besetzung“.

Als die Dokumentarfilmerin Ami Horowitz Lubow nach der Hamas fragte, verweigerte sie den Kommentar und sagte: „Ich muss vorsichtig sein, weil ich die Konsequenzen für bestimmte Dinge, die ich sagen könnte, kenne.“

Ist das die Genesis-Idee, „Juden zu inspirieren, sich mit ihrem Erbe und mit Israel zu verbinden“?

Avodah hat seine Zehen im gleichen Pool von Organisationen wie IfNotNow mit Mitarbeitern und Freiwilligen wie Rakhel Silverman, Hannach Recht, Leah Shefsky, Nina Bernstein, Rachel Brustein und einer Reihe anderer. Einige, wie Eliza Klein, gingen von JVP (Jewish Voice for Peace), die BDS unterstützen, zu Avodah.

Durch die Finanzierung von Avodah wird frei verfügbares Geld in die Infrastruktur des Anti-Israel-Aktivismus gesteckt, was im Widerspruch zum Leitbild des Genesis-Preises zur Unterstützung Israels steht.

Ebenfalls auf Spielbergs Liste steht die „Kollaborative für Jüdische Organisationen“ (CJO), eine Dachorganisation, zu der Bend the Arc (den Bogen biegen) und die unglaublich giftigen „Juden für rassische und wirtschaftliche Gerechtigkeit“ gehören, die muslimischen Antisemitismus kurzerhand leugnen. Bend the Arc wird von George Soros' Sohn unterstützt und von einem Sexclub-Tänzer geleitet, der zu einem anti-israelischen Organisator geworden ist. Ein Vorstandsmitglied von Bend the Arc hat Juden beschuldigt, „die weiße Vormachtstellung aufrechtzuerhalten“, und ist mit der antiisraelischen Protesthassgruppe IfNotNow verflochten.

Wie das „Tablet Magazine“ berichtete, hatte Dove Kent, Senior Strategy Officer von Bend the Arc und ehemaliger Direktor von „Juden für rassische und wirtschaftliche Gerechtigkeit“, eine Organisation mitbegründet, die IfNotNow „Coaching, Training, Kultur und Infrastrukturunterstützung“ bietet. Bend the Arcs Manager für Digitale Organisation ist Mitglied des Digitalstrategieteams von IfNotNow.

Zu „Carolina Jews for Justice“, einem weiteren Mitglied der CJO-Dachgruppe, gehören Brandon Mond, „ein aktiver Führer auf lokaler und nationaler Ebene von IfNotNow“, und Salem Pearce, ein ehemaliger Organisationsdirektor der antiisraelischen Gruppe T'ruah.

Alana Alpert, die Mitbegründerin von „Detroit Jewish for Justice“, ein CJO-Mitglied, unterzeichnete einen IfNotNow-Brief, in dem behauptet wird, dass Antisemitismusvorwürfe gegen „progressive, insbesondere schwarze und palästinensische Progressive, die die israelische Regierung kritisieren“ geschmiedet würden. Alpert war eine Verteidigerin der Kongressabgeordneten Rashida Tlaib. Carin Mrotz, die Leiterin der „Jewish Community Action“, ebenfalls in der JCO, unterzeichnete denselben IfNotNow-Brief und verteidigte die Abgeordnete Ilhan Omar.

Der Genesis-Preis, der geschaffen wurde, um „die jüdische Identität zu fördern, jüdischen Stolz zu wecken und die Bindung zwischen Israel und der Diaspora zu stärken“, half stattdessen einigen der schlimmsten anti-israelischen Gruppen.

Nichts davon war überraschend im Falle Spielberg, der Sharon Brous' anti-israelische Synagoge besucht und dessen großes israelisches Projekt „München“ war, eine Übung in moralischer Äquivalenz zwischen Israel und den Terroristen, die der antiisraelische Linke Tony Kushner geschrieben hatte, der gesagt hatte, dass Israel nicht hätte existieren sollen.

Doch so etwas passiert mit dem Genesis-Preis öfter als es sollte.

Berühmt, jüdisch, IS-Verharmloser und gegen Israel

2018 erhielt Natalie Portman den Genesis-Preis dafür, dass sie jüdischer Abstammung und berühmt war. Portman, ehemals pro-israelisch, hatte sich gegen den jüdischen Staat gewandt und sich geweigert, überhaupt zu erscheinen, um die Auszeichnung anzunehmen.

„Wir haben die jüngsten Nachrichten aus Gaza mit wachsender Besorgnis verfolgt und sind besorgt, dass es angesichts der Maßnahmen der Regierung und der jüngsten Eskalation nicht angemessen ist, eine Zeremonie abzuhalten“, heißt es in Portmans Notiz mit dem königlichen „Wir“ zur Verurteilung von Israels Kampf gegen die Hamas.

In einer Folgeerklärung griff die linke Schauspielerin Netanjahu an und jammerte, dass „die Misshandlung derjenigen, die unter den heutigen Gräueltaten leiden“, nicht ihren Werten entspreche. Portmans Werte hielten sie nicht davon ab, zwei Jahre zuvor an einem Filmfestival in Peking teilzunehmen, um für ihren Film zu werben, der Israel als eine dysfunktionale Gesellschaft darstellt.

Es war für den Genesis-Preis bereits ein Problem, seine Preisträger dazu zu bringen, die Auszeichnungen anzunehmen. Im Jahr zuvor ging der Genesis-Preis an Anish Kapoor, einen linken indischen Künstler aus Großbritannien, der zufällig eine jüdische Mutter hat und dessen Kunst genauso schlecht ist wie seine Politik. Kapoor hatte zuvor in Versailles mit seiner Skulptur „Die Vagina der Königin“ Schlagzeilen gemacht, die aus einem riesigen verrosteten Stahlrohr bestand.

Er hat auch den antisemitischen Labour-Führer Jeremy Corbyn verteidigt, indem er argumentierte: „Sie können antizionistisch und pro-palästinensisch sein, ohne antisemitisch zu sein“, und zu ISIS: „Es gibt eine Atmosphäre, in der Muslime verleumdet werden, weil sie extreme Ansichten haben. Wenn ich ein junger Muslim wäre, wäre ich wütend genug, um dem IS beigetreten zu sein? Ich würde zumindest darüber nachdenken.“

Wenn ihr jüdischer Stolz noch nicht genug „kvelling“ ist: Kapoor antwortete auf die Verleihung des Genesis-Preises, indem er die Organisation aufforderte, die Zeremonie

BEN STANSALL / AFP

Rabbi Jonathan Sacks wäre eine gute Alternative zu den anti-israelischen Preisträgern gewesen.

abzusagen, „während Kinder mit chemischen und anderen schrecklichen Waffen vor Israels Haustür getötet werden“. Damit meinte er nicht Israel, sondern Syrien und spendete sein Preisgeld an syrische Flüchtlinge, ein Teil des Geldes ging an HIAS, das sich auf die Ansiedlung syrischer Muslime in Amerika fokussiert, während es in traditioneller linker Manier auf Israel eindrischt.

Das ist etwa so gut, wie es hat werden können, wenn man bedenkt, dass Kapoor sich energisch dafür einsetzte, der ISIS-Braut Shamima Begum die Rückkehr nach Großbritannien zu ermöglichen.

Die Gewinner des Genesis-Preises schwanken zwischen Würdigen, Unbeholfenen und Peinlichen. Als erster „Preisträger“ gab Michael Bloomberg, ein Milliardär, der reicher ist als seine Preisstifter, die Auszeichnung in Höhe von 1 Million US-Dollar oder 0,1 % seiner Ausgaben für sein fehlgeschlagenes Präsidentschaftsangebot an so ziemlich alles weiter, von israelischen Smartphones für Behinderte bis hin zur Installation energieeffizienter Systeme in kanadischen Häusern. Michael Douglas, der zweite Preisträger, verwendete das Geld, um die Akzeptanz interreligiöser Ehen zu sponsern.

Zwei der Empfänger, der Geiger Yitzchak Perlman und der sowjetische Dissident Natan Sharansky, spendeten ihre Preise für die medizinische Forschung und die Bekämpfung von Behinderungen und Krankheiten. Robert Kraft, der Besitzer der New England Patriots, gründete eine Stiftung zur Bekämpfung von Antisemitismus und BDS.

Aber trotz einiger würdiger Preisträger geht der Genesis-Preis öfter daneben, als er trifft. Seine Strategie, Berühmtheiten zu ehren, die zufällig jüdisch sind, ist nach hinten losgegangen.

Rabbi Sacks statt Steven Spielberg

Im Jahr 2021 hatte der Genesis-Preis eine Chance auf Erlösung. Er hätte Rabbi Jonathan Sacks, den ehemaligen Oberrabbiner Großbritanniens, einen führenden jüdischen Denker und Aktivisten gegen Antisemitismus, ehren können, der in diesem Jahr verstorben war und dessen Tod von allen, von der britischen Königsfamilie über Weltführer bis hin zu jüdischen Gemeinden in der ganzen Welt, betrauert worden war. Stattdessen beschloss die Genesis Foundation, Steven Spielberg dabei zu helfen, linken anti-israelischen Aktivismus zu finanzieren.

Weitere Finalisten für die Auszeichnung 2021 waren neben Rabbi Sacks Barbara Streisand und Sacha Baron Cohen. Albert Bourla hat es nicht geschafft. Der „Wirf den Juden in den Brunnen“-Typ tat es. Es kam niemandem bei Genesis in den Sinn, Mikael Dolsten, Tal Zaks oder einen der jüdischen Wissenschaftler, die an der Bekämpfung der Pandemie beteiligt sind, in Betracht zu ziehen, doch Barbara Streisand stand auf der Liste.

Könnte es eine schlimmere Anklage gegen die fehlgeleiteten Werte des Genesis-Preises geben?

Die Stiftung Genesis behauptet, dass sie die Vision eines „starken und lebendigen jüdischen Volkes“ habe, das „in der Wertschätzung der jüdischen Werte und der Unterstützung des jüdischen Staates vereint ist“. Und das ist eine edle Vision, die es am besten erfüllen könnte, wenn man alles, was es getan hat und tut, grundlegend überdenkt.

Entweder das, oder sie kann Juden und Israel am besten helfen, indem sie den Laden schließt und verschwindet.

In der Welt jüdischer Organisationen mangelt es jedenfalls nicht an zweifelhaften Organisationen, die nur existieren, um Prominente zu prämieren und gleichzeitig die gemeinnützige Industrie zu finanzieren, die linke Aktivisten hervorbringt. Doch die Stiftung Genesis ist besonders ungeheuerlich geworden, weil sie wiederholt gegen ihren eigenen Anspruch verstoßen hat, Israel und dem jüdischen Volk zu helfen, indem sie einige der schlechtesten Schauspieler belohnte.

In beiden Sinnen des Wortes.

Der Genesis-Preis erfüllt nicht seine Mission, „Juden zu inspirieren, sich mit ihrem Erbe und mit Israel zu verbinden“, sondern ist eine drittklassige Preisverleihung für anti-israelische linke Promis, denen sogar ein Millionen-Dollar-Scheck ausgestellt werden muss, in der Hoffnung, sie dazu bringen, dass sie überhaupt erscheinen.

Die „Preisträger“ sollen ein Bekenntnis zu jüdischen Werten und Israel verkörpern. Kann jemand erklären, wie Anish Kapoor zu dieser Rechnung passt? Vielleicht können ISIS und Jeremy Corbyn dabei helfen.

Geld für linke Milliardäre

Der Genesis-Preis wurde ins Leben gerufen, um amerikanische Juden pro-israelischer zu machen. Stattdessen ist es nur eine weitere amerikanische „Stiftung“, die Geld an die Organisationen der anti-israelischen Linken weiterleitet.

Das Genesis-Preiskomitee listet nur 5 Mitglieder auf, von denen zwei, darunter Elie Wiesel, verstorben sind. An der Spitze steht Morris Kahn, ein israelischer Milliardär und Weltraumpionier, der einen Großteil von Genesis finanziert hat, und Jill W. Smith, eine „leitende Beraterin des Vorsitzenden“, deren Biografie sich rühmt, Avodah gegründet zu haben.

Wenn die Stiftung Genesis-Preis einen positiven Einfluss auf amerikanische Juden ausüben möchte, besteht der erste Schritt darin, die Finanzierung des Problems einzustellen und stattdessen Lösungen zu finanzieren. Die Alternative besteht darin, weiterhin große Schecks an linke Milliardäre auszustellen, die sie dazu verwenden werden, mehr Anti-Israel-Aktivisten zu schaffen. Und dann wären Israel, Amerika und die Welt ohne den Genesis-Preis besser dran.

Daniel Greenfield ist Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Die nahezu einzigen, wirklichen freien Araber leben in Israel

Positive Kontakte und gleichberechtigt-friedliche Koexistenz prägen im Gegensatz zu wiederholten Apartheids-Vorwürfen den Alltag in der einzigen Demokratie des Nahen Ostens. Ganz im Gegensatz zu den arabischen Nachbarstaaten, wo Juden nahezu ausnahmslos ausgegrenzt oder vertrieben werden.

Von Michael Selutin (Israel Heute)

Wenn Israelis mit Deutschen sprechen, die unsere Webseite und das Magazin nicht lesen, merken wir sehr schnell, dass sie überhaupt keine Ahnung haben, wie es hier in Israel aussieht. Ihre Vorstellungen von Israel stammen aus verschiedenen teilweise absichtlich falschen Beschreibungen in den Medien und sozialen Netzwerken.

Zum Beispiel die Frage, „Hast du Kontakt zu Arabern?“ impliziert zumeist in meiner Erfahrung, dass ein Jude in Israel vielleicht nicht die menschliche Seite des „Feindes“ kennt und ihn möglicherweise nur als Feind sieht, weil er von seinen Politikern wie Netanjahu dazu erzogen wurde. Diese Frage verdeutlicht jedoch, dass der Fragende nichts über Israel weiß, aber sich trotzdem eine Meinung gebildet hat, denn Araber sind überall!

Die arabische Bevölkerung Israels betrug Ende 2020 nach Angaben des statistischen Bundesamts 1.956.000 Bürger (21,1 % der Gesamtbevölkerung). Natürlich hat man also mit Arabern Kontakt. Es gibt gemischte Städte wie Jerusalem und Lod, aber die meisten Orte sind getrennt. Doch auch wenn es normalerweise keine engen Freundschaften zwischen Juden und Arabern gibt, kennt man sich zumindest oberflächlich.

Apotheken haben oft arabisches Personal

In meinem jüdisch-orthodoxen Stadtteil wird viel gebaut und so gut wie alle Bauarbeiter sind Araber. Wenn sie beim Bäcker neben mir in der Schlange stehen, verhalten sie sich höflich und werden auch höflich behandelt. Ähnlich ist es in Apotheken, die aus einem mir unverständlichen Grund komplett in arabischer Hand sind. Egal in welcher Stadt, wenn man einen Araber sucht, findet man ihn hinter der Theke einer Apotheke. Die Araber in den Apotheken sind sehr freundlich, eine willkommene Abwechslung zum berüchtigten Service vieler jüdischer Verkäufer.

Dann gibt es noch Tel Aviv. Ich habe dort vor etwa zehn Jahren gelebt, und Juden und Araber dieser Stadt wollen zumeist mit Politik, Religion, Konflikten und dem ganzen Balagan nichts zu tun haben. Dort gelten andere Prioritäten. Ein guter Job in der High-Tech Branche, Partys am Strand und die ewige Frage, die diese Stadt plagt: Gibt es irgendwo auch einen Fitnessclub für Heterosexuelle?

In den umstrittenen Gebieten Judäa und Samaria gibt es manchmal sogar die besten Beispiele der Koexistenz zwischen „Siedlern“ und Arabern. Wenn die arabischen Nachbarn guten Willens sind, gibt es auch gute Beziehungen, wenn nicht, muss ein Zaun um den jüdischen Ort gebaut und Sicherheitsdienste eingerichtet werden. Wenn jedoch alles friedlich läuft, geht es beiden Seiten sehr gut. Ein Freund aus einer Siedlung hat mir zum Beispiel erzählt, dass es im benachbarten arabischen Dorf einen Zahnarzt gibt, der im Ausland studiert hat und sehr gut ist. Der Zahnarzt ist auch im Vergleich zu einem jüdischen sehr günstig und alle Juden der Gegend gehen nur zu ihm. Leider gibt es in dem arabischen Dorf Menschen, die Juden angreifen würden, wenn sie das Dorf unbegleitet betreten, und deswegen hat der Zahnarzt einen Shuttle-Service eingerichtet, der die jüdischen Patienten sicher von zu Hause abholt und zurückbringt.

Also ja, ich habe Kontakt zu Arabern und dieser ist meistens positiv. Niemand hasst die Araber und solche Araber, deren Gehirne nicht von der „palästinensischen“ Hasspropaganda weichgespült wurden, integrieren sich gut in die israelische Gesellschaft und haben hier auch alle Chancen auf ein glückliches und erfolgreiches Leben.

Trumps und Netanjahus gemeinsames Erbe: Israel eröffnet Botschaft in den Vereinigten Arabischen Emiraten

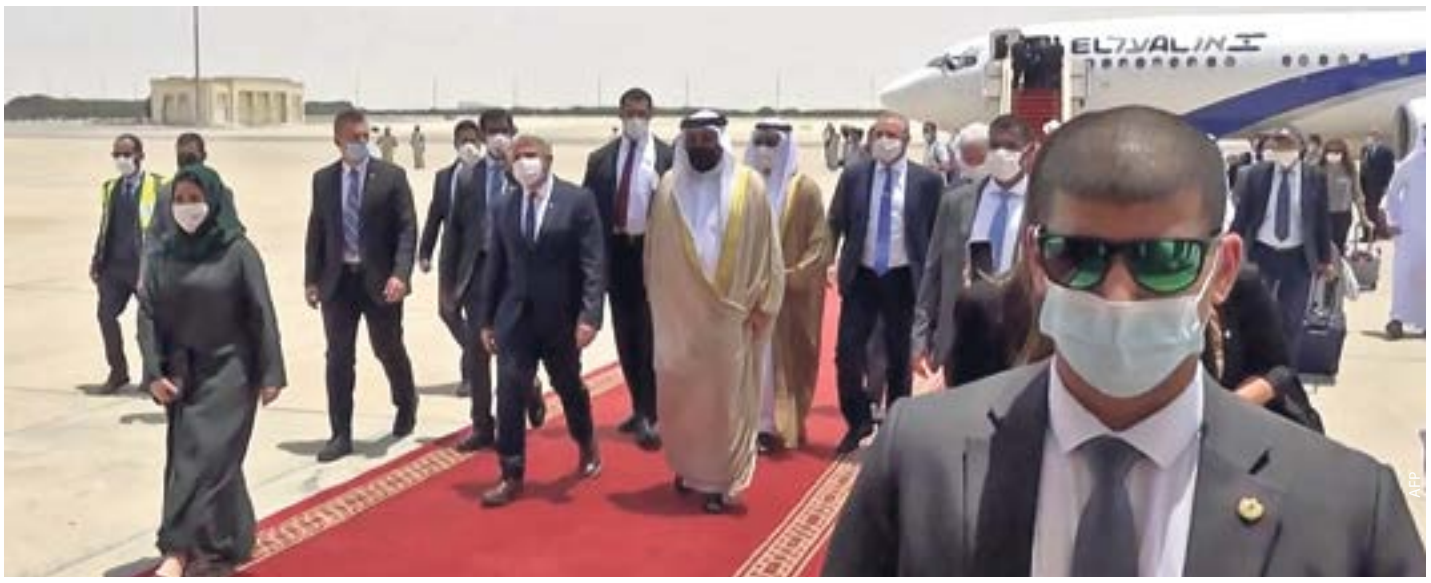
Die von Benjamin Netanjahu und Donald Trump ausgehandelten Abraham-Abkommen tragen Früchte: Der jüdische Staat eröffnet erstmals seit Jahrzehnten wieder Botschaften in arabischen Staaten – seine Isolation in der Region bröckelt.

(JNS) Der israelische Außenminister Yair Lapid sagte bei der Botschaftseröffnung in Abu Dhabi: „Der Nahe Osten ist unsere Heimat, wir sind hier, um zu bleiben."

Der israelische Außenminister Yair Lapid flog am Dienstag in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und stattete dem Golfstaat damit den ersten offiziellen Besuch eines israelischen Ministers ab. „Was wir heute hier tun, ist nicht das Ende des Weges, es ist der Anfang. Von hier aus, von diesem Ort aus, machen wir uns auf den Weg", sagte Lapid bei der Zeremonie zur Einweihung der israelischen Botschaft in der VAE-Hauptstadt Abu Dhabi.

„Israel will Frieden mit seinen Nachbarn. Mit all seinen Nachbarn", sagte der Außenminister. „Wir gehen nirgendwo hin. Der Nahe Osten ist unsere Heimat. Wir sind hier, um zu bleiben. Wir rufen alle Länder der Region auf, das anzuerkennen."

Die VAE haben zusammen mit Bahrain im September 2020 das Abraham-Abkommen genannte Normalisierungsabkommen mit Israel unterzeichnet. Es war das erste Abkommen zwischen Israel und einem arabischen Staat seit 26 Jahren, als 1994 der Friedensvertrag mit Jordanien unterzeichnet worden war. Ende 2020 schlossen sich auch Marokko und der Sudan den von den USA vermittelten Abkommen an.



Außenminister Yair Lapid wird auf dem Flughafen von Abu Dhabi empfangen.

Lapid dankte den Führern der VAE für ihre „Vision und Inspiration" und Israels ehemaligem Premierminister Benjamin Netanjahu, den er als „Architekten des Abraham-Abkommens" bezeichnete, sowie dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump und dem derzeitigen US-Präsidenten Joe Biden.

Anschließend an Lapid sagte die Ministerin für Kultur und Wissensentwicklung der VAE, Noura Al Kaabi, dass „es wichtig ist, dass wir uns und unsere Kinder auf eine neue Welt vorbereiten." Zusammen mit Al-Kaabi brachte Lapid in der Botschaft eine Mezuzah an: eine jüdische Tradition, bei der eine Schriftkapsel am Türpfosten angebracht wird, die eine Pergamentrolle mit Versen aus der Thora enthält.

Bei der Zeremonie anwesend waren der Rabbiner der jüdischen Gemeinde der VAE, Levi Duchman, der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Alon Ushpiz, und der Beauftragte des israelischen Außenministeriums, Eitan Na'eh.

Lapid wurde auch von Ahmed Al Sayegh empfangen, dem Staatsminister der VAE und Vorsitzenden von Abu Dhabi Global Market, dem internationalen Finanzzentrum in der Hauptstadt. Während seines Besuchs nahm Lapid auch an der Einweihung des israelischen Konsulats in Dubai teil, und besuchte den israelischen Messepavillon auf der Expo 2020.

(Der Artikel „Israeli foreign minister opens UAE Embassy: 'The Middle East is our home, we're here to stay'" ist zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung von Alexander Gruber.)

Lebensgefährliche Kritik: Oppositioneller in sogenannten „Palästinensischen Autonomiegebieten" von Abbas-Ordnungskräften totgeschlagen

Der Tod eines arabischen Kritikers der Abbas'schen „Autonomiebehörde" offenbart die herrschende Willkür im Machtgebiet des im Westen hofierten und seit 2009 ohne Legitimation im Amt befindlichen „Präsidenten". Der Fall Nisar Banat demonstriert außerdem, wie gleichgültig bis billigend die EU der Tatsache gegenübersteht, dass sie mit ihren umfangreichen Hilfszahlungen an Abbas nur eine weitere arabische Willkür-Diktatur aufbaut und unterstützt.

(Israelnetz) Der Tod des „palästinensischen" Aktivisten Nisar Banat hat keine natürliche Ursache. Dies ergab eine Obduktion der Leiche am Donnerstagabend. Der 44-Jährige war am frühen Morgen bei einer Razzia in Hebron verstorben. Daraufhin teilte der zuständige Gouverneur, Dschibrin al-Bakri, mit, sein Zustand habe sich während der Festnahme verschlechtert.

Die Ergebnisse der Obduktion ziehen diese Aussage in Zweifel, wie die israelische Zeitung „Yediot Aharonot" berichtet. Nach Angaben des Gerichtsmediziners befinden sich am gesamten Körper Verletzungen, die von schweren Schlägen herrühren. Zudem habe er Blutungen in der Lunge entdeckt, die auf Würgen hindeuten.

Der Leichnam wurde nach der Obduktion an Banats Familie übergeben. Diese veröffentlichte Bilder, die dem Bericht zufolge die Aussagen des Rechtsmediziners von den Blutungen bestätigen. Die Familie teilte mit, sie werde den Verstorbenen erst begraben, wenn die „Palästinensische Autonomiebehörde" (PA) öffentlich erklärt, wer an seinem Tod schuldig ist. Zudem müssten die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Die sterblichen Überreste wollen die Hinterbliebenen so lange in einem Kühlgerät konservieren.

Proteste gegen PA in Ramallah und Hebron

Am Donnerstagnachmittag hatte der „palästinensische" Premier Mohammed Schtaje (Fatah) einen Untersuchungsausschuss angekündigt. In Ramallah kam es zu Protesten wegen Banats Tod. Hunderte „Palästinenser" versuchten, zur Mukata'a zu marschieren. Dort befindet sich das Hauptquartier von PA-Präsident Machmud Abbas (Fatah). Die Menge wurde aber von Sicherheitskräften zerstreut.

Eine Demonstration gab es auch in Hebron. „Palästinenser" riefen Slogans gegen die PA und gegen Abbas. Aus Ramallah wurden gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen jungen „Palästinensern", die teils maskiert waren, und Sicherheitskräften gemeldet. Die Demonstranten warfen unter anderem Steine.

Banat war in den „palästinensischen" Gebieten und der arabischen Welt sehr bekannt. Auf Facebook kritisierte er die Autonomiebehörde wegen ihrer Innen- und Außenpolitik. Auch das Verhalten der „palästinensischen" Führung gegenüber Israel prangerte er an. Die PA versuchte, dies unter anderem durch mehrere Festnahmen des Aktivisten einzudämmen. Nach jeder Freilassung tat er kund, es habe sich um politische Verhaftungen wegen seiner Kritik gehandelt.

Bei den Parlamentswahlen, die für 22. Mai angesetzt waren, kandierte er für die Liste „Freiheit und Würde". Abbas sagte die Wahlen jedoch ab. Banat wiederum kritisierte dies. Danach gaben Unbekannte Schüsse auf sein Haus in Dura bei Hebron ab.

USA und EU fordern Aufklärung

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, appellierte wegen des Vorfalles bei der Razzia an die PA: „Wir sind zutiefst bestürzt über den Tod des palästinensischen Aktivisten Nisar Banat und über die Informationen zu den Umständen seines Todes. Wir senden seiner Familie unsere aufrichtigen Beileidswünsche und ersuchen die Palästinensische Autonomiebehörde, eine grundlegende und transparente Untersuchung einzuleiten."

Zudem äußerte Price Besorgnis über die Zustände in den „palästinensischen" Gebieten: Die USA seien sehr besorgt wegen der Verbote, die die PA über Meinungsfreiheit verhänge. Dasselbe gelte für die Einschüchterung von gesellschaftlichen Aktivisten und Organisationen.

Auch die Europäische Union äußerte Kritik. Die EU-Gesandtschaften in Jerusalem und Ramallah veröffentlichten mit den Vertretungen von Kanada, Norwegen und der Schweiz eine Erklärung. Darin heißt es: „Nach Angaben von Augenzeugen betraten mehr als ein Dutzend palästinensische Sicherheitskräfte letzte Nacht ein Haus in Hebron und schlugen Nisar Banat mehrere Minuten lang mit Stahlschlagstöcken, bevor sie ihn abführten. Zwei Stunden nach der Razzia wurde die Familie durch eine öffentliche Erklärung des Hebroner Gouverneurs darüber informiert, dass Nisar Banat gestorben war."

Der Tod des „Palästinensers" sei ein Anlass für ernsthafte Besorgnis, schreiben die EU-Vertreter weiter. Er stehe im Kontext einer zunehmenden Praxis, bei der „palästinensische" Sicherheitskräfte Menschenrechtsaktivisten und politische Gegner verhafteten und misshandelten. Die PA bleibe dafür verantwortlich, in den Gebieten unter ihrer Kontrolle die Menschenrechte zu wahren. Die EU und die drei Länder forderten eine Untersuchung von Banats Tod.

Die Terror-Organisation Hamas hält Einzug in Israels christlich dominierten Städten

Hamas-Anhänger versuchen nicht ohne Erfolg Nazareth und andere christliche Städte in Israel mit Einschüchterung und Aggression in „palästinensische" Enklaven zu verwandeln.

Von David Lazarus (Israel Heute)

Straßenszene in Nazareth, im Hintergrund die katholische Verkündigungsbasilika

„Die Hamas versucht, Nazareth und andere arabische Städte in Israel zu übernehmen. Sogar Mitglieder unseres Stadtrats ermutigen sie, den Palästinensern und nicht Israel gegenüber loyal zu sein." Es ist eine wirklich brisante Enthüllung, die Elias Zarena, ein christlicher Araber aus Nazareth, in einem exklusiven Interview mit „Israel Heute" aufgedeckt hat.

Was der Großteil der Welt noch nicht verstanden hat, und sogar viele in Israel, sind die versteckten Strategien der Hamas und der „Palästinenser": Zwei Millionen arabische israelische Bürger, Christen und Muslime, sollen davon abgehalten werden, sich in die israelische Gesellschaft zu integrieren. Elias Bemühungen, diese Strategie aufzudecken, werden regelmäßig torpediert, sein Leben ständig bedroht.

„Was in Sheikh Jarrah und dann in Gaza passiert ist, war alles Teil des Plans", bestätigte Elias gegenüber „Israel Heute". „All die Gewalt in israelischen Städten wurde von der Hamas finanziert und organisiert. Sie versuchen, die arabischen Städte in Israel in palästinensische Hochburgen zu verwandeln."

Geschändete Kirche

Letzte Woche wurde die Baptistenkirche in seiner Heimatstadt Nazareth geschändet und eine „palästinensische" Flagge über die Außenwand gesprüht mit der Drohung: „Weder Juden noch Christen werden uns aufhalten können." Als ein Stadtrat von Nazareth der Kirche mitteilte: „Wenn Sie die palästinensische Flagge entfernen, werden wir sie gleich wieder aufhängen", war Elias nicht überrascht. „Das sind nicht nur radikale Islamisten, sondern Mitglieder der israelischen Regierung, die den arabischen Israelis eine palästinensische Identität aufzwingen! Wie Ahmed Tibi (ehemaliger Berater von Jassir Arafat und Mitglied der israelischen Knesset), und die arabischen Parteien Balad sowie die ‚Gemeinsame Arabische Liste', die in der Knesset sitzen. Sie arbeiten sogar mit den arabischen Kommunisten in Israel zusammen!"

Es ist nicht nur die Baptistenkirche in Nazareth, die angegriffen wird, auch einige arabische Christen und ihre Kirchen im Land identifizieren sich zunehmend als „Palästinenser" und stellen sich auf die Seite der Feinde Israels. „Sie sind gegen den jüdischen Staat und wollen, dass wir uns mit Palästina identifizieren", erklärt Elias. „Das sind muslimische und christliche Israelis, die immer noch denken, sie gehören zu ‚Palästina'. Bei allen Friedensbemühungen, von Camp David bis Oslo, hat keiner von ihnen jemals über die israelischen Araber gesprochen oder darüber, wie man mit Israel zusammenarbeiten kann."

Während die meisten internationalen Medien Israel für die „schlechte Behandlung" seiner arabischen Bürger oder sogar für die Apartheid verantwortlich machen, weist Elias darauf hin, dass die arabischen Israelis seit 73 Jahren, seit der Gründung des Staates Israel, nichts getan haben, um sich Israel anzunähern. „Wir hatten einen Kommunikationsminister, einen Bildungsminister und viele andere arabische Israelis in der israelischen Regierung, und nicht einer von ihnen hat etwas getan, um den Arabern bei der Integration in die israelische Gesellschaft zu helfen. ‚Ihr gehört zu uns. Ihr seid Teil von Palästina', sagen sie den arabischen Israelis."

„Ich sage meinen Leuten, sie müssen aufwachen", sagt Elias. „Die Palästinenser kümmern sich nicht um euch. Und Israel wird auch nie zu Palästina werden. Wenn ihr ein besseres Leben für euch aufbauen wollt, dann arbeitet mit Israel zusammen. Lernt Hebräisch, sucht euch einen Job zusammen mit unseren jüdischen Brüdern, anstatt die ganze Zeit den palästinensischen Beschwerden und Parolen gegen Israel Aufmerksamkeit zu schenken", sagt er.

Elias arbeitet seit Jahrzehnten mit arabischen Israelis zusammen, um ihnen zu helfen, sich in das jüdische Heimatland zu integrieren – zusammen mit Amit Barak, einem Juden, der in Gush Etzion lebt, dem Herzen der Siedlerbewegung im biblischen Heimatland. Im Rahmen ihrer „Jerusalemite Initiative" führen sie Hebräisch-Kurse für israelische Araber durch und arbeiten mit den israelischen Verteidigungskräften (IDF) zusammen, um lokale Araber für den Armeedienst und den Kampf für Israel zu rekrutieren. „Wenn niemand den Mund aufmacht und diese Lügenmauern einreißt, was wird dann mit der nächsten Generation passieren?", fragt Elias.

„Kann man die Dinge einfach so lassen, wie sie sind, sodass unsere Kinder mit der Wut und dem Hass zwischen Palästinensern und Israelis weitermachen werden? Als Christen haben wir eine Verantwortung, für die Wahrheit einzutreten und Friedensstifter zu sein."

Elias erklärte weiter:

„Die Muttersprache in diesem Land ist Hebräisch! Und neben den Juden waren wir unter den ersten in diesem Land, die an Jesus glaubten. Das ist unsere Identität. Jesus war ein Jude und ging in die Synagoge. Wir sind ein Teil dieses Landes und wollen mit dem jüdischen Volk zusammenleben. Schlagt das Alte und das Neue Testament auf, sage ich meinem Volk. Ihr seht, das ist Israel und es geht nur um die Juden!

Die Palästinenser kämpfen um den Tempelberg, doch das ist eine große Lüge, und die Al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg ist ein Täuschungsmanöver. Über diesen Berg wird in der Bibel gesprochen, und er ist Teil von Eretz Jisrael, dem Land Israel. Aber die Palästinenser verbergen dies vor unserem Volk. Sie schreiben die Geschichte um, sogar in den Schulbüchern unserer Kinder. Wir versuchen, unsere christliche Geschichte und Kultur hier in Israel, unserem Heimatland, wiederherzustellen.

Wir verbinden uns auch mit arabischsprechenden Christen im ganzen Nahen Osten, um sie zu ermutigen, Israel zu unterstützen. Junge Leute aus dem Irak, Syrien und in Europa sind besonders offen für Israel und würden sehr gerne eines Tages hierherkommen.

Ich möchte, dass unsere Leute verstehen, dass Israel ein Garten Eden ist. Hier leben wir frei und ohne Angst, wir werden respektiert und als Christen als integraler Bestandteil der Gesellschaft angesehen. Ich liebe Israel und das jüdische Volk. Da ich hier aufgewachsen bin, weiß ich, was es bedeutet, als Christ in Jerusalem aufzuwachsen. Die Muslime setzen uns unter Druck, gegen Israel zu kämpfen. Sie würden lieber Krieg mit Israel führen, als die Dinge zu regeln und Frieden mit der jüdischen Nation zu schließen. Wir sind arabisch-israelische Christen und stolz darauf, zusammen mit unseren Kirchen und Institutionen ein Teil des jüdischen Staates zu sein.

Wir wollen unser Land gemeinsam aufbauen, nicht nur kritisieren und uns gegenseitig die Schuld für seine Probleme geben. Wir können nicht immer nur nehmen und nehmen; wir müssen auch geben und Israel unterstützen."

Keine Unterstützung von links

Man sollte meinen, dass es unter den „Friedensaktivisten", den linken politischen Parteien in Israel, Unterstützung für Elias und seine Arbeit geben würde. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Linken nähren weiterhin die Wut und Kritik an Israel unter den christlichen Arabern. Sie sind gegen eine Integration in die israelische Gesellschaft, denn dann würden die Araber nicht länger die Agenda der Linken unterstützen, die zum Ziel hat, die Regierung mit Boykotten und Anti-Israel-Propaganda zu stürzen.

Historisch gesehen, waren es in Israel immer die rechten Führer, die den Frieden zwischen Israel und den arabischen Ländern hergestellt haben.

Israels tscherkessische Gemeinschaft

„Unsere Männer dienen in der Armee, und wir lieben Israel. Auch wenn wir Tscherkessen sind, sind wir im Land verwurzelt."

Von Rachel Avraham (Israel Heute)

In Israel gibt es zwei tscherkessische Dörfer, und zwar Kfar Kama und Rehaniya im Norden des Landes. Rund 4000 Tscherkessen leben dort, sie pflegen gute Beziehungen zur jüdischen Gemeinde.

„Unter den Byzantinern sind sie zum Christentum konvertiert, dann in der osmanischen Zeit wurden viele von ihnen Muslime", erklärte Anat Harel im Rahmen einer Esra-Zoom-Veranstaltung kürzlich zum Thema. „Im 13. und 14. Jahrhundert hatten sie ihr eigenes Königreich in Tscherkessien am Schwarzen Meer." Nachdem ihre Heimat Tscherkessien von den Russen eingenommen wurde, siedelten die Osmanen sie in der Nähe von drusischen, christlichen und kurdischen Gebieten an, als ein ihnen gegenüber loyales Gegengewicht. So konnten die Tscherkessen Steuern von den umliegenden Gebieten eintreiben.

Aibek Nabso, der Direktor des „Circassian Heritage Center", berichtet, dass heute sechs Millionen Tscherkessen in der Diaspora leben. Sie sprechen eine Sprache, die vom Aussterben bedroht ist: „Es ist eine alte phonetische Sprache, die einen einzigartigen Klang hervorgebracht hat. Sie wird Adyghe-Ohza genannt, die Sprache des Adyghe-Volkes. In Israel ist Arabisch unsere vierte Sprache, denn wir sprechen Adyghe-Ohza zu Hause und lernen in der Schule sowohl Hebräisch als auch Englisch. Arabisch benutzen wir nur zum Beten."

Laut Nabso hat das tscherkessische Volk positive Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft, weil die Toleranz gegenüber dem anderen ein wichtiger Wert für ihre Gemeinschaft ist: „Jede Person sollte für ihren eigenen Weg respektiert werden. Ich habe kein Problem damit, Israeli und Tscherkesse zu sein. Ich bin stolz darauf. Ich bin auch stolz darauf, Muslim zu sein. Wenn ich all diese Identitäten miteinander vereinbaren kann, kann das jeder."

Steuereintreiber für die Osmanen

Hani Madaji, der das „Circassian Heritage House" und das Restaurant Nelchik in Rehaniya leitet und ebenfalls Muslim ist, pflichtet ihm bei:

„Ich habe in der Golani-Einheit gedient und war Offizier bei der Grenzpolizei. Alle unsere Männer dienen in der Armee, und wir lieben Israel. Wir fühlen uns in jeder Hinsicht israelisch. Dennoch sind wir Tscherkessen und im Land verwurzelt. Nach Beendigung des Wehrdienstes habe ich ein Restaurant eröffnet und bin dann in die Tourismusbranche gegangen. Unser Restaurant ist nach der Hauptstadt unserer Vorfahren, Nalchi, benannt. Unser Dorf wurde von Tscherkessen gegründet, die in den 1800er Jahren kamen. Unser Dorf wurde wie eine Festung gebaut, denn wir sammelten Steuern von den umliegenden Dörfern ein und verwalteten einen Kontrollpunkt. Es war wie eine Festung gebaut, denn es gab kein tscherkessisches Dorf in der Nähe, das uns zu Hilfe kommen konnte, wenn wir angegriffen wurden."

Tscherkessen in ihrer Nationaltracht

Wie das jüdische Volk legt auch das tscherkessische Volk großen Wert auf seine Heimat, die sich am Schwarzen Meer in Osteuropa befindet. Das tscherkessische Volk schätzt seine Heimat so sehr, dass es zahlreiche Sprichwörter schrieb, die die Bedeutung der Heimat betonen. Einige dieser tscherkessischen Sprichwörter lauten: „Es ist besser, ein armer Mann in der Heimat zu sein als ein König in Kairo"; „Wer unter dem heimatlichen Himmel kämpft, gewinnt den Mut der Löwen" oder „Wer seine Heimat nicht liebt, liebt nichts" und „Wer seine Heimat verliert, verliert alles."

Die meisten Tscherkessen leben gegenwärtig in einer Diaspora, denn sie wurden aus ihrer Heimat ethnisch vertrieben, so wie das jüdische Volk im Altertum aus dem alten Israel ethnisch vertrieben wurde. Doch anders als das jüdische Volk haben die Tscherkessen ihre Heimat nicht zurückerobern können. Harel, eine israelische Jüdin, sagt dazu: „Sie erinnern sich an ihr Heimatland, genau wie wir." Obwohl neun von zehn Tscherkessen im Exil leben, gibt es heute eine Bewegung, die zum Ziel hat, die Tscherkessen innerhalb Russlands wieder anzusiedeln.

Völkermord der Russen

Ihrer Meinung nach waren die Tscherkessen eines der größten Opfer der russischen imperialen Expansion: „Die Russen versuchten, zum Schwarzen Meer zu gelangen, also eroberten sie Tscherkessien. Im Jahr 1865 wurden die Tscherkessen aus ihrem Land vertrieben. Es kam zu systematischen Massakern, Deportationsbefehlen und Todesmärschen. Eineinhalb Millionen wurden getötet. Man nennt das den tscherkessischen Völkermord. Das Osmanische Reich nahm sie auf und siedelte sie auf dem Balkan, in Anatolien und in der Levante an, zu der Syrien, Libanon, Jordanien und Israel gehören. Zehntausende starben auf den Schiffen auf dem Weg dorthin."

Zeynel Abidin Besleney, Wissenschaftler am Zentrum für Globale Tscherkessische Studien in der Türkei, erklärt: „Der Vormarsch der Russen begann eigentlich im 16. Jahrhundert, aber während der Russisch-Tscherkessischen Kriege im 19. Jahrhundert wurde er mächtiger, stärker und die Russen besetzten schließlich ganz Tscherkessien, vom Osten bis zum Westen. Was das Ausmaß betrifft, so wurden etwa 85 % der Menschen vertrieben oder getötet, ihr Land wurde erobert und kolonisiert. Und es ist gut dokumentiert, was dort geschah. Wir haben die Folgen gesehen, die sich nicht sehr von den Folgen unterscheiden, die die Juden erlitten haben."

Nabso merkte an, dass die Russen nicht nur deshalb motiviert waren, diesen Völkermord zu begehen, weil sie einen Warmwetterhafen suchten: „Eine weitere Motivation waren die natürlichen Ressourcen. Tscherkessien ist reich an Gold, Silber und Bronze. Es ist zudem ein Verbindungsweg nach Asien und in den Nahen Osten. Dies und die Tatsache, dass sie von dort aus im Winter segeln konnten, veranlasste Russland, Tscherkessien zu erobern."

Shina Shibso leitet in Rehaniya, einem tscherkessischen Dorf im Norden Israels, eine tscherkessische Käsefabrik, die dank der Unterstützung durch ihre Schwiegermutter Nadra sehr erfolgreich geworden ist. Ihr Mann Itzik bringt ihnen jeden Morgen frisch gemolkene Kuhmilch, mit der sie den traditionellen tscherkessischen Käse zubereiten: „Es gibt Leute in Tel Aviv, die fragen, warum wir ihn nicht dorthin bringen, denn sie wollen ihn kaufen. Doch mein Traum ist, dass die Leute mit Bussen kommen. Ich möchte, dass dieses Geschäft größer wird und dass hier ausschließlich Frauen arbeiten." Shina ist es gelungen, das Geschäft zu führen, obwohl sie einen kleinen Sohn hat. „Ich fand heraus, dass ich schwanger war, gerade als wir das Geschäft eröffneten. Doch ich habe einen Weg gefunden, es zum Laufen zu bringen."

Frei wie jüdische Israelis

Nadra Shabso, Shinas Schwiegermutter, wies darauf hin, dass tscherkessische Frauen heute sehr unabhängig und nicht unterwürfig sind, wie viele Frauen in der muslimischen Kultur. Während ihr Vater in ihrem Elternhaus wie ein Scheich war, weil ihre Mutter alles machte, entschied sie sich für ein freieres Leben: „Ich lernte meinen Mann Yousef kennen, als ich in der tscherkessischen Tanztruppe war. Ich war eine Tänzerin, er spielte Akkordeon. Er brannte mit mir durch, und ich heiratete, ohne meine Eltern zu fragen. Er holte mich aus dem Haus meiner Großmutter ab und wir liefen zusammen weg zu seiner Schwester. So mussten meine Eltern nach mir suchen. Dann schickte mein Mann zwei Verwandte zu meinen Eltern, um sie über die Hochzeit zu informieren. Es war meine Entscheidung, auf diese Weise zu heiraten. Manchmal sind die Eltern mit einer Heirat nicht einverstanden. Also habe ich es getan und das war's. Meine Eltern haben sich damit abgefunden. Sie sahen diese Ehe als mein Problem an."

Shabso besuchte eine jüdische Schule: „Ich war das erste Mädchen im Dorf, das auf eine jüdische Schule in Safed ging. So bekam ich die Kraft, eigenständig zu heiraten und zur Universität zu gehen." Bevor sie sich entschloss, ihrer Schwiegertochter in der Käsefabrik zu helfen, war sie selbst Kindergärtnerin. Eine Tochter ist ebenfalls Lehrerin, eine andere Sozialarbeiterin: „Meine Töchter verdienen ihr eigenes Geld. Wir sind frei wie jüdische Israelis."

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

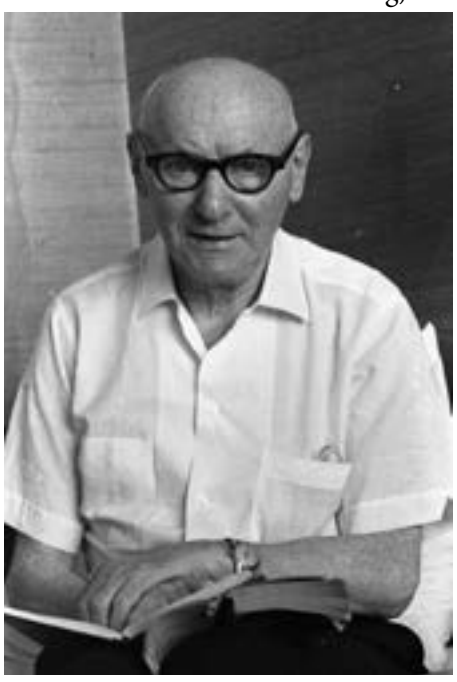
Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Isaac Bashevis Singer: Ein Leben für die jiddische Sprache

„Der Scharlatan“: Rezension des neu verlegten Buches des einzigen jiddischsprachigen Literatur-Nobelpreisträgers

Von Filip Gaspar

Was wird im New York der 1940er Jahre aus einem Spross einer angesehenen Rabbiner-Dynastie, der eine Vorliebe für Psychoanalytik und Existentialismus besitzt? Richtig, ein



Isaac Bashevis Singer

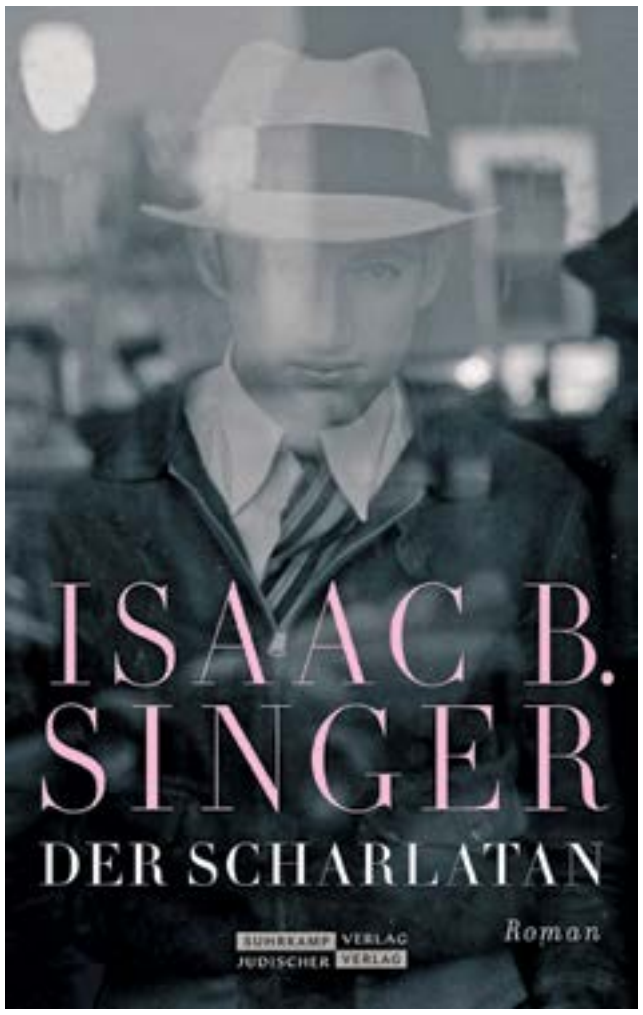
Schürzenjäger und Scharlatan. Genauso einer ist die Hauptfigur Herzt Minsker aus dem nun erstmal in Romanform erschienen Buch „Der Scharlatan“ des Literaturnobelpreisträgers Isaac Bashevis Singer (1902 – 1991). Dieser erscheint von Ende 1967 bis Mitte 1968 im „Forverts“, einer jiddischen Tageszeitung, als Fortsetzungsroman. Vor zwei Jahren war bereits der Roman „Jarmy und Kalla“ erschienen, der zuvor ebenfalls im „Forverts“ publiziert worden war.

Singer erblickte 1904 das Licht der Welt in Polen und emigrierte 1937 im Alter von knapp 33 Jahren von Warschau in die Vereinigten Staaten nach New York. Er schrieb sehr produktiv, verfasste seine Werke auf jiddisch und erhielt als bisher einziger jiddischschreibender Autor 1978 den Literaturnobelpreis.

Im „Scharlatan“ entführt Singer den Leser in das New York der 1940er Jahre in eine Parallelwelt von jüdischen Migranten aus Europa. In Europa wüten Hitlers Nazischergen und die Neu-New Yorker machen sich Sorgen über die zurückgelassenen Freunde und Verwandten, während sie nebenbei versuchen sich ein einigermaßen normales Leben aufzubauen. Daneben kommt es zu wechselnden Liebesbeziehungen, Ehen und Herzen werden gebrochen, Freunde und Partner betrogen. Und mittendrin der, wie Singer, aus Polen stammenden Herzt Minsker. Dieser schreibt seit Jahren an einem Buch, zumindest erzählt er das allen. Mit seinen Vorträgen zu einem nicht näher definierten Mischmasch aus Esoterik, Philosophie und Psychoanalyse, die er als „Humanforschung“ bezeichnet, vermag er Frauenherzen für sich zu gewinnen. Das Problem dabei ist nur, dass er weder Geld damit verdient noch das er noch zu haben wäre.

Kinder in Polen zurückgelassen

Ganz im Gegenteil. Er ist chronisch klamm und in vierter Ehe mit Bronja verheiratet, die für Minsker sogar ihren Ehemann und ihre Kinder in Polen zurückließ. Sie wird von Gewissensbissen geplagt, denn sie weiß nicht, ob ihre Kinder im mittlerweile besetzten Polen überhaupt noch am



Leben sind. Das hält sie aber nicht davon ab einer Tätigkeit als einfache Arbeiterin in einer Fabrik nachzugehen. Herzt stört es zwar, dass seine Frau solch einer Tätigkeit nachgeht, doch die Miete – die beiden wohnen zur Untermiete bei einem älteren weiblichen Fan von Herzt – muss bezahlt werden und der werte Gatte denkt nicht daran, etwas zum Lebensunterhalt beizusteuern. Stattdessen schläft er lange, macht sich ständig Notizen zu seinem noch nicht vollendeten Buch, wovon er selbst weiß, dass er es nie vollenden wird. Oder er verbringt Zeit in Cafés mit seinem Freund Morris Calisher. Morris hat es mit Immobilien zu einem Vermögen gebracht. Morris ist Herzts einziger Freund, weiß um dessen Laster, aber hält ihn trotzdem aus, auch weil er tief in dem aus einer frommen Familie stammenden Herzt etwas Gutes zu erkennen glaubt.

Seine Gutmütigkeit wird nichtsdestotrotz eiskalt ausgenutzt. Seine Frau Minna, die grottenschlechte Gedichte verfasst, wurde von Herzt verführt und hat bereits seit längerer Zeit eine Affäre mit ihm. Und als ob das noch nicht genug wäre, taucht plötzlich der Ex-Mann von Minna auf. Obwohl er Minna kein guter Ehemann war, sie schlecht behandelte, besitzt er trotzdem die Chuzpe ihre Hilfe zu verlangen, um Kunstwerke, die er aus Europa mitgebracht hat, zu verhökern. Im Großen und Ganzen ein riesen Schlamassel, der für niemanden ein gutes Ende haben kann. Aber Singer verwebt die Themen Religion, Liebe und Exil mit einem immer wie eine dunkle Wolke über allen schwebenden Holocaust zu einer sehr spannenden Lektüre.

Isaac Bashevis Singer: Der Scharlatan. Roman. A. d. Engl. v. Christa Krüger. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Berlin 2021. 396 S., 25 Euro.

Hyam Maccoby bei Ahriman:

DER HEILIGE HENKER

VOM ARCHAISCHEN MENSCHENOPFER ZUM ANTIKEN GOTTESLAMM

Alle Bände herausgegeben von Fritz Erik Hoevels

Neu!

263 S., 15 Abb., € 19,80 / ISBN 978-3-89484-614-5

www.ahriman.com

Achtung: Alle unsere Verlagstitel sind lieferbar! Telefonische Bestellung ist immer möglich: ☎ 0761/502303

„Meine Stimme ist ernst und voller Schlaglöcher“

Neil Diamond, der jüdische Elvis. (Aus unserer Reihe jüdische Singer-Songwriter, Teil 5)

Von Theodor Joseph

Jag Gundu / GETTY IMAGES NORTH AMERICA / Getty Images via AFP

Neil Diamond aus New York

Neil Leslie Diamond, 1941 geboren als Sohn russisch-polnischer Emigranten aus dem gutbürgerlichen, jüdischen Brooklyn stammend, ist ausgestattet mit einem breiten musikalischen Spektrum: Rock, Blues, Pop, Folk, Country, Musical-Melodien und World Beat-Einflüsse. Er hat in seiner musikalischen Karriere, die sich über fünf Jahrzehnte erstreckt, fast alles erreicht: Über 130 Millionen verkaufte Alben weltweit, 37 Top-10-Singles und 16 Top-10-Alben. Der Sänger, Interpret und Songschreiber startete seinen kometenhaften Aufstieg bereits Mitte der 1960er Jahre als Hitkomponist. Er hatte vor allem in den späten 1960er und in den 1970er Jahren Top-Ten-Hits wie „Sweet Caroline“, „I Am… I Said“, „Song Sung Blue“ und „Cracklin’ Rosie“.

Neil Diamond musste stets mit Vorurteilen kämpfen, wurde „jüdischer Elvis“ gerufen, nicht immer schmeichelhaft gemeint. Jahrelang musste der „jüdische Cowboy“ in seiner Heimatstadt New York bei Musikverlegern Klinken putzen, bis man merkte, was er zu bieten hatte: die wohl melodramatischsten Popsongs dies- und jenseits des Atlantiks.

Alles fing mit einer Gitarre an, die Neil Diamond als Geschenk zu seinem 16. Geburtstag erhielt. Auf der High School sang er Seite an Seite mit Barbra Streisand im Chor. Die Künstlerszenerie von Greenwich Village, wo auch Bob Dylan seine ersten Auftritte hatte, faszinierte ihn. Das Medizinstudium warf er hin für das Angebot, für 50 Dollar pro Woche Songs zu schreiben. Doch diese Jobs waren nicht von Dauer: die Musikverleger heuerten und feuerten ihn.

1997 wurde in den USA sein Lied „Sweet Caroline“ erstmals zu Beginn eines Football-Spiels gespielt. In der Folgezeit entwickelte sich das Abspielen von „Sweet Caroline“ zu Beginn US-amerikanischer Footballspiele zu einer Tradition mehrerer Football-Teams. Es wurde zur Stadion-Hymne. Mittlerweile geschieht dies auch bei europäischen Fußball-Teams. „Sweet Caroline“ wird vor jedem Heimspiel der irischen Nationalmannschaft im Stadion gespielt – und das Publikum singt lautstark mit.

Neil Diamond wuchs im New Yorker Stadtteil Brooklyn in einer polnisch-russischen-jüdischen Einwandererfamilie auf. In den frühen 1960er Jahren arbeitete er zunächst als Songwriter mit eher bescheidenem Erfolg. Mit dem Titel „I’m a Believer“, den er den „Monkees“ zur Verfügung stellte, hatte er seinen ersten Welterfolg, ein Millionenseller. Dann folgten die bekannten eigenen Hits, die auch im Repertoire zahlreicher anderer Popgrößen wie Roy Orbison, Elvis Presley, Frank Sinatra, Shirley Bassey, Harry Belafonte, Engelbert Humperdinck, Julio Iglesias, Tom Jones, Daliah Lavi, Tina Turner oder Johnny Cash zu finden waren bzw. sind. Als erfolgreichster Song, der von ihm gesungen, aber nicht von ihm geschrieben wurde, gilt „He Ain't Heavy… He's My Brother“, ein Platz-20-Hit aus dem Jahr 1970, den zuvor die „Hollies“ aufgenommen hatten. 1977 veröffentlichte er den Song „You Don’t Bring Me Flowers“ auf dem Album „I'm Glad You're Here With Me Tonight“. Der Song wurde von Barbra Streisand auf ihrem Album „Songbird“ gecovert. Ein Radio-DJ mixte beide Versionen zusammen und sorgte damit für Aufsehen. Diamond und Streisand nahmen das Lied schließlich gemeinsam neu auf. Diese Aufnahme wurde ein weiterer Nr.-1-Hit.

Selbstzweifel und das Mädchen von der Autovermietung

Die ersten Erfolge stellten sich nur mühsam ein, und er begann an sich zu zweifeln. Diamond erinnert sich: „Am Anfang war ich ganz auf mich allein gestellt. An jedem neuen Konzertort musste ich mit einer neuen Band üben. Ich musste sogar mein Hotelzimmer selbst buchen. Es war schon hart. In San Francisco versuchte ich, ein Auto zu mieten. Ich hatte keine Kreditkarte und das Mädchen am Schalter lehnte meine Anfrage ab. Zufällig lief gerade der ‚Solitary Man‘ im Radio. Ich konnte sie davon überzeugen, dass ich der Sänger sei. Ich sang ihr sogar einige Takte vor und bekam das Auto.“

Vor der Veröffentlichung von „Solitary Man“ dachte Neil Diamond ernsthaft darüber nach, sich einen Künstlernamen zuzulegen. „Noah Kaminsky“ oder „Eice Chary“ würden interessanter klingen, so seine Idee. Dann starb seine Großmutter und die Entscheidung, ob Noah oder Eice, wurde auf später verschoben. Es blieb bei Neil Diamond…

Auf seinem Album von 2009 „A Cherry Cherry Christmas“ coverte Diamond den bekannten Musiktitel „The Chanukah Song“ des Comedian Adam Sandler. Das Musikvideo dazu wurde von DJ Ashba, Gitarrist bei Guns N’ Roses, produziert. Neil Diamond lieferte hier ein Musikwerk rechtzeitig zum achttägigen jüdischen Fest Chanukka, dem Vorabend des 12. Dezember 2009, ab. Im März 2011 wurde Diamond in die „Rock and Roll Hall of Fame“ aufgenommen, eingeführt wurde er dabei von Paul Simon. Am 10. August 2012 erhielt Diamond einen Stern der Kategorie Musikaufnahmen auf dem Hollywood Walk of Fame. Der „Rolling Stone“ listete Diamond 2015 auf Rang 47 der 100 besten Songwriter aller Zeiten.

„Ich habe halt eine gewisse Melancholie in mir, die sich auch in der Musik äußert und die die Leute attraktiv finden. Aber das ist nichts, was ich bewusst mache, es ist keine Masche, sondern einfach ein Teil von mir,“ sagte Neil Diamond, der im Januar 2021 achtzig Jahre alt wurde. „Ich habe auch eine fröhliche Seite, aber in der Musik kommt eher die melancholische zum Tragen. Und die scheint die Leute mehr zu berühren als alles andere.“ Und wie beurteilt er sich selbst? „Meine Stimme ist, was sie ist. Sie ist ernst und voller Schlaglöcher, wie ich das gerne bezeichne. Aber: So war sie schon immer, und sie ist ein Teil von mir. Ich habe nie versucht, sie zu ändern. Sie ist ungeschönt und ich setze auch keine Technik ein, um da etwas zu verbessern. Zumal die Leute sie über die Jahre akzeptiert zu haben scheinen – zum Glück.“

Kunst und Politik nicht vermischen

Gegenüber der Politik hat ein ambivalentes Verhältnis: „Natürlich habe ich mich über die Jahre an diversen politischen Aktionen in den USA beteiligt, gerade in Sachen Waffenkontrolle. Aber ganz allgemein halte ich mich von Politikern und Parteien fern. Ich halte es nicht für fair, meinen Einfluss dahingehend zu nutzen, um Menschen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Etwas für einen guten Zweck zu tun, ist eine Sache, aber sich in den Dienst eines Politikers zu stellen, habe ich immer vermieden.“

Das aktuelle Zeitgeschehen nimmt Neil Diamond dennoch bewusst wahr. Zuletzt hat er seinen Hit-Klassiker „Sweet Caroline“ im Zeichen der Corona-Krise umgedichtet. „Passt auf euch auf dort draußen!“ Doch wo es in dem Song heißt „Hands, touching hands“, singt er nun „Hands, washing Hands“. Und statt „Touching me, touching you“ heißt es „Don’t touch me, I won’t touch you“. Der Rest läuft dann wie gewohnt: „Sweeeeeet Caroline“ Diamond verlinkte ein Video von der Neuaufnahme, in dem er vor einem brennenden Kamin zur Gitarre greift.

Ein Ausflug ins Filmgeschäft („The Jazz Singer“, 1980) geriet zum cineastischen Flop, während der gleichnamige Soundtrack nichtsdestotrotz die Charts stürmte. In diesem Film spielte Diamond neben Laurence Olivier die Hauptrolle und lieferte zusätzlich die Filmmusik. Das Remake des weltweit ersten Tonfilms von 1927 zeigt Diamond als Sohn eines jüdischen Kantors, dessen Leidenschaft für weltliche Popmusik fast die Liebe seines traditionell gesinnten Vaters kostet. Vielleicht auch eine Anspielung auf das reale Leben Neil Diamonds?

Will Eisner – der Pate der Graphic Novel

In Dortmund wurde dem amerikanisch-jüdischen Comic-Zeichner Will Eisner eine neue Ausstellung gewidmet.

Von Filip Gaspar

Die Comicheldenfigur „Superman“ wurde von den beiden Juden Joe Shuster und Jerry Siegel erfunden. Stan Lee, Erfinder von „Spiderman“ und zig weiteren Comichelden, entstammt ebenfalls einer jüdischen Mischpoke. Da liegt es nahe, dass der Pionier der Comics und Graphic Novels, Will Eisner, ebenfalls einer jüdischen Einwanderfamilie entstammt. Nun hat der Kunsthistoriker Alexander Braun dem Werk von Will Eisner eine Ausstellung mit dem Titel „Will Eisner – Graphic Novel Godfather“ und eine umfassende Monografie gewidmet. Diese lässt sich seit Mitte März im Schauraum Comic + Cartoon in Dortmund besichtigen und wird noch bis mindestens Ende Juni – unter den gegeben Corona-Beschränkungen – geöffnet sein. Für all diejenigen, die es nicht nach Dortmund schaffen, ist die Ausstellung auch online zu besuchen unter: https://21.de/schauraum

Zusätzlich hat er – wie man es von Braun kennt – zur Comic-Ausstellung einen ansehnlichen und nicht nur für Comic-Liebhaber zu empfehlendem Katalog zusammengestellt, die im Avant-Verlag erschienen ist. Der Katalog führt den Leser sowohl in das Leben als auch in das Werk von Eisner ein. Reich bebildert finden sich neben den in der Ausstellung gezeigten einhundert Originalzeichnungen aus Eisners Nachlass und aus Privatsammlungen, noch Fotos von Eisner und Abbildungen aus seinen Werken. Alexander Braun wurde für seine Arbeit als Herausgeber historischer Zeitungscomics und Autor bereits zum zweiten Mal mit dem Eisner-Award ausgezeichnet.

Der Künstler Will Eisner

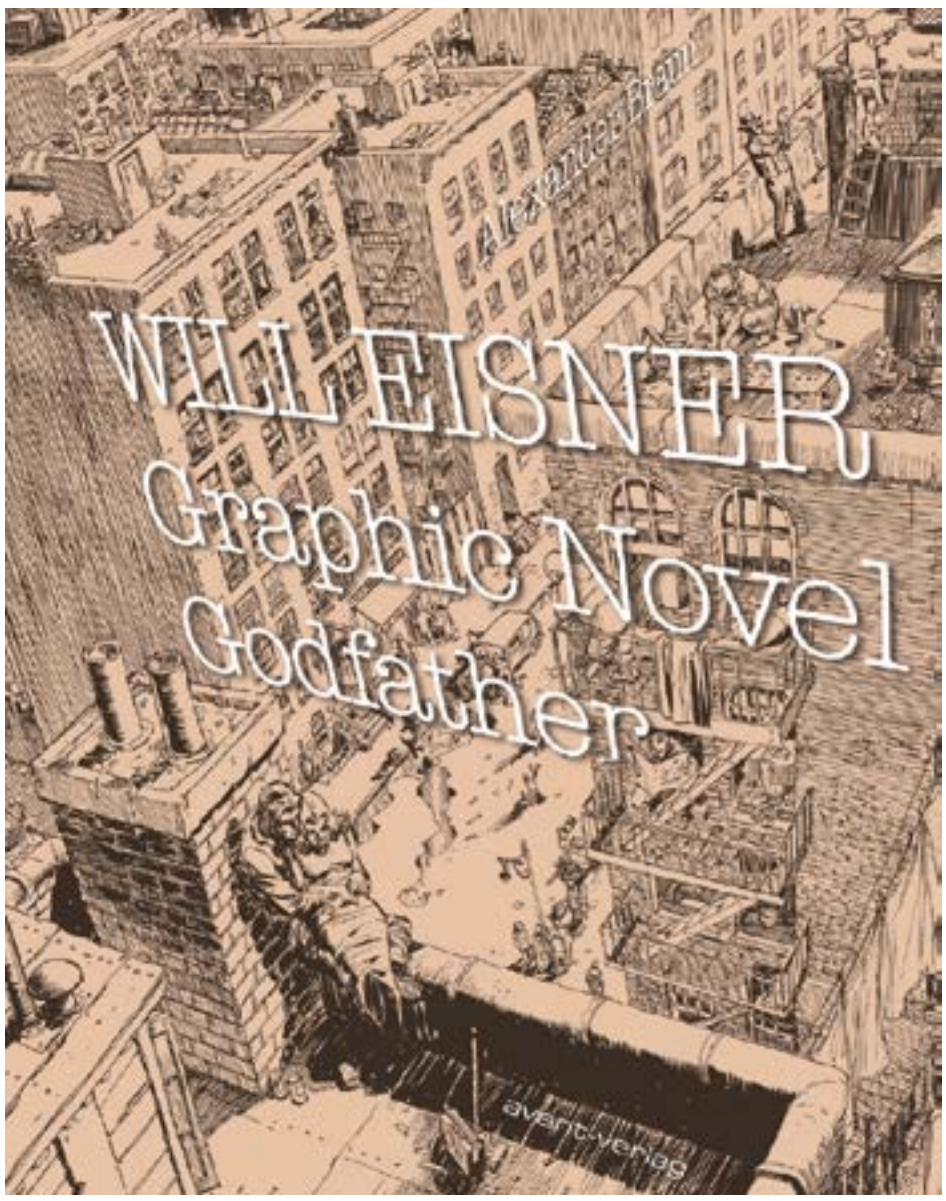
Doch wer ist eigentlich William Erwin Eisner selbst? Eine der nett gemeinten Irrtümer über den am 6. März 1917 in New York geborenen Eisner sei laut Braun, dass er immer wieder als Erfinder der Graphic Novel, wie wir sie heute kennen, bezeichnet wird, auch wenn er als Erster diesen Begriff in „Ein Vertrag mit Gott“ verwendet hat. Damit solle jedoch keinesfalls der Dienst und die Bedeutung von Eisners Person für die Verbreitung der Graphic Novel geschmälert werden. Braun sagt, dass man „etwas Hybrides wie die Graphic Novel nicht ‚erfinden‘“ könne. „So etwas entwickelt sich sukzessiv und findet dann – gespeist aus vielen Quellen – irgendwann zu einer schlüssigen Form.“ Darum hat Braun den Begriff „Pate“ (engl. Godfather) gewählt, weil er diesen viel passender findet. Eisner „hatte eine Vision, was Comic alles mehr sein könnte.“ Nicht bloß war er einer der ersten, der gezeichnete Geschichten mit mehr als 100 Seiten erzählte, sondern auch der Erste, der dies für ein ausschließlich erwachsenes Publikum tat. Bis zu seinem Ableben 2005 nutze er alle Möglichkeiten aus, die das Genre des Comics bietet.

Das ca. 380 Seiten dicke Buch besteht aus 13 Kapiteln und ganz zu Anfang erwartet den Leser ein Zitat von Eisner: „Comic – Sequenzielle Kunst – ist mein Medium. Ich betrachte es als mein einziges Medium, so wie der Schriftsteller nur Worte schreibt, oder der Filmemacher nur in Filmen denkt. Es ist ein definierbares, einzigartiges Medium. Es hat Grenzen und Eigenschaften, es hat eine Grammatik, es hat klare Regeln, es hat Einschränkungen und Möglichkeiten – Möglichkeiten, die noch nie jemand wirklich berührt hat.“

Einblick in Eisners eigenes Leben

Bevor Braun aufzeigt, wie er zum „Paten der Graphic Novel“ wurde, indem er völlig neue Wege ging, gibt es eine Einführung in das Leben von Eisner. Dies ist von besonderer Bedeutung, um die Geschichten in den mit autobiographischen Motiven ausgeschmückten Werken „Ein Vertrag mit Gott“ und besonders in „Zum Herzen des Sturms“ zu verstehen. Der Vater Shmuel wurde 1886 als eines von elf Kindern geboren. Mit 14 Jahren ging Shmuel, der keine Ausbildung zum Maler besaß, aber dafür künstlerisches Talent, nach Wien und fand eine Anstellung als Maler. „Das Wien der Jahrhundertwende war ein intellektueller Magnet in Europa“, doch er war sich bewusst, dass er es nie zu einem angesehenen Künstler bringen würde. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, fürchtete er einen Einberufungsbefehl und wäre fast der Ersuchung erlegen, eine Verzweiflungstat zu begehen, um dieser zu entkommen. Stattdessen entschied er sich für die Auswanderung nach New York, und aus Shmuel wurde Sam. All dies schildert sein Sohn in dem im Jahr 1991 erschienen Werk „Zum Herzen des Sturms“. In New York lernt Sam seine zukünftige Frau Fannie kennen, deren jüdische Familie aus Rumänien stammt. Der gemeinsame Sohn William Erwin Eisner, genannt Will, erblickte 1917 in Brooklyn das Licht der Welt. Bereits im Alter von 13 Jahren begann er Zeitungen auf der Straße zu verkaufen, um die Familie finanziell zu unterstützen. Hier kam er auch in Berührung mit Zeitungscomics.

Die Kapitel beleuchten thematisch in chronologischer Reihenfolge die



einzelnen Lebensabschnitte in Eisners Leben. Zum Beispiel mit der Gründung eines eigenen Studios zusammen mit Jerry Iger, das „Eisner & Iger“ heißen sollte. Sie brachten eine 16-seitige Zeitungsbeilage in Comicform heraus.

Der Durchbruch kam endgültig mit seinem eigenen 1940 veröffentlichten Comic „The Spirit“. In über 12 Jahren veröffentlichte er insgesamt 645 Folgen. Die 1940er kann man als die goldenen Jahre des US-amerikanischen Comics bezeichnen mit Superhelden wie Batman und Superman. Da musste der noch junge Will Eisner natürlich nachziehen.

Der Militärdienst zwang Eisner seine Studioarbeit zu unterbrochen, doch auch diese Zeit nutzte er, um kreativ zu bleiben. Er fertigte Comics für die US-Armee an, in denen die korrekte Wartung der Ausrüstung erklärt wurde. Eisner verfasste Lehrbücher über sequenzielle Kunst und sehr spät in seiner Karrierelaufbahn wagte er mit seinen Graphic Novels nochmal etwas Neues. Der Leser erfährt auch von Eisners persönlichen Schicksalsschlägen, wie zum Beispiel dem an einer Psychose erkrankten Sohn oder vom durch Leukämie verursachten Tod der damals 16-jährigen Tochter. Diese Unglücke hatte Eisner lange für sich behalten.

Einen Freund verloren

Eisner war laut Braun kein besonders stark praktizierender Jude, doch er engagierte sich sein Leben lang gegen Antisemitismus. Das wird im Kapitel „Zur Hölle mit dem Antisemitismus“ deutlich, das die jüdischen Aspekte in Eisners Werk und Leben behandelt. Eins davon ist 1942 Eisners Begegnung mit seinem deutschstämmigen Jugendfreund Buck. Als Kinder waren die beiden unzertrennlich und Eisner erzählte ihm von seiner Angst einberufen zu werden. Bucks Antwort, Eisner sei Jude und Juden sei es ein Leichtes, sich zu drücken, so wie sie jede Gesellschaft zerfressen, die sie befallen, „macht ihn sprachlos und er verliert nicht nur seine Fassung, sondern auch einen guten Freund“.

Das Abschlusskapitel ist ein aufschlussreiches Gespräch mit Eisners langjährigem Verleger Dennis Kitchen, das noch weitere interessante und Einblicke zu Eisner gewährt. Dass Eisner trotz seiner künstlerischen und wirtschaftlichen Erfolge ein bescheidener Mensch blieb, zeigt eine Anekdote, die Braun im Nachwort mit den Lesern teilt: 1992 fand eine Signierstunde in Brauns Heimatstadt Dortmund statt. Voller Freude und mit einem Haufen Büchern ausgestattet, eilte Braun zum Comicladen und fand zu seiner Überraschung nicht etwa eine riesige Menschenmenge vor, sondern Will und Ann Eisner allein am Signiertisch sitzend. Diese waren aber keineswegs düpiert über das Desinteresse an Eisners Person, sondern blieben ruhig und gelassen. Einzig die Dortmunder Hitze schien ihnen zuzusetzen. Untermalt wird diese Anekdote mit einer im Buch abgedruckten Widmung. Diese zeigt den schwitzenden Spirit und in der Sprechblase steht: „It is so warm here in Dortmund!“

Alexander Braun: „Will Eisner – Graphic Novel Godfather“.
Avant Verlag, Berlin 2021, 384 S., 39 €

Die Katjuscha hätte eigentlich Lea heißen sollen

Vor 80 Jahren kam der legendäre Raketenwerfer zum ersten Mal zum Einsatz. Federführend bei dessen Entwicklung war die junge jüdische Wissenschaftlerin Lea Kisner.

Ahmad GHARABLI / AFP

Die Katjuscha-Abschussrampe auf einem amerikanischen Transporter im „Museum des Großen Vaterländischen Krieges" in Moskau

Von Semjon Kiperman

Eine der stärksten Waffen, die während des Zweiten Weltkrieges von der Roten Armee eingesetzt wurde, war der Raketenwerfer Katjuscha, liebevoll benannt nach dem zu dieser Zeit entstandenen, bis heute populären gleichnamigen Lied.

Die Entstehungsgeschichte

Die Raketenartillerie hat eine lange Geschichte. Ende des 19. Jahrhunderts begann der gelehrte und Erfinder Nikolai Tichomirow im Russischen Kaiserreich seine Arbeit im Bereich der Artilleriegeschosse. 1921 wurde in Moskau auf seine Initiative hin das Gasodynamische Laboratorium gegründet, das sich mit Kampfraketen beschäftigte. 1927 zog das Laboratorium nach Leningrad um, wo in Zusammenarbeit mit erfahrenen Spezialisten das pyroxylin-TNT-rauchfreie Schießpulver (PTP) entwickelt wurde. Im März 1928 konnte das erste PTP-Raketengeschoss der Welt eine Entfernung von 1.300 Metern überwinden. Im gleichen Jahr begann das Gasodynamische Laboratorium mit der Entwicklung von Raketenartillerie fürs Luftverkehrswesen.

In den Vorkriegsjahren hatte man alte Fabriken rekonstruiert, um auf einer neuen technischen Basis das Problem der Beschaffung und der Versorgung der Verteidigungsindustrie mit einer neuen Schießpulverart lösen zu können. Das Pyroxylin-Schießpulver war für Patronen geeignet, für das effektive Artilleriefeuer benötigte man jedoch das sogenannte ballistische Schießpulver.

Die ersten geheim geführten Arbeiten in diese Richtung fanden noch 1922 statt; 1936 wurde unter der Leitung von A. Bakajev die Rezeptur des ballistischen Schießpulver erstellt. An der Arbeit im Speziellen technischen Büro OGPU (Geheimpolizei in der damaligen Sowjetunion, die Vorgängerin des KGB, - Anm. d. Übers.), wo zusammen mit Bakajev die Crème de la Crème der sowjetischen Wissenschaft im Bereich der Schießpulverentwicklung arbeitete, war auch eine junge Absolventin des Lehrstuhls für Schießpulverentwicklung des Moskauer Instituts für Chemische Technologie, Lea Borisovna Kisner (1915-2014), maßgeblich beteiligt. Einen Großteil ihrer Tätigkeit musste sie der Erschaffung der legendären Katjuscha widmen.

Bis März 1941 wurden die ersten Mustermodelle eines neuen Raketenwerfers zusammengebaut und dann auf einen sechsrädrigen ZIS-6-Lastwagen montiert. Die ersten Tests am 21. Juni 1941 verliefen erfolgreich, und die Genehmigung für die Einführung des Raketenartillerie-Kampffahrzeugs BM-13 wurde erteilt. Am nächsten Tag griff Nazi-Deutschland die UdSSR an.

Die erste Bewährungsprobe für Katjuscha

Der erste Kampfeinsatz des BM-13 erfolgte am 14. Juli 1941 in der Nähe des Bahnhofs Orscha. Die Batterie unter dem Kommando von Kapitän Iwan Fljorow mit Salvenfeuer „vernichtete am Bahnhof Orscha große Mengen deutscher Militärausrüstung und feindlicher Kräfte". Durch einen starken Schlag – mit 112 Raketen gleichzeitig – erhob sich über der Station eine Feuerröte, feindliche Militärzüge brannten und Munition explodierte. Eineinhalb Stunden später feuerte Fljorows Batterie eine zweite Salve ab – diesmal entlang der Überquerung des Flusses Orschitza, wo sich deutsche Militärtechnik und Truppen versammelt hatten. Die Druckwellen überlagerten sich und verstärkten so die zerstörerische Wirkung. Die Granatsplitter erhitzten sich auf 800°C und setzten alles in Brand.

Deutsche Gefangenen, die solche Angriffe überlebten, gaben später an, dies sei einer ihrer schlimmsten Eindrücke während des gesamten Krieges gewesen. Die Überfahrt des Feindes wurde somit unterbrochen; die Deutschen konnten in dieser Richtung keinen Erfolg erzielen. Am selben Tag schrieb der Chef des deutschen Generalstabs, Franz Halder, in sein Tagebuch:

„Die Russen haben in der Nähe von Orscha eine neue unbekannte Waffe eingesetzt. Eine Flut von Flammenwerfergranaten brannte den Bahnhof nieder sowie alle Züge mit den ankommenden Militäreinheiten: Ausrüstung und Menschenmaterial."

Die ersten Erfahrungen mit dem Einsatz der neuen Raketenwaffe überzeugten mit ihrer hohen Kampfkraft, was eine sehr schnelle Inbetriebnahme und Ausrüstung der Truppen zur Folge hatte. Auf Anordnung des Oberbefehlshabers vom 8. August 1941 begann die Aufstellung der ersten acht Regimenter der Raketenartillerie, die zu einem Meilenstein in ihrer Geschichte wurde. Über eine derartig wirksame Waffe verfügten weder Deutschland noch die damaligen Verbündeten der UdSSR – Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Jagd auf die Stalinorgel

Der neue Mehrfachraketenwerfer mit seinen herausragenden Kampfeigenschaften, der bereits im Herbst 1941 auf allen Frontabschnitten vorhanden war, wurde von sowjetischen Soldaten auf den liebevollen Namen „Katjuscha" getauft. Und in der deutschen Armee wurde diese Katjuscha „Stalinorgel" genannt – wegen der äußeren Ähnlichkeit der mehrläufigen Batterie mit einer Orgel sowie wegen des charakteristischen Geräusches, das den Abschuss der Raketen begleitete. General Pavel Sudoplatov schrieb in seinem Buch „Ausspähung und der Kreml" darüber, wie die Nazis unmittelbar nach der Salve der Batterie von Kapitän Fljorow in Orscha versuchten, die neue sowjetische Waffe zu erbeuten. Für jeden Raketenwerfer ver-

sprach die deutsche Militärführung ihren Soldaten das Eiserne Kreuz, Beförderung und Urlaub. Als dann im September 1941 tatsächlich drei Raketenbatterien erbeutet wurden, flog eine jubelnde Nachricht nach Berlin: „Stalins Geheimwaffe ist erbeutet! Umgehend ins Reich schicken." Aber zu diesem Zeitpunkt, so Lea Kisner, hatten sowjetische Spezialisten bereits eine neue, bessere Füllung für die Granaten hergestellt.

Das neuartige Schießpulver

Der militärische Erfolg der Katjuscha-Raketenwerfer ist vor allem auf die Zusammensetzung des Schießpulvers für die Raketen zurückzuführen. Doch mit den Erfolgen kamen auch Schwierigkeiten ans Licht. Die wichtigste war, dass die Rüstungswerke dringend nach Osten evakuiert wurden und die Produktion des Sprengstoffs für einige Zeit so stark reduziert wurde, dass die Katjuschas hinter die Frontlinie abgezogen werden mussten, da für sie einfach nicht genügend Munition vorhanden war. Dadurch drohte eine noch größere Verschlechterung der Lage der sowjetischen Truppen angesichts der deutschen Offensive auf Moskau und in andere Richtungen.

Der Vorschlag zur Lösung dieser bedrohlichen Situation kam von Lea Kisner: ein Verfahren, das eine neue Rezeptur von Pyroxylin-Pulver ermöglicht, bei der eine alkoholische Lösung von Kolophonium zu seinen üblichen Komponenten als Phlegmatisierungsmittel hinzugefügt wird. Dieser Vorschlag war völlig neu in der Praxis, Pulverkörper auf einem flüchtigen Lösungsmittel herzustellen – niemand auf der Welt hatte dies jemals getan. Kisner schlug nicht nur einen Ersatz für Nitroglycerin vor (den das Land zu dieser Zeit nicht hatte), sondern entwickelte auch eine verlängerte M-8-Ladung für den Salvenschuss unter Bodenbedingungen, was die Entstehung neuer Typen von Raketenwerfern mit M-8-Geschossen und größeren M-32-Geschossen ermöglichte.

Besuch bei den gelehrten Gefangenen

Lea Kisner ging die Arbeit mit großer Verantwortung an und beschloss, ihren Vorschlag mit Schießpulver-Spezialisten abzustimmen. Sie wandte sich an den führenden Chemiker Boris Zhukov und wurde von ihm abgewiesen: Er und seine Mitarbeiter waren der Meinung, eine Phlegmatisierung der Pulverkörper auf diese Weise wäre kaum möglich. Doch Kisner gab nicht auf und wagte es, sich von Bakajev und seinen Kollegen beraten zu lassen, die damals inhaftiert waren und in einem geschlossenen technischen Büro in Zuständigkeit des NKWD (damals Volkskommissariat, später Ministerium für innere Angelegenheiten, - Anm. d. Übers.) arbeiteten. Kisner schaffte es, eine Besuchserlaubnis für diese Einrichtung zu bekommen, die sich in Kasan (die Hauptstadt der Autonomen Republik Tatarstan, Russland, - Anm. d. Übers.) befand. Dort erläuterte sie den inhaftierten Wissenschaftlern ihre Idee und freute sich sehr, als diese sie einstimmig unterstützten und sogar eine zusätzliche Lösung vorschlugen: um die Zusammensetzung der Pulvermasse zu verbessern, sollte man dem Kolophonium einen größeren Anteil an Kaliumnitrat hinzufügen.

So entstand das verbesserte Schießpulver mit der Bezeichnung „PC". Boris Zhukov schrieb sich, anstatt seinen Fehler einzugestehen und sich zu entschuldigen, kurzerhand die Urheberschaft des Rezepts zu, in der Hoffnung, dass niemand sich in Kriegszeiten mit der Gestaltung von Urheberrechtszertifikaten befassen wird.

Lea Kisner musste nächtelang arbeiten, diskutieren und überzeugen, bei Frost und über Stock und Stein mehrere Kilometer zu Fuß zum Testgelände gehen; Risiken beim Abschuss von Raketen, die manchmal explodierten, in Kauf nehmen. Viele Männer versteckten sich lieber, sie aber hatte vor nichts Angst. Heute ist es ganz offensichtlich: hätte Lea Borisovna Kisner damals die neue Art von Schießpulver nicht entwickelt, wären die Katjuschas ohne Artilleriegeschosse geblieben.

Amerikanisches Fahrgestell für sowjetische Raketen

In einer schwierigen Zeit, in der es an den notwendigen Mengen an ballistischem Pulver mangelte, beschloss Stalin, sich an die Vereinigten Staaten zu wenden, um Hilfe zu erhalten. Damals lagen die Amerikaner in diesem Bereich weit hinter der Sowjetunion; es mussten Dokumentationen, Ausrüstungszeichnungen und Rezepte an sie übergeben werden. Für eine Produktionsbeschleunigung verlangten sie einen hohen Preis. Sowjetisches Schießpulver – einzigartig in seinen Eigenschaften – wurde anschließend von den Amerikanern gründlich untersucht. Für gutes Geld erfüllten sie als Verbündete ihre Pflicht, nutzten aber die gewonnenen Erkenntnisse, um in der Zukunft eigene Feststoffraketen zu bauen. Im August 1943 wurde der Standardraketenwerfer BM-13N auf dem Fahrgestell Studebaker US6, im Rahmen von Lend-Lease an die Sowjetunion geliefert, bei den sowjetischen Streitkräften eingeführt.

Inzwischen lief in der UdSSR nicht alles glatt. Als 1943 das Rüstungswerk in Perm seine Arbeit aufnahm und für Katjuscha-Raketen wieder das alte Schießpulver verwendet wurde, geschah etwas Unerwartetes: die Granaten begannen auf den Abschussrampen zu explodieren. Der Cheftechnologe des Werks und sein Assistent befanden sich somit in einer sehr gefährlichen Lage: ihnen drohte eine Inhaftierung. Zu dieser Zeit arbeitete Lea Kisner in Swerdlowsk. Wieder wurde sie angewiesen, die unverständliche Lage in Ordnung zu bringen.

Kisner fand schnell die Ursache der Fehlfunktion: Die Raketen waren noch mit einem für kalorienarmes Schießpulver ausgelegten Antriebssystem ausgestattet. Lea Kisner verwendete ballistisches Pulver, dessen Kaloriengehalt höher ist, und erstellte die erforderlichen Zeichnungen und Diagramme, nach denen die Teile sofort hergestellt und getestet wurden. Nach 48 Stunden begann die Herstellung der reparierten M-31-Granaten. Später schrieb Kisner: „Ich habe an der Entwicklung vieler Raketen teilgenommen, die während des Großen Vaterländischen Krieges in Dienst gestellt wurden, aber ich denke, das Wichtigste ist, dass ich in meiner Doktorarbeit zum ersten Mal die Verbrennung von Schießpulver im Düsentriebwerk mathematisch beschrieben habe, das schon vor dem Schreiben besagter Arbeit half, die Katjuschas und andere Raketentriebwerke zu entwickeln und zu erstellen."

Lea Kizner

Die Apotheose des Kampfeinsatzes der Katjuscha war der Sturm auf Berlin. Während der Berliner Militäroperation waren 1.510 Raketenbatterien und 1.795 Werfer für Geschosse unterschiedlicher Kaliber beteiligt. Gruppen von Raketenartillerie in Berlin zerstörten 120 massive Brennpunkte des Widerstandes, neutralisierten Dutzende von Feuerquellen und vernichteten über tausend feindliche Soldaten und Offiziere. Die berühmte Katjuscha wurde im wahrsten Sinne des Wortes zur Waffe des Sieges.

Die Wahrheit über das Vergangene

Viele Jahre später forderte die Zeit nachdrücklich, dass die wahre Geschichte der Katjuscha und ihrer Rolle bei der Ausrüstung der ehemaligen UdSSR von einem unmittelbar Beteiligten an diesen Ereignissen geschrieben werden sollte. 1995 wandte sich das Akademiemitglied Boris Rauschenbach (berühmter Physiker, einer der Gründer der Raketen- und Weltraumtechnologie in der UdSSR (1915 – 2001), - Anm. d. Übers.) mit einem Vorschlag an die bereits 80-jährige Lea Kisner: „Es gibt viele Verzerrungen und Ungenauigkeiten in Veröffentlichungen über die Entstehung der Katjuscha, es gibt sogar Fälschungen. Sie waren mittendrin, und Ihr Beitrag zu einem so komplexen Teil der Raketentechnik wie der Innenballistik von Düsentriebwerken gibt Ihnen das moralische Recht, zu unserer Verteidigung zu sprechen. Schreiben Sie doch darüber!" Das Angebot war schmeichelhaft, erforderte ernsthafte Arbeit und erschreckte Lea Borisovna nicht. Mit Unterstützung der verbliebenen Veteranen und unter Verwendung von Originaldokumenten entstand das Buch „Allein die Fakten", das eine große öffentliche Resonanz fand. Die Diskussion zu diesem Thema dauerte mehrere Jahre an und ist nach wie vor von großem Interesse. Einige Jahre später wurde Lea Kisner Autorin des 600-seitigen Buches „Die Rakete ist startbereit" über die Entstehung der sowjetischen Raketentechnik.

Unter den Bedingungen des staatlichen Antisemitismus, der in den Nachkriegsjahren in der UdSSR herrschte, als vielen talentierten Wissenschaftlern der Weg zur Wissenschaft oft versperrt war, konnte sich Lea Kisner, zur Überraschung vieler Kollegen, in verschiedenen schwierigen Situationen behaupten. Sie war jung, zeichnete sich durch die Leidenschaft und den Drang eines jungen Wissenschaftlers aus. Aber man darf nicht vergessen, dass Lea Kisner gleichzeitig Ehefrau und Mutter von zwei kleinen Kindern war. Zum Glück hatte sie einen Mann mit dem Herz am rechten Fleck an ihrer Seite: der Dichter David Bromberg unterstützte stets seine Frau und verstand ihr grenzenloses Engagement für die Sache.

Unmittelbar nach dem Krieg besuchte Lea Kisner ihre Heimatstadt, die ukrainische Stadt Gaissin, wo sie vom tragischen Tod ihrer Eltern und aller Verwandten erfuhr, die während der Besatzung von den Nazis ermordet wurden. Nach dem Tod ihres Mannes 1998 folgte Lea Borisovna Kisner ihren Söhnen nach Kanada. Sie starb 2014 in Toronto.

Im Großen und Ganzen könnte Katjuscha also durchaus „Lea" heißen. Es ist jedoch überflüssig, zu sagen, dass in einem Land, wo der staatliche Antisemitismus blühte, eine so beliebte Waffe keinen jüdischen Namen hätte tragen können.

Waffen des Terrors

Bedauerlicherweise wurden nach dem Sieg über den Nationalsozialismus sowjetische Waffen, einschließlich der Katjuschas, an aggressive Regime weitergegeben. Bis heute werden diese Raketenbatterien von Israels Feinden, vor allem der Hisbollah, genutzt. Die im Nahen Osten neben den moderneren Waffen noch zu hörenden Katjuscha-Salven haben bereits zum Tod von Menschen, zu Zerstörungen und Waldbränden geführt. Russischsprachige Israelis nennen diese Salven manchmal „Grüße aus der Heimat", was keine Sentimentalität anlässlich des liebevollen Namens der Waffe zulässt. Was maßgeblich zur Niederlage der Nazis beigetragen hat, dient heute den Interessen derer, die nicht weniger als der besessene Führer von einer „Endlösung der Judenfrage" träumen. Das sind die Paradoxa der Geschichte.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

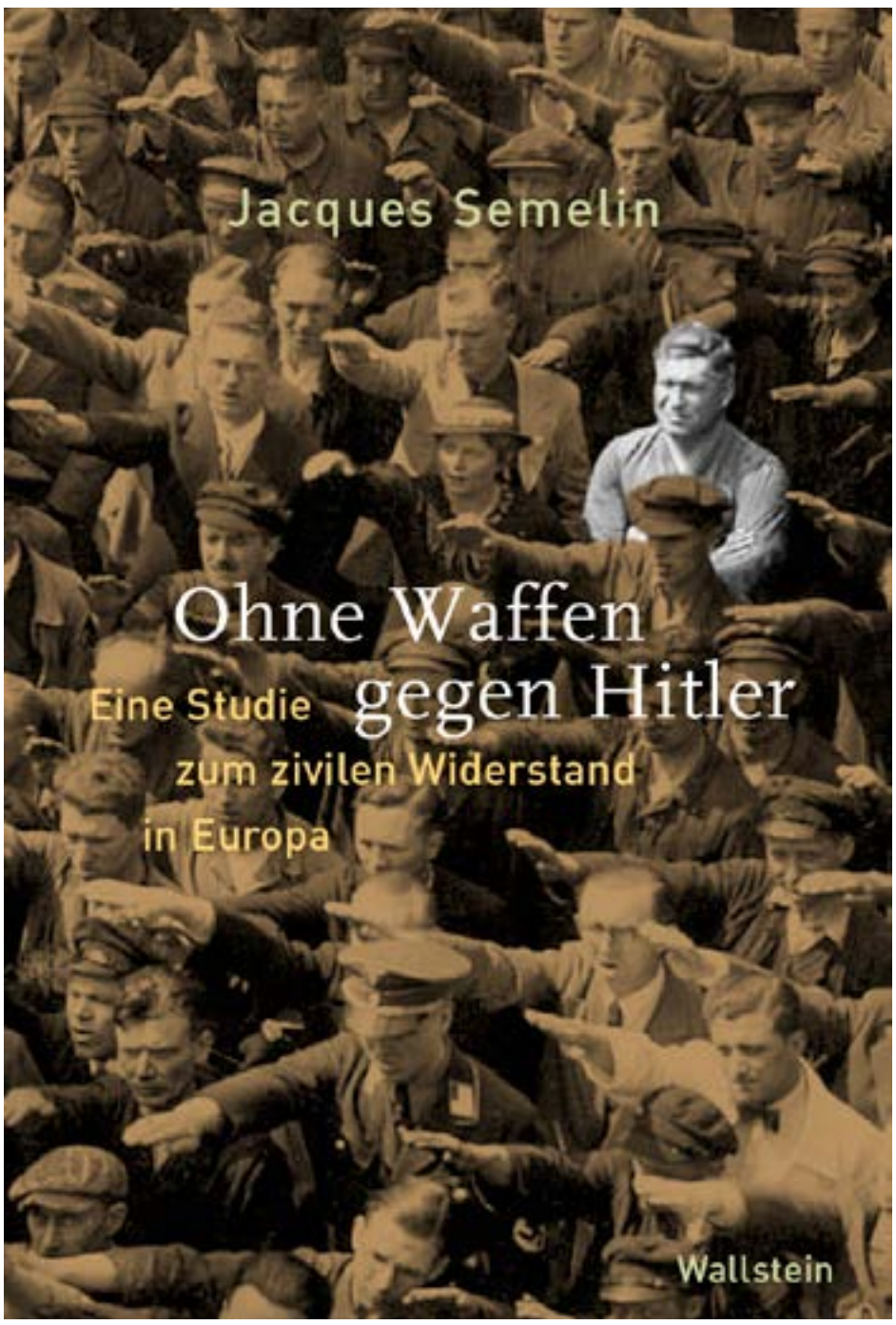
- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Waffenlos – aber nicht wehrlos

Über die vielen Orte des zivilen, unbewaffneten Rettungswiderstandes für jüdische Menschen in großen Teilen des von Nazis besetzten Europa

Von Theodor Joseph



Jacques Semelin ist französischer Historiker und Politikwissenschaftler und gehört eigener Einschätzung nach zu jenen Forschern, die es interessiert, Formen der Hilfeleistung für die jüdischen Opfer der Verfolgung und des Holocaust zu untersuchen. Die Rettung der Juden in den Jahren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft war aktiver und dazu oft erfolgreicher Widerstand.

Zwar entwickelte sich die Hitlersche Ideologie zuerst in Deutschland, fand aber dann in ganz Europa Anhänger. Daraus folgt, dass diese schmerzliche Vergangenheit nicht bloß das Problem Deutschlands ist, sondern eines, das ganz Europa angeht. Jacques Semelin geht es in „Ohne Waffen gegen Hitler“ darum, Fälle unbewaffneter Opposition gegen den Nationalsozialismus darzustellen, an denen Tausende, wenn nicht Zehntausende beteiligt waren.

Ein Lied im Wald

Semelins wissenschaftliches Interesse gilt französischen Orten wie Chambon-sur-Lignon und Dieulefit, in denen man Juden vor dem Zugriff der Nationalsozialisten gerettet hat. Im protestantischen Dorf Chambon-sur-Lignon im Departement Haute-Loire, dem Land der Hugenotten, wo man Verfolgung aus eigener Anschauung kannte, wurden zwischen 1941 und 1944 Tausende Juden gerettet, indem man sie in Privatwohnungen und Bauernhöfen, aber auch in öffentlichen Einrichtungen versteckte, gefälschte Papiere ausstellte und über die Schweizer Grenze schleuste.

Die Taktik des Versteckens setzte voraus, dass die Opfer in den zahllosen Maschen des sozialen Gewebes sozusagen „versteckt“ werden konnten. Wenn Patrouillen der Deutschen anrückten, wurden sie auf dem Land außerhalb des Ortes versteckt. Zogen die Patrouillen wieder ab, gingen die Einwohner in die Wälder und sangen ein bestimmtes Lied, um den Juden anzuzeigen, dass die unmittelbare Gefahr vorüber sei. Das Rettungsunternehmen war insofern einzigartig, als sich eine ganze Gemeinde aus christlicher Nächstenliebe zusammenschloss, um Juden vor dem Tod zu bewahren.

1942 kam Albert Camus nach Le Chambon, um eine Tuberkulose auszukurieren. Hier arbeitete er an seinem Roman „Die Pest“. Camus’ Gedanken in seinem Tagebuch von 1942 nehmen Bezug auf einen Vichy-Funktionär und auf dessen einschüchternde Vorhaltung, wie gefährlich „die Juden“ seien. Er notierte: „Das Elend und die Größe der Welt zugleich: sie bietet keine Wahrheiten an, sondern nur Objekte der Liebe. Die Absurdität beherrscht alles; doch die Liebe rettet uns vor ihr.“

Für Semelin war es ein logischer Schritt, über die „Monstrosität der Barbarei“ zur anderen, humanitären, Seite des menschlichen Verhaltens zu gelangen – der des Widerstands. Gemeint ist ein Widerstand, den Männer und Frauen mit bloßen Händen in autoritären oder totalitären Regimen leisten, ein Widerstand, der sich in kleinen anonymen Gesten des Protestes und symbolischen Handlungen und auf die kleinstmögliche Abweichung in einer Diktatur ausdrückt – die Nonkonformität.

Dazu gehören kollektive Formen des Widerstands ohne Waffen wie Kundgebungen, Streiks, Verweigerungstaktiken, Ungehorsam und andere illegale Aktionen, die unter dem Begriff „Zivilcourage“ zu rubrizieren sind. Allerdings: Ziviler Widerstand ist die Macht der Machtlosen und endet viel zu oft in Blutvergießen und dem Sieg der Tyrannei. Für diese Art von Widerstand hat Arno Lustiger den Begriff „Rettungswiderstand“ eingeführt. Und der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern hat die stille, ja meist heimliche Form des Widerstands einmal trefflich als „aktiven Anstand“ charakterisiert. Damit ist das Verhalten derjenigen beschrieben, die sich in den Jahren des Nationalsozialismus eine humane Orientierung bewahren wollten und konnten.

Gegen judenfeindliche eliminatorische Maßnahmen eines zu allem entschlossenen Feindes Widerstand zu leisten, ist ein schwieriges Unterfangen. Was ist dagegen zu tun? Man trifft Vorsorge, bei der es darum geht, den Schaden zu begrenzen, um mindestens spontanen zivilen Widerstand zu leisten.

Aufgrund der Einfachheit seiner Mittel lieferte der zivile Widerstand eine Art „ideologischen Schutzwall“ gegen alle Versuche des Besatzers und seiner Kollaborateure, die eroberten Gesellschaften ideologisch zu beeinflussen. Diesbezüglich gelang es den Nationalsozialisten nicht, ihre „Werte“ oder ihre „Neue Ordnung“ den rebellisch gebliebenen Bevölkerungen Westeuropas und insbesondere Skandinaviens aufzuoktroyieren. Der zivile Widerstand lebte im Gegensatz zum bewaffneten Widerstand von der Beteiligung der Massen und war deren wichtigstes Ausdrucksmittel kollektiver Verweigerung.

Ziviler Widerstand lässt sich als die Bewahrung einer Identität verstehen, die durch Symbole verkörpert wird und durch Waffen nicht zerstört werden kann. Eine symbolische Aktion ist der echte Ausdruck des geistigen Standhaltens gegenüber dem Totalitarismus. Das Symbol stellte für die nationalsozialistische Ordnung stets eine Herausforderung dar. Die autonome Kraft des zivilen Widerstands bestand darin, die physische Integrität (Schutz von Verfolgten) und die Identität der besetzten Gesellschaften (ethische und politische Werte) zu bewahren.

Widerstand gegen eine bewaffnete Macht zu leisten, heißt, anders zu kämpfen und originelle Formen der unbewaffneten Opposition zu erfinden, die sie aus ihrer eigenen kulturellen und sozialen Geschichte schöpften. Der Kampf ohne Waffen erfordert zuerst einmal die Überwindung der eigenen Angst. Es handelt sich dabei um die tiefste Angst, die ein Mensch empfinden kann: diejenige, das eigene Leben zu verlieren. Um mit leeren Händen einer totalitären Gewalt die Stirn bieten zu können, muss diese Todesangst überwunden werden. Das ist einer der Gründe dafür, warum der Kampf ohne Waffen nicht allzu weit verbreitet ist. Wer sich waffenlos der Gewalt entgegenstellt, muss anstelle der Waffe über eine außergewöhnliche moralische Kraft verfügen. Nichts konnte innerhalb und außerhalb des überfallenen Landes besser eine rebellische Legitimität, Synonym der Freiheit, verkörpern. Wenn die Bevölkerung eines besetzten Landes lernt, Solidarität zu üben, einig zu sein, kurz, keine Angst mehr zu haben, verliert der Besatzer, wenn nicht seine Macht, so doch zumindest seine Autorität.

Warum und wie ließen sich Männer und Frauen auf einen Kampf ohne Waffen gegen einen bis an die Zähne bewaffneten Feind ein, einen Feind, dem jeglicher Sinn für Moral abging? Um Widerstand zu leisten, reicht es nicht aus, den Willen dazu zu haben, sondern es ist auch nötig zu wissen, wie. Indes verfügten die europäischen Völker über keinerlei Wissen, auf das sie hätten zurückgreifen können. Sie waren ohne Verteidigungsmöglichkeit und standen dem Feind sozusagen „nackt“ gegenüber.

Der zivile Widerstand richtete sich höchst selten direkt gegen die Besatzungsmacht, dazu waren die Machtmittel zu ungleich verteilt. Und er besaß auch nicht die Mittel, sie aus den eroberten Gebieten zu vertreiben. Das Ziel dieses spontanen Kampfes bestand vor allem darin, die gemeinsame Identität der angegriffenen Gesellschaft oder die darin enthaltenen „konstituierenden Werte“ zu bewahren. Den Widerständlern ging es darum, ihre eigene rebellische Legitimität gegen die Besatzungsmacht zu behaupten. Semelin: „Der zivile Widerstand war ein hervorragendes Mittel, um die Kluft, wischen dem faktischen Zustand der militärischen Herrschaft und dem geistigen Zustand der politischen Unterwerfung zu vertiefen“.

Protest in Frankreich

Es dauerte allerdings, bis die Franzosen gegen antijüdische Maßnahmen der Vichy-Regierung aufbegehrten. Erst mit Beginn der Deportationen im Sommer 1942 regte sich die Öffentlichkeit. In Paris versuchten es junge Menschen gegen die Einführung des gelben Sterns mit Solidaritätsdemonstrationen, indem sie diese Maßnahme ins Lächerliche zogen: Sie schnitten sich Papiersterne zurecht, auf die sie „Neger“ schrieben, oder hefteten den gelben Stern ihrem Hund an, wenn sie mit ihm spazieren gingen.

Ein ähnliches Beispiel wie in Chambon ereignete sich in Nieuwlande, einem niederländischen Dorf in der Provinz Drenthe. Hier waren es Landwirte und fromme Christen, die bislang keinen Kontakt zur jüdischen Bevölkerung gehabt hatten, die der Verfolgung durch die deutschen Besatzer nicht tatenlos zusehen wollten und beschlossen, so viele ihrer jüdischen Landsleute wie möglich zu retten. Es gelang ihnen, alle 117 Einwohner ihres

Dorfes zu überzeugen, dass jedes Haus entweder eine Familie oder mehrere Kinder aufnehmen müsse, um sie vor der bevorstehenden Deportation ins Lager Westerbork zu schützen. Sie organisierten ein Netzwerk von Helfern. Die Gedenkstätte Yad Vashem ehrte alle 117 Retter als Gerechte unter den Völkern. Nieuwlande ist damit neben der französischen Gemeinde Le Chambon-sur-Lignon einer von weltweit nur zwei Orten, die eine solche kollektive Auszeichnung erhalten haben.

Dänemark leistete fast kollektiv Widerstand

Die bemerkenswerteste Solidaritätsbewegung der gesamten Geschichte des Holocaust war zweifellos die Rettung der Juden in Dänemark: 95 Prozent der jüdischen Gemeinde konnten gerettet werden, wobei die Rettung im Stil eines Heldenepos ablief – die Evakuierung der Juden mit Schiffen nach Schweden. Beteiligt an dieser Rettungsaktion waren die dänische Regierung wie das dänische Volk gleichermaßen.

Die Gründe für die Rettungsaktion in Dänemark lagen in der Tatsache, dass das Land weitgehend frei von Antisemitismus war und über einen hohen sozialen Zusammenhalt seiner Bevölkerung verfügte. Juden waren in Dänemark vollständig als Mitglieder der Nation angesehen, umso weniger tendierte die Regierung dazu, antisemitische Gesetze zu erlassen, und erst recht, Deportationen zu organisieren. Die dänische Regierung vertrat gegenüber Berlin einen festen politischen Grundsatz: Partei für die Juden zu ergreifen hieß, einen Grundpfeiler der dänischen Verfassung zu verteidigen, nämlich die rechtliche Gleichstellung aller Bürger.

Vielleicht liegt in dieser Haltung auch die Erklärung dafür, dass manchen Berichten zufolge König Christian X. den gelben Stern getragen haben soll. Doch dies ist eine Legende. Tatsächlich wurde der gelbe Stern in Dänemark nie eingeführt. Was wohl der Wahrheit entspricht, ist, dass der König damit drohte, ihn zu tragen, für den Fall, dass dieser in Dänemark eingeführt werden sollte.

Innerhalb nur weniger Tage war die Rettung der Juden für viele Dänen zu einer nationalen Angelegenheit quer durch alle Schichten geworden. Es war ein Lehrstück darüber, „welch ungeheure Macht in gewaltloser Aktion und im Widerstand gegen einen an Gewaltmitteln vielfach überlegenen Gegner liegt“, so Hannah Arendt in ihrem Essay „Eichmann in Jerusalem“. Das Beispiel Dänemark wurde so zum Beweis dafür, dass Solidarität auch im nationalsozialistischen Europa, in direkter Nachbarschaft zu dem zum System erhobenen Verrat, noch existieren konnte. Es beweist, dass ein kleines, unbewaffnetes Volk, dem der Antisemitismus fremd geblieben war, die Möglichkeit hatte, die teuflische Logik des Holocaust zu durchbrechen.

Finnland und Bulgarien retteten fast alle ihre Juden

Dänemark stand nicht allein, sich dem antisemitischen Wahn der Deutschen zu widersetzen: Auch das mit Deutschland verbündete Finnland weigerte sich, dem deutschen Druck nachzugeben und seine 2000 Juden zur Deportation bereitzustellen.

Ähnlich war es in Bulgarien. Hier drohte Bischof Kiril damit, eine Kampagne des zivilen Ungehorsams zu beginnen, wobei er bereit war, sich persönlich vor die Deportationszüge zu legen, falls der Operationsplan ausgeführt werden sollte. Die bulgarischen Juden entkamen der Deportation. Und in einem für das besetzte Europa einzigartigen Akt schlug die Regierung im August 1944 die gesamte antisemitische Gesetzgebung des Landes nieder.

Was Deutschland betraf, so ist belegt, dass die deutsche Gesellschaft die Übergriffe auf die Juden weitgehend zuließ, nicht aber die auf geistig Behinderte. Es gab eine „Meinungsbewegung“ zugunsten der Letzteren, nicht aber zugunsten der Ersten.

Auch wenn Tausende mit Hilfe des zivilen Widerstands ihrem Schicksal entkamen, so muss man doch konstatieren, dass angesichts der europaweit in der „Endlösung“ erreichten Zahlen die Wirksamkeit der vom zivilen Widerstand angewandten Verfahren (von der Verweigerung der Zusammenarbeit der Juden selbst bis zur aktiven Solidarität mit ihnen) durchaus anzuzweifeln sind. Der Holocaust stand am Ende einer Entwicklung antisemitischer Kräfte, deren tiefgreifende Wurzeln bis weit vor den Krieg zurückreichten. Sie wuchsen in dem Maße an, als das internationale Umfeld der Judenverfolgung gegenüber gleichgültig blieb. Zu mehr als Schadensbegrenzung kam es nicht. Auch die Alliierten, obwohl über den Judenmord im Bilde, unternahmen nichts Wesentliches, um deren Vernichtung zu verhindern. Vor dem Hintergrund des totalen Krieges stellte Auschwitz aus ihrer Sicht kein strategisch relevantes Ziel dar.

Der zivile Rettungswiderstand war ungleich wirkungsvoller als nichts zu tun. Die Effizienz des zivilen Widerstands darf man nicht ausschließlich im Licht dänischer Ereignisse beurteilen.

Die selbstlosen Helfer sind Helden ihrer Zeit und das kostbarste moralische Kapital, das die europäischen Gesellschaften besitzen, weil sie die Ehre ihrer Mitbürger und der Menschheit während der barbarischsten Zeit bewahrt haben. Es waren zumeist einfache Menschen, die nie die Berühmtheit eines Oskar Schindler oder Raoul Wallenberg erreicht haben, gar nicht erreichen wollten, die allerdings über einen moralischen Kompass verfügten, der geeignet war, das ganze Universum zu retten.

Die Hilfsmaßnahmen der „Gerechten unter den Völkern“ erfolgten meist individuell; gleichwohl gab es auch ganze Netzwerke. Die einzelnen wurden von ihrem Gewissen und von humanitären Motiven, manchmal auch von religiöser Überzeugung geleitet, kamen aus allen sozialen Schichten. In verschiedenen Fällen halfen antifaschistische Untergrundgruppen verfolgten Juden, hauptsächlich durch das Ausfindigmachen von Verstecken.

Die Judenhelfer haben von ihren Rettungsmaßnahmen nie Aufheben gemacht. Sie handelten allein nach ihrem „guten“ Gewissen, besaßen einen unbestechlichen Sinn für Gerechtigkeit, zogen keinen persönlichen Vorteil aus ihrer Hilfe. Den stillen, „unbesungenen“ Helden wurde höchst selten ein Denkmal gesetzt. Das hat nunmehr Jacques Semelin mit seiner Studie getan. Durch die humanitäre Dimension der Judenretter gewinnt dieses zeitgeschichtliche Verhalten an Kontur. „Chasidai Umot Haolam“ lautet der hebräische Titel, mit dem Yad Vashem die Judenretter auszeichnet. Er besagt im vollen Wortlaut: „Die Gerechten unter den Völkern der Welt haben einen Platz in der kommenden Welt“. So steht es im Talmud.

Semelins Studie folgt mehr als einem historischen Interesse, sein Motiv speist sich auch aus der tiefergehenden, ethisch und strategisch gestellten Frage nach den Möglichkeiten einer Gesellschaft, Aggressionen (seitens einer militärischen Besatzung oder einer totalitären Macht) auch ohne Waffen entgegenbringen zu können. Aus seiner Untersuchung ergeben sich Fragen von nicht zu leugnender Aktualität: Was haben wir heute zu verteidigen? Wie begründet sich unsere heutige Identität? Welches sind die Werte, die es verdienen, im Falle einer die Sicherheit und Integrität unserer Gesellschaft bedrohenden Krise verteidigt zu werden?

Jacques Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa, Wallstein Verlag Göttingen 2021, 281 S., 34 Euro.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Der evangelische Pastor, der als Jude abgeholt wurde

Paul Leo war evangelisch-lutherischer Pfarrer. Seine jüdischen Vorfahren waren bereits vor mehreren Generationen zum Christentum konvertiert. Vor dem Rassenwahn der Nazis und der Deportation 1938 schützte ihn das aber keinesfalls. Er überlebte das KZ und verstarb in seiner Fluchtheimat USA.

Paul-Leo-Straße in Osnabrück

Von Carsten Linden

Paul Leo trug nicht zufällig den Namen des Evangelisten Paulus. Er stammte aus einer christlichen Familie in Göttingen und war evangelisch-lutherischer Pastor.

Seine Tochter Anne erinnerte sich 2010 in einem bisher nicht publizierten Buchmanuskript daran wie Uniformierte am frühen Morgen des 10. November 1938 Paul Leos Pastorenamt neu definierten: „Where he's going, ‚Herr Pastor' will do him no good … Maybe if he were a real Lutheran pastor. But him ... he's nothing but a Jew!" Er wurde also als Jude betrachtet, was als Abwertung gemeint war, und wurde dann nach kurzer Gestapo-Haft für knapp zwei Monate in das Konzentrationslager Buchenwald verbracht.

Tatsächlich hatten seine beiden Elternteile jüdische Vorfahren. Mütterlicherseits hatte mit Paul Leos Ururgroßmutter, der Komponistin Fanny Hensel, das familiäre Christentum begonnen. Auch väterlicherseits war man seit Generationen getauft. Paul Leos Tochter schrieb zu diesen jüdischen Wurzeln: „Of course Vati was a real Lutheran pastor. And of course his ancestors were Jewish … and Vati loved to tell … about them."

Das persönliche Thema seines – möglichen – eigenen Jude-Seins begleitete Paul Leos Leben (1893-1958) schon seit er in den 1920er Jahren Pastor geworden war. Von dem Vielen, das geschah, sei exemplarisch seine erste Pastorenstelle bei der Hannoverschen Landeskirche in den 1920er Jahren auf Norderney erwähnt: Nach 1933 wurde eilfertig sein Name aus einer Gedenksteininschrift der dortigen Kirche entfernt, gleichwohl nach 1945 wieder eingefügt, was übrigens an der etwas helleren Schrift bis heute zu sehen ist.

Paul Leo mit seiner zweiten Frau Eva

Parallel zum Pastorendienst waren die 1920er Jahre für Paul Leo eine Zeit der Bildung und des Netzwerkens. So verfasste er eine Inaugural-Dissertation über das frühe christliche Mönchswesen. Tatsächlich scheint in Paul Leos eigenem Leben die von ihm untersuchte mönchische Demut als ein Annehmen der Wagnisse des Lebens auf. Auch knüpfte er auf zahlreichen Konferenzen Kontakte, etwa zum evangelischen Amtsbruder Otto Piper, dem nebenbei die Universität Hannover im kommenden Jahr 2022 ein Symposium widmen wird. Paul Leo sollte damit nach seiner Emigration in die USA im Jahr 1939 einen Anlaufpunkt haben, denn Otto Piper hatte Deutschland zusammen mit seiner Frau, die als Jüdin galt, schon vorher in Richtung USA verlassen müssen. Otto Piper organisierte Paul Leo dann tatsächlich eine längerfristige Anstellung und nahm die Tochter Anne für ein Jahr in Pflege, so dass Paul Leo sich beruflich profilieren konnte.

Mehrere Pastoren jüdischer Abstammung um Hannover

Zuvor im Deutschland der 1930er Jahre war Paul Leos Pastorenstelle in Osnabrück eine Bündelung von staatlich direkt finanzierten Teilstellen, die er als Jude bis 1935 alle verlor. Die Konversion und Assimilierung seiner Familie hatte ihm beruflich also nichts genutzt. Eine Selbstdefinition als Nichtjuden brachte auch den anderen Pastoren jüdischer Herkunft der Hannoverschen Landeskirche, Bruno Benfey (Göttingen), Rudolf Gurland (Gifhorn) und Gustav Oehlert (Rinteln) nichts und sie wurden ebenso entlassen. Paul Leo, der seit 1935 bei reduzierter Bezahlung in einer großen Osnabrücker Kirchengemeinde arbeitete, deren sechs weitere Pastoren alle Bekenntnispfarrer waren, durfte 1938 seinen letzten Konfirmandenjahrgang noch selbst konfirmieren und trat danach sofort in den Ruhestand. Ein paar Monate später wurde er in Buchenwald inhaftiert und erhielt als einer der ersten Häftlinge ein niederländisches Visum, das er kurz nach seiner Entlassung nutzte und über die Niederlande zusammen mit seiner Tochter in die USA emigrierte.

Paul Leos erste Frau war bald nach der Geburt dieser Tochter verstorben. Eine Paul Leo nahestehende Freundin reiste ihm über Umwege in die USA nach. Beide bekamen nach der Heirat zwei weitere Kinder und lebten bis zu Paul Leos Tod zusammen.

Späte Ehre in den USA

Nach der zeitlich befristeten, von Otto Piper besorgten Stelle kam Paul Leo 1945-1950 doch wieder als Pastor unter. Von den texasdeutschen evangelischen Gemeinden der Orte Crabapple und Cave Creeks wurde Paul Leo als gemeinsamer Pastor angestellt, gerade weil er Deutscher war und damit Gottesdienste und Kinderlehre in deutscher Sprache garantierte. Seine jüdischen Wurzeln waren für seine Anstellung kein Hindernis, mögen vielleicht ein Pluspunkt gewesen sein, was sich aber aus den Quellen nicht mehr erschließen lässt.

Einmal mehr kam seine Netzwerker-Kompetenz zum Tragen, indem er über Vortragsreisen Kontakt zu einem kleinen lutherischen College in Dubuque (Iowa) knüpfte, wohin er 1950 als Professor fürs Neue Testament berufen wurde. Nach seinem Tod wurde das Eingangsportal des Colleges nach ihm benannt und ist bis heute dort zu sehen.

Das blutigste antijüdische Pogrom der Nachkriegsgeschichte

Die Tragödie von Kielce jährt sich in diesem Juli zum 75. Mal

Von Benjamin Tschernuchin

Das Pogrom von Kielce, das blutigste aller Pogrome nach 1945: Der Verlauf der Tragödie, wurde, so scheint es, minutiös rekonstruiert, die Erinnerung an die Opfer wurde verewigt, die Schuldigen sind bekannt (oder waren sie bloß festgelegt?), dennoch bleiben viele offene Fragen…

Am 1. September 1939 lebten in Polen 3,3 Millionen Juden. Im Gegensatz zu den Juden in der UdSSR hatten sie eine Vorstellung davon, was sie unter den Nazis erwartete. Und so zogen die Kolonnen jüdischer Flüchtlinge nach Osten. Die sowjetischen Behörden hinderten die polnischen Juden zunächst nicht daran, ins Land zu kommen, dann schlossen sie doch noch die Grenzen und schickten sie manchmal sogar zurück. Dennoch konnten mehr als 300.000 Juden aus Polen in die Sowjetunion gelangen. Im Juni 1940 begannen in der UdSSR großangelegte Deportationen von „sozial gefährlichen Elementen“ und Flüchtlingen, darunter mehr als 80 % Juden. So wurden etwa 100.000 jüdische Flüchtlinge in die nördlichen Regionen des Landes deportiert – was ihnen später allerdings das Leben rettete. Nach Kriegsende durften sie nach Polen zurückkehren.

Bis zum Sommer 1946 waren in Polen 250.000 Juden registriert: 25.000 überlebten in Polen selbst, 30.000 kehrten aus den Lagern zurück und der Rest waren Repatriierte aus der UdSSR. Die Rückkehr verlief nicht reibungslos; dafür gab es viele Gründe – von der mangelnden Bereitschaft der ehemaligen Nachbarn, das angeeignete Eigentum zurückzugeben, bis hin zur Identifizierung von Juden mit „fremder Macht“ (vom Triumvirat Boleslaw Bierut - Jakub Berman - Hilary Minc, das das Land bis Mitte der 1950er Jahre führte, war nur Boleslaw Bierut Pole). Von November 1944 bis Dezember 1945 wurden 351 Juden ermordet, hauptsächlich in Kleinstädten und auf den Straßen.

Nur ein Prozent

Das konnte jedoch nicht verglichen werden mit dem, was am 4. Juli 1946 in Kielce geschah. Vor dem Krieg waren ein Drittel der Stadtbevölkerung – 25.000 Menschen – Juden. Nach dem Holocaust kehrten etwa 250 Menschen zurück, von denen die meisten im Haus Nr. 7 in der Planty-Straße untergebracht wurden, wo sich das Jüdische Komitee der Stadt befand.

Auslöser für das Pogrom war das Verschwinden des achtjährigen Henryk Blaschik am 1. Juli 1946. Sein Vater meldete dies der Polizei, doch zwei Tage später kehrte das Kind zurück. In der gleichen Nacht tauchte erneut ein stark betrunkener Vater auf der Polizeiwache auf und behauptete, sein Sohn sei von Juden entführt und in einem Keller festgehalten worden, aus dem er geflohen sei (später stellte sich heraus, dass der Junge ins Dorf geschickt wurde, wo ihm beigebracht wurde, was er sagen soll). Am nächsten Morgen begann ein Pogrom, das 42 Menschen das Leben kostete. Die Schuld wurde den örtlichen Schlägern und dem antikommunistischen Untergrund zugeschrieben. Bereits am 9. Juli 1946 erschienen 12 Angeklagte vor den Teilnehmern der Außensitzung des Obersten Militärgerichts. Am 11. Juli wurden neun von ihnen zum Tode und jeweils einer zu lebenslanger Haft, zehn und sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Beerdigung der Opfer sagte der Minister für öffentliche Sicherheit, Stanislaw Radkevich, dass das Pogrom „das Werk der Abgesandten der polnischen Regierung im Westen und General Anders mit Unterstützung der Militanten der Armia Krajowa“ war (Armia Krajowa, oder Heimatarmee, war während des Zweiten Weltkrieges eine militärische Widerstangsorganisation in Polen, die gegen die deutsche Besatzung und später gegen das sowjetische Regime kämpfte, - Anm. D. Übers).

Die Beisetzung der Opfer des Pogrom von Kielce

Nur wegen eines Gerüchtes

Was geschah eigentlich am 4. Juli 1946 in dieser Stadt 170 km südlich von Warschau? Am Morgen ging eine Polizeipatrouille zum Haus Nr. 7 in der Planty-Straße und informierte unterwegs interessierte Passanten, wohin sie gingen und was den jüdischen Hausbewohnern vorgeworfen wurde. Erwartungsgemäß versammelte sich bald ein mordlustiger Mob vor dem Gebäude. Gegen 10 Uhr wurde das Haus von Abteilungen der Polnischen Volksarmee und des Korps der Inneren Sicherheit umstellt, die jedoch keinen Versuch unternahmen, die aggressive Menge zu zerstreuen. Wie der Assistent des Leiters vom Jüdischen Komitee, Alpert, aussagte, eröffneten die Soldaten das Feuer auf die Fenster des Hauses, schlugen die Tür ein, verhörten die Bewohner und beschlagnahmten legale Waffen. Dann begannen sie, auf die Bewohner des Hauses zu schießen. So wurde der Leiter des Jüdischen Komitees, Kahane, getötet.

Während dieser ganzen Zeit versuchten die Behörden nicht mal, etwas zu unternehmen, um das Massaker zu stoppen. Der Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit, Major Vladislav Sobczynski, ergriff keine Maßnahmen. Gegen Mittag traf Staatsanwalt Jan Wrzeszcz am Tatort ein, aber das Militär ließ ihn nicht durch und weigerte sich, die Menge zu zerstreuen. Die Soldaten ließen auch nicht zu, dass zwei Priester zu den Menschen sprechen. Erst als eine neue Armeeeinheit einige Schüsse in die Luft abgegeben hat, half das, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Polizisten begannen, die getöteten und verwundeten Juden ins Krankenhaus zu bringen. Bis Mittag hatten sich etwa 2.000 Menschen vor dem Gebäude versammelt und riefen „Tod den Juden!“ Der Polizeisergeant Vladislav Blachut verlangte, dass die Bewohner das Haus verlassen; sie weigerten sich jedoch, auf die Straße zu gehen. Daraufhin schlug er ihnen mit dem Griff eines Revolvers auf die Köpfe und rief: „Die Deutschen haben es nicht geschafft, euch zu vernichten, aber wir werden ihre Arbeit zu Ende bringen.“ Gegen 12.30 Uhr durchbrachen etwa 200 Arbeiter des Stahlwerks Huta Ludwikow, bewaffnet mit Metallrohren und Stöcken, die Absperrung, brachen in das Haus ein und begannen, Juden zu töten. Mehr als 20 Menschen wurden getötet. Die gesamte Stadt wurde von antijüdischer Gewalt erschüttert. Auch mehrere Polen, die für Juden gehalten wurden, fielen den Pogromverbrechern zum Opfer. Drei weitere Katholiken starben beim Versuch, jüdische Nachbarn zu schützen. Erst einige Stunden später versammelte Sobczynski jüdische Familien aus verschiedenen Stadtteilen und brachte sie zum Hauptquartier der Volksmiliz. In allen Krankenhäusern, in die die Opfer des Pogroms gebracht wurden, wurden Wachen positioniert, da sich mittlerweile auch dort aggressive Menschenmengen versammelten. Am Abend trafen weitere Militäreinheiten in Kielce ein, und in der Stadt wurde eine Ausgangssperre verhängt. Mehr als 100 der an dem Pogrom Beteiligten wurden festgenommen, darunter 34 Soldaten und Offiziere der Armee sowie sechs Beamte der Abteilung für öffentliche Sicherheit. Gegen sechs Uhr abends endete das Pogrom. Alle Juden der Stadt, einschließlich der Verwundeten, wurden am nächsten Tag vom Zentralkomitee der polnischen Juden in einem gepanzerten und bewachten Zug nach Warschau evakuiert.

Selbst Polizisten und Soldaten waren beteiligt

Die Beteiligung von Soldaten und Polizisten am Pogrom ist eine erwiesene Tatsache. Es existiert allerdings auch eine Version, die besagt, dass die Tragödie von den zuständigen sowjetischen Behörden angezettelt wurde. Dies wird in dem autobiografischen Buch eines Häftling von Auschwitz, eines ehemaligen hochrangigen Offiziers der polnischen Spionageabwehr Michal (Moshe) Henczynski erwähnt, der nach den Ereignissen von 1968 in die USA emigrierte. Zur Begründung seiner Version schreibt er, dass „einige Tage vor dem Pogrom in Kielce Michail Alexandrowitsch Demin, ein hochrangiger sowjetischer Geheimdienstoffizier, als Berater eintraf“. Die „Judenfrage“ lag in seiner Zuständigkeit; 1964 wird er unter diplomatischem Deckmantel als Resident nach Tel Aviv geschickt. Henczynski behauptet, dass Demin der Kurator von Sobczynski war, wobei Sobczynski vor seiner Ernennung in Kielce durch einen seltsamen Zufall Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit in Rzeszow war, wo im Juni 1945 ebenfalls ein jüdisches Pogrom stattfand, und ebenfalls mit der völligen Passivität der lokalen Sicherheitsbeamten.

Wer war also Vladislav Sobczynski? Kommunist mit 7 Klassen Schulbildung, politischer Gefangener, der zu Kriegsbeginn in die UdSSR flüchtete, dort die NKWD-Schule abschloss (NKWD - Volkskommissariat für innere Angelegenheiten in der UdSSR bis 1946, danach MWD – Ministerium des Inneren, - Anm. d. Übers.), Berufsoffizier wurde und im Herbst 1944 über die Front nach Lublin versetzt wurde. Der Dienst in der Staatssicherheit war durchaus mit antisemitischen Ansichten verbunden. Sobczynski kam mit der mangelnden Reaktion auf die Pogrome in Rzeszow und Kielce davon, wurde jedoch 1952 von den Behörden entlassen. Diesmal war der Grund zu ernst: der Sicherheitsbeamte wurde beschuldigt, als Offizier der Volksarmee (Armee Ludowa) Juden getötet zu haben. So musste Sobczynski, zu dieser Zeit Leiter des Büros für ausländische Pässe des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, seinen Posten räumen. Bald fand man für ihn allerdings eine neue Anstellung - als Militärattaché der Volksrepublik Polen in Bulgarien.

Sowjetische Inszenierung?

Aber all das geschah später, und Mitte der 1940er Jahre fand Sobczynski vollauf Gefallen an der Idee von Pogromen, die den Gegnern der „Volksmacht“ zugeschrieben werden konnten. Es spielte auch seinen sowjetischen Bossen in die Hände. Henczynski legt offen dar, dass die Sowjets die Hauptprofiteure des Pogroms in Kielce waren: „Antisemitische Demonstrationen in Polen dienten als Vorwand, die Kontrolle über den polnischen Staatssicherheitsapparat zu stärken, und zeigten, dass Polen und selbst polnische Kommunisten nicht in der Lage sind, in ihrem Land die Ordnung aufrechtzuerhalten. Außerdem rechtfertigte dies jede politische Repression und ließ sie gar als notwendig erscheinen, um antisemitische Stimmungen in der Bevölkerung zu unterdrücken.“ Wir dürfen nicht vergessen, dass es 1946 war, und Stalin, so Henchinsky, versuchte, Polen als ein anarchistisches Land darzustellen, dessen Besetzung durch die Sowjets die antisemitischen Gewaltorgien gestoppt hätte.

Ein weiterer Zufall, der möglicherweise keiner war: am 1. Juli begannen bei dem Internationalen Tribunal in Nürnberg die Anhörungen zur Ermordung polnischer Kriegsgefangener in Katyn. Sowjetische Staatsanwälte versuchten dieses Verbrechen des NKWD den Nazis anzulasten. Erst 1990 bekannte sich die UdSSR zu ihrer Verantwortung. Und im Juli 1946 lenkte das Pogrom in Kielce von Nürnberg ab und kam den Sowjets sehr gelegen, da es die Polen in ein schlechtes Licht rückte.

Es gab auch innenpolitische Gründe. Am 30. Juni 1946 fand in Polen ein Referendum statt, das die zukünftige Ausrichtung des Landes festlegen sollte. Es hieß, die Kommunisten setzten sich durch, die Unregelmäßigkeiten und falsche Abstimmungen waren jedoch offensichtlich. Daher hat das der Opposition zugeschriebene blutige Pogrom einerseits die demokratischen Kräfte kompromittiert und andererseits den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit verlagert.

Zahlreiche führende Spezialisten der neusten Geschichte Polens vertreten diese These der sowjetischen Spur des Pogroms in Kielce. Bezeichnend ist, dass die erste historische Veröffentlichung zu diesem Thema erst 1981 in der Wochenzeitung „Solidarność“ veröffentlicht wurde. 1988 zerstörte ein Brand Hunderte von Dokumenten aus den Archiven des Amtes für Öffentliche Sicherheit in Kielce, was den Forschern die Arbeit erschwerte. Anfang der 1990er Jahre untersuchte das Institut für Nationales Gedenken Polens die Umstände des Pogroms; es wurden dabei keine Hinweise auf eine Beteiligung der sowjetischen Seite gefunden. Dies ändert nicht die Tatsache, dass das Pogrom für Moskau von Vorteil war; akademischer Anstand erlaubt es jedoch nicht, jemanden zu beschuldigen ohne dies durch Dokumente belegen zu können. Allerdings befindet sich eine Reihe von Unterlagen zu diesem Fall immer noch in den FSB-Archiven (FSB, Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation, ist Inlandgeheimdienst und Teil des früheren KGB – Komitee für Staatssicherheit, - Anm. d. Übers).

Den Juden Polens brachte das Pogrom in Kielce die letzte Klarheit. Wenn von Juli 1945 bis Juli 1946 etwa 50.000 Juden das Land verließen, wanderten allein im Juli 1946 ca. 20.000 Menschen aus, im August etwa 30.000 und im September weitere 20.000 Juden. Das vorletzte Kapitel in den Annalen der Juden Polens begann. Letzteres kommt im März 1968...

Ein Wiedersehen gab es nicht

Vom Abschied in Duisburg bis zum Tod in Auschwitz: Die Briefe von Johanna und Sally Kaufmann an ihren Sohn Walter Kaufmann aus den Jahren 1939 – 1943

Dr. Joseph Ludger Heid hat ein spannendes Buch zu Walter Kaufmann (oben links) veröffentlicht.

Von Ruth Bamberg

Handgeschriebene, nicht immer leicht zu entziffernde Texte aus der Sütterlinschrift zu übertragen und in den Rechner einzugeben, ist eine mühselige Arbeit – und in diesem Fall eine quälende dazu, weil es um ein Schicksal dreier Personen geht, ein Schicksal, das berührt, das nicht kaltlassen kann. Dr. Joseph Heid hat sich als Herausgeber des vorliegenden Briefkonvoluts dieser Mühe unterzogen: Er hat die von dem Schriftsteller Walter Kaufmann als Jugendlicher gesammelten Briefe seiner Eltern in Berlin aufgespürt, transkribiert und nunmehr veröffentlicht. Es sind Briefe und Karten, die die Eltern Kaufmann ihrem exilierten Sohn Walter in den Jahren 1939 bis 1943 nach England und Australien schrieben. Heid hat sie Wort für Wort in die moderne Schriftform übertragen, Briefe, die allesamt eine Person betreffen, die selbst gar nicht mit auch nur einer einzigen Zeile zu Wort kommt – der Sohn Walter. Walter Kaufmanns Briefe und Karten, die er seinen Eltern schrieb, sind verloren. Ob die Eltern die Lebenszeichen ihres Sohnes mit in die Lager Theresienstadt und Auschwitz nehmen konnten?

Walter Kaufmann hatte Jahrzehnte keine Pläne, was eines Tages mit den Briefen geschehen sollte. Sie gelangten im Jahre 1956 an Bord eines DDR-Schiffes an ihren Ausgangspunkt – nach Deutschland – zurück, als Walter Kaufmann vom Olympia-Komitee der DDR als Dolmetscher berufen und sein spärlicher Besitz von Sydney nach Deutschland überführt wurde. Nachdem er sich in Berlin/DDR niedergelassen hatte, wurden sie in der Wohnung Walter Kaufmanns zunächst in Kleinmachnow bei Berlin, später am Märkischen Ufer in Berlin-Mitte aufbewahrt. Im Jahre 2008 überließ er das Briefkonvolut der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, als Vorlass. Hier fanden sie ihr endgültiges Domizil und Heid sein Thema.

Es sind insgesamt 144 Poststücke – Briefe, Karten, Päckchen –, die Johanna und Sally Kaufmann ihrem Sohn zukommen ließen, Zeugnisse von mutigen Eltern, die sich aus Liebe von ihrem Sohn trennten, um ihn in schwerster Zeit in Sicherheit zu wissen. Die Briefe und Karten atmen den Geist inniger Zuneigung, handeln auch von gütigen, anständigen Menschen, die in Großbritannien einem jungen Menschen Zuflucht und die Chance auf ein neues Leben gewährten.

Es sind aufwühlende Szenen, die sich am Morgen des 19. Januar 1939 auf dem Duisburger Hauptbahnhof abspielen. Weinende Mütter, weinende Kinder, Abschiedsschmerzen. Peinlich berührt sind die Reisenden, die mehr oder wenig zufällig Augen- und Ohrenzeugen dieses Abschiedsszenarios werden und mitbekommen, was sich auf dem Perron ereignet. Johanna Kaufmann ist glücklich, dass ihr Sohn Walter nach Großbritannien darf, und zugleich unglücklich über die Trennung.

Der 15-jährige Walter Kaufmann kann nicht erfassen, nicht einmal ahnen, dass dies ein Abschied für immer sein wird. Er würde die geliebte Mutter, den Vater nie mehr wiedersehen. In seine Heimatstadt Duisburg, in der er sein bisheriges Leben verbracht hat, würde er vorläufig nicht mehr zurückkehren. Erst als erwachsener Mann wird er die Stadt seiner Jugend und seiner Eltern wiedersehen. Und das wird ein schwieriges, schmerzliches und ernüchterndes Wiedersehen sein, eine Wiederbegegnung, die mit Trauer und Enttäuschungen verbunden ist, Wunden aufreißt, die nie wirklich geheilt werden.

Für die zurückbleibende Johanna Kaufmann bedeutet der Abschied von ihrem Sohn der Beginn einer Leidenszeit, die nie mehr enden sollte. Für den jungen Walter bedeutet England Sicherheit, Leben und das Ende der Verfolgung, gleichzeitig aber auch Abschied, Trennung, der Verlust der Heimat. Ängste aller Art treten zu Tage, das sind Ängste, die vielfach als Folgen eines traumatischen Identitätsverlustes beschriebenen Depressionen und Beziehungsstörungen, – wozu noch das Schuldgefühl der Überlebenden gehört, das in der Wissenschaft als „survivors guilt“ bekannt ist.

Die Eltern von Walter Kaufmann, das sind Johanna Kaufmann und ihr Mann Dr. Sally Kaufmann, von den NS-Behörden mit Berufsverbot belegt, gewesener Anwalt und Notar, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Duisburgs, die im Begriff war, sich aufzulösen.

Er, Sally Kaufmann, handelt im Auftrag der Nazi-Behörden, der Gestapo, auf deren Geheiß, und nicht aus eigener Machtvollkommenheit. Er selbst verfügt über keine Macht. Die Nazis haben ihn heimtückisch zu ihrem Werkzeug gemacht, ihn sozusagen als Geisel genommen. Welch eine Erniedrigung für einen unbescholtenen Mann, seinen eigenen Glaubensgenossen die Nachrichten über deren Deportation mitteilen zu müssen. Johanna und Sally Kaufmann werden ermordet, Walter Kaufmann überlebt den Holocaust in Australien in britischer Internierung und anschließendem Militärdienst und beginnt nach Kriegsende ein intensives, erfülltes Leben als anerkannter Schriftsteller.

Kindertransport ab 1938 nach Großbritannien

Es ist nach dem November-Pogrom des Jahres 1938 für die Eltern Kaufmann – Sally Kaufmann wird für einige Wochen als sog. Schutzhäftling nach Dachau deportiert – ein Gebot der Stunde, dass Sohn Walter so schnell wie möglich Deutschland verlassen soll. Mehr als 10.000 Kinder und Jugendliche werden zwischen Dezember 1938 und dem Kriegsbeginn im September 1939 mit dem sogenannten Kindertransport nach Großbritannien gerettet. Einer davon ist Walter Kaufmann, der an seinem 15. Geburtstag am 19. Januar 1939 vom Duisburger Hauptbahnhof seine Reise in das rettende Großbritannien antritt.

Es sind Nachrichten, die sie im Zeitraum vom 19. Januar 1939 bis zum 24. Juni 1943 ihrem Sohn Walter zunächst nach „Otterden near Faversham“ in der Grafschaft Kent zusenden, dann (ab Sommer 1940) in die unwirtlichen Gefangenenlager Hay und Tatura im Südwesten bzw. Nordwesten Australiens, versenden. Zwei Personen schreiben fast täglich Briefe oder Reichspostkarten: Dr. Sally Martin Kaufmann ist beinahe 53 Jahre alt, als er seine Korrespondenz beginnt, seine Ehefrau Johanna steht vor ihrem 49. Geburtstag.

Nach dem Eintritt Großbritanniens in den Krieg mit Deutschland wird der nunmehr sechzehnjährige Walter Kaufmann – wie all die anderen mit einem Kindertransport aus Nazi-Deutschland nach Großbritannien geflohenen deutsch-jüdischen Jugendlichen – zum „feindlichen Ausländer“ erklärt und unter schikanösen Umständen mit Hun-

derten anderen deutschen Flüchtlingen nach Australien deportiert.

Nachdem Walter Kaufmann aus britisch-australischer Gefangenschaft entlassen ist und viereinhalb Jahre Dienst in der australischen Armee getan hat, beginnt er ein aufregendes Leben, ein komplexes Schriftstellerleben, das ihn über die Jahrzehnte durch die Kontinente führt. Und dabei beobachtet er gut und verdichtet seine Beobachtungen in seinen Erzählungen. In seinen häufig autobiografischen Storys scheinen auch immer wieder die Erinnerungen an seine geliebten Eltern auf.

In Großbritannien lebt und kümmert sich zwar ein „Pflegevater“ mit Namen Hugo Daniels um ihn, doch vermag Walter Kaufmann zu ihm kein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dieser Mann, „Onkel Hugo“ manchmal auch „Mr. D.“ genannt, ist Eigentümer einer international tätigen Spedition, dem es nicht gelingt, eine Ausreisemöglichkeit für die Eltern Kaufmann zu erreichen.

Die Briefe und Postkarten, die Johanna und Sally Kaufmann ihrem Sohn Walter in dessen Exiljahren in England und Australien schreiben, hat Walter Kaufmann, wie er einmal sagte, aus „Liebe zu den Eltern“ aufgehoben. Er hat die Briefe seiner Eltern wie den sprichwörtlichen Augapfel gehütet, hat sie bei seiner eigenen Deportation bei sich getragen, durch die Irische See, auf dem Militärtransporter „Dunera“ mit all den deutschen Gefangenen an Bord, der deutschen Torpedos trotzte, entlang der gesamten westafrikanischen Küste um das Kap der Guten Hoffnung durch den Indischen Ozean bis in das entlegene Australien. Später dann trägt er sie als angeheuerter Seemann erneut über die Weltmeere hin und her.

Bis zum Novemberpogrom des Jahres 1938 hatten Deutschlands Juden alle möglichen Erniedrigungen und Demütigungen erfahren müssen. Doch das alles war nur ein Vorspiel von dem, was noch an Horror folgen sollte. Von all dem findet sich in den Kaufmannschen Briefen kein Wort, allenfalls zwischen den Zeilen in vager Andeutung.

Etwa 100.000 deutschen Juden gelingt es noch, bis Kriegsbeginn ins Ausland zu entkommen. Doch viele können die Mittel nicht aufbringen oder erhalten keine Auswanderungspapiere. Zu diesen zählen Johanna und Sally Kaufmann, allen Bemühungen zum Trotz. Manche mögen sich trotz allen Elends immer noch nicht von ihrer Heimat trennen. Es ist für den, der das Ende kennt, bedrückend zu lesen, wie sich die Hoffnung der Eltern, ausreisen zu können, durch die Briefe zieht, eine Hoffnung, die immer aufs Neue enttäuscht wird.

Alltags-Banalitäten

Die Briefe und Karten von Johanna und Sally Kaufmann handeln von der Sorge um ihren minderjährigen Sohn. Die Eltern haben derweil die zuversichtliche Erwartung auf ein baldiges Wiedersehen mit ihm. Die Briefe handeln zugleich von der Hoffnung der Eltern, mit ihrem Sohn in einem anderen Land noch einmal neu beginnen zu können.

Inhaltlich spiegeln die postalischen Nachrichten der Eltern nicht annähernd die tatsächlichen Bedrückungen wider, denen sie als Juden ausgesetzt sind. Das mag seinen Grund in der Bemühung haben, den Sohn nicht mehr zu ängstigen, als er ohnehin besorgt ist. Es sind zumeist sachlich gehaltene Berichte, in ihrer Diktion vorsichtig formuliert, sprachlich abgewogen. Erzählt wird vom Alltag in Duisburg, und es sind Handreichungen für den Sohn, damit er sich in der Fremde besser zurechtfindet. Anrede- und Grußformeln sind über alle Maßen persönlich, intim, zärtlich, wenn von „innigst“, „allerliebst“, „herzlichst“, „tausend Küsse“ die Rede ist – sprachliche Superlative.

Dem Sohn wird so weit als möglich Normalität vorgegaukelt: Unbeschwertes „gemütliches“ Zusammensein mit Freunden und Verwandten, mit denen man Kaffee trinkt, Kartoffelsalat mit Würstchen isst, Belanglosigkeiten, Klatsch und Tratsch sind die tonangebenden Nachrichten von Haus zu Haus. Von antijüdischen Maßnahmen des Regimes, die sich auf die noch in Duisburg lebenden Juden und damit auch auf die Kaufmanns unmittelbar auswirken, ist in den Briefen wenig oder nichts zu lesen. Das eigentlich Furchtbare findet sich in den Briefen und Karten nicht wieder, scheint allenfalls zwischen den Zeilen auf – bedrückend für den heutigen Leser, der um das historische Geschehen weiß.

Die letzte Nachricht der Eltern datiert vom 24. Juni 1943 – dem Tag ihrer Deportation. Die elterlichen Briefe erstrecken sich über einen Zeitraum von viereinhalb Jahren, dies waren zugleich Jahre, in denen sich das Schicksal des deutschen Judentums und mit ihm das der Kaufmanns auf tragische Weise entschied. Über das Konzentrationslager Theresienstadt werden die Eltern kurz darauf nach Auschwitz verschleppt und wohl am Tage ihrer Ankunft ins Gas gestoßen.

Walter Kaufmann bekannte einmal, dass kein Tag vergehe, an dem er nicht an seine Eltern denke, die in Auschwitz ermordet wurden, während er, weit entfernt auf der anderen Seite der Erdkugel, in einem britischen Internierungslager in Australien ausharren musste, auf Nachrichten seiner Eltern hoffend, und erst Jahre später vom grausamen Schicksal seiner Eltern erfuhr.

Das Briefkonvolut von Johanna und Sally Kaufmann bildet ein geschlossenes Korpus, das mit dem Tag der Abreise von Sohn Walter am 19. Januar 1939 nach England beginnt und mit dem letzten Lebenszeichen der Eltern, dem Tag ihrer „Abreise“ nach Theresienstadt am 24. Juni 1943 endet.

Niemals ist auch nur von einem einzigen nichtjüdischen Nachbarn die Rede, der Empathie für die verfolgten Juden gezeigt hätte. In den Kaufmannschen Briefen spiegelt sich nicht nur eine „typische“ deutsch-jüdische Familiengeschichte, sondern die Korrespondenz erzählt en miniature die deutsch-jüdische Beziehungsgeschichte in ihren tragischen Facetten. Es ist zugleich eine Geschichte der großen jüdischen Wanderung in den 1930er und 1940er Jahren.

Die Juden, das Volk der Diaspora

Die hier vorgestellten Briefe wurden vor mehr als fünfundsiebzig Jahren geschrieben, die ältesten vor über achtzig Jahren. Es sind „einfache“ Briefe, die die Eltern an ihren heranwachsenden Sohn geschrieben haben, der gerade erst fünfzehn Jahre alt geworden war. Einfache, ungestelzte und schnörkellose, nicht für die Nachwelt geschriebene Briefe, einfach, nicht im (ab)wertenden Sinne gemeint, und ursprünglich nicht verfasst in der Absicht, diese eines fernen Tages vor einem breiteren interessierten Publikum zu veröffentlichen. Wer eine intellektuelle, literarische Tiefe in den Briefen sucht, muss zwangsläufig enttäuscht werden. Es sind Briefe des gewöhnlichen Alltags.

Die Briefe von Johanna und Sally Kaufmann erzählen eine Geschichte von Leid (und unvollendetem) Glück, von einer scheinbaren Normalität, die es so nicht gab. Indes ist es eine Geschichte, die sich tatsächlich so ereignet hat. Eine Geschichte, die von Flucht und Emigration handelt, von geglückter und misslungener. Und von Mord. Eine Geschichte, die von furchtbaren Lebensschicksalen berichtet. Nichts ist frei erfunden. Die Briefe Johanna und Sally Kaufmanns sind für die allgemeine wie für die jüdische Geschichte wichtig und bedeutsam. Eine Geschichte, die sich auch anderswo genauso oder so ähnlich abgespielt haben mag.

Die Heidsche Dokumentation zeigt überdeutlich, wie wenig Nachbarn, Kollegen, Freunde und Bekannte bereit waren, den so grausam Verfolgten zu helfen. Und später – in geschenkter Freiheit – darauf angesprochen, wollte keiner etwas von Verfolgungen und Drangsalierungen mitbekommen haben? Wie verlogen das war, war nach 1945 in vielen deutschen Familien zu erfahren. Man hat es gesehen und gewusst, wer es denn wissen wollte. Ob in Duisburg, ob in Hamburg oder Celle, ob in Berlin oder Weimar. Der Novemberpogrom fand nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und in Weimar wusste jeder, dass oben auf dem Berg, nahe an Goethes Gartenhaus, ein KZ mit Namen Buchenwald war. Und in Celle wusste auch jedermann, dass in Bergen-Belsen kein Erholungsheim stand. In Hamburg, und nicht nur hier, hat man sich nach dem Abtransport der jüdischen Nachbarn aus dem Hausrat bedienen dürfen. Ganz offiziell und mit deutscher Gründlichkeit organisiert. Aber nach dem Kriegsende waren dann alle ahnungslos.

Der Leser weiß mehr als die Schreibenden

Der Zeitgenosse von heute, der den Verlauf und das grausame Ende der Geschichte kennt, kann die Briefe nur mit großer Beklemmung und Erregung lesen. Er verfügt über ein Wissen, das die Menschen damals nicht hatten, die nicht im Entferntesten auch nur ahnen konnten, was das Schicksal für die zu wehrlosen Opfern herabgewürdigten Juden bereithielt, ein Schicksal, das jede menschliche Fantasie übersteigt.

Walter Kaufmann, hochgeehrter Schriftsteller, ist kurz vor Erscheinen der vorliegenden Edition am 15. April 2021 in Berlin gestorben. Er wurde 97 Jahre alt. Welch ein Leben!

Mit der Herausgabe der Kaufmannschen Briefe hat L. Joseph Heid der Familie Kaufmann ein beeindruckendes Denkmal gesetzt! Man kann dem Buch nur viele Leser wünschen, nicht nur Leser aus Duisburg!

L. Joseph Heid (Hg.): Johanna Kaufmann/ Sally Kaufmann: „Alles Schreiben hat ja das Ziel, daß wir drei wieder zusammenkommen“. Nachrichten an den Sohn Walter Kaufmann 1939-1943, Klartext Verlag, Essen 2021, 413 S., 24,95 Euro.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

1,33

JÜDISCHE RUNDSCHAU

LESEZIMMER

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement: 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung.

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H.
Berlin N. 54, Auguststr. 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 29 | Berlin, 27. Tammuz 5666 — 20. Juli 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Rede des Abgeordneten Dr. Schemarjah Lewin in der Duma über Bialystok
(Aus dem Russichen übersetzt)

Bezalel
Ein Brief von Prof, Boris Schatz

Rundschau
Hottentotte mosaischer Konfession
Tohleranz
Otto Ernst
Hessische Judenverfassung
Theodor Herzl-Strasse
Aus Holland
Die Vorgänge in Russland
Bader und Küster
Verwarnung und Todesurteil
Sinaihalbinsel

Lustige Ecke
Golusblüten

Kleine Mitteilungen

Feuilleton
Das Schulgespenst
Von Leo Lewanda (Fortsetzung)
Uebers. von Dr. William Zeitlin.

Beilage: Aus d. zion. Bewegung
The Jewish Colonial Trust
Federation of American Zionists
Aus den Ortsgruppen
Berlin — Leipzig — Königsberg — [illegible] burg — Duisburg — Mayen — München — Wien
Nachtrag zum Krakauer Zionistentag
Nationalfond

Literaturblatt No. 14

Concession für die Judenschaft der Stadt Mannheim von 1765

Literaturbericht
Kadimah

Notizen
Semiten und Sumerier
Maler David Cohn
Hebräische Manuskripte
Mocattabibliothek
Neue Ausgrabungen

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

Ein Hauch des alten jüdischen Istanbuls in Tel Aviv

Ein Gespräch mit drei türkischen Juden, die im Zuge der jüdischen Abwanderung aus der sich stark islamisierenden Türkei Alija nach Israel gemacht haben.

Von Ilgin Seren Evisen

Im Vergleich zu vielen anderen jüdischen Gemeinden weltweit konnte die jüdische Gemeinschaft in der Türkei frei von staatlich organisierten Pogromen gedeihen. Das gilt vor allem für die sephardische Gemeinde, die den größten Teil der türkischen Gemeinschaft bildet. Die kemalistische Regierung pflegte keine antisemitische Staatsdoktrin, im Gegenteil, jüdische Intellektuelle und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler waren gern gesehen und brachten europäische Standards in die akademische Bildungslandschaft.

Im Zuge der zunehmenden Re-Islamisierung des Landes änderte sich dies, und antisemitische Tendenzen, Übergriffe und Attacken auf jüdische Einrichtungen nahmen zu. Geht man davon aus, dass vor der Gründung Israels 1948 in der Türkei 120.000 Jüdinnen und Juden lebten, sind dies aktuell nach Schätzungen nur noch circa 18.000 (Stand 2016).

Mit Gründung des Staates Israels setzten Einwanderungswellen aus vielen jüdischen Gemeinden der Welt ein. Eine Zeit, in der sich der Wunsch nach einer Heimat aller Menschen jüdischer Kultur zu verwirklichen schien. Die Sehnsucht nach dem „Heimatland“ und die Euphorie für Israel waren in der jüdischen Gemeinschaft sehr präsent. In verschiedenen Einwanderungsschüben wanderten nun unterschiedliche Volksgruppen der jüdischen Gemeinschaft wie Sephardim („Sefarat“ zu Türkisch), kurdische Juden, Karäer und Aschkenasim aus der Türkei nach Israel aus.

Die Geschichte der türkischen Alija, der Auswanderung oder Rückkehr nach Israel, beginnt somit 1948. Neben den vielen antisemitischen Übergriffen und Hass in den sozialen Medien sind es aber auch andere Gründe, die türkische Jüdinnen und Juden dazu bewegen, im Zuge der Alija nach Israel auszuwandern.

Drei Vertreter des türkischen Judentums aus den verschiedenen Einwanderungswellen lassen wir heute zu Wort kommen. Sie erzählen uns, wie sie ihre Alija erlebten, was sie zu diesem Schritt bewog und wie sie bis heute die Unterschiede beider Länder wahrnehmen.

Einige türkische Juden sitzen zwischen zwei Stühlen und haben Heimweh nach ihrer Alijah.

Yakup Barokas ist 74 Jahre alt und verfügt als einstiger Chefredakteur der türkisch-jüdischen Zeitung „Şalom“ über weitreichende Kenntnisse der türkisch-jüdischen Gemeinschaften in der Türkei wie in Israel:

„Ich bin türkischer Jude, Sepharde, und arbeitete in der Türkei als Rechtsanwalt und als Chefredakteur der türkisch-jüdischen Zeitung ‚Şalom‘. 1980 machte ich meine Alija nach Israel, 1993 kehrte ich in die Türkei zurück. 2016 kehrte ich wiederum nach Israel zurück.

Yakup Barokas

Das ist nun quasi meine zweite Alija nach Israel, das erste Mal lebte ich 13 Jahre in Israel und konnte so sehr gut Ivrit lernen. Die Alija der türkischen Juden verlief in mehreren Wellen. Mit der Gründung des Staates Israel begann die erste. Alle waren euphorisch und voller Hoffnung. Mit jeder größeren Krise in der Türkei folgten weitere Migrationsbewegungen. Ich vermute, dass bei der ersten Welle 36.000 türkische Juden für ihre Alija nach Israel aufbrachen. Seit den 2000er Jahren wandern weniger türkische Juden nach Israel ein, schließlich hat auch die Zahl der Juden in der Türkei durch die vorherigen Einwanderungswellen stark abgenommen. Ich gehe von circa 400 Juden jedes Jahr aus. Heute leben vielleicht noch 12.000 türkische Juden in der Türkei. Grund für die Einwanderungswelle der eher jüngeren türkischen Juden seit den 2000er Jahren ist der aufkeimende Antisemitismus. Anders als die ältere Generation empfand sich diese junge Generation als türkisch, sprach schon kein Ladino mehr, jedoch sehr gut Türkisch, verfügte über gute Abschlüsse und erlebte dennoch Ausgrenzung und Marginalisierung. Sie wurden weiterhin von ihren türkischen Mitbürgern als „fremd“ angesehen. Ihnen wurde klar, dass sie trotz ihrer Erfolge und gelungenen Integration nie ganz dazugehören würden. Auch politische Ereignisse wie der Gaza-Konflikt führen in der Türkei dazu, dass antisemitische Ressentiments aufkommen.

Andere Gründe für die Alija sind natürlich auch wirtschaftlicher Natur. Viele Mitglieder der türkisch-jüdischen Gemeinschaft verfügen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, um ihren Kindern in der Türkei eine sehr gute Ausbildung zu ermöglichen. Sie wollen, dass ihre Kinder es in der Zukunft besser haben und eine gute Ausbildung bekommen. Da liegt es dann nahe, auszuwandern. Wobei der größte Teil der türkischen Juden nach Amerika oder Großbritannien auswandert, es ist ein eher kleinerer Teil, der die Alija nach Israel wagt. Es ist für niemanden einfach, seine gewohnte Umgebung, sein Herkunftsland zu verlassen. Auch für mich war es das nicht. Und Ivrit ist keine einfache Sprache. Der Staat unterstützt Einwanderer sehr, die ersten sechs Monate gibt es 10.000 Dollar und zahlreiche kostenlose Sprachkurse und Steuererleichterungen. Wir sind ein buntes Land, es gibt jemenitische, russische, türkische, französische Juden, also Menschen aus aller Welt. In der ersten Generation waren diese Unterschiede noch zu sehen und zu fühlen, ich fühlte mich als türkischer Jude. Bei meiner Enkelin sieht das schon anders aus. Sie fühlt sich als Israeli und die Türkei ist für sie nur noch das Land, aus dem der Großvater kam und das wir öfter bereisen. Wir türkischen Juden sind auch hier in Israel eine geschlossene Gemeinschaft, so waren wir es in der Türkei auch. Wir ziehen es vor, uns eher bedeckt zu halten und nicht allzu sehr in den Staatsdienst zu drängen.

Mir als türkischem Juden fehlt Istanbul, wie bestimmt vielen anderen auch. Aber Israel hat einen sehr viel höheren Lebensstandard, der technologische Fortschritt ist unschlagbar, und es ist hier einfacher für mich, meine jüdische Identität zu leben.“

Lina, 26, Dozentin, stammt aus Istanbul und forscht in Tel Aviv zum Thema Antisemitismus:

„Meine Familie hat 500 Jahre lang in der Türkei gelebt. Wir sind sephardische Juden und meine Eltern sprechen noch Ladino. Ich wiederum kann es nicht mehr. Ich habe in der Türkei und in Kanada Politikwissenschaften studiert und hatte in der Türkei ein privilegiertes Leben. Meine Alija ist nicht religiös motiviert, wir türkische Juden sind überwiegend säkular. Für mich gab es verschiedene Gründe, wieso ich mich zu diesem Schritt entschloss. Als junge jüdische Frau war es nahezu unmöglich, in der Türkei eine Karriere zu machen. Mein Vater und mein Freund waren nach Israel ausgewandert, und so kam mir ebenfalls die Idee, meine Alija zu machen. Der Staat unterstützt Einwanderer finanziell und durch kostenlose Sprachkurse. Mein Leben hier ist nicht so privilegiert wie in Istanbul, aber es ist insgesamt bequemer. Seit zwei Jahren lebe ich nun hier, genieße das bunte Miteinander in Tel Aviv, wo wir am Strand – Juden und Araber – friedlich zusammensitzen können. Es fällt mir schwer, zu sagen, dass ich in der Türkei viel Antisemitismus erlebte. Ich werde auch hier öfter danach gefragt, aber so oft erlebte ich dies nicht. Meine Identität konnte ich offen leben und mein Umfeld akzeptierte mich, wie ich bin. Sobald es zu Kritik an Israel kam, keimte allerdings der Antisemitismus im Land auf, denken wir an Gaza oder an andere international wahrgenommene Probleme. Aber das wurde für mich persönlich nicht zum Problem. Ich reise vor allem im Sommer gerne in die Türkei, weil ich das Land liebe, und es nicht so heiß ist wie hier. Ich fühle mich als Türkin mit jüdischer Identität und Religion. Natürlich habe ich hier mehr Freiheiten als in der Türkei, kann mich frei äußern, habe einen Job an der Uni, an der ich zu Antisemitismus forsche. Ich kann in der Stadt radeln, in Istanbul ein Ding der Unmöglichkeit.

Wir Türken sind hier super vernetzt, das stärkt uns. Wir haben auch einen eigenen Verein „Türkiyeliler birligi“ (Vereinigung der Türkeistämmigen), mein Vater engagiert sich dort ehrenamtlich. Es gibt hier auch Gegenden, in denen überwiegend türkische Juden wohnen: Ramat Aviv, Bat Yam, Raanana und Rishon Letziyon.

Die türkische Gemeinschaft ist überschaubar, wir kennen uns hier alle und kannten uns zum Teil schon vorher aus Istanbul, aber hier sind wir enger zusammengerückt. Ich bin glücklich hier, aber halte mir auch die Option offen, vielleicht irgendwann wieder in der Türkei zu leben, in der ich mich immer noch zugehörig fühle.“

Baruch, 29, verlor im Jahr 2003 bei Attentaten auf jüdische Einrichtungen in der Türkei Familienangehörige. Für ihn waren es weniger wirtschaftliche Motive, die ihn zu seiner Alija bewogen, sondern alltäglich erlebter Antisemitismus, der ihn bei seiner Entscheidungsfindung beeinflusste:

„Auch wenn ich mich als Kosmopolit und Humanist bezeichne, so muss ich betonen, dass wir Juden nun mal eine Nation sind und das ist einer der Gründe, weshalb ich auswanderte. Ich bin nicht besonders religiös, aber obwohl ich einer wohlhabenden Familie entstamme, bekam ich in der Türkei immer zu spüren, dass ich einer Minderheit angehörte. Um mich zu schützen, musste ich oft meine jüdische Identität verheimlichen und verlor 2003 bei Angriffen auf jüdische Einrichtungen Familienangehörige und Freunde. Als Kind wollte ich Präsident werden. Je älter ich wurde, desto klarer wurde mir, dass ich das als Jude in der Türkei niemals erreichen konnte. Man würde mich nicht wählen. Ich hatte keine Chance, meinen Kindheitstraum zu verwirklichen. Ich fühlte mich somit immer mehr als Bürger zweiter Klasse. Andere Gründe für meine Alija waren politischer und wirtschaftlicher Natur. Schon vor zehn Jahren zeigte sich der wirtschaftliche und politische Absturz der Türkei; es war klar, dass es immer schlimmer werden würde. Hier in Tel Aviv arbeite ich in einer High-Tech-Firma, bin beruflich sehr erfolgreich, kann Geld anlegen; in der Türkei konnte ich nichts dergleichen.

Ein weiterer Grund war meine Unabhängigkeit. Hier in Israel kann ich ohne meine Familie leben, muss nicht bei meinen Eltern wohnen. Ich kann mich verwirklichen.

Da ich hier in Israel Familie habe und der Staat Neuankömmlinge unterstützt, war es für mich nicht so schwer, Fuß zu fassen. Ich spreche auch sehr gut Englisch und mein Ivrit ist inzwischen auch recht flüssig, auch wenn es nicht perfekt ist. Ich lebe nun in einem Land, in dem ich frei und unabhängig bin, das wirtschaftlich stabil ist und, was wirklich einzigartig ist: Ich bin wichtig für meinen Staat. Jeder hier ist es und das empfinden wir auch so. Ich bin zu 100 % sicher, dass der Staat mich schützt! Ich habe es nie bereut, hierhergekommen zu sein, im Gegenteil, ich bin sehr stolz auf mich.“

Die jüdische Gemeinde der Türkei hat viele Erfinderinnen und Erfinder, Intellektuelle sowie Geschäftsleute hervorgebracht. Mit der sich nun verstärkenden Auswanderung der wenigen Mitglieder der verbliebenen jüdischen Gemeinschaft geht ein großer Teil dieses kulturellen Erbes für die Türkei verloren. Es bleibt abzuwarten, ob vielleicht zu stabileren wirtschaftlichen und politischen Zeiten eine Rückwanderung einsetzt oder ob die 500-jährige Geschichte des sephardischen Judentums in der Türkei gegebenenfalls enden wird.

Israels libysche Gemeinde

Die von unseren Medien kaum thematisierte Vertreibung von Juden aus fast allen arabischen Ländern hat auch in Libyen zur nahezu vollständigen Auslöschung jüdischen Lebens geführt. Israel ist vielen der ehemals libyschen Juden zur neuen Heimat geworden. Hier ein kurzer Bericht über ihr Leben im Gelobten Land.

Von Rachel Avraham (Israel Heute)

Obwohl es heute keine Juden mehr in Libyen gibt, hatte dieses mehrheitlich arabische Land einst eine blühende jüdische Gemeinde, die bis ins Jahr 323 v. Chr. zurückreicht. Nachdem jedoch bei einem großen Pogrom 1945 über 140 Juden getötet und fast alle Synagogen des Landes geplündert wurden und bei den darauffolgenden Unruhen 1948 12 Juden getötet und 280 jüdische Häuser zerstört wurden, erklärte der ehemalige israelische Generalkonsul Dr. Yitzhak Ben Gad in einem Exklusivinterview mit „Israel Heute", dass „90 % der libyschen Juden nach Israel einwanderten."

Bald nach dem Sechs-Tage-Krieg und Gaddafis Aufstieg zur Macht verschlechterte sich die Situation der libyschen Juden weiter, was zum Exodus der gesamten libyschen jüdischen Gemeinde führte. Heute kann man libysche Juden an vielen Orten außerhalb Libyens finden: „Einige von ihnen leben in Aschkelon, einige in Bat Yam, einige in Nord- und Südisrael, aber die meisten in Netanja."

Alles verloren, aber eine jüdische Heimat gewonnen

„Sie kamen nach Israel, und sie begannen ein schwieriges Leben im neu gegründeten jüdischen Staat Israel", betonte Ben Gad. „Am Anfang lebten sie in Zelten und Hütten. Aber die Menschen beklagten sich nicht, weil sie verstanden, dass dies Schritte zum Kommen des Messias sind. Sie akzeptierten all diese Schwierigkeiten mit Liebe. Schließlich, so sagten sie, wurde der Traum vieler Generationen wahr. Endlich gab es wieder ein jüdisches Heimatland im Heiligen Land."

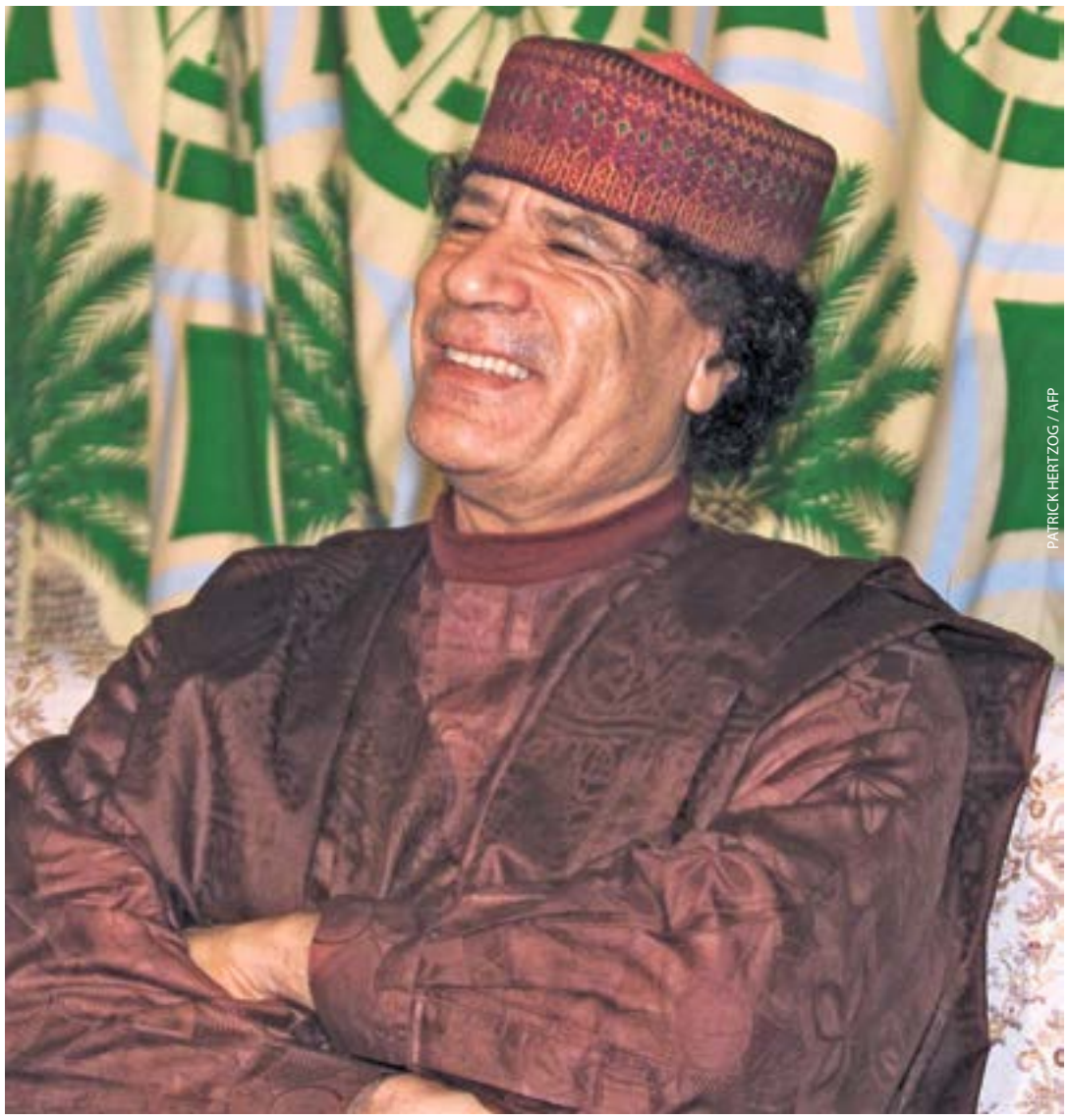
Laut Ben Gad sind etwa eine Viertelmillion Bürger Israels libyscher Abstammung: „Die libyschen Juden versuchen heute, ihre Kultur zu bewahren und ihre Vorväter nie zu vergessen. Wenn man die libysche Synagoge in Netanja besucht, kann man die Kultur und den Geist der Juden aus Libyen noch spüren. Die Sha'ar Tzedek Zagaar Darna-Synagoge in der Be'eri-Straße ist eine der berühmten libyschen Synagogen. Die gleiche Synagoge gab es auch in Libyen und sie wurde hier nachgebaut. Die Synagoge in der Be'eri-Straße hat eine Thorarolle, die aus Libyen kommt und Wunder für kranke Menschen, Menschen mit Eheproblemen usw. bewirkt. Leute, die Wunder sehen wollen, gehen zu dieser Synagoge in der Be'eri-Straße."

Das „Center for Libyan Jewish Heritage" fügte hinzu, dass es viele Legenden über diese besondere Thorarolle gibt: „Der Überlieferung nach wurde die Zagaar-Darna-Schriftrolle in den Tagen von Esra (etwa 458 v. Chr.) geschrieben. Nach der Zerstörung des Zweiten Tempels wurde sie von Exilanten aus Judäa nach Alexandria gebracht." Als in Alexandria Unruhen ausbrachen, wurde die Thorarolle der Legende nach gerettet und nach Darna gebracht: „Diese heilige und uralte Thorarolle wurde zu einem Pilgerzentrum für libysche Juden, und sie wurde auch von den lokalen Arabern wegen ihrer Heiligkeit verehrt."

Pilgern zur heiligen Thorarolle

Die Thorarolle wurde von einer libyschen jüdischen Familie nach Israel gebracht, die sie ursprünglich in ihrem Schrank aufbewahrte. Der Legende nach hörten sie jedoch seltsame Geräusche, die aus der Thorarolle kamen, und dies veranlasste sie, die Thorarolle sofort der Synagoge zu übergeben. Jedes Jahr am Rosch Hodesch Elul wird die Rolle in der Synagoge ausgestellt, begleitet von großen Feierlichkeiten. Libysche Juden aus dem ganzen Land pilgern zu dieser Synagoge, nur um neben dieser großen und verehrten Thorarolle zu beten.

Offenbar ist die Sha'ar Tzedek Zagaar Darna-Synagoge nicht die einzige Synagoge in Israel, die einer libyschen Synagoge nachempfunden ist. Laut Ben Gad „gibt es in Moshav Zeitun in der Nähe von Lod eine weitere Synagoge namens Bushayaf. Es ist die gleiche Geschichte. Sie haben dasselbe gebaut, was sie in Libyen geliebt hatten."



PATRICK HERTZOG / AFP

Mit der Machtübernahme Gaddafis 1969 erlebte die Verfolgung und Diskriminierung libyscher Juden ihren Höhepunkt. Gaddafi ordnete an, dass jeglicher jüdische Besitz zu enteignen sei und alle Schulden, die Nichtjuden bei Juden hätten, hinfällig seien. Obwohl Gaddafi ein Ausreiseverbot verhängte, gelang den allermeisten libyschen Juden in den folgenden Jahren die Flucht ins Ausland. Seit dem 21. Jahrhundert leben schließlich gar keine Juden mehr in Libyen.

„Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die libyschen Juden gerne alles tun, um ihre Herkunft und ihre Geschichte nicht zu vergessen", betonte Ben Gad. „In der Stadt Bar Yehuda gibt es die Weltorganisation der libyschen Juden. Wer dort hingeht, sieht so viele Gegenstände und so viele Bücher über die Juden Libyens, ihre Herkunft, ihre Bräuche, ihre Kultur und alles, was mit ihnen zu tun hat, einschließlich der Kleidung, die sie früher trugen, der Thorarollen, die sie in Libyen benutzten, usw. Hunderte von Gegenständen wurden dort gesammelt. Jeder, der dorthin geht, wird mehr über die libysche Gemeinde erfahren. Ich empfehle jedem Israeli, dorthin zu gehen und mit eigenen Augen die Kultur, die Geschichte und die Ursprünge der libyschen Juden zu sehen."

Laut Ben Gad haben die libyschen Juden einen großen Beitrag zur jüdischen Kultur im heutigen Israel geleistet: „Das Lied ‚Bar Yachai' wurde in Libyen im 15. Jahrhundert geschrieben. Der spanische Rabbi Shimon Lavie schrieb das Lied Bar Yachai über Rabbi Shimon Bar Yachai. Dieses Lied wird in jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt gesungen. Das Lied wurde geschrieben, als er Libyen auf dem Weg ins Heilige Land besuchte. Heute singen alle Juden dieses Lied." Außerdem fügte Ben Gad hinzu, dass die libyschen Juden einen weiteren großen Beitrag zum Weltjudentum leisten: „Rabbi Shimon Lavie sah, dass es in Tripolis nicht genug Gebetsbücher gab. Also beschloss er, dass der Vorbeter das Amidah-Gebet laut aufsagt, für die Menschen, die keine Bücher haben. Bis heute gibt es einige Synagogen, in denen der Rabbiner die Amidah laut vorliest, so wie sie es vor Jahrhunderten taten. Das war eine libysche jüdische Tradition."

Das Rosata-Getränk aus Mandeln

Wenn man Netanja besucht, kann man beobachten, dass viele Verkäufer im Shuk (Markt) Rosata verkaufen, ein libysches Getränk. Die meisten Einwohner von Netanya trinken heute Rosata, unabhängig davon, woher ihre Familie stammt. So ist das Rosata-Getränk, das aus Mandeln hergestellt wird, ein weiterer kultureller Beitrag, den die libyschen Juden in den Staat Israel gebracht haben.

Wenn man die Kultur des libyschen Judentums aus erster Hand erleben möchte, dann sollte man das Chacho-Restaurant besuchen. Dieses in Netanja ansässige libysche Restaurant hat zwei Filialen, eine im Shuk und eine im neuen Industriegebiet. Die Filiale im neuen Industriegebiet wird von Vicky Vatouri geführt, die in einem exklusiven Interview mit „Israel Heute" betonte, dass „libysches Essen sehr lecker ist" und vorschlug, dass Touristen, die nach Netanja kommen, es unbedingt probieren sollten: „Unser erstes Restaurant wurde von meinem Vater im Shuk gegründet. Es waren die Rezepte meines Großvaters, die er an meinen Vater weitergab. Viele Jahre lang arbeitete mein Vater allein. Und dann, vor 13 Jahren, habe ich das Restaurant im neuen Industriegebiet von Netanja eröffnet. Es ist ein kleiner Familienbetrieb. Chacho ist ein bekanntes Restaurant in Israel. Auch in Be'er Scheva und Eilat kennt man uns."

Vatouri fügte hinzu: „Die Libyer essen im Allgemeinen drei Salate: Chirchi (Kürbissalat), einen Paprikasalat und einen Krautsalat. Das war es, was mein Vater in seinem Restaurant servierte. Es gab keinen Mayonnaise-Salat, Auberginen-Salat, Burghul-Salat, Karotten-Salat usw. Aber ich habe es erweitert, so dass es etwa 16 verschiedene Salate gibt. Als Kind aßen wir bei meiner Großmutter in der Regel Couscous, Mafrum (mit Fleisch gefüllte Kartoffel) und etwa drei Salate. Auch der Chreima-Fisch (ein spezieller libyscher Fisch, der in einer roten Soße gekocht wird) ist sehr lecker zum Kürbis. Er wird mit einem speziellen libyschen Brot gegessen, nicht mit Fladenbrot. Das ist das echte Essen der Libyer." Bei Chacho kann man einen Einblick in die kulinarischen Traditionen des libyschen Judentums bekommen, wie es früher im alten Land war: „Leider gibt es so ein Essen heute bei den Libyern in Israel nicht mehr zu Hause. Vielleicht nur noch wenn die Oma noch lebt."

„God Bless America!“

Juden im Kampf um die vor 245 Jahren verkündete Unabhängigkeit der USA

Von David Schimanowski

Dieses Lied, das zur inoffiziellen Nationalhymne der USA wurde, schrieb 1918 der aus Weißrussland stammende 19-jährige Soldat Irving Berlin (Israel Berlin). Es drückt die Dankbarkeit und Treue der amerikanischen Juden gegenüber dem Land aus, das für sie zu einem rettenden Zufluchtsort geworden ist. Im Laufe der Geschichte haben sie maßgeblich zur Prosperität der Vereinigten Staaten beigetragen. Heute streben amerikanische Juden schnelle Assimilation an und entfernen sich zunehmend nicht nur von ihrem Judentum, sondern auch von dem, wofür ihre Vorfahren gekämpft haben. Ein Grund mehr, daran zu erinnern.

Die Pioniere der Neuen Welt

In der Diaspora wurden Juden aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen auf brutale Weise verfolgt. Im 15. Jahrhundert war ihre Lage katastrophal; der Höhepunkt war die Verbannung der ganzen jüdischen Bevölkerung von der Iberischen Halbinsel, mit der Ausnahme der Marranen (Marranos) – den unter Zwang und Gewaltandrohung zum Katholizismus übergetretenen Juden. Bis zum 2. August 1492 sollten alle Juden Spanien verlassen (fünf Jahre später traf dieses Schicksal die portugiesischen Juden).

Am nächsten Tag begab sich Christoph Kolumbus auf die Suche nach einer Westroute nach Indien über den Atlantik. So entdeckte er die Bahamas und erreichte die Küste Mittelamerikas. Und zu Beginn des 16. Jahrhunderts erreichte die portugiesische Flotte Südamerika.

Manche vermuten, dass Kolumbus mütterlicherseits aus einer Marrano-Familie stammt. Der Marrano Louis de Santanel, Berater des Königs, lieh ihm 17.000 Dukaten und rüstete seine erste Expedition aus (die zweite wurde mit Geldern, die den vertriebenen und im Exil lebenden Juden abgenommen worden waren, finanziert). An den Reisen nahmen viele Marranos teil: Schiffsbesitzer Martin Alonzo und Vincent Janez, Verwandte von Kardinal Rodrigo Sanchez, die Schiffsärzte Marco und Bensal, der Übersetzer Luis de Torrez, Seefahrer, Matrosen. Unterwegs benutzte Kolumbus Navigationsbücher und Instrumente der Juden Abraham Zakuto, Jose Vetsingo und Moses.

Heimlich das Judentum praktizieren

Vertriebene Juden hatten keinen Frieden in Europa, viele hofften auf ein besseres Leben in Übersee. Anfangs war das nur für diejenigen möglich, die über beträchtliche Mittel und ein gewisses Maß an Abenteuerlust verfügten. Im Jahr 1508 berichtete ein kubanischer Bischof nach Spanien, dass auf jedem Schiff Sepharden und Marranos in der Kolonie ankamen, die Ladino sprachen und heimlich das Judentum praktizierten. Auf den Bahamas richteten sie die Zuckerproduktion ein, exportierten Naturfarben für Textilien aus Brasilien und handelten mit Edelsteinen. Die Inquisition erreichte die Juden jedoch auch in der Neuen Welt. Seit 1577 war es Juden verboten, sich in den spanischen Kolonien anzusiedeln, und 1654 vertrieben die Portugiesen sie von ihrem Boden.

Einige Juden ließen sich in der Karibik nieder und handelten mit Kolonialwaren. Zusammen mit den einheimischen Piraten kämpften sie gegen die spanische

John Trumbull, „Die Unabhängigkeitserklärung“ (1819)

WIKIPEDIA

Krone. Als die Niederlande, Frankreich und England begannen, für die Neuverteilung von Territorien in Amerika zu kämpfen, wurden sie von lokalen Sepharden unterstützt. Mitte des 17. Jh. halfen die Marrano-Korsaren Antonio de Corval und Simon de Casares Oliver Cromwell, Jamaika aus spanischem Besitz zu erobern. 1626 gründeten die Holländer New Amsterdam auf der Insel Manhattan, das zuvor von den Indianern gekauft wurde, und die West India Company (Niederländische Westindien-Kompanie) erlaubte den Juden, in dieser Stadt zu wohnen. Der erste Sepharde, der 1584 den nordamerikanischen Kontinent betrat, war Joachim Hans. Und 1621 kam der französische Jude Elias Legarde nach Virginia, um den Kolonisten den Weinanbau beizubringen. Drei Jahre später segelten 23 Sephardim nach New Amsterdam, das von den Briten bald in New York umbenannt wurde. 1687 entstand dort eine jüdische Gemeinde. Ihr Mitglied Moses Gomez kaufte ein Grundstück, auf dem er eine Synagoge, eine Mikwe und eine jüdische Schule errichtete. In Newport wurden eine prächtige Synagoge, ein jüdischer Club und ein Friedhof eröffnet. Religiöse Toleranz gegenüber den Juden manifestierte sich in Savannah, Philadelphia, Baltimore, und Charleston wurde zum Zentrum der größten sephardischen Gemeinde.

Die Aschkenasen kommen oder – für Freiheit und Unabhängigkeit!

Im Jahr 1740 verabschiedete das britische Parlament ein Gesetz zur Förderung der Einwanderung, das es Juden ermöglichte, sich nach sieben Jahren in den amerikanischen Kolonien einbürgern zu lassen. Um das Recht auf Staatsbürgerschaft zu erlangen, mussten 57 Pfund gezahlt werden, und Kinder, die in der neuen Heimat geboren wurden, erhielten die Staatsbürgerschaft automatisch. Allerdings hatten die Juden noch immer keine politischen Rechte und keine Freiheit des Binnenhandels. Seit Anfang des 18. Jahrhunderts kamen Aschkenasim, die Jiddisch sprachen, und Mitte des Jahrhunderts waren sie den sephardischen Juden zahlenmäßig überlegen. Neue Einwanderer wurden Handwerker, Bauern, Kaufleute, Schiffsbesitzer, Sklavenhändler, Finanziers. 1774 machte der Anwalt Isaac Abrahams seinen Abschluss am Columbia College und die Brüder Solomon und William Pinto erhielten medizinische Abschlüsse von der Yale University. Vor dem Unabhängigkeitskrieg (1775-1783) lebten in Nordamerika 2.000 Juden bei einer Gesamtbevölkerung von 2,5 Millionen.

Viele von ihnen schlossen sich den „Söhnen der Freiheit“ an – Befürwortern eines unabhängigen amerikanischen Staates. Einige mit England verbundene Kaufleute blieben der Krone hingegen treu. Juden beteiligten sich an Protesten gegen hohe Steuern und Zölle, an einem Boykott britischer Waren. Sie unterstützten aktiv den Kontinentalkongress, traten freiwillig in die von George Washington geführte Revolutionsarmee ein und bildeten 1779 ihr eigenes Bataillon. Juden waren tapfere Soldaten und talentierte Offiziere, vor allem Francis Salvador, Solomon Bush und Uriah Phillips, während Major Benjamin Nones und Colonel Jacob Franks im Washingtoner Hauptquartier dienten.

Francis Salvador, ein wohlhabender Sepharde aus London, war der erste Jude, der in den Kongress von South Carolina gewählt wurde. Im Sommer 1776 griffen die Verbündeten der Krone, die Indianer, plötzlich amerikanische Milizen unter der Führung von Oberst Salvador an und verwundeten ihn tödlich. Zu Ehren des ersten Juden, der für den Sieg der Revolution starb, wurde in Charleston ein Denkmal errichtet. Jüdische Patrioten leisteten der jungen amerikanischen Armee große finanzielle Unterstützung, indem sie sie mit Waffen, Munition, Uniformen, Nahrungsmitteln und Medikamenten versorgten. Der Unternehmer Haim Salomon, ein Einwanderer aus Polen, spendete große Summen an Synagogen. Er arrangierte Kredite für die Regierung von Banken auf der ganzen Welt und lieh in einem kritischen Moment des Krieges dem Kongress eigene Gelder. Er wurde von den Briten ins Gefängnis geworfen, erkrankte an Tuberkulose und starb mit 44 Jahren; seine Familie blieb in Armut zurück. 1784 erklärte Salomon auf antisemitische Verleumdungen in der Presse hin: „Ich bin Jude, das ist mein Volk, und ich glaube, dass wir alle Privilegien erhalten werden, die wir mit unseren Mitbürgern genießen wollen.“ Der US Postal Service hat eine Briefmarke mit seinem Bild und den Worten herausgegeben: „Financial Hero“. Und im Zentrum von Chicago steht eine Skulpturengruppe: George Washington hält die Hände seiner engsten Verbündeten - Superintendent R. Morris und Finanzier Haim Salomon.

Gershom Mendes-Seiksas, Gründer der portugiesischen sephardischen Gemeinde in New York, rief Juden auf, Amerikas Unabhängigkeit mit Waffen in der Hand zu verteidigen und ihr Eigentum im Namen des Sieges nicht zu schonen. Nachdem er Rabbiner in Philadelphia geworden war, setzte er sich weiterhin für die Unabhängigkeit der Kolonien ein. Bei der Ausarbeitung der US-Verfassung lehnte er die Voraussetzung ab, einer bestimmten Religion anzugehören, um ein staatliches und öffentliches Amt zu bekleiden. Er war an der Ernennung George Washingtons als erster Präsident der Vereinigten Staaten beteiligt. Und nach dem Krieg wurde er Kurator des Columbia College und gründete eine Reihe von Wohltätigkeitsorganisationen. 1790 überreichte die jüdische Gemeinde von Newport George Washington eine Begrüßungsrede, auf die der Präsident antwortete: „Mögen die Kinder des Stammes Abrahams, die sich auf diesem Land niedergelassen haben, weiterhin zu Recht die freundliche Haltung anderer Bewohner ihnen gegenüber genießen, wenn jeder sicher unter seinem eigenen Weinstock und Feigenbaum sitzen kann und nichts ihn bedroht.“

Die Wahrheit

Die US-Unabhängigkeitserklärung verkündete 1776: „Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören […]“. Aber die Emanzipation der Juden gestaltete sich in der Praxis nicht einfach. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden Einschränkungen für Juden in allen Staaten aufgehoben. Später sagte Präsident Theodor Roosevelt: „Unter all den Großmächten sind die Vereinigten Staaten ein Land, das von Anfang seiner nationalen Entwicklung an seine Pflicht gegenüber dem jüdischen Volk erkannt und die Gerechtigkeit für amerikanische Bürger jüdischer Herkunft und Glaubens anstrebte.“

Tatsächlich waren die Vereinigten Staaten anderen Ländern bei der Schaffung günstiger Bedingungen für Juden voraus, die wiederum eine entscheidende Rolle in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Technologie, Kultur und Sport der neuen Heimat spielten. 37 % aller amerikanischen Nobelpreisträger sind Juden. Gedenkmedaillen tragen die Namen von A. Einstein, J. Gershwin, E. Lazarus, B. Goodman, L. Bernstein, E. Wiesel, A. Miller, G. Houdini, B. Streisand, I. B. Singer, I. Stern und vielen Andere. Die Juden haben im amerikanischen Bürgerkrieg tapfer gekämpft, wobei 7.000 von ihnen in der Armee der Nordstaaten dienten (ca. 600 starben). Im Ersten Weltkrieg waren 250.000 jüdische Amerikaner Soldaten und Offiziere, darunter sechs Generäle und Admirale (über 10.000 sind gefallen). Während des Zweiten Weltkriegs dienten 556.000 Juden in der US-Armee; sie erhielten über 61.000 militärische Auszeichnungen (11.400 Gefallene). Die Einwanderungswellen haben die Zahl der Juden in den Vereinigten Staaten stark erhöht, und viele haben große Erfolge erzielt. Dies führte zu Neid und Wut bei Konkurrenten, Vertretern der unteren Schichten und eingeschworenen Judenhassern, die falsche Anschuldigungen, Beleidigungen, Drohungen und Gewalt gegen Juden aufstachelten. Auch die früher den Juden gegenüber toleranten Puritaner schließen sich zunehmend rassistischen und linken Antisemiten an. Unter dem Druck dieser Gruppen verschärften die Vereinigten Staaten Anfang der 1920er Jahre die Einwanderungsquoten, während die Wirtschaftskrise und der weitere Anstieg des Antisemitismus zu einem starken Rückgang der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis besetzten Europa führten. Nur 30.000 Menschen, die nach Erlösung suchten, fanden im „amerikanischen Paradies“ Zuflucht. Seit Ende der 1960er Jahre hat der Zustrom jüdischer Emigranten aus der UdSSR zugenommen. Heute gibt es in den Vereinigten Staaten 5,4 Millionen Bürger jüdischer Herkunft, und jeder hat seine eigenen Hoffnungen und Ängste, Freuden und Sorgen.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Der Name im Judentum

Der Name des Menschen ist nicht nur sein lebenslanger Begleiter, er hat auch Einfluss auf sein Leben. Gerade jüdische Eltern messen der Namenswahl ihrer Kinder einen hohen Stellenwert bei.

JACK GUEZ / AFP

Von Dovid Gernetz

Was denken Sie – wie lautet das Lieblingswort der meisten Menschen? Richtig: Es ist ihr eigener Name!

Viele Eltern zerbrechen sich den Kopf, welchen Namen sie ihrem Kind geben sollen, und das nicht ohne Grund, denn dieser wird ihn/sie ihr/sein ganzes Leben lang begleiten.

Im Judentum wird besonders viel Wert auf den Namen gelegt, weil der jüdischen Überlieferung nach dieser einen großen Einfluss auf die Zukunft des Kindes haben wird. Im Talmud (Yoma 83a) wird berichtet, dass Rabbi Meir (einer der wichtigsten Gelehrten der Mischna) die Menschen nach ihrem Namen beurteilte, die anderen Weisen aber der Meinung, er würde dessen Bedeutung überschätzen. Einst waren die Weisen auf einer gemeinsamen Reise und übernachteten in einer Gaststätte. Wie gewohnt fragte Rabbi Meir nach dem Namen des Besitzers. Sein Name deutete Unheil an und deswegen weigerte sich Rabbi Meir dem Besitzer der Gaststätte sein Geld zur Aufbewahrung während des Schabbats zu geben. Die anderen Weisen achteten nicht darauf und gaben ihm ihr Geld. Nach Schabbat wollten sie ihr Geld zurück, der Besitzer aber tat so, als hätte er niemals Geld von ihnen erhalten.

Sie schafften es, die Frau des Besitzers zu überlisten und sie gab ihnen schließlich ihr Geld zurück. Als der Besitzer der Gaststätte davon erfuhr, war er außer sich vor Wut und tötete seine Frau. Nach dieser Tragödie änderten die anderen Weisen ihre Meinung und gaben Rabbi Meir Recht.

Rabbi Yosef Karo, der Autor des Schulchan Aruch („Der Gedeckte Tisch“, jüdischer Gesetzkodex), wurde eine Zeit lang von einem Engel unterrichtet. Alles, was ihn dieser Engel lehrte, schrieb er nieder und fasste es in einem Buch namens „Maggid Mescharim“ zusammen. Unter anderem steht dort, dass auch wenn der Mensch ein Sünder und Verbrecher ist, sein Name (falls es ein guter Name ist) einen positiven Einfluss auf ihn hat!

Auch wenn die Eltern etwas Bestimmtes mit dem Namen meinten, können auch andere Bedeutungen des Namens das Kind in der Zukunft positiv beeinflussen. Ein Beispiel dafür finden wir auch in der Thora, im Wochenabschnitt Wajeze:

Die schwangere Schwiegertochter

Die Thora schreibt, dass Yehuda seinen Namen als Zeichen der Dankbarkeit (auf Hebräisch „Hoda´a“) gegenüber G´tt erhielt. Viel später, als Yehuda der Hauptrichter des jüdischen Gerichts war, half ihm sein Name zuzugeben (ebenfalls „Hoda'a“), dass Tamar, seine Schwiegertochter, von ihm schwanger ist und sie somit vorm Tod durch Verbrennung zu retten.

Aufgrund des starken Einflusses, den der Name auf den Menschen hat, vermeidet man es in der jüdischen Tradition, Kindern die Namen von Sündern zu geben und nach Menschen zu benennen, die jung gestorben sind. Es gibt sogar Meinungen, dass man nur Namen, die im Tanach erwähnt werden, in Betracht ziehen soll.

Namen von Fußballstars, Filmfiguren etc. haben auf jeden Fall keinen besonders positiven Einfluss auf das Kind, und sollten daher nicht verwenden werden. Viele Familien haben den Bracht, das Kind nach einem kürzlich verstorbenen Verwandten zu benennen, vorausgesetzt, dass dieser ein guter Mensch gewesen ist.

Nachdem wir erläutert haben, wie wichtig es ist, einen guten Namen für das Kind auszuwählen und dieser möglicherweise die Zukunft des Kindes beeinflussen kann, müssen sich Eltern der großen Verantwortung bei der Wahl des Namens bewusst sein.

Jedoch können Eltern beruhigt sein, weil sie nicht alleine entscheiden müssen. Gerade weil der Name des Menschen so wichtig ist, bekommen sie Hilfe vom Himmel. Denn es steht im kabbalistischen Werk „Schaar HaGilgulim“, dass G´tt den Eltern dabei hilft, ihrem Kind den richtigen Namen zu geben, der zur Mission und Aufgabe des Kindes in dieser Welt passt. Bei der Wahl des Namens ruht auf den Eltern eine Art „Ruach HaKodesch“ (Geist G´ttes), der ihnen hilft. Im Talmud (Brachot 7b) entnehmen unsere Weisen dies aus einem Vers in den Psalmen (Kap. 46, Vers 9), dass G´tt die nötigen Namen in diese Welt setzt. Trotzdem obliegt es den Eltern gründlich zu überlegen und zu versuchen, den passenden Namen zu finden. Wenn sie das tun, können sie mit der versprochenen G´ttlichen Hilfe rechnen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die Kraft des Positiven

Wie wir den Trauertag Tischa beAw nutzen können, um uns zu stärken und zu inspirieren.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Dieses Jahr werden mit dem Fastentag „Tischa beAw“ (9. Tag des jüdischen Monats Aw) am 18. Juli die drei Trauerwochen beendet. Tischa beAw ist für uns wohl der schwerste Tag im Jahr. Mitten im Sommer wird fast 25 Stunden lang gefastet und es gibt noch weitere Beschränkungen, damit wir uns auf die Trauer konzentrieren können. Hauptsächlich wird um die zwei jüdischen Tempel getrauert, die in Jerusalem an diesem Datum zuerst von den Persern und später von den Römern zerstört wurden. Es wird aber auch um viele andere Tragödien der jüdischen Geschichte getrauert, die ebenfalls mit diesem Datum verbunden sind.

Das Ziel dieses Fastentages ist aber nicht ausschließlich Trauer und Kummer. Wir müssen diese besondere Zeit auch für positive Impulse nutzen. Wir sollen für uns etwas lernen, uns verbessern und uns und die Welt dazu bringen, dass der Maschiach (Messias) kommt und den dritten Tempel auf seinem Platz in Jerusalem erbaut.

Wenn man nur trauert und sich nur aufs Negative konzentriert, könnte es dazu kommen, dass man pessimistisch wird und kein Licht am Ende des Tunnels sieht. Diese Idee wird klarer, wenn man etwas über die Ereignisse lernt, die den 9. Aw zum Desaster-Tag gemacht haben: In der Tora, im Wochenabschnitt „Schlach lecha“, wird die tragische Geschichte von Spionen erzählt, die folgenreiche Fehler gemacht haben. Die Juden, die gerade die Tora am Berg Sinai empfangen haben, standen kurz vor dem Eintritt in das Heilige Land. Und plötzlich kamen sie zu Mosche mit der Bitte Spione nach Israel zu senden, um das Land auszukundschaften. Diese Bitte war keine gute Idee, denn G’tt hatte den Juden bereits versprochen, dass sie ein Land bekommen werden, das für sie perfekt ist (das Land, in dem Milch und Honig fließen). Mosche jedoch entschied sich dennoch die Kundschafter zu senden, damit Menschen keinen Verdacht hegen, dass dort etwas nicht stimmt.

Misstrauen in G‘tt

Spione, die nur aus Führern der Stämme bestanden, gingen und kamen nach vierzig Tagen am Vortag zum 9. Aw zurück. Nur zwei von ihnen (Kalev ben Jefune vom Stamm Jehuda und Jehoshua bin Nun vom Stamm Menasche) haben bestätigt, dass das Land perfekt ist und alles gut sein wird. Die zehn anderen Kollegen haben jedoch das Gegenteil betont: auch wenn das Land tatsächlich unglaublich gut ist, so werden wir doch niemals dieses Land einnehmen können! Sie haben auch von Giganten erzählt, die sie dort gesehen haben, über zahlreiche Beerdigungen und von stark geschützten Städten. Damit habe diese zehn Spione das ganze Volk so in Angst versetzt, dass keiner mehr bereit war, Mosche ins versprochene Land zu folgen. Das war natürlich ein unglaublicher Affront gegenüber G’tt, und G’tt versprach, dass alle Erwachsenen (über 20 Jahre alt), die aus Ägypten kamen, vierzig Jahre in der Wüste bleiben und dort auch sterben werden. Erst ihre Kinder werden das Gelobte Land betreten. Seit diesem Ereignis wurde der Tag des 9. Aw für alle Generationen zu einem unglückreichen und tragischen Tag.

Wenn man diese Geschichte liest, stellt sich die Frage, warum die zehn „schlechten“ Spione so einen großen Fehler gemacht haben. Warum haben sie nicht geglaubt, dass all diese „Probleme“ wie Giganten und starke Festungen mit G’ttes Hilfe zu bewältigen sind? Schließlich haben zwei Spione ja geglaubt, dass alles gut werden wird! Was lief also schief bei dieser Mission?

Am Fastentag 9. Aw wird in den Synagogen beim Abendgebet die Megillat Ejcha (Ejcha-Rolle) vorgelesen. In diesem Buch, das vom Propheten Jeremia verfasst wurde, wird von der Zerstörung des ersten Tempels erzählt. Die Verse in den vier von fünf Kapiteln dieses prophetischen Buches stehen in alphabetischer Reihenfolge (zuerst der Vers, der mit Alef beginnt, dann mit Bet usw.). Komischerweise gibt es dort in drei von diesen vier Kapiteln eine Ausnahme: die Verse, die mit dem Buchstaben „Pej“ beginnen, stehen vor den Versen, die mit dem Buchstaben „Ajin“ beginnen. Im jüdischen Alphabet kommt aber zuerst „Ajin“ und erst dann „Pej“. Warum ist das so? Unsere Weisen geben darauf eine sehr spannende und lehrreiche Antwort.

„Ajin“ ist in Iwrit nicht nur ein Buchstabe, sondern auch ein Wort, dass „Auge“ bedeutet. Das Gleiche mit „Pej“: es ist nicht nur ein Buchstabe, sondern auch das Wort „Mund“. Dass in der Ejcha-Rolle diese Buchstaben „vertauscht“ sind, ist also kein Zufall. Normalerweise sehen wir etwas (mit den Augen), und das gibt uns Anlass etwas zu besprechen (mit dem Mund).

Gerade das war das Problem der zehn Spione. Weil sie unbedingt in der Wüste bleiben wollten (und dafür hatten sie gute Gründe gefunden), egal was sie im Land Israel gesehen haben, haben sie alles zum Schlechten interpretiert. Als sie Giganten gesehen haben, haben die Spione plötzlich gedacht, dass sie in Augen dieser Giganten nicht mehr als Heuschrecken waren. Das musste natürlich nicht zwangsläufig der Wahrheit entsprechen, schließlich waren das nur ihre Vermutungen. Als sie zahlreiche Beerdigungen gesehen haben, haben sie geschlussfolgert, dass das „ein Land ist, das seine Bewohner verzehrt“. Dabei hat G’tt diese zahlreichen Beerdigungen „organisiert“, damit die Bewohner des Landes mit den Toten beschäftigt sind und die Spione nicht bemerken. Auch große Festungen, die die zehn Spione so beeindruckt haben, konnte man anders interpretieren: wären die Bewohner des Landes stark und mächtig, so bräuchten sie die große Mauer um seine Städte nicht.

Und genau das ist der Grund, warum „Ajin“ und „Pej“ vertauscht wurden: die Spione haben nur das gesehen, was sie sehen wollten. Und genau darin liegt die Gefahr, wenn man nur traurig und pessimistisch ist: man sieht nur noch das Negative, auch wenn das Positive überwiegt. Ein Weg für die richtige Weltanschauung ist das Vertrauen auf G’tt. Wenn man sicher ist, dass G’tt für uns nur das Beste will und dieses auch arrangieren wird, so wird man fröhlich und ausgeglichen, und verliert keine Minute für die Gedanken „was wird wenn…“. Und so wird man tatsächlich früher oder später mit der Rettung von Problemen, Misserfolgen und Rückschlägen vom Himmel belohnt.

Um den Segen zu empfangen, muss man sich zu einem „Gefäß“ machen, in das G’tt seine Bracha „runterbringt“.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür lieferte der Fall des Rabbi Schlomo Cunin, des Gesandten des 7. Ljubawitscher Rebben Rabbi Menachem Mendel (1902-1994) in Kalifornien. Der Rebbe sandte Rabbi Cunin im Jahre 1965 an die Westküste der USA, um dort jüdisches Leben zu stärken und aufzubauen. Rabbi Cunin nahm seine Aufgabe ernst und begann sofort aufopferungsvoll zu arbeiten. Er baute eins der ersten Chabad-Zentren weltweit und versuchte auch weiterhin Jiddischkeit nach Kalifornien und Nevada zu bringen.

Francesco Hayez, Die Zerstörung des Tempels von Jerusalem

20 Millionen Dollar Schulden und ein unverhofftes Glück

Seine Pläne waren groß (jüdische Kitas, Schulen, Zentren an Universitäten), jedoch kostete das alles auch viel Geld. Um diese großen Vorhaben schnellstmöglich zu verwirklichen, begann Rabbi Cunin Kredite zu nehmen und schon kurze Zeit später schuldete er verschiedenen Banken 20 Millionen Dollar! Mit der Zeit war die Geduld der Banken am Ende und sie forderten diese riesige Summe zurück. Rabbi Cunin schrieb einen Brief an den Rebben, wo er auf seine finanziellen Schwierigkeiten aufmerksam machte. Der Rebbe war davon nicht begeistert, versprach jedoch zu helfen, wenn Rabbi Cunin danach wirtschaftlicher agiert.

Kurze Zeit später verstarb eine alte jüdische Frau in Kalifornien, die ihr gesamtes Vermögen, 40 Millionen Dollar, dem Chabad-Zentrum von Rabbi Cunin überließ. Die Freude des Rabbi über dieses Geschenk von Himmel währte nicht lange: die Nachkommen der verstorbenen Frau, die kein Cent von ihr bekamen, haben sofort geklagt. Sie beauftragten die besten Anwälte, um zu beweisen, dass diese alte Frau geistig nicht bei sich war, als sie ein solches Testament geschrieben hatte. Die Anhörung im Gericht begann, und es sah nicht gut aus für Rabbi Cunin. Die Anwälte brachten sehr gute Argumente und wie es aussah, würde Rabbi Cunin ohne einen einzigen Cent zurückbleiben. In der Pause rief Rabbi Cunin das Sekretariat des Rebben an, und bat diesem mitzuteilen, was gerade abläuft und bat den Rebbe um Segen. Kurze Zeit später rief der Sekretär des Rebben Rabbi Cunin an und teilte ihm mit, dass der Rebbe sagte, dass alles gut enden wird. Als Rabbi Cunin diese Nachricht hörte, war er sich absolut sicher, dass tatsächlich alles gut sein wird. Er begann sogar vor Freude zu tanzen.

In dieser Minute kamen die Anwälte der gegnerischen Seite von ihrer Kaffee-Pause und sahen den tanzenden Rabbi Schlomo Cunin! Die Anwälte waren sehr erstaunt über so ein Benehmen. Sie versuchten zu verstehen, was gerade los ist und warum Rabbi Cunin, dem gerade eine Niederlage drohte, so freudig tanzte. Die einzige Erklärung, die sie sich denken konnten, war, dass Rabbi Cunin etwas gefunden hatte, das ihm im Prozess helfen würde. Auch wenn sie sich nicht vorstellen konnten, was das sein könnte, bekamen die Anwälte plötzlich Angst, dass sie alles verlieren könnten. Und ein Prozess, der eine so große Gage versprach, durften sie auf keinen Fall verlieren. Deshalb boten, als die Pause zu Ende war und die Anhörung fortgesetzt wurde, die Anwälte Rabbi Cunin einen Deal an. Er bekommt 25 % (10 Millionen!) und der Rest geht an die Nachkommen. Rabbi Cunin, der sich plötzlich am längeren Hebel fühlte, sagte, dass er mit weniger als 50 % (20 Millionen) nicht einverstanden sei. Diese Forderungen bestätigte die Vermutung der Anwälte, dass Rabbi Cunin starke Argumente in der Hinterhand hatte. Deshalb gaben sie nach und Rabbi Cunin bekam die 20 Millionen! Der Gesandte beglich seine Schulden bei den Banken (wie es der Rebbe versprochen hat) und agierte danach viel umsichtiger. In dieser Zeit schaffte Rabbi Cunin ein großes Netzwerk, das aus mehr als 200 jüdischen Einrichtungen in Kalifornien und Nevada besteht.

Das ist zweifellos eine starke Botschaft für uns heute, für diesen aktuellen Fastentag, den 9. Aw: wir müssen positiv bleiben und mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Wir dürfen uns von Problemen, Verlusten, Ärger, Pandemien usw. nicht in die Depression und Ohnmacht stürzen. Wir sollten wissen, dass auch diese sorgenvolle Zeit irgendwann zu Ende sein wird und wir mit G’ttes Hilfe sowohl unsere persönliche, als auch die nationale Rettung erleben werden!

Tel Aviv: Oft chaotisch, immer spannend

Seit anderthalb Jahren wohnt die Autorin in Tel Aviv, der Stadt, die sie so liebt und die sie immer wieder aufs Neue herausfordert. Sie ist für ihr Studium hergezogen und bleibt, weil sie hier ein Zuhause gefunden hat. Ein Erlebnisbericht.

Von Pia Steckelbach

Nein, ich bin nicht jüdisch. Die Frage nach meiner Religion ist meist die erste, die mir die Menschen hier stellen. Darauf folgt oft: „Warum willst du dann hier wohnen?!“ Über die Antwort denke ich selbst viel nach. Ich bin in einem kleinen Dorf in Nordrhein-Westfalen christlich aufgewachsen und habe nach meinem Abitur Geschichte und Jiddistik studiert. So bin ich zu Ivrit und letztlich nach Tel Aviv gekommen. Während des Studiums habe ich Kommilitonen kennengelernt, die entweder selbst jüdisch waren oder einen Bezug zu Israel hatten. Auch ich wollte das Land kennenlernen, von dem so viele schwärmten, und entschied mich dazu, einen Sprachkurs in Hebräisch an der Universität in Tel Aviv zu belegen. Wer weiß, vielleicht würde ich ja mal ein Auslandssemester dort machen wollen. Das Alef-Bet kannte ich ja schon durch Jiddisch, also meyle, warum also nicht auch Hebräisch? Im Sommer 2018 habe ich knapp zwei Monate in Tel Aviv verbracht und mich sehr schnell in die Stadt verliebt. Die Leichtigkeit, Spontanität und die Offenheit der Menschen haben mich fasziniert. Mein Sommer bestand vormittags aus Sprachkurs, nachmittags aus Strand und abends habe ich mit Freunden die Bars erkundet. Ich bin innerhalb eines Jahres noch zweimal zurück nach Tel Aviv gekommen. Für mich war klar, dass ich mehr Zeit in Israel verbringen wollte, um noch mehr Orte kennenzulernen. Als Nicht-Jüdin kam Aliyah allerdings nicht in Frage. Die Lösung war ein Studentenvisum, und ich entschied mich, hier mein Master-Studium zu machen.

Aller Anfang ist schwer

Die ersten Wochen nach meinem Umzug nach Israel im Herbst 2019 waren mit vielen Herausforderungen verbunden. In Tel Aviv zu leben ist anders, als dort nur Urlaub zu machen. Obwohl ich mich mittlerweile gut auf Hebräisch verständigen konnte, musste ich lernen mit der Direktheit der Israelis, ihrer Chutzpa, umzugehen. Dazu läuft Vieles hier in seinem eigenen Tempo ab, auch bürokratische Angelegenheiten. Ich finde, dass man die israelische Gesellschaft bei der Bank und im Supermarkt am besten kennenlernen kann. Derjenige, der sich am charmantesten vorzudrängeln weiß, wird zuerst bedient. Ein Beispiel: das Eröffnen meines Bankkontos hat mich mehrere Wochen gekostet, weil die Angestellten ständig vergaßen, meine Dokumente zu bearbeiten. Beschwert habe ich mich nicht, auch nicht als sie meinen Namen falsch auf die Kreditkarte schrieben und sie an die falsche Adresse schickten. Ich war zu Beginn schüchtern und schämte mich oft für mein nicht perfektes Hebräisch. Auch der Vermieter meiner ersten Wohnung hat davon profitiert. Die Wohnungssuche in Tel Aviv ist ein eigener Artikel wert, nur so viel sei gesagt: Man muss die eigenen Ansprüche runterschrauben, aber das Budget vergrößern. Mein kleines Studioapartment im angesagten Künstler-Stadtteil Florentin im Süden hatte weder Tageslicht noch eine richtige Tür zum Badezimmer, dafür aber eine Menge Schimmel und Ungeziefer. Zwei Mal haben sich sogar Tauben durch ein Loch in der Hauswand in meinen Küchenschrank verirrt. Meinen Vermieter hat all das wenig interessiert. Erst als im feuchten Winter der Schimmel samt Putz von der Decke rieselte, konnte ich ihn überzeugen, doch einmal vorbeizuschauen. Mehr schlecht als recht hat er dann das Nötigste geflickt und den Schimmel überstrichen. Natürlich hat das nicht lange gehalten. Daraus habe ich gelernt, dass man in Israel lauter und fordernder sein, um ans Ziel zu gelangen. Bei meiner zweiten Wohnung habe ich besser aufgepasst.

Harte Schale, weicher Kern

Auf der anderen Seite liebe ich die Warmherzigkeit und Aufgeschlossenheit, die sich oft unter der rauen Schale der Sabras versteckt. Nicht umsonst vergleicht man die israelische Art gerne mit einer Kaktusfeige, außen stachelig und innen herrlich süß. Israelis sind sehr gastfreundlich, Erev Shishi und Feiertage muss niemand alleine verbringen. Die direkte und herzliche Art findet man auch an der Uni wieder. Das Verhältnis zwischen Studenten und Professoren ist viel persönlicher als ich es aus Deutschland gewohnt bin. Nicht nur dass man Dozenten mit ihren Vornamen anredet, auch gemeinsame Whatsapp-Gruppen sind nichts Ungewöhnliches. Ich verbringe viel Zeit auf dem Uni-Campus, weil es dort eine Vielzahl an Aufenthaltsmöglichkeiten wie Büchereien, Cafés und Bänke im Freien unter Palmen gibt.

Ahmad GHARABLI / AFP

Unsere Autorin in der Altstadt von Jaffa

Mein Lieblingsort ist allerdings Jaffa, die ehemalige arabische Stadt, an deren Seite Tel Aviv vor 112 Jahren gegründet wurde. Hier schaue ich so oft es geht der Sonne dabei zu, wie sie in den kräftigsten Farben über dem Mittelmehr untergeht. Am liebsten gehe ich dazu in den Gan ha-Pisga, einen Park auf dem Hügel direkt neben der Saint George Kirche. Von dort aus kann man südlich die bräunlichen Sandsteingebäude Jaffas sehen, die Geschichten aus vergangenen Jahrhunderten erzählen. Nördlich liegen die Hochhäuser von Tel Aviv, die auf der Suche nach Fortschritt und Abenteuer in den Himmel ragen. Die Gassen der Altstadt Jaffas erinnern daran, dass Tel Aviv zwar eine moderne westliche Metropole ist, aber dennoch mitten im Nahen Osten liegt.

Ich komme gerne nach Jaffa, weil ich gerade Arabisch lerne und dort die Sprache hören kann. Jaffa ist einer der wenigen Orte in Israel, an denen Juden und Araber Seite an Seite leben. Aber auch hier sind im Zusammenhang mit den letzten Eskalationen Autos angezündet und Fensterscheiben eingeworfen worden. Mir persönlich macht die Gewalt innerhalb der israelischen Gesellschaft zwischen Juden und Arabern mehr Angst als die Raketenangriffe der Hamas. Tel Aviv ist wie eine Blase, in der man den Nahostkonflikt größtenteils ignorieren kann. Aber Ereignisse wie diese zeigen, dass auch das manchmal eine Illusion ist.

Dialog suchen um zu Verstehen

Für mich persönlich ist Tel Aviv ein Lebensgefühl. Ich fühle mich hier frei und gleichzeitig tief verwurzelt, weil das Heilige Land um mich herum eine so große emotionale Bedeutung für viele hat. Von Tel Aviv aus reise ich gerne nach Jerusalem, Haifa, Akko, Tiberias und ins Westjordanland. Die Wege sind kurz im kleinen Israel und mit Bus und Zug sind viele Städte innerhalb des Landes gut zu erreichen. Ich studiere Nahoststudien, weil ich den Konflikt verstehen möchte. Ich glaube, dass dies nur funktioniert, wenn man vor Ort Gespräche mit den Menschen sucht und möglichst viele Perspektiven hört. Mein Bekanntenkreis spiegelt eine bunte Palette aus Meinungen und Herkunftsgeschichten wider. Meine Freunde sind internationale Studenten, jüdische und arabische Israelis. Das ist der Vorteil von Tel Aviv: hier kommen alle zusammen, hier wird jeder akzeptiert.

Ich bin gespannt darauf, wie meine Reise in Israel weitergeht. Für mich steht fest, dass ich auch nach Ende meines Studiums bleiben möchte. Das Leben hier ist intensiv, aufregend und spontan. Man weiß nie, was als nächstes kommt. Das macht den Reiz aus.

Der Sonnenuntergang in Jaffa im Gan haPisga mit Blick auf die Saint George Kirche